ZEIT FÜR DEN GRÜNEN WANDEL

TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Bundestagswahlprogramm 2013
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Inhalt

A. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Warum es Zeit ist, dass sich was ändert **7**
1. Es ist an der Zeit, den grünen Wandel entschlossen voranzutreiben 8
2. Warum wir den grünen Wandel brauchen 9
3. Unser Ziel: ein besseres Morgen 12
4. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – Motoren des grünen Wandels 15
5. Am 22. September GRÜN wählen 24

B. 100 % sichere Energie **27**
1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft 29
2. Die Energiewende von unten weiterführen 31
3. 100 % sichere Energie ohne Kohle und Öl 33
4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln 35
5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle 37
6. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global 39

C. Anders wirtschaften **46**
1. Grüne Transformation der Industrie – in Deutschland, Europa und weltweit 48
2. Die Krise überwinden – durch ein solidarisches und ökologisches Europa 55
3. Finanzmärkte an die Leine nehmen 58
4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken 64
5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen 67
6. Solidarische Ökonomie fördern 68
7. Nachhaltiges Wirtschaften statt blinden Wachstums 70

D. Besser haushalten **74**
1. Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik 77
2. Starke Schultern schaffen mehr als schwache: die grüne Einkommensteuer 82
3. Schulden abbauen: die grüne Vermögensabgabe 82

4. Unfaire Steuerschlupflöcher stopfen: grüner Subventionsabbau 83
5. Eine andere Politik ist möglich: die grünen Ausgabenprioritäten ab 2014 85

E. Teilhaben an guter Arbeit 88
1. Gute Arbeit braucht faire Löhne und Sicherheit 89
2. Gute Arbeit braucht einen effektiven Arbeitsschutz und starke Mitbestimmung 92
3. Gute Arbeit braucht Zugänge 94
4. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsvermittlung 98
5. Gute Arbeit in neuen Jobs 99
6. Gute Arbeit für gute Fachkräfte 100

F. Teilhaben an guter Bildung 104
1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen 105
2. Erfolg ermöglichen: für gute Kitas und Schulen 107
3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung 109
4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung 111
5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben 115

G. Teilhaben an sozialer Sicherung 118
1. Grüne Grundsicherung 119
2. Grüne Bürgerversicherung: gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems 122
3. Grüne Gesundheitspolitik: ortsnah und bedarfsgerecht, inklusiv und präventiv 123
4. Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik 130
5. Grünes Pflegekonzept: menschenwürdig und unterstützend 131
6. Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierente gegen Altersarmut 133

H. Teilhabe für Jung und Alt **140**
1. Chancen für alle Kinder 141
2. Raum für Familie 143
3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken 146
4. Freiraum für Jugendliche 146
5. Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter 148
6. Ein neuer Generationenvertrag – ein neues Zusammenleben 149

I. Intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle **153**
1. Intakte Umwelt, gesundes Leben 154
2. Die Vielfalt der Natur schützen 156
3. Besser leben mit weniger Ressourcen 158
4. Die Zukunft der Landwirtschaft ist grün 160
5. Massentierhaltung – nein danke! 163
6. Schluss mit der Tierquälerei 165

J. Nachhaltige Mobilität für alle **169**
1. Ein Verkehrsnetz für alle 170
2. Mit der Energiewende auch die Verkehrswende umsetzen! 172
3. Den neuen Bundesmobilitätsplan mit den BürgerInnen entwickeln 174
4. Den Verkehr sicher und leiser machen 175

K. Verbraucherschutz für alle **179**
1. VerbraucherInnen mächtig machen 180
2. Schluss mit der Abzocke 181
3. Energie zu fairen Preisen 182
4. Verbraucherrechte stärken 183
5. Gesunde Ernährung ohne Gentechnik 184

L. Freies Netz und unabhängige Medien für alle **188**
1. Wirtschaften und teilhaben: Die Zukunft ist digital 190
2. Unsere Verantwortung für ein freies Netz 192

3. Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken 194
4. Öffentlichkeit herstellen: eine neue Medienpolitik 196
5. UrheberInnen stärken, fairen Interessenausgleich aushandeln 198

M. Demokratie erneuern 204
1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden 205
2. Parlamente stärken, Parteien öffnen 206
3. Demokratie im Alltag beleben 207
4. Engagement fördern 209
5. Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen 210
6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen 212

N. BürgerInnenrechte stärken 218
1. Sicherheit in den Dienst der Freiheit stellen 219
2. Daten schützen, Freiheit sichern 225
3. Den Rechtsstaat stärken 226
4. Diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen 228
5. Barrieren beseitigen – das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung stärken 229
6. Menschen einbürgern – mit Integration und Inklusion 231
7. Flüchtlinge aufnehmen und menschenwürdig behandeln 233
8. Gleiche Rechte schaffen – Homo- und Transphobie entgegentreten 236

O. Gleichberechtigung schaffen 240
1. Gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chance 241
2. Männer in neuen Rollen unterstützen 244
3. Die Demokratie vervollständigen 245
4. Über den Körper selbst bestimmen 246
5. Gewalt ächten 247
6. Europäische und internationale Frauenpolitik 249

P. Kunst und Kultur beflügeln 252
1. Kultureinrichtungen für alle öffnen 253
2. Gerechtigkeit für alle Kulturschaffenden 254
3. Eine Reform der Kulturförderung 256
4. Anstoß für Demokratie und Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Frieden 259
5. Erinnerung wachhalten – Verantwortung übernehmen 261
6. Es lebe der Sport 262

Q. Unsere Politik vor Ort 266
1. Bezahlbar grün wohnen 267
2. Die grüne Stadt entwickeln 270
3. Mehr Grün im ländlichen Raum 272
4. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken 274
5. Regionen bedarfsgerecht und nachhaltig fördern 276
6. Kooperativer Föderalismus 277

R. Unser gemeinsames Europa 281
1. Für ein europäisches Deutschland 283
2. Für ein demokratisches Europa 286
3. Für eine europäische Energiewende 289
4. Für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger 291
5. Für Entscheidungen auf der richtigen Ebene 292

S. Unsere Eine Welt 296
1. Die große Transformation: Eine Welt macht sich auf den Weg 298
2. Eine Welt der Gerechtigkeit 301
3. Eine Welt der Menschenrechte 305
4. Eine Welt des Friedens und der Schutzverantwortung 306
5. Schluss mit der unkontrollierten und geheimen Rüstungsexportpolitik 309
6. Starke Vereinte Nationen, starkes Europa 312
7. Krisen bewältigen – dauerhaften Frieden ermöglichen 314

Schlusswort 319

A. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Warum es Zeit ist, dass sich was ändert

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir wenden uns mit diesem Programm an Sie. Wir wollen Sie bei der Bundestagswahl am 22. September für eine andere, für eine bessere Politik gewinnen.

Wir wenden uns mit unserem Programm an alle, die meinen, dass wir in unserer Gesellschaft jetzt einiges verändern müssen, um eine gute, eine sichere Zukunft zu schaffen. Wenn wir die Klimakatastrophe so weit wie möglich aufhalten und die Energiewende verwirklichen, wenn wir morgen in einer gerechten und modernen Gesellschaft leben wollen, dann können wir nicht abwarten – wir müssen heute politisch handeln.

Wir GRÜNE haben immer versucht, Politik zu machen, die über den Tag hinausdenkt, seit der Gründung der GRÜNEN in der Bundesrepublik im Jahr 1980 und im Osten seit 1989/90 als Grüne Partei in der DDR und als Bündnis 90. Dabei waren wir mutig und ehrgeizig und manchmal haben wir uns dabei auch geirrt. Aber aus unseren Irrtümern haben wir gelernt, unser Ehrgeiz hat uns stark gemacht und mit unserem Mut haben wir die Gesellschaft vorangebracht. Wir wollten aus der Atomkraft aussteigen, als noch alle Mächtigen Atomfans waren. Wir haben für biologische Lebensmittel gekämpft, als noch kein Großhändler auch nur daran dachte, diese Produkte zu verkaufen. Wir waren FeministInnen, wir haben die Quote gelebt, während überwiegend Männerbünde regierten, die Frauen lieber am Herd sahen. Wir kämpften an der Seite von Lesben, Schwulen, trans- und intersexuellen Menschen, als diese sozial vielfach geächtet wurden. Wir waren in Ost und West Kriegsdienstverweigerer und Friedensbewegte, als Kalter Krieg und atomares Wettrüsten als politische Notwendigkeit galten. Wir zeigten bereits Verantwortung für

die Eine Welt, als der Mainstream noch zwischen drei Welten unterschied und nur das nationale Wohl zählte.

Wir laden Sie auch heute ein, mit uns über den Tag hinauszudenken – mit uns zu diskutieren, was sich ändern muss und wo es hingehen soll. Deutschland hat auf dem Weg zu einer grüneren Wirtschaft und einer offeneren Gesellschaft einiges erreicht, aber in vielerlei Hinsicht haben wir gerade erst angefangen.

1. Es ist an der Zeit, den grünen Wandel entschlossen voranzutreiben

Wir müssen heute etwas ändern, damit auch die kommenden Generationen frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Wir wollen heute etwas ändern, um zu einer Wirtschaftsweise zu kommen, die allen nutzt und nicht nur wenigen – die auf Erneuerbare Energien gebaut ist statt auf Öl, Kohle, Atom und Gas, die unsere Umwelt schützt, statt sie zu zerstören. Wir müssen dringend etwas ändern, um das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben und unten zu stoppen. Und wir wollen heute etwas ändern, damit wir morgen endlich in einer vielfältigen Gesellschaft leben, in der Kinder, Frauen und Männer, Menschen verschiedener sexueller Identität, verschiedener Religionen, aus unterschiedlichen Kulturen oder unterschiedlicher Herkunft endlich gleichberechtigt leben können und gleiche Möglichkeiten haben.

Wir wollen alle von der Notwendigkeit des Wandels überzeugen. Lobbyismus und Klientelinteressen werden wir entschieden entgegentreten und sie in die Schranken weisen. Auch das ist die Aufgabe demokratischer Politik.

Politik braucht Ideale, braucht Grundsätze und Werte, eine nachvollziehbare Richtung – doch genau das vermissen wir und viele andere bei dieser schwarz-gelben Regierung. Ohne Kompass gibt es keine Orientierung, sind politische Schritte nur noch von tagespolitischen Bedürfnissen und Machtinteressen abhängig.

Wir wenden uns mit diesem Programm an alle IdealistInnen, denn auch wir glauben: Eine bessere Gesellschaft ist möglich. Wir wenden uns mit diesem Programm an alle RealistInnen, denn auch

wir wissen, dass die besten Ideale wenig wert sind, wenn wir nicht nach machbaren Vorschlägen suchen, sie zu verwirklichen. Wir legen in unserem Programm dar, welche Ideen, welche Grundsätze und Werte grüne Politik anleiten – und machen deutlich, wie wir diese Werte in konkrete Politik übersetzen.

2. Warum wir den grünen Wandel brauchen

Die wirtschaftliche Lage ist in Deutschland auf den ersten Blick gut. Unser Land hat viele beeindruckende, technologisch starke Unternehmen, gut ausgebildete Beschäftigte und viele kreative Köpfe. Sie haben Deutschland, vor allem über den Exporterfolg, besser als viele andere Staaten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gebracht.

Allein dieser ökonomische Erfolg ist nicht nachhaltig, weil unsere Wirtschaftsweise noch immer viel zu viel zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Die Produktion unseres Essens, unserer Handys, Autos, Kleider oder Möbel ist noch immer mit immensen Emissionen und Ressourcenverbrauch verbunden. Das Erdklima heizt sich weiter ungebremst auf. Das wird von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Die Folgen der Klimakatastrophe haben uns zum Teil schon jetzt erreicht, nicht nur in Australien und am Nordpol. Schon jetzt nehmen Dürren, Stürme, extreme Hitze- und Kälteperioden zu, schon jetzt flüchten jährlich weltweit Millionen von Menschen vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe. Die Folgen dieser Entwicklung werden bald noch spürbarer werden. Wir gehen noch immer verschwenderisch mit Rohstoffen um, deren Vorkommen begrenzt ist und deren Abbau die Flüsse vergiftet, die Erde verseucht, die Luft verpestet und Menschen von ihrem Land vertreibt. Menschen in vielen Ländern der Welt verlieren durch unseren Lebensstil ihre Existenzgrundlage, sie bauen auf ihren Feldern Futtersoja an für unseren Fleischkonsum, sie arbeiten unter fürchterlichen und gefährlichen Bedingungen für unsere Billigkleidung. Auch Kinder schuften unter furchtbaren Bedingungen für unseren Konsum. Wälder werden gerodet, Böden übernutzt, die Artenvielfalt schrumpft in rasendem Tempo. So untergräbt unser Wohlstand seine eigenen Grundlagen.

Unser ökonomischer Erfolg ist nicht nachhaltig, weil die einseitige Exportorientierung zu massiven Ungleichgewichten in der Europäischen Union beigetragen hat und weil die Ungleichgewichte in unserer Gesellschaft immer größer geworden sind. Die Einkommens- und Vermögensschere hat sich immer stärker geöffnet. Während einige wenige hohe Gewinne einfahren, arbeitet mehr als jede/r fünfte Beschäftigte für einen Niedriglohn, davon 6,8 Millionen deutlich unter 8,50 Euro. Obwohl immer mehr Menschen in Arbeit sind, steigt dennoch die Armut. 10 % der Haushalte in Deutschland verfügen über weit mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 % der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen gerade einmal 1 % des Nettovermögens. In den letzten zehn Jahren ist die Verschuldung der öffentlichen Hand um 800 Mrd. Euro gewachsen – das ungleich verteilte private Vermögen hingegen hat sich von fast fünf auf über zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Marode Schulen, geschlossene Schwimmbäder, stillgelegte Bahnhöfe, fehlende Kita-Plätze, zu wenig Ganztagsschulen – in den meisten Kommunen fehlt Geld für unsere öffentlichen Einrichtungen. Diese Entwicklung stellt den Zusammenhalt der Gesellschaft in Frage.

Wir schaden unserer Zukunft, wenn in einem reichen Land wie Deutschland mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen. Nicht nur das, auch ihre Aufstiegschancen sind schlecht. In Deutschland entscheidet sich in der Regel schon mit der Geburt, ob ein Kind später Abitur oder überhaupt einen Schulabschluss macht, ob es eine Chance auf einen Ausbildungsplatz hat, auf ein selbständiges Leben in Würde. Die traurige Wahrheit ist: Armut vererbt sich in unserem Land. Unseren Kindern sollte es einmal besser gehen. Heute hoffen viele, dass es ihnen wenigstens nicht schlechter geht.

Es ist nicht minder skandalös, dass Eltern immer noch um einen Kinderbetreuungsplatz kämpfen müssen, wenn sie einen wollen und brauchen. Noch immer gibt es auch viel zu wenig Ganztagsschulen und gute, ganztägig geöffnete Kitas in Deutschland. Seit Jahrzehnten reden wir über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, seit Jahrzehnten tut sich viel zu wenig. Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung gibt es nur für diejenigen wirklich, die es sich finanziell leisten können.

Familie ist da, wo Kinder sind. Und Familie ist selbstverständlich da, wo Menschen füreinander einstehen und Verantwortung füreinander übernehmen. Kinder brauchen Eltern und Menschen, die sie lieben. Und es muss egal sein, ob die Eltern lesbisch, hetero oder schwul sind. Die ideologische Verweigerung des Adoptionsrechts und der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist diskriminierend und muss überwunden werden. Es ist unwürdig, dass die notwendige Modernisierung vom Bundesverfassungsgericht und nicht vom Parlament vorangetrieben wird.

Frauen und Männer sind in Deutschland immer noch nicht gleichberechtigt. Frauen erhalten weniger Lohn, auch für vergleichbare Tätigkeiten, und steigen seltener in Führungspositionen auf. Viel häufiger als Männer sind sie zu Niedriglöhnen und in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die keinen Spielraum für eine eigenständige Absicherung bieten; sie sind deshalb auch öfters von Altersarmut bedroht. Und sie tragen einen Großteil der häuslichen Sorgearbeit und der Kindererziehung. Hier tut sich seit Jahren wenig. Auch eine Frau als Kanzlerin macht noch keine gute Gleichstellungspolitik.

Es ist erschreckend, dass eine rechte Terrorgruppe über zehn Jahre hinweg, angetrieben von einem blinden Hass auf alles, was nicht ihrem kruden Weltbild entsprach, mit Bombenanschlägen und kaltblütigen Morden ungehindert durch unser Land ziehen konnte. Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist tief erschüttert. Echte Konsequenzen aus diesem staatlichen Versagen wurden immer noch nicht gezogen.

Es besorgt uns zutiefst, dass unter Merkels Führung das Europa der Nationalstaaten auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft reaktiviert wurde. Mit der Devise „An Deutschlands Wesen soll Europa genesen" gefährdet die Koalition Angela Merkels nicht nur die weitere Integration, sondern auch das friedliche Miteinander in der EU. Mit dem national fokussierten Blick hat Schwarz-Gelb unter dem Deckmantel des Spardiktats in wenigen Monaten über Jahrzehnte aufgebaute Eckpfeiler des Friedensprojekts EU – wie Vertrauen, Solidarität und Einheit in Vielfalt – ins Wanken gebracht.

Wir finden, das darf nicht so weitergehen. Wir wollen unsere Demokratie und die Bürgerrechte stärken. Wir wollen gemeinsam einen grünen Wandel hin zu einer Wirtschaft und Gesellschaft

schaffen, der nicht auf Kosten des Planeten, nachkommender Generationen oder wirtschaftlich schwächerer Menschen in anderen Regionen geht. Ein grüner Wandel, der das Vertrauen in staatliche Institutionen wieder stärkt.

Deutschland hat alle Mittel dazu, das zu schaffen: die Menschen, die Technologien, das Wissen.

Und auch den Willen. Denn die Gesellschaft ist weiter, als Merkel und ihr Kabinett uns glauben machen wollen. Die große Mehrheit will, dass es in unserer Gesellschaft gerechter zugeht, dass mehr Beteiligung möglich ist und dass wir endlich Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat längst verstanden, dass wir schonender mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen müssen, dass wir einen neuen sozialen Ausgleich und ein echtes Teilhabeversprechen brauchen, dass wir unsere Demokratie erhalten und dafür aber auch etwas tun müssen.

Doch diesen gesellschaftlichen Mehrheiten steht eine schwarzgelbe Koalition entgegen, deren Kanzlerin Klientelinteressen schützt, statt sich auf die Seite des Wandels zu stellen. Verwandeln wir also endlich die gesellschaftliche Mehrheit in eine politische Mehrheit. Eine andere, eine bessere Politik ist möglich!

3. Unser Ziel: ein besseres Morgen

Wir können gemeinsam eine Wirtschaft schaffen, die Lebensqualität für alle schafft, ohne Umwelt, Natur und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir können gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen, in der niemand ausgeschlossen ist von Bildung und Arbeit und einem Leben in Würde.

Mit der Energiewende übernehmen wir eine weltweite Vorreiterrolle. Damit können wir in Deutschland zeigen, dass eine erfolgreiche Industrienation den Umbau zu einer klimafreundlichen Energieversorgung schaffen kann. Wir können dem stockenden internationalen Klimaschutz so ganz neue Impulse geben und die drohende Klimakatastrophe noch abwenden. Gleichzeitig können mit diesen politischen Rahmenbedingungen innovative UnternehmerInnen hunderttausende neue Jobs schaffen und alte Abhängigkeiten vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas wer-

den beseitigt. Das spart viel Geld und macht unsere Produktion sauber. Die neue, saubere Energie wird dabei von vielen kleinen Unternehmen in Bürgerhand erzeugt, nicht nur von einigen wenigen Großkonzernen, die heute den Wandel bremsen, weil sie uns teuren Strom verkaufen wollen, ohne Konkurrenz fürchten zu müssen. Wir ziehen endlich die Konsequenz daraus, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind und eine Energieversorgung der Zukunft nicht auf Kohle und Öl aufbauen darf – und auf Atom schon gar nicht. Der Ressourcenhunger der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mitverantwortlich. Der gerechte Zugang zu Energie und der Nutzung von natürlichen Ressourcen ist aktive Friedenspolitik, genauso wie der Ersatz endlicher Rohstoffe durch erneuerbare.

Die Wirtschaft, die wir brauchen, soll Wohlstand für alle schaffen. Wir setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild. Bisher wird unsere Wirtschaft fast ausschließlich anhand ihres Wachstums beurteilt. Die Fixierung von Politik und Medien allein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Über die wichtigsten Dinge, die das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkauft, kann es uns unterm Strich sogar ärmer machen. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität – einen neuen Wohlstandsindikator, der die soziale und ökologische Dimension des Wohlstandes mit umfasst. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht Märkte in den Mittelpunkt stellt.

Wir haben es in der Hand, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen gerecht an ihr teilhaben können, dass Arm und Reich nicht unerreichbar weit auseinanderliegen, Wenige sich nicht auf Kosten Vieler bereichern, und alle Zugang zu den Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben haben. Wir wollen, dass sich jeder Mensch gemäß seinen Fähigkeiten und Potentialen entwickeln kann – in guten Kitas und Schulen und nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir geben aber auch klar Auskunft, wie wir die Mittel einsetzen wollen, um zu guten öffentlichen Institutionen zu kommen, von denen alle profitieren. Wir arbeiten so an einer sozialen und ökologischen Neubegründung

unserer Marktwirtschaft. Wir schaffen endlich klare Regeln für die Finanzmärkte. Gute Arbeit, gute Löhne, mehr Mitsprache der Beschäftigten – all das kann und muss zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg beitragen.

Wir wollen in einer modernen Gesellschaft leben, in der Menschen gleichberechtigt sind und gleiche Chancen und Möglichkeiten haben – Frauen und Männer, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge, Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters, Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener sexueller Identität. Wir wollen unsere Demokratie wiederbeleben, so dass neben den gewählten Parlamenten vor allem die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden – und nicht starke Lobbys, für die das Gemeinwohl kein Kriterium ist.

Wir wollen einen respektvollen Umgang mit der Natur, der die Artenvielfalt, den Boden, die Luft und das Wasser schützt. Wir wollen eine naturnahe Waldwirtschaft. Wir wollen eine Landwirtschaft, die nicht mehr von tierquälerischer Massentierhaltung und klimaschädlicher Fleisch- und Milchproduktion geprägt ist. Wir wollen informierte Verbraucherinnen und Verbraucher mit gesicherten Rechten – keine Lebensmittel- oder Datenschutzskandale in Serie.

Wir richten unsere Politik nicht nach Himmelsrichtungen aus. Weder Ost und West noch Nord und Süd dürfen gegeneinander ausgespielt werden. Wir packen die Probleme dort an, wo sie bestehen. Unser Ziel sind gleiche Chancen, Möglichkeiten und vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Regionen. Auch deshalb bedarf es auch über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution der Solidarität zwischen den ost- und westdeutschen Ländern. Wir können auch heute noch viel voneinander lernen und uns gemeinsam entwickeln. Grüne Politik denkt und handelt auch vor Ort. Städte und Dörfer sind zentrale Orte des öffentlichen Zusammenlebens. Es wird Zeit, dass die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, denn Zusammenleben und Demokratie bekommen hier ihr Gesicht.

Wir wollen ein europäisches Deutschland – kein deutsches Europa. Die Bundesrepublik hat vom Zusammenwachsen Europas profitiert wie kein anderes Land. Doch in der Krise hat sich gezeigt, dass Europa Reformen braucht. Wir sind uns sicher: Um die großen

Herausforderungen zu gestalten, brauchen wir mehr Europa. Aber wir brauchen auch ein anderes Europa: ein Europa, das miteinander mehr gegen Jugendarbeitslosigkeit und Armut unternimmt, das gemeinsam den Weg hin zu den Erneuerbaren Energien geht, das Flüchtlinge schützt, anstatt die Grenzen Europas zu todbringenden Mauern aufzurüsten. Ein Europa mit gemeinsamen Sozialstandards und mehr Kooperation in Steuer- und Finanzfragen. Wir brauchen ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger statt ein Europa der Regierungen, Verwaltungen und Expertokratie.

Wir stehen für eine Politik, die global denkt und handelt. Unsere ambitionierte innenpolitische Reformagenda geht einher mit einer global durchdachten Politik. Den Schutz des Klimas, den Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt gibt es nur global. Unser Ziel ist es, Menschenrechte umzusetzen, Armut zu reduzieren, Frieden zu sichern sowie Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie zu fördern.

Wir glauben, dass viele in Deutschland so denken, vielleicht sogar die meisten. Doch um zu diesem Ziel zu kommen, müssen wir noch vieles verändern. Und wir müssen es bald tun, denn eine falsche Wirtschaftsweise und eine ungerechte Gesellschaft verursachen Schäden, die nicht mehr zu reparieren sind. Wir glauben, der grüne Wandel ist der richtige Weg zu diesem besseren Morgen.

4. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – Motoren des grünen Wandels

Eine bessere Politik lässt Menschen teilhaben. Denn nur wer Teil dieser Gesellschaft ist, wer Zugang hat zu den öffentlichen Gütern, wird nicht abgehängt und kann selbstbestimmt leben. Eine bessere Politik braucht Menschen, die sich einmischen und begreift diese nicht als Störfaktor. Eine bessere Politik schaut voraus und schafft Zukunft – heute schon.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das ist die Richtung des grünen Wandels. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das sind zugleich seine Motoren.

Teilhaben: Ihre Stimme für mehr Gerechtigkeit

Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr soziale Teilhabe! Teilhabe ist eine elementare Bedingung für Gerechtigkeit: Teilhabe am Arbeitsmarkt, Teilhabe an der Bildung, Teilhabe an sozialer Sicherung, Teilhabe an einem Gesundheits- und Pflegesystem, das keine Unterschiede zwischen den Menschen und ihren Einkünften oder ihrer Herkunft macht – Teilhabe aber auch an wirtschaftlicher Entwicklung und ökonomischem Erfolg.

Eine Politik der Teilhabe braucht neben einer menschenwürdigen Grundsicherung die Erneuerung und Stärkung unserer öffentlichen Institutionen. Wir wollen sie an die Öffentlichkeit zurückgeben: die öffentlichen Orte, Räume und Netze. Ob Kitas oder Schulen, Hochschulen oder Berufsschulen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, Jobcenter oder Arbeitsagenturen, öffentliche Plätze oder Stadtteilzentren, Jugend- oder Kultureinrichtungen: Überall dort entscheidet sich, ob Teilhabe möglich ist. Die Erneuerung all dieser öffentlichen Institutionen braucht höhere Qualität, Öffnung für alle und bessere Beteiligungsmöglichkeiten. Wir beschreiben in den Kapiteln unseres Programms genau, wie die Erneuerung dieser Orte, Räume und Netze aussehen kann. Hier investieren wir Geld – und vor allem unsere Ideen.

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der alle Zugang haben. Unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder Herkunft, Alter oder Elternhaus, körperlicher oder psychischer Verfassung: Wir bauen die Barrieren ab. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens haben und erwünscht sind. Gleich ob Schule oder Arbeitsmarkt, Stadtviertel oder Kultureinrichtung, Gesundheit oder Pflege: Unser Ziel ist eine durchlässige Gesellschaft, die Blockaden abbaut, in der Anstrengung belohnt wird und niemand durch verschlossene Türen und gläserne Decken ausgebremst und ausgeschlossen wird.

Teilhaben – das braucht eine solide und solidarische Finanzierungsbasis, in der die stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren. Deshalb sollen die kleinen Einkommen entlastet und die höheren stärker einbezogen werden. Wir wollen Gering- und NormalverdienerInnen entlasten durch ein höheres steuerfreies

Existenzminimum und stabilisierte Beiträge für Krankheit und Pflege durch eine Bürgerversicherung. Erben sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung von Bildung und Kultur in den Ländern leisten. Verdienst aus Geldanlagen soll wieder genauso hoch besteuert werden wie Verdienst aus Arbeit. Und wir wollen eine Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung, die dazu dient, den durch die Finanzkrise enorm gewachsenen Schuldenberg abzutragen – damit unsere Steuergelder nicht für die Zinstilgung, nicht für das Zahlen von Zinsen, sondern für mehr Teilhabe und bessere öffentliche Güter für alle genutzt werden können. Grundlage unserer finanz- und steuerpolitischen Reformen, die wir in diesem Programm vorschlagen, ist eine transparente Finanz- und Haushaltspolitik, die die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen beachtet. Maßstab für die Entwicklung und Umsetzung dieser Reformen waren und sind Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit sowie die Bewahrung der betrieblichen Investitionsfähigkeit. Entlang dieser Maßstäbe haben wir unsere finanz- und steuerpolitischen Reformen entwickelt und überprüft und werden es auch in Zukunft tun.

Teilhaben – das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch europa- und weltweit. Wir wollen europaweit zu einer Finanzierungsbasis für Teilhabe beitragen durch einen europäischen Steuerpakt zum Schließen von Steueroasen und zum Beenden von Steuerdumping.

Teilhaben – das geht nur mit gerechten Löhnen und guter Arbeit für alle. Deshalb wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen, Minijobs ersetzen, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern und das Tarifvertragssystem stärken.

Teilhaben – das braucht eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Denn eine Gesellschaft mit großer Ungleichheit kann ihre Potentiale nicht nutzen – sie verliert den Rückhalt ihrer Mitglieder und damit den Kitt, der sie zusammenhält. Unsere Gesellschaft muss wieder von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, nicht nur die obersten 10 %. Neben Steuern und Sozialabgaben braucht es dafür auch eine andere Wirtschaftspolitik, die die Dominanz einzelner Akteure zurückdrängt.

Teilhaben – das bedeutet im 21. Jahrhundert auch, Zugang zu schnellem Internet zu haben. Soziale wie ökonomische Teilhabe hängt

nicht zuletzt vom Breitbandinternetanschluss ab. Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass jede/r am schnellen Internet teilhaben kann.

Teilhaben – das braucht ein diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima, in dem alle Menschen ihre Chance bekommen und sich einbringen können. Wir wollen unsere Einwanderungsgesellschaft so gestalten, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt zusammenleben können. Wir wollen eine moderne Integrationspolitik, die anerkennt, dass jede Einbürgerung ein Erfolg ist.

Teilhaben – das zielt auch auf Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Sexismus und die Benachteiligung von Frauen sind in vielen Fällen noch immer trauriger Alltag. Wir machen mit dem Skandal Schluss, dass viele Frauen immer noch keine eigenständige Existenzsicherung haben, dass sie die schlechteren Karrierechancen und niedrigere Löhne in Kauf nehmen müssen. Dafür brauchen wir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, eine Quote in Aufsichtsräten und einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung. Außerdem wollen wir das Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung umwandeln.

Machen wir aus der gesellschaftlichen eine politische Mehrheit: für gute öffentliche Institutionen, für eine gerechtere Verteilung und ein soziales Sicherungssystem, das seinen Namen wirklich verdient. Für eine gerechte Gesellschaft, an der alle teilhaben.

Einmischen: Ihre Stimme für mehr Beteiligung

Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr demokratische Beteiligung! Misch dich ein! Das war unser Credo bei unserer Parteigründung in Ost wie West. Und Einmischung braucht unsere Demokratie auch heute. Wir wissen, was Bürgerbewegungen auch über festgefahrene Strukturen und Parteigrenzen hinweg erreichen können.Wir wollen mit unserer Politik das Einmischen leichter machen. Demokratie zählt zum Wertvollsten, was wir haben. Und gerade deshalb wollen wir sie neu beleben, ihr neue Kraft geben. Das geht nur, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen können und ihre demokratischen Rechte geltend machen. Wir beschreiben in unserem Programm, wie eine neue demokratische Kultur aussehen kann. Wir setzen auf eine Politik des Zuhörens, Hörbarmachens und Mitentscheidens, in der Einmischung gewünscht ist und die Politik die Gründe ihres Handelns offenlegt und zur Diskussion stellt.

Einmischen erfordert zunächst neue Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir schaffen mehr Bürgerbeteiligung in den Planungsverfahren und bessere Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Volksentscheide. Die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative beispielsweise ist ein großer Erfolg. Das fordern wir auch, wenn es um unser Herzensanliegen geht, die neue klimafreundliche Energieversorgung. Einmischung ist erwünscht, auch wenn uns GRÜNEN dann ab und zu der Wind ins Gesicht bläst.

Wer möchte, dass die Menschen sich einmischen und den Wandel aktiv mitgestalten können, der muss nicht nur an den Verfahren feilen, sondern auch die Voraussetzungen fürs Einmischen schaffen. Einmischen – das braucht zum Beispiel starke Kommunen und Beteiligung vor Ort. Menschen sind engagiert und kompetent – gerade da, wo sie zu Hause sind, in ihrer Kommune: Elterninitiativen, die mit selbstverwalteten Kitas vorangehen und zeigen, wie dringend notwendig die Betreuung von unter Dreijährigen ist; Bürgerinnen und Bürger, die den „Atomausstieg selber machen" und den Energieversorger wechseln, weil es ihnen zu langsam vorangeht; Sportvereine, die der Politik zeigen, dass ein neues Miteinander manchmal so einfach umzusetzen ist.

Einmischen – das heißt aber auch die Barrieren für Beteiligung zu beseitigen. Wir wollen, dass all diejenigen mitbestimmen können, die schon lange hier leben, und dafür das Wahlrecht ändern. Unsere Demokratie darf niemanden aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Identität, Geschlecht, Behinderung, Religion und Weltanschauung oder Alter ausgrenzen. Deswegen heißt Einmischen auch, Jugendlichen die Möglichkeiten zur demokratischen Entscheidung zu öffnen. Wir wollen das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre senken. Einmischen heißt auch, dass Menschen nicht aufgrund einer Behinderung einfach von ihrem Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen.

Einmischen – das geht aber auch nicht ohne gerechte Repräsentation. Wir kämpfen für eine inklusive Demokratie, in der alle mitreden und mitmachen können. Gerade deshalb streiten wir für eine gerechte demokratische Repräsentation. In den Parlamenten, in der Verwaltung, aber auch in den Parteien. Dafür brauchen wir Parteien, die sich zu den Bürgerinnen und Bürgern hin öffnen. Wir brauchen starke Parlamente und transparentes Regierungshandeln.

Es ist beispielsweise nicht hinnehmbar, dass deutsche Waffen an alle Welt verkauft werden – ohne ausreichende parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrolle.

Einmischen – das heißt die Freiheit dazu zu haben. Der Abbau unserer Bürgerrechte muss ein Ende haben. Sicherheit gehört gewährleistet, Freiheit gehört nach über zehn Jahren der Einschränkung, die unter den Eindrücken der Terroranschläge in den USA vorgenommen wurden, wieder gestärkt. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der Menschen nicht das Gefühl haben müssen, überwacht zu werden – sei es durch den Staat oder immer häufiger durch Unternehmen. Der Schutz unserer Privatsphäre und die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung sind daher im 21. Jahrhundert umso elementarer.

Einmischen – das lebt von mündigen VerbraucherInnen. Wir brauchen endlich wieder eine Verbraucherpolitik, die unsere Rechte schützt. Denn wir können nur Einfluss nehmen, wenn wir wissen, was drin ist, ob im Essen oder im Versicherungspaket.

Einmischen – das muss auch für die Arbeitswelt gelten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine Arbeitsmaschinen und kein Kostenfaktor, sondern die wichtigste Produktivkraft, die wir haben. Deswegen wollen wir ihre Rechte stärken, ihre Ideen und Engagement fördern.

Einmischen – das heißt für uns, jeder Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Die NSU-Morde und vor allem der skandalöse Umgang von Verfassungsschutzbehörden, Polizei und Justiz bei der Aufklärung zeigen, wie viel hier noch zu tun ist. Diesen immensen Schaden müssen wir beheben und wieder Vertrauen schaffen. Wir stärken den Widerstand gegen Nazis mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und erheben unsere Stimme auch dann, wenn Rassismus oder Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Einmischen – das heißt für uns, eine offene Gesellschaft zu schaffen, in der jede und jeder ohne Diskriminierung, ohne Angst vor Unterdrückung – sei es durch den Staat, durch menschenrechts- und demokratiefeindliche Bewegungen, durch private Einrichtungen, durch die eigene Familie – leben, arbeiten und handeln kann.

Einmischen – das heißt, die Beteiligungsmöglichkeiten des Internets zu nutzen und für alle zugänglich zu machen. Wir setzen auf

die neuen digitalen Möglichkeiten, um mehr Mitwirkung und mehr Transparenz herzustellen.

Einmischen – das heißt die Entscheidungsstrukturen auch auf internationaler Ebene fairer zu gestalten. Wir wollen deshalb die Vereinten Nationen als internationale Organisation mit der meisten Legitimation weiter demokratisieren sowie den Internationalen Strafgerichtshof und das Völkerstrafrecht stärken.

Machen wir aus gesellschaftlichem Wunsch Wirklichkeit: für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, für eine gerechte Repräsentation und für eine neue Politik des Zuhörens. Für eine demokratische Gesellschaft, in der sich Einmischung lohnt.

Zukunft schaffen: Ihre Stimme für ein besseres Morgen

Schaffen wir einen grünen Wandel für ein besseres Morgen! Nachhaltig wirtschaften bedeutet nicht mehr verbrauchen, als auch nachwachsen kann – nicht von der Substanz leben, sondern von den Erträgen. Inzwischen wissen wir längst, dass sich dieses Motto nicht nur auf die Ökologie beschränken darf.

Zukunft schaffen – das heißt zuallererst die Energiewende schaffen. Wir erreichen 100 % sichere Energie – ohne Atom, Kohle und andere fossile Energieträger. Dazu wollen wir das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) reformieren, von teuren Industriesubventionen befreien und so die Strompreise sozialer gestalten. Wir müssen den Strommarkt so organisieren, dass er den Übergang zu den Erneuerbaren Energien unterstützt, damit er auch dann noch funktioniert, wenn Kohle und Atom endlich verschwunden sind. Wir wollen Deutschland vom Bremser zum Vorreiter beim Klimaschutz machen – hier, in Europa und der Welt. Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, damit es Energiesicherheit und Planungssicherheit gibt. Wir sorgen außerdem dafür, dass die Energiewende auch in der Verkehrspolitik ankommt. Mit Vorfahrt für FußgängerInnen, Fahrrad, Elektroantrieb und Schienenverkehr ermöglichen wir eine neue, nachhaltige Mobilität für alle – unabhängig von fossilen Energieträgern und frei von Lärm, der uns krank macht.

Zukunft schaffen – das heißt der Wirtschaft eine grüne Richtung geben. Wir stehen vor einem gigantischen Umbau unserer Industriegesellschaft hin zu einer ökologischen, also ressourcenleichten und emissionsarmen Wirtschaftsweise. Dafür braucht es einen

neuen Rahmen, der ökologische Leitplanken und politischen Ziele für soziale Gerechtigkeit, eine zukunftsfähige Wirtschaft und ausgeglichene Staatsfinanzen setzt. Wir können unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren, indem wir knappe Rohstoffe weniger verwenden, wieder verwenden und durch günstigere und umweltschonendere Rohstoffe ersetzen. So leisten wir einen Beitrag für eine umweltverträgliche und gerechte globale Entwicklung.

Zukunft schaffen – das heißt Generationengerechtigkeit: Wir wollen Jugend aktiv beteiligen und brauchen Chancengleichheit von Anfang an bis ins Alter. Mit vielfältigen Förderangeboten, einem besseren und sozial gerechteren Bildungssystem und einer Politik, die Chancengleichheit immer im Blick behält, schaffen wir eine Zukunft, in der jede/r die gleichen Chancen hat, von den gesellschaftlichen Möglichkeiten zu profitieren.

Zukunft schaffen – das heißt für uns auf Bildung und Wissenschaft zu setzen. Von einer zukunftsfähigen Bildungsrepublik sind wir noch weit entfernt. Ein gutes Bildungs- und Wissenschaftssystem ist Voraussetzung für die Bewältigung der großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Eine zukunftsfähige Gesellschaft und grüne Ökonomie braucht das Wissen und die Kreativität ihrer Menschen, benötigt gut ausgebildete Fachkräfte und HochschulabsolventInnen, lebenslanges Lernen sowie die Innovationen und das Know-how aus Wissenschaft und Forschung sowie den Mut von UnternehmerInnen und Unternehmen, nachhaltige Innovationen in die wirtschaftliche Praxis umzusetzen

Zukunft schaffen – das heißt Familien unterstützen. Familien übernehmen zentrale gesellschaftliche Aufgaben – in der Verantwortung für Kinder, aber auch in der Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige. Das gilt für alle Familien; egal ob homo- oder heterosexuell, ob verheiratet oder nicht, ob Patchwork oder alleinerziehend. Deshalb müssen endlich alle Familien gleichgestellt werden. Wir finden, dass alle gelebten Familienmodelle unter den Schutz von Artikel 6 Grundgesetz gehören. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass alle Familien die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit Kinder als Bereicherung für Familie und Gesellschaft wahrgenommen werden und Kindererziehung nicht zur Belastung wird. Dafür ist die Sicherstellung der Kinderbetreuung

genauso wichtig wie die Erkenntnis, dass Familie auch Zeit braucht, die geschützt werden muss.

Zukunft schaffen – das heißt die Arbeit der Zukunft fördern und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilen. Mit einer dritten, einer grünen industriellen Revolution und mit mehr Arbeit von Menschen für Menschen – ob in Bildung, Gesundheit, Pflege oder Kultur – schaffen wir die Arbeitsplätze von morgen und sichern so Wohlstand und soziale Teilhabe für alle. Die Arbeit der Zukunft ist eine gerechter verteilte Arbeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der nicht einerseits Menschen ohne existenzsichernde Arbeit im sozialen Abseits stehen und andererseits unter Beschäftigten „Burnout" ein Massenphänomen ist und vielen kaum noch Zeit für familiäre oder soziale Aufgaben bleibt. Wir werden neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit zum Leben und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können.

Zukunft schaffen – das heißt bezahlbares Wohnen für alle. Wenn spekulative Mieten eingedämmt werden, kann die Vertreibung vieler Haushalte aus ihrer Nachbarschaft verhindert werden. Energetische Gebäudesanierung muss angemessen und kontinuierlich gefördert werden.

Zukunft schaffen – das heißt vorsorgen. Das gilt in der Haushaltspolitik, in der wir insbesondere mit der Vermögensabgabe den gigantischen Schuldenberg abtragen wollen. Das gilt für die Arbeitsmarktpolitik, in der wir Rahmenbedingungen für alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, damit die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können. Das gilt in der Rentenpolitik, in der wir mit der Garantierente auch zukünftigen Generationen das Vertrauen in die Alterssicherung zurückgeben wollen. Das gilt aber auch für die Gesundheitspolitik, die auf Vorsorge setzen muss und sich nicht erst kümmert, wenn wir schon krank sind.

Zukunft schaffen – das heißt die Umwelt erhalten. Wir brauchen mehr Schutzgebiete für die Artenvielfalt und ein neues Tierschutzgesetz. Wir brauchen eine Landwirtschaft ohne Gentechnik und ohne industrielle Tierproduktion. Tiergerecht statt massenhaft – so schaffen wir Zukunft für Mensch, Tier und auch für das Klima.

Zukunft schaffen – das gelingt nur mit Europa. Unserem gemeinsamen Europa. Wir stärken deshalb die Demokratie, Solidarität,

Solidität, Nachhaltigkeit und die Menschenrechte in der EU. Dabei streiten wir für einen ökologisch-sozialen Umbau Europas, statt nur auf einseitige Sparpolitik in den Krisenländern zu setzen. Wir wollen eine Bankenunion und eine unabhängige Bankenaufsicht. Wir ergänzen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union, damit nicht nur die Finanzmärkte diktieren, was geht und was nicht geht. Und wir wollen ein starkes Europaparlament, das die Hinterzimmerpolitik von Frau Merkel beendet und Transparenz vor Lobbyinteressen stellt.

Zukunft schaffen – das können wir nur, wenn wir die gesamte Welt im Blick haben. Unsere Eine Welt. Deshalb wollen wir die große Transformation hin zu einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Globalisierung vorantreiben. Das heißt auch, das Versprechen, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, ebenso ernst zu nehmen wie die zivile Krisenprävention, bei der das Konzept der Schutzverantwortung umgesetzt wird. Das heißt aber auch ein neues Kontrollgesetz einzuführen, um sich gegen Rüstungsexporte einzusetzen und mit einem neuen Kontrollgesetz den Export von Waffen aus Deutschland zu begrenzen.

Jetzt handeln für ein besseres Morgen! Das ist unsere Antwort auf die Merkel-Koalition, die die Energiewende komplett gegen die Wand fährt, die Rettung des Euro immer nur vertagt, die wachsende Armut und Ungleichheit einfach ignoriert. Anstatt Herausforderungen anzugehen und der Wirtschaft endlich ein neues, zukunftsfähiges Fundament zu geben, werden falsche Entscheidungen getroffen oder Probleme auf die lange Bank geschoben.

5. Am 22. September GRÜN wählen

Liebe Wählerin, lieber Wähler,
es ist an der Zeit, dass sich was ändert. Statt sozialer Spaltung brauchen wir ein neues Miteinander. Statt eines entfesselten Kapitalismus eine Regulierung der Finanzmärkte. Statt alten Wachstums echte Lebensqualität. Statt einer marktkonformen Demokratie eine demokratische Erneuerung, in der die Menschen etwas zu sagen haben und die Politik gestalten kann. Statt einer Rolle rückwärts

eine sichere Energiewende und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Statt einer Globalisierung auf Kosten der Armen eine soziale und nachhaltige Weltwirtschaft.

Wer GRÜN wählt, stimmt für einen Weg aus den Krisen. Mit Kompass und Werten und realistischen Lösungen. Unser grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann und viele andere GRÜNE in Verantwortung in den Ländern und Kommunen zeigen, was GRÜN kann, wenn GRÜN regiert. Und auch unsere SpitzenkandidatInnen Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin stehen dafür ein: Realismus und Weitsicht, verankert in klaren Werten.

Schwarz-Gelb betreibt pünktlich zum Wahlkampf reine Ankündigungspolitik, steht in Wahrheit aber mit seiner Politik gegen einen echten Mindestlohn, gegen eine verbindliche Frauenquote, gegen eine entschiedene Energiewende sowie gegen die tatsächliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Damit steht die schwarz-gelbe Regierung gegen die gesellschaftliche Mehrheit in diesem Land. Deswegen gehört sie auch abgelöst.

Wir kämpfen eigenständig für unsere Ideen und Inhalte. Wir kämpfen in diesem Bundestagswahlkampf für starke GRÜNE in einer Regierungskoalition mit der SPD, weil wir in diesem Regierungsbündnis die besten Chancen sehen, den grünen Wandel umzusetzen.

Bei dieser Bundestagswahl geht es nicht um eine Direktwahl der Kanzlerin oder des Kanzlers. Es geht nicht um die absolute Mehrheit einer Partei. Es geht darum, welche Koalition die nächsten vier Jahre Deutschland regiert. Wir wollen den grünen Wandel mit einer rot-grünen Koalition erreichen. Rot-Grün ist die Alternative zur Merkel-Koalition.

Koalitionen sind keine Frage von Farben oder Ideologien. Koalitionen sind Bündnisse auf Zeit zur Umsetzung gemeinsamer Ziele. Nur wer mit uns GRÜNEN in die gleiche Richtung gehen will, nur wer den grünen Wandel ermöglichen will, mit dem können wir regieren, mit dem wollen wir koalieren. Wer in eine andere Richtung gehen will, mit dem können wir nicht regieren und mit dem wollen wir nicht koalieren.

Und da ist unübersehbar: CDU und CSU hintertreiben die Energiewende. Die Union ist gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen eine stärkere Beteiligung der Reichen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens. Sie steht gegen die Gleichstellung

der Frauen und die vollständige Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen. Immer wieder betreibt die Union Wahlkampf mit dem Ressentiment gegen Minderheiten und gegen eine moderne Einwanderungspolitik. Die CSU ist offen europafeindlich. CDU und CSU blockieren den grünen Wandel.

Die Linkspartei macht unseriöse sozial- und finanzpolitische Versprechungen, so dass der Wortbruch vorprogrammiert ist. Sie lehnt die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ab. Die Linkspartei verweigert jede internationale Verantwortung und selbst die Debatten über UN-mandatierte, friedenserhaltende Auslandseinsätze. In der tiefsten Krise der Europäischen Union steht sie abseits, schürt Stimmungen und verweigert Solidarität. Die Linke steht abseits des grünen Wandels.

Die FDP vertritt auf absurde Weise die Klientelinteressen einiger weniger. Sie will das EEG abschaffen, sie verweigert sich einer solidarischen Steuerpolitik, lehnt Mindestlöhne ab und ist gegen die Frauenquote. Die FDP ist eine Kampfansage an den grünen Wandel.

Für uns ist klar: Bei den zentralen Themen – bei der Energiewende, bei einer gerechten Steuerpolitik, bei einer modernen Gesellschaftspolitik – gibt es mit der SPD neben Gemeinsamkeiten auch Differenzen. Manchmal ist die SPD kein Antreiber, sondern ein Bremser. Nur mit starken GRÜNEN wird sie ein Partner für den grünen Wandel sein. Deshalb braucht es 2013 starke GRÜNE.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das bildet zusammen die Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft – für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für ein besseres Morgen.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das beschreibt einen neuen Weg aus den Krisen und den Aufbruch hin zu einer offenen, modernen Gesellschaft und einer Wirtschaft, die besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.

Wählen Sie GRÜN. Für mehr Gerechtigkeit. Für mehr Beteiligung. Für ein besseres Morgen.

Für den grünen Wandel.

B. 100 % sichere Energie

Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen

Als wir 1980 das erste Mal zur Bundestagswahl angetreten sind, haben wir gegen alle anderen Parteien den Ausstieg aus der Atomenergie und eine Wende in der Energiepolitik hin zu Sonne, Wind, Wasser und mehr Energieeffizienz gefordert. Damals wurden diese Ideen als „Spinnertum" abgetan.

Heute, eine Generation und zwei Atomkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima später, ist der Atomausstieg zu großen Teilen Realität und der Einstieg in die Energiewende gelungen: Von den 26 Atomkraftwerken, die Anfang 1990 in Ost- und Westdeutschland in Betrieb waren, laufen nur noch neun. Der Bundestag hat im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Dem gegenüber steht die unter Rot-Grün eingeleitete Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien: Sie wuchsen von 5 % im Jahr 1998 auf heute 25 % und sind damit der zweitwichtigste Stromerzeuger geworden. Das ist ein zentraler Erfolg grüner Politik.

Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr. Daher wollen wir die Sicherheitsanforderungen national und international erhöhen, entsprechende Nachrüstungen an den AKW durchsetzen und so die Rahmenbedingungen ändern, damit die Betreiber das letzte AKW schon deutlich vor 2022 abschalten. Zudem wollen wir die bilaterale Zusammenarbeit bei der Atomsicherheit verbessern und die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an AKW-Planungen in Nachbarstaaten beteiligen.

Wir wollen, dass die Energiewende vom Testfall zum Erfolgsmodell wird. Aber die Vollendung der Energiewende geschieht nicht von allein: CDU/CSU und FDP stellen täglich unter Beweis, dass sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien nur widerwillig betreiben. Mit überbordenden Industrieprivilegien konterkarieren sie den ökologischen Wandel der Wirtschaft und belasten die Verbraucherinnen und Verbraucher mit unfairen Strompreisen. Schwarz-Gelb würde den Atomausstieg offenkundig am liebsten wieder rückgän-

gig machen. Assistiert werden sie dabei von einschlägigen Lobbyorganisationen mit millionenschweren Werbeetats, die den Ausbau Erneuerbarer Energien zum Erliegen bringen wollen. Doch in der Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, der diesem Interesse zuwiderläuft. Die meisten Menschen wollen, dass auch die letzten neun Atomkraftwerke bald abgeschaltet werden und auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgt. Wir haben das Zeitalter der Erneuerbaren Energien eingeläutet und jetzt muss die Energiewende mit Leidenschaft, Begeisterung und Kreativität vorangetrieben werden – auch global. Es geht darum, bezahlbare Energie für alle bereitzustellen, ohne dass dafür – wie bisher – unsere Kinder Atommüll, eine Klimakatastrophe und ökologische Schulden aufgebürdet bekommen. Dafür stehen nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Und wir wollen den Erfolg der Energiewende weltweit. Denn die Antwort auf Energiearmut und eine global wachsende Energienachfrage heißt Erneuerbare Energien für alle in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung. Der Weg weg von fossilen Energien und Atom ist auch vorausschauende Friedenspolitik. Deutschland muss seiner Verantwortung als Vorbild für einen klimagerechten weltweiten Umstieg auf Erneuerbare gerecht werden und verlässlicher Partner sein für die Bekämpfung von Energiearmut. Deshalb müssen wir Lösungen für den Energiehunger der Metropolen mitentwickeln und zugleich dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum vorantreiben. Die deutsche Energiewende steht im globalen Scheinwerferlicht. Wenn sie erfolgreich ist, werden sich andere wichtige Staaten unserem Beispiel anschließen und eine neue globale klimapolitische Dynamik entstehen lassen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Energiewende zum Erfolg führen. Das bringt auch einen Durchbruch beim Kampf gegen den globalen Klimawandel mit sich – denn Deutschland wird international als Testfall dafür betrachtet, ob Klimaschutz und Erneuerbare Energien mit wirtschaftlicher Vernunft und mit Gewinn verbunden werden können.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil wir damit Zukunft schaffen. Wir wollen unseren Kindern ein gutes Erbe hinterlassen – eine Energieversorgung frei von Atomgefahren und klimaschädlichen CO_2-Emissionen, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe, die zu Millionen von Klimaflüchtlingen führt.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil so die Energie aus den Händen der Konzerne in die Hände der BürgerInnen wandert. So können sich endlich alle einmischen und mitmachen bei der Versorgung unserer Gesellschaft mit Energie.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil nur sie soziale Teilhabe in der Energieversorgung dauerhaft absichert. Während die Preise für Kohle, Öl und Gas kontinuierlich steigen, schickt die Sonne keine Rechnung. Um die Energiewende besser koordinieren zu können, machen wir uns für eine Kompetenzerweiterung des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium stark. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Netzausbau und Strommarktreform gehören endlich zusammen gedacht.

1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft

Vor allem in den Industrienationen basiert das tägliche Leben seit mehr als zwei Jahrhunderten auf der Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei knapp 25 %. Bereits 2030 wollen wir unseren Strom zu 100 % erneuerbar produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich streben wir eine Umstellung möglichst bis 2040 an. Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022, wenn spätestens die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.

Dass 100 % Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien eine technologische Herausforderung darstellt, ist uns klar. Doch wir setzen auf die Leidenschaft und Kreativität, die technologische Innovationen hervorbringt – und wie sie in vielen Unternehmen, an Hochschulen und in weiten Teilen der Gesellschaft bereits jetzt mit Händen zu greifen ist. Die Erfahrung anderer industrieller Entwicklungen macht Hoffnung: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. So wurde etwa 1885 in Berlin das erste Kraftwerk in Deutschland errichtet, bereits im Jahr 1900 hatten praktisch alle Städte Elektrizität. Während 1970 Computer noch auf Lochkartenbasis funktionierten und Hallen füllten, hatten 25 Jahre später schon viele Haushalte einen eigenen PC zu Hause. Die Elektrifizierung der Städte bis 1900 oder die Verbreitung des Internets brauchten nur

wenige Jahre. Wenn wir es wollen und vorantreiben, können wir auch den Sprung in eine Welt sauberer Energie schaffen.

Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, dass die hierfür notwendige Politik umgesetzt wird und die Kosten gerecht verteilt werden. Wir wollen daher das von uns im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz, das den Technologie-Boom ausgelöst hat und von vielen Ländern in aller Welt nachgemacht wurde, intelligent fortentwickeln. Das EEG hat einen intensiven globalen Wettbewerb bei den Anlagenherstellern ausgelöst, die Erzeugungskosten für Solarstrom um 80 % gesenkt und den Stromertrag von Windkraftanlagen enorm erhöht. Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen.

Darüber hinaus wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ökostrom-Ausbau kosteneffizient weiter voranzubringen und Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung, etwa bei der Biomasse, zu setzen. Da die EEG-Umlage viel höhere Kosten ausweist als die tatsächlichen Mehrkosten des EEG, wollen wir, dass sie zukünftig ehrlich ist, und werden sie sachgerecht umgestalten. Wir wollen eine Effizienzrevolution fördern, bei der drohende Rebound-Effekte, also der Verlust an Effizienzgewinnen durch erhöhten Verbrauch, vermieden werden. Doch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz dürfen nicht auf den Strombereich begrenzt bleiben. Im Wärme- und Verkehrssektor müssen die großen Einsparpotentiale ebenfalls besser ausgeschöpft werden. Hierbei achten wir darauf, dass Unternehmen sich nicht durch sog. Greenwashing vor Ihrer Verantwortung drücken.

Wir wollen den Strommarkt neu ausrichten. In Zukunft bilden Wind und Sonne die Basis unserer Stromerzeugung. In sonnen- und windarmen Zeiten können bestehende Speicher und hocheffiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Schon heute müssen aber andere innovative Techniken ausgebaut werden wie beispielsweise Biomassekraftwerke, Lastmanagement, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas („Power-to-Gas“).

Damit es sich lohnt, Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer abgerufen wird, muss der Strommarkt darauf umgestellt werden. Notwendig ist deswegen ein verändertes Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle- und Atomstrom ausgerichtet ist. Wir wollen Kapazitätsmechanismen, die im Strommarkt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellen. Wir wollen Deutschland zur Modellregion für intelligente Netze (Smart Grids) machen.

2. Die Energiewende von unten weiterführen

Der bisherige Boom der Erneuerbaren Energien in Deutschland wurde zu über 90 % von Privatleuten und Stadtwerken, nicht von den vier großen Energieversorgern gestemmt. Wir wollen, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und bürgernäher wird. Dies hat das EEG mit seinem Einspeisevorrang und einer garantierten Vergütung eingeleitet. Wer diese erfolgreiche Grundlage heute torpediert, will sie ausschließlich in die Hände großer Konzerne geben. Das werden wir verhindern, indem wir das EEG schrittweise weiterentwickeln und den Fokus auf kostengünstige Technologien richten. Gleichzeitig werden wir das Gesellschaftsrecht so formulieren und uns weiterhin dahingehend einsetzen, dass die Energiewende auch in Zukunft durch eine breite Beteiligung von KleinanlegerInnen vorangetrieben werden kann.
Wir wollen die Städte und Gemeinden aktiv darin unterstützen, kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen, Erneuerbare und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, die örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze wieder in kommunale Hand zu nehmen und die Energieerzeugung in Bürgerhand sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern. Das stärkt Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass die Energieausgaben der Menschen in der Region bleiben.

Strom zu transportieren ist heute noch deutlich günstiger, als ihn zu speichern. Gerade der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien braucht den Stromnetzumbau. Dabei müssen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen ausgeschöpft werden und einem Ausbau vorausgehen. Wir stehen daher zu einem sinnvollen Netzausbau –

auch wenn wir wissen, dass wir damit den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Deshalb müssen alle Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen in Verteil- und Übertragungsnetzen ausgeschöpft werden. Beim Netzausbau sind der Vorrang des EE-Stroms und eine Netzanschlussverpflichtung essentiell. Bei neuen Trassen ist es zentral, dass die Planungen transparent und gemeinsam mit Umweltverbänden sowie den betroffenen Gemeinden und BürgerInnen erstellt werden. Wir wollen Erdkabel als weithin akzeptierte Alternative zu Freileitungen einsetzen. Neue 110-kV-Leitungen sind grundsätzlich als Erdkabel auszuführen, neue 380-kV-Leitungen zumindest in sensiblen Gebieten mit Blick auf Bevölkerung und Natur. Wir wollen dabei auch ambitionierte immissionsschutzrechtliche Vorsorgewerte berücksichtigen. Wir wollen den Einstieg des Bundes in eine zu gründende deutsche Netzgesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand, um die derzeitigen Schwierigkeiten der Netzbetreiber bei der Umsetzung von Projekten zu reduzieren. Dazu sollen die vier Netzregelzonen zusammengeführt werden. Wir werden aber auch Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten erarbeiten, damit sie von den garantierten Renditen der Stromnetze unmittelbar profitieren können. Ebenso setzen wir beim Ausbau von Erneuerbaren auf eine intensive Beteiligung und Einbeziehung der Betroffenen sowie auf Berücksichtigung naturschutzfachlicher Vorgaben.

Um eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien zu ermöglichen, brauchen wir auch intelligente Verteilnetze (Smart Grids) und neue Stromspeicher; wir müssen die Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität verknüpfen. Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden. Die verschiedenen Speichertechnologien können alle etwas dazu beitragen, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind und Sonne an unterschiedlichen Stellen im Netz auszugleichen. Deshalb wollen wir sie fördern, parallel anwenden und in ein offenes Technologie-Wettrennen treten lassen. Die Speicherung von Gas muss auf stabile Lagerstätten begrenzt werden. Den Bundesländern fällt eine verantwortungsvolle Aufgabe insbesondere bei der räumlichen und zeitlichen Steuerung des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie der erforderlichen Netz- und Speicherinfrastrukturen zu. Dazu müssen die raumordnerischen Instrumente und Verfahren

bei frühzeitiger Beteiligung der BürgerInnen gestärkt werden. Dabei werden alle Teilnehmer am Energiemarkt – ob kleines Stadtwerk oder großer Konzern – ihren Beitrag leisten müssen.

Die Energiewende darf nicht zu Lasten der weltweiten Ernährung oder des Naturschutzes gehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Erzeugung und den Import von Biomasse an die Einhaltung strenger Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu binden. Auch in Deutschland ist die weitere Biomassenutzung aufgrund der Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, stofflichen Nutzung und zu Naturschutz- und Erholungszwecken sehr begrenzt. Die beschränkte Menge Biomasse, die zur Stromerzeugung zur Verfügung steht, muss primär dazu dienen, die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Dem übertriebenen Maisanbau, den Fehlsteuerungen in der Agrar- und Energiepolitik der letzten Jahre zu verantworten haben, wollen wir entgegenwirken. Daher werden wir die Rahmenbedingungen im EEG so ändern, dass die Förderung von Biogasanlagen sich künftig auf die Verwertung biogener Reststoffe konzentriert und Anreize geschaffen werden, von Monokulturen auf Anbau in Fruchtfolgen und auf ökologisch und landschaftlich attraktive Energiepflanzen (z. B. Blühpflanzenmischungen, Kleegras) umzustellen.

3. 100 % sichere Energie ohne Kohle und Öl

Kohle hat keine Zukunft. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche CO_2-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Das weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie ist: unter der Erde. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen und neuen Braunkohletagebau zu verhindern. Und wir werden uns international für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beim Steinkohleabbau einsetzen. Gas hat von den fossilen Energieträgern die geringsten CO_2-Emissionen und die größte Flexibilität und kann insofern die Funktion einer Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien übernehmen. Trotzdem ist uns bewusst, dass

auch Gas endlich und klimaschädlich ist. Wo immer möglich wollen wir Gas in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – also der gleichzeitigen Nutzung von Strom und Wärme – einsetzen und so den Anteil der KW an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 25 % steigern. Dazu wollen wir das KWK-Gesetz novellieren und insbesondere die Anreize für Mini- und Mikro-KWK („stromerzeugende Heizung") verbessern. Die CO_2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) an fossilen Kraftwerken sowie die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemiekalien („Fracking") lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Giftige Lagerstättenwasser dürfen nicht wieder verpresst werden.

Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weist. Das Gesetz wird den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und als verbindliches Ziel formulieren, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 %, bis 2030 um 60 %, bis 2040 um 80 % und bis 2050 um 95 % unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Gesetz wird verbindliche Ziele für den Verkehrs-, Wärme- und Strombereich sowie die Land- und Forstwirtschaft beinhalten. Die Fortschritte werden jährlich überprüft. Bei Zielverfehlungen muss das zu viel ausgestoßene CO_2 ausgeglichen und der Klimaschutz verstärkt werden. Dazu sind im Klimaschutzgesetz konkrete Maßnahmen und wirksame Sanktionen vorzusehen. Investoren haben so Sicherheit für ihre langfristigen Strategien hinsichtlich Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz.

Wir wollen – finanziert aus der Kürzung umweltschädlicher Subventionen – das Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein 3,5 Mrd. Euro umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein Marktanreizprogramm, erneuerbare Wärme und „Smart Grid"-Technologien (intelligente Stromnetze) und für Forschung unterlegen sowie das Programm für energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro aufstocken. Für die Entwicklung von Effizienz und höchsten Sicherheitsstandards bei der Smart-Grid-Technologie werden wir einen angemessenen finanziellen Rahmen schaffen.

Die Förderung von Erdöl kann mit traditioneller Produktionsweise seit Jahren weltweit nicht mehr erhöht werden. Die Nachfrage wächst jedoch zugleich ungebremst weiter. Auch das sog.

Fracking wird den Preistrend nach oben auf Dauer nicht bremsen. Wir GRÜNE wissen: Wir müssen „weg vom Öl“, ehe es uns verlässt. Denn die zunehmende Verknappung und Verteuerung von fossilen Ressourcen kann zu drastischen Energie- und Mobilitätskostensteigerungen, zu Nahrungsmittel- bzw. Ernährungskrisen bis hin zu geopolitischen Spannungen und dem Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige führen. Den Aspekt künftig drastisch steigender Rohstoffpreise wollen wir in allen Planungs- und Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand als wichtige Leit- und Entscheidungslinie beachten. Die Diskussion über neue Wirtschaftsweisen und Lebensstile beim Übergang „weg vom Öl“ wollen wir interdisziplinär und offensiv führen.

4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln

Die Energiewende gelingt nur mit dem Atomausstieg – der Atomausstieg gelingt nur mit der Energiewende. Bei den noch laufenden Atomkraftwerken muss die Sicherheit höchste Priorität haben. Besonders die beiden noch laufenden Siedewasserreaktoren in Gundremmingen stellen weiterhin ein großes Risiko dar. Mit uns gibt es keine Sicherheitsrabatte. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Nutzung der Atomkraft sicher, schnell und endgültig beendet wird. Wir werden die Sicherheitsanforderungen – anders als Schwarz-Gelb – erhöhen und wieder auf den Stand von Wissenschaft und Technik bringen. Falls diese Standards nicht eingehalten werden können, müssen die betreffenden AKW vom Netz genommen werden, das beschleunigt den Atomausstieg. Wir werden dafür sorgen, dass bei allen AKW noch mindestens eine periodische Sicherheitsüberprüfung durchgeführt wird, und Vorsorge gegen Flugzeugabsturz verlangen. Die Atomwirtschaft hat bisher die Profite eingesteckt und die Risiken sozialisiert. Wir wollen dagegen die Versicherungspflicht deutlich ausweiten. Außerdem sollen die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden. Aus unserer Sicht ist der Atomausstieg erst vollendet, wenn alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementeproduktion Lingen geschlossen sind; das ist unser Ziel.

Auch AKW jenseits unserer Grenzen bergen hohe Sicherheitsrisiken. In einer künftigen Bundesregierung werden wir daher Verhandlungen mit den betreffenden Nachbarländern über die Sicherheitsstandards führen und Unterstützung bei der Energiewende anbieten. Wir werden die Aahus-Konvention so in deutsches Recht umsetzen, dass BürgerInnen Zugang zu Informationen und Einspruchsmöglichkeiten haben. Der Atomausstieg ist unglaubwürdig, wenn Deutschland zugleich AKW-Projekte im Ausland unterstützt. Hermes-Bürgschaften für AKW wollen wir deshalb sofort und endgültig stoppen.

Die Energiewende muss auch in der Forschung stattfinden. Forschung zur weiteren Nutzung der Atomenergie und zur Kernfusion ist nicht zukunftsfähig. Anstatt Geld für die kerntechnische Transmutation und das Kernfusionsprojekt ITER zu verschleudern, werden wir öffentliche Forschungsmittel für Transformationsforschung einsetzen, die technologische Innovationen und die gesellschaftliche Verankerung der Energiewende unterstützt. Deshalb setzen wir uns auch für ein Ende des EURATOM-Vertrags und die Fusionsforschung durch das Projekt ITER ein. Wenn dabei keine konsensuale Einigung mit den anderen Vertragspartnern möglich ist, sollte Deutschland einseitig aussteigen.

Der noch eine Million Jahre strahlende Atommüll ist unser aller Müll – ob wir seine Produktion wollten oder nicht. Dafür muss diese Generation die Verantwortung übernehmen und endlich unter breiter BürgerInnenbeteiligung bundesweit, ergebnisoffen, nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent den bestgeeigneten Endlagerstandort suchen. Atomindustrie und politische Kräfte, die weiterhin versuchen, den ungeeigneten Standort Gorleben durchzusetzen, werden auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Die Endlagersuche muss komplett von den Verursachern des Atommülls finanziert werden. Atommüllexport wollen wir verbieten.

5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle

Energie ist Lebenselixier – eine warme Wohnung und eine sichere Stromversorgung sind heute für jede/n elementar. Energiepolitik ist deswegen auch eine Frage der sozialen Teilhabe. Eine auf Kohle, Öl und Gas basierende Energieversorgung ist aber ein Armutsrisiko für weite Teile der Bevölkerung. So waren 2011 und 2012 mit einem Preis von jeweils 107 Dollar pro Barrel die mit Abstand teuersten Öljahre der Geschichte, auch die Kohle- und Gasimportpreise sind zuletzt deutlich gestiegen.

Mit der Energiewende im Wärmemarkt schaffen wir energetische Teilhabe für alle. Schließlich sind die Wärmekosten ein größerer Faktor als die Stromkosten. Es ist unser Ziel, dass nach und nach alle Häuser in Deutschland auf Niedrigenergiehaus-Niveau saniert werden und der verbleibende Wärmebedarf durch Erneuerbare Energien gedeckt wird. Denn die Sonne schickt keine Rechnung. Wir wollen im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz verankern, dass neben dem Neubau auch nach Modernisierungen der Heizungsanlagen im Gebäudebestand erneuerbare Wärme anteilig genutzt werden muss. Wir wollen, dass ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden. Neubauten, die als Plusenergiehäuser gebaut werden, sollen gefördert werden. Strom- und Wärmeversorgung – z. B. durch BHKW – sollen gekoppelt werden. Wir setzen den Rahmen so, dass die Sanierungsquote von heute 0,7 % auf 3 % im Jahr steigt. Gleichzeitig dürfen aber die mit der energetischen Sanierung verbundenen Investitionskosten nicht dazu führen, dass die Mieten für die MieterInnen nicht mehr bezahlbar sind. Vielmehr ist es unser Ziel, mit unseren Maßnahmen Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang zu bringen.

Wir wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben, und dabei einkommensschwache Haushalte unterstützen. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen finanzschwache Haushalte profitieren. Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngeldes zur Verfügung, um soziale Härten zu verhindern. Zudem wollen wir das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, die Modernisierungsumlage und die Energieein-

sparverordnung so umgestalten, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung bieten. Weiteres zur energetischen Gebäudesanierung findet sich im Kapitel „Unsere Politik vor Ort".

Auch der Strompreis muss für alle bezahlbar bleiben. Von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen insbesondere finanzschwache Haushalte profitieren. Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Die Energiewende wird zurzeit nur von den VerbraucherInnen und nicht privilegierten Unternehmen finanziert, die richtigen Stromfresser bleiben außen vor. Geschenke an die Industrie wollen wir abschaffen. Wir begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen können. Wir werden uns international dafür einsetzen, Strompreissubventionen abzubauen. Bei den Vorteilen ist es umgekehrt: Wind- und Sonnenstrom senken den Strompreis an der Börse, doch bei den normalen Stromverbraucherinnen und -verbrauchern kommt diese Entlastung nicht an. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Privilegien für die Industrie und andere Großverbraucher abbauen und Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen. Das entlastet die Verbraucherinnen und Verbraucher um mehr als 4 Mrd. Euro. Das entspricht bei dem durchschnittlichen Stromverbrauch einer vierköpfigen Familie einer Entlastung von 35 Euro pro Jahr. Die Befreiung großer Stromverbraucher von den Kosten der Stromnetze haben Gerichte und EU-Kommission verworfen. Die Bundesregierung will diese ungerechtfertigte Vergünstigung trotzdem weiterführen. Wir wollen sie abbauen, denn gerade große Unternehmen sind auf ein funktionierendes Stromnetz angewiesen und können dieses nicht von Privathaushalten finanzieren lassen.

Die Regelsätze von Arbeitslosengeld II, Grundrente, Sozialhilfe, BAföG und anderen Transferleistungen müssen rascher an gestiegene Strompreise angepasst werden, damit es nicht zu sozialen Schieflagen kommt. Wir wollen ein energetisches Existenzminimum gewährleisten. Gas- und Stromsperren für Privathaushalte müssen gesetzlich eingeschränkt und die Versorger verpflichtet werden, eine Ratenzahlungsvereinbarung oder den Einsatz von Vorkassen-

zählern anzubieten, statt Strom oder Gas zu sperren. Zur Wahrheit gehört aber auch: Auch ohne Energiewende würden die Strompreise steigen, denn aufgrund des veralteten Kraftwerksparks und der alten Netze existiert ein großer Investitionsbedarf in das deutsche Stromsystem. Und nicht zuletzt werden die Kosten fossiler Brennstoffe weiter steigen.

Die Stromkosten können wir alle selbst am einfachsten senken, indem wir unseren Stromverbrauch senken. Wir wollen wie von der EU vorgegeben und in einigen europäischen Ländern wie z. B. Dänemark bereits erfolgreich angewandt, eine gesetzliche Grundlage für einen Markt für Energieeffizienzmaßnahmen in Industrie, Gewerbe und Haushalten schaffen. Das Ziel lautet, bis 2020 15 % des Stromverbrauchs einzusparen. So machen wir Kilowattstunden statt Menschen arbeitslos und senken die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger.

In den letzten Jahren ist die Effizienzpolitik nahezu zum Erliegen gekommen. Viele richtige europäische Initiativen sind an Schwarz-Gelb gescheitert. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Energieeffizienz und dem Energiesparen wird. Wir GRÜNE werden das Thema Energieeinsparungen deshalb deutlich mehr in den Fokus rücken. Dazu ist es notwendig, konstruktiv europäische Initiativen wie den Top-Runner-Ansatz voranzubringen. Vor allem auch in der Wirtschaft sind noch enorme Effizienzpotentiale vorhanden. Anstatt immer neue Subventionen im Energiebereich zu erfinden, müssen endlich strengere Standards greifen. Alleine die in den USA gültigen Normen bei Elektromotoren in der Wirtschaft könnten zu Stromkosteneinsparungen bis zu 50 % führen. Damit könnten die Belastungen von Unternehmen für ihre Energiekosten enorm gesenkt werden, ohne die Verbraucher zu belasten. Energieeffizienz und Energiesparen voranzubringen erfordert aber auch eine kritische gesellschaftliche Debatte über unseren Umgang mit Energie. Wir GRÜNE stellen uns dieser Herausforderung.

6. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global

Für uns war die drohende Klimakatastrophe nie ein rein ökologisches Thema. Vielmehr stellen wir den globalen Zusammenhang

her. Insbesondere die Länder, die am wenigsten zu den Klimaveränderungen beigetragen haben, leiden zuerst und am stärksten unter den Folgen. Doch mehr und mehr zeigt sich, dass auch für die industrialisierten Länder und ihre Ökonomien selbst eine massive Gefahr und Bedrohung besteht. Auch die Verursacher der Klimaveränderungen werden zukünftig stärker von Extremwetterereignissen wie Stürmen, Dürren und Starkregen betroffen sein. Falls alle Bemühungen fruchtlos sein sollten und eine Erhitzung von weit über 2 Grad erfolgt, wäre eine andere Welt die Folge, für die es in der menschlichen Geschichte kein Beispiel gibt. Dies würde die Grundlagen unserer Ernährung und der menschlichen Zivilisation bedrohen.

Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit bis 2015 ein ambitioniertes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen wird. Wir müssen die Folgen der Klimaveränderungen begrenzen und versuchen, die Erderwärmung nicht über 2 Grad ansteigen zu lassen. Doch auch wenn dies gelingt, werden erhebliche Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderungen nötig sein, erst recht, wenn wir die 2 Grad überschreiten. Damit die Bremser den globalen Klimaschutz nicht weiter blockieren können, treten wir ein für eine „Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten" mit Deutschland in einer Allianz ambitionierter Vorreiter inner- und außerhalb der Vereinten Nationen. Wir werden Klimapolitik und Energiewende zu einem Schwerpunkt unserer Außenpolitik machen. Bestehende Klimaschutzallianzen wie die Transatlantische Klimabrücke werden wir ausbauen und verstetigen. Klimapolitische Pioniere können durch die Gründung von Klima-Clubs neue Dynamik in den internationalen Verhandlungsprozess bringen.

Wir stehen für eine Politik, die auf Klimagerechtigkeit abzielt. Zur Klimagerechtigkeit gehört, dass die Länder und Bevölkerungsgruppen, die am meisten zu den Klimaveränderungen beitragen und beigetragen haben, vorrangig verpflichtet sind, den davon Betroffenen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Ob CO_2 in Deutschland, in China oder in den USA emittiert wird, ist der Atmosphäre egal. Es braucht deshalb einen globalen Rahmen, der den Ausstoß von klimawirksamen Gasen regelt. Wenn aber der Natur ein Preis gegeben wird, um diese Fragen mit Markt-

mechanismen zu regeln, brauchen wir dafür starke soziale, ökologische und menschenrechtliche Leitplanken. Wir werden uns national und international für den Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen einsetzen und auch die großen Volkswirtschaften der Erde dazu drängen. Rein technologische Ansätze wie z. B. das Geo-Engineering sind keine Lösung des Klimaproblems, sie greifen nicht die Ursachen auf, sondern versuchen nur – unter Inkaufnahme hoher, ungeklärter Risiken – Symptome zu bekämpfen.

Europa muss zur Union für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden. Unser Ziel ist es, dass die Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30 % Emissionsreduktion (ohne Anrechnung von Auslandsprojekten) bis 2020 erhöht. Der Beitrag des Emissionshandels zum Klimaschutz ist bis jetzt hinter seinen Erwartungen zurückgeblieben. Den europäischen Emissionshandel wollen wir stärken durch eine Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO_2. Bis zur Einigung auf europäischer Ebene geht Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises voran, der Anreize schafft, alte Kohlekraftwerke stillzulegen und in Klimaschutz zu investieren. Statt einer Ausweitung des Emissionshandels wollen wir in anderen Emissionssektoren eine stärkere Orientierung der Energiesteuern am CO_2-Ausstoß. Zudem setzen wir uns für eine verbindliche Fortentwicklung der Klima-, Erneuerbaren- und Energieeffizienzziele der Europäischen Union für das Zieljahr 2030 ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45 % sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 % steigen. Um die Erneuerbaren Energien in Europa zu stärken, treten wir für einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien ein. Um unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, müssen wir weit mehr als bisher für den Klimaschutz tun. Bisher waren alle Maßnahmen nicht ausreichend. Entwässerte, intensiv genutzte Moore setzen riesige Mengen CO_2 frei. Wir wollen mit einem großflächigen Programm zur Moorrenaturierung Moore wieder zu CO_2-Senken machen.

Wir wollen, dass Deutschland seine internationalen Zusagen endlich einhält, und deshalb zusätzlich jährlich 500 Mio. Euro aufwenden, damit die ärmsten Länder Klimaschutz- und Anpas-

sungsmaßnahmen vornehmen können. Denn von den Folgen der Klimaveränderungen und einer falschen Energiepolitik sind immer die Schwachen zuerst und am härtesten betroffen. In Form eines Klimaschutzhaushaltes werden wir ein Steuer- und Haushaltskonzept vorlegen, mit dem wir die nötigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Erneuerbare Energien durch den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen solide und verlässlich finanzieren.

Wer GRÜN wählt …

- stimmt für eine erfolgreiche Energiewende mit bezahlbaren Preisen und 100 % Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030.
- gibt die Energiewende in die Hände der Bürgerinnen und Bürger.
- will mehr Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien und Effizienz.
- sorgt für einen schnellen und endgültigen Atomausstieg ohne Sicherheitsrabatte und dafür, dass die Entsorgung des Atommülls zügig und verantwortungsvoll angegangen wird.
- stimmt gegen Kohlekraftwerke und für den Kohleausstieg bis 2030.
- will konsequenten Klimaschutz, u. a. durch ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen.
- will die Energiewende zum internationalen Erfolgsmodell machen.

Schlüsselprojekte

100 % Erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand

Der Ausbau Erneuerbarer Energien von 5 auf 25 % der Stromproduktion in kurzer Zeit war ein bedeutender Beitrag zu nachhaltiger Energieversorgung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100 % Erneuerbare Energien umstellen. Damit setzen wir das erfolgreichste wirtschaftliche Demokratisierungsprojekt in Deutschland fort. Die Bürgerinnen und Bürger, die Genossenschaften und kleinen Unternehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen und Stadtwerken sind das Rückgrat der Energiewende – das ist das Ergebnis grüner Energiepolitik. Anders als die schwarz-gelbe Lobbypolitik für die Energiekonzerne werden wir dafür sorgen, dass die Energiewende in BürgerInnenhand bleibt. Damit diese „Energiewende von unten" weitergeht, verteidigen wir den Einspeisevorrang für Erneuerbare, schaffen Planungssicherheit für Investoren, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und leiten damit auch den Kohleausstieg ein. Wir wollen die Regelungen des EEG zum Ausbau der Erneuerbaren Energien so überarbeiten, dass es weiterhin zu einem dynamischen Ausbau der Erneuerbaren kommt und die Kosten gerecht verteilt werden. Denn die Energiewende braucht Investitionen. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden und der Strompreis muss auch während des Umstiegs für alle bezahlbar bleiben. Dafür werden wir zuerst die Industrieprivilegien zurückführen sowie Mittelstand und Privathaushalte um 4 Mrd. Euro Energiekosten entlasten.

Klimaschutz verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz verabschieden

Die Unverbindlichkeit in der Klima- und Energiepolitik behindert die Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Bislang wurde Klima- und Energiepolitik durch einzelne Maßnahmen gesteuert, die schnell wieder in Vergessenheit gerieten. Alle Beteiligten benötigen jedoch einen verlässlichen Investitionsrahmen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ein Klimaschutzgesetz verabschiedet wird. Darin formulieren wir verbindliche Ziele für Klimaschutz wie die Treibhausgasminderung um 40 % bis 2020 und 95 % bis 2050 unter das Niveau von 1990 mit konkreten Zielen und Maßnahmen für die Bereiche Strom und Wärme, Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung wird verpflichtet, alle zwei Jahre ein Maßnahmenpaket für die einzelnen Sektoren vorzulegen, unabhängige Experten überprüfen dieses jährlich mit Blick auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz. Damit wird über die oft kurzatmigen Legislaturperioden hinweg eine dauerhafte Struktur für die Lösung des Generationenprojekts Klimaschutz und Energiewende geschaffen.

Energiewende vorantreiben – den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen

Die größten Klimakiller unter den Energieträgern sind Braun- und Steinkohle. Wenn wir die globale Erwärmung aufhalten wollen und die Energiewende dezentral organisiert werden soll, dann muss die Kohle da bleiben, wo sie ist: unter der Erde. Das heißt: keine neuen Kohlekraftwerke und keine Ausweitung von Tagebauen. Der Raubbau an der Natur ist besonders sichtbar in Brandenburg, Sachsen und in Nordrhein-Westfalen, wo riesige Tagebaue Landschaften und Dörfer verschlingen und Menschen vertreiben. Für diese Regionen wollen wir nachhaltige Alternativen finden. In Vorzeigeregionen für Erneuerbare kann die Transformation ohne Verlust von Wertschöpfung vor Ort geschehen. Damit die deutsche Wirtschaft mit dem Kohleausstieg planen kann, werden wir ihn mit einem Klimaschutzgesetz flankieren.

Steigende Anforderungen an Emissionen, Effizienz und Flexibilität von Kraftwerken müssen den Ausbau der Erneuerbaren flankieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dauerhaft eingespeister Kohlestrom verhindert zudem wirtschaftliche Laufzeiten für dringend benötigte flexible Kraftwerke.

C. Anders wirtschaften

Wie wir unsere Marktwirtschaft ökologisch und sozial neu begründen und die Finanz- und Eurokrise überwinden

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Klima- und Finanzkrise sind auch Ausdruck eklatanten Marktversagens. Wirtschaftspolitik muss ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen verpflichtet sein. Wir treten ein für eine grüne Transformation unserer Wirtschaft. Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was ökologisch und sozial unvernünftig ist. Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen. Ein großer Teil der wissenschaftlichen ökonomischen Modelle hat versagt. Die Grundannahmen der Modelle müssen kritisch überprüft werden. Wir brauchen wieder pluralistische Ansätze in der wirtschaftspolitischen Beratung. Das Projekt Europa ist durch die tief greifende wirtschaftliche und soziale Spaltung stark gefährdet. Die massive Verarmung und Jugendarbeitslosigkeit von bis zu über 50 % in Europa ist für uns GRÜNE nicht hinnehmbar. Die deutsche Wirtschaft ist bisher leidlich gut durch die Finanzkrise gekommen und profitiert von ihrer Exportstärke. Doch diese Stärke ist nicht nachhaltig. Die Rezession 2009 konnte wesentlich gemildert werden durch das Konjunkturprogramm II und das Kurzarbeitergeld. Mit der Abwrackprämie für die Automobilindustrie wurde die Chance vertan, die ökologische Modernisierung zu fördern. Viele Millionen Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt und können an der Stärke der Unternehmen nicht teilhaben, zu viel der Produktion basiert auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen. Hinzu kommt, dass Angela Merkel während ihrer Regierungszeit 500 Mrd. Euro Schulden angehäuft hat, die nachfolgende Generationen abtragen müssen. Auch eine weitere Zunahme der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gefährdet die Nachhaltigkeit unserer Marktwirtschaft. Dies wollen wir nicht länger hinnehmen.

Wir werden die Weichen für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Ökonomie stellen. Die Bundesrepublik soll Vorreiter

dieser Zukunftsökonomie sein und sich für eine europäische Industriepolitik einsetzen, die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass auch die südeuropäischen Länder daran teilhaben und davon profitieren. Deutschland und Europa brauchen eine grüne industrielle Revolution, die in hohem Maße von den kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen wird. Und wir brauchen eine Offensive der sozialen Dienstleistungen, von der Bildung bis zur Pflege. Das schafft hunderttausende neuer Jobs.

Wir setzen den Märkten mit einer werteorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Leitplanken. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sprechen. Unter diesen Voraussetzungen können Märkte einen Innovationsschub für den sparsamen Einsatz von Energie und Ressourcen und für neue Technologien, die weltweit gefragt sind, bewirken.

Es ist das Verdienst eines hochinnovativen Mittelstandes und seiner Beschäftigten, dass deren Produkte in der ganzen Welt gefragt sind. Diese Innovationskraft muss erhalten und ausgebaut werden. Deswegen muss Deutschland seinen Vorsprung bei Effizienz- und Umwelttechnologien jetzt nutzen.

Anders wirtschaften heißt Schluss mit dem schwarz-gelben Klientelismus. Gute Wirtschaftspolitik bedeutet nicht die Interessen eines einzelnen Unternehmens voranzubringen, sondern nachhaltige Lösungen im Interesse der gesamten Gesellschaft zu suchen. Anders wirtschaften heißt die ökonomische Teilhabe stärken. Eine Neubegründung unserer Marktwirtschaft heißt, den Mensch wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Unsere ökonomische Produktivität soll dem Wohlstand aller dienen. Die Wirtschaft mag wachsen – aber zu welchem Preis? Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns noch ein adäquates Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. Deswegen geht es auch um ein Fundament für gute Arbeit – mit Mindestlöhnen und einem höheren steuerfreien Existenzminimum. Menschen müssen von ihrem Einkommen gut leben können und die Möglichkeit zu einer armutsfesten Altersvorsorge haben. Anders wirtschaften bedeutet auch, die Verteilung von Arbeit neu zu gestalten, damit mehr Menschen teilhaben können, sowie für humane Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten einzutreten.

Anders wirtschaften heißt sich einmischen, um dem Vorrang der Politik Geltung zu verschaffen. Damit meinen wir, dass demokratisch legitimierte Institutionen den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen sollten. Dazu müssen auch die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie analysiert und berücksichtigt werden. Ein einfacher Gegensatz zwischen „guter" Politik und „schlechter" Ökonomie greift zu kurz. Die Finanzmärkte in Europa müssen wir endlich an die Leine nehmen, indem wir die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik korrigieren, die jahrelang Deregulierung und kurzfristige Profitmaximierung über nachhaltige Entwicklung stellte. Dabei müssen ökonomische Gesetzmäßigkeiten beachtet werden. Nur so haben wir eine Chance, dass die Krise nicht zur Dauerkrise wird. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die bei Verhandlungen in Brüssel immer wieder auf die Bremse tritt, wollen wir Europa stärken und uns mehr für gemeinsame Regelungen einsetzen und diese mit voranbringen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik und ohne verbindlich vereinbarte Sozialstandards können auf Dauer nicht funktionieren. Wir GRÜNE wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: Die Eurostaaten müssen ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen.

Anders wirtschaften heißt Zukunft schaffen. Der Aufbruch in die Zukunftsökonomie ist lang und bedarf vieler, oft auch kleiner Schritte. Bei den Erneuerbaren Energien haben wir GRÜNE gezeigt, wie grüne Technologien und neue Märkte zu Jobmotoren werden. Neue grüne Jobs entstehen auch in Bereichen wie Tourismus, Gesundheitswesen und Lebensmittelherstellung sowie in Berufen, die zur Ökologisierung von Lebensweisen beitragen können, durch Wissenstransfer, Verbraucheraufklärung, Beratung oder Ökozertifizierung. Ob Maschinen- und Anlagenbau oder die chemische Industrie – auch die klassischen Branchen profitieren von der ökologischen Wende.

1. Grüne Transformation der Industrie – in Deutschland, Europa und weltweit

Unser bisheriges Wirtschaftsmodell mit seinem enormen Energie- und Rohstoffhunger hat ausgedient. Regenerative Energien,

regenerative Materialien, Recycling, eine bessere Reparaturfähigkeit von Produkten und nachhaltige Ressourcennutzung sind die Grundlagen der ökologischen Transformation. Fossile Energien als Rohstoffe müssen nachhaltig verwendet und als Reserve erhalten werden. Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben – in Deutschland und in Europa, das hier eine globale Vorreiterrolle einnehmen kann. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung. Das ist Kern grüner Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen nicht weniger als eine grüne industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es eine aktive Politik, die sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen als auch Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken. Dafür entwickeln wir eine übergreifende Strategie, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt. Unternehmen sind Akteure des Wandels. Ohne die unternehmerische Vielfalt ist die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht zu bewältigen. Wir brauchen ihre Kreativität und Flexibilität und ihre Investitionskraft.

Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.

Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen, mit zielgenauen ökologischen Leitplanken oder Nachfrageimpulsen schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Alle Unternehmen müssen diesen Strukturwandel vollziehen, um auch in Zukunft am Markt erfolgreich zu sein. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und

Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern, und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der Chemieindustrie.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bereits hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Und es gibt Potential für noch deutlich mehr, wenn wir diesen Innovationsprozess vorantreiben: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Energiespeicher müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Dabei müssen sehr schnell höchste Sicherheitsstandards entwickelt und implementiert werden. Häuser müssen wärmegedämmt, Haustechnik modernisiert, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur in den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in Ingenieurbüros.

Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein, damit umweltfreundliche Technologien schnell eingesetzt werden. Das funktioniert, indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen. Bisher ist für Unternehmen nur die Berichterstattung über finanzielle Kennzahlen verpflichtend. Wir wollen, dass für Unternehmen ab einer bestimmten Größe auch die Berichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen verpflichtend wird. Als Orientierungsrahmen dienen die bisher mit den freiwilligen Standards der Global Reporting Initiative gemachten Erfahrungen.

Deutschland als innovativer Industriestandort muss bei der europäischen Ressourceneffizienzstrategie die Blockiererrolle aufgeben und stattdessen gemeinsame europäische Ziele, Wegmarken und Bewertungsmaßstäbe für die Ressourceneffizienz unterstützen. Das Impulsprogramm Materialeffizienz wollen wir weiter ausbauen, um Energieeffizienz erweitern und so effiziente Produktion attraktiver machen. Die Effizienzgewinne stehen dann für Investitionen in ökologische Ressourceneffizienz zur Verfügung.

Verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, längere Haltbarkeit der Produkte sowie Rücknahmepflichten für Hersteller sollen zur besseren Schließung und Schonung der Stoffkreisläufe beitragen. Die ökologische Modernisierung löst enormen Finanzierungsbedarf aus. Wir wollen neue Wege eröffnen, um private Finanzströme in den ökologischen Umbau zu lenken. So übernimmt bei Projektbonds die öffentliche Hand gegen Beteiligung einen Teil der Hochrisiken, die von den Privaten nicht getragen werden können, und ermöglicht so wichtige Investitionen.

An der Mobilitätswirtschaft insgesamt und im Speziellen an der Automobilindustrie hängen in der Bundesrepublik hunderttausende Jobs. Nur wer mit umweltverträglichen Konzepten und Fahrzeugen auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Fahrzeuge vom Band rollen. Durch ambitionierte Verbrauchsobergrenzen schaffen wir verbindliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Aber wir GRÜNE wissen auch, dass es damit nicht getan ist. Angesichts des Klimawandels geht es nicht um immer mehr Autos, sondern um eine Verkehrswende hin zu weniger motorisiertem Individualverkehr. Und es geht auch um neue Mobilitätskonzepte auf Basis sozialer und ökologischer Innovationen. So wird bei Carsharing-Modellen „Besitzen" durch „Nutzen" ersetzt.

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr wie in der Chemieindustrie. Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Dazu muss sie stärker auf den Einsatz zertifizierter nachwachsender Rohstoffe setzen. Grüne Rohstoffpolitik setzt neben Effizienz auf Recycling und verlässt sich nicht auf Importe von Rohstoffen mit häufig zweifelhafter Herkunft. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Ein Elektroauto wird nur mit einem leistungsstarken und effizienten Akku erfolgreich auf dem Markt bestehen können. Dafür soll die chemische Industrie noch mehr Teil der Problemlösung werden und sich auch den ökologischen Herausforderungen bei der Produktentwicklung stellen. Die Befreiung der chemischen Industrie von der Mineralölsteuer lässt sich aus unserer

Sicht nicht länger halten; als umweltschädliche Subvention wollen wir sie im Rahmen unserer ökologischen Finanzreform abschaffen und so Anreize zur Innovation weg vom Öl geben. Dafür ist eine aktive Industriepolitik notwendig, die versucht, mit weltweiten Handelspartnern faire Wettbewerbsbedingungen auszuhandeln sowie ein Kredit- und Wirtschaftsprogramm der KfW und ein Forschungsprogramm für die deutsche Solarindustrie aufzulegen.

Die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien hat sich von einer energiepolitischen Nische zu einem Boommarkt entwickelt. Andere Länder wie China haben die Bedeutung dieses Industriezweiges erkannt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versäumt, einen entsprechenden Schwerpunkt zu setzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Erzeugung Erneuerbarer Energien einen Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und wollen eine wettbewerbsfähige Solarindustrie als industriellen Schwerpunkt in der EU. Wir wollen eine europäische Industriepolitik für Erneuerbare Energien. Eine solche Förderung muss auch durch entsprechende Finanzierungsinstrumente zum Aufbau einer schlagkräftigen Erneuerbare-Energien-Industrie begleitet werden. Gegen unfaire Dumpingpraktiken muss eine europäische Antwort gefunden werden.

Die maritime Wirtschaft ist von strategischer Bedeutung für die gesamte Bundesrepublik. Nach Jahren des Booms steckt sie in einer Krise. Steuersparmodelle haben die Schiffsfinanzierung zu einem Spekulationsgeschäft gemacht, bei dem viele Anleger ihr Geld verloren haben. Wir wollen das maritime Bündnis und die Schiffsfinanzierung auf neue Beine stellen.

Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Mrd. Euro für öffentliche Aufträge aus. Das sind über 14 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wir wollen die Transformation der Wirtschaft auch über diesen Hebel stärker vorantreiben, indem die öffentliche Hand bei der Beschaffung konsequenter auf innovative Produkte setzt. Diese Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, entsprechend den Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), produziert sein und den Kriterien des fairen Handels genügen. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regeln

zur Beschaffung einsetzen. Ferner fordern wir einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben nach dem Prinzip des Gender-Budgetings, einheitliche Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und eine zentrale Service- und Beratungsstelle. Die Aktivitäten und Initiativen in Sachen Diversity-Management (Vielfaltsmanagement) sind zu unterstützen und zu fördern.

Der Breitbandausbau ist Grundlage einer modernen Ökonomie. Mit fairen Rahmenbedingungen und gezielten Fördermaßnahmen treiben wir den Aufbau eines Universaldienstes und den Ausbau eines flächendeckenden Hochleistungsnetzes voran. Netzneutralität garantiert auch kleinen Anbietern einen gleichrangigen Zugang.

Die industrielle Produktion in Deutschland zeichnet sich nicht mehr allein durch Fräsen, Löten und Bohren aus, sondern ist eng verknüpft mit Forschung, Entwicklung und Softwareanwendung. Heute werden dazu Forschung und Entwicklung, Design und vor allem Software immer bedeutender. Industrie und Dienstleistungen sind kein Antagonismus, sondern bedingen und ergänzen einander. Grüne Wirtschaftsförderung stellt sich darauf ein. Ein neues Innovationsverständnis, passende Studiengänge und die Durchlässigkeit von Ausbildungen sind wichtig für die neuen Anforderungen. Der demografische Wandel ist auch eine große wirtschaftliche Herausforderung. Notwendig sind eine familienfreundliche Unternehmenskultur, Qualifizierungsangebote sowie gute Rahmenbedingungen für alters- und alternsgerechte Arbeitsplätze, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu gehören auch besondere Anstrengungen, um Frauen und Männern gleichermaßen den Zugang zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse leichter an, fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit guten Hochschulen werden wir attraktiv für ausländische Studierende, die nach ihrer Ausbildung ihre Zukunft in Deutschland sehen und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen oder Brückenbauer in ihren Herkunftsländern sind.

Wir setzen uns für eine nachhaltige und gerechte internationale Handels- und Investitionspolitik ein. Folgende Grundsätze müssen in allen EU-Investitions- und -Handelsabkommen gelten: umfassende Transparenz, verpflichtende menschenrechtliche,

soziale und ökologische Folgeabschätzungen vor und nach dem Abschluss von Abkommen, verbindliche auch auf die Auswirkungen des Abkommens selbst bezogene Menschenrechts- und Umweltklauseln, die Anerkennung von Schutzinteressen schwächerer Länder, die Förderung lokalen und regionalen Handels und der Ausbau der Wertschöpfung in den Entwicklungsländern. Wir wollen die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte stärker kontrollieren und fordern verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsstandards für Unternehmen. Dazu gehört auch die Einführung länder- und projektbezogener Berichtspflichten für transnationale Konzerne. Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnational agierende Unternehmen geworden sind, sollen einen besseren Zugang zu Gerichten und rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren bekommen. Im deutschen Handelsrecht und auf EU-Ebene muss eine Haftung der Mutter- für ihre Tochterkonzerne bei Menschenrechtsverletzungen festgelegt werden.

Eine Ursache für die Finanzkrise waren unverhältnismäßig hohe und nur auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Manager- und Aufsichtsratsvergütungen. Überhöhte Gehälter, Boni und Phantasieabfindungen wollen wir wirksam begrenzen. Die Vergütung von Vorständen börsennotierter Unternehmen soll künftig der verbindlichen Zustimmung der Hauptversammlung unterliegen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit soll auf 500.000 Euro begrenzt werden, damit die Allgemeinheit exorbitante Gehälter nicht länger mitfinanzieren muss. Bonuszahlungen sollen am Gewinn orientiert sein und dürfen künftig zusammen mit anderen variablen Gehaltsbestandteilen wie Tantiemen und Aktienoptionen maximal ein Viertel des Gesamtgehalts ausmachen. Erfolgsbeteiligungen sollen künftig grundsätzlich langfristig orientiert sein und ihnen soll auch die Beteiligung an den Verlusten des Unternehmens gegenüberstehen. Um mehr Transparenz bei den Vergütungen zu erreichen, ist die Vergütung aller Organmitglieder jährlich offenzulegen.

2. Die Krise überwinden – durch ein solidarisches und ökologisches Europa

Die Europäische Union steckt in einer fundamentalen Krise. Kern der Krise ist aber nicht der Euro, sondern ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das nicht nachhaltig ist und seine eigene Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Der Zusammenbruch weitgehend unregulierter Finanzmärkte hat die Fehler und Schwachstellen dieses Wirtschaftsmodells schonungslos offengelegt.

Schwarz-Gelb behauptet, die Länder in Südeuropa hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und müssten sich nun über massive Lohnsenkungen und Ausgabenkürzungen gesundschrumpfen. Merkel verschweigt jedoch, dass die Schuldenaufnahme ganz wesentlich zur Rettung von Banken eingesetzt wurde. Davon haben insbesondere auch deutsche Banken, Lebensversicherer und andere Gläubiger profitiert. Einige europäische Länder haben zudem über Jahre hinweg mehr importiert als exportiert. Aber den Außenhandelsdefiziten in Teilen Europas stehen auch jahrelange, massive Exportüberschüsse in anderen Ländern gegenüber. Beide Entwicklungen sind in einem gemeinsamen Währungsraum existenzgefährdend. Verstärkt wurden diese Probleme durch die europaweit gestiegene Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie einen übermäßig großen Finanzsektor. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem untragbaren Kreditwachstum geführt. Durch politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten wurden die Probleme noch vergrößert.

Das zögerliche, widersprüchliche, sozial unausgewogene europäische Krisenmanagement hat die mangelhafte und parlamentarisch zu wenig kontrollierte Koordinierung innerhalb der Eurozone schonungslos offengelegt. Banken wurden mit Milliardensummen stabilisiert, bescheidene Ansätze stärkerer europäischer Finanzmarktregulierung angepackt, überschuldete öffentliche Haushalte mit neuen Krediten gestützt, Ländern drastische Ausgabenkürzungen verordnet, Schuldenbegrenzung als neue goldene Regel durchgesetzt, Sozialabbau und Lohndumping erzwungen, neues Wachstum irgendwie vage in Aussicht gestellt. Doch wie schon in der Vergangenheit zeigen sich immer mehr die desaströsen Auswir-

kungen der einseitigen Sparpolitik – diese führt Europa immer tiefer in die Krise und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Diese Krise ist eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise. Um sie dauerhaft zu lösen, braucht Europa eine neue Perspektive. Wir brauchen eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal. Nachhaltigkeit muss zur Basis europäischer Wettbewerbsfähigkeit werden. Zentral ist die Finanzierung ökologischer Erneuerungsinvestitionen und europäischer Netze. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik. Dazu gehört eine starke europäische Bankenunion. Wir fordern ebenso einen europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht. Erforderlich ist zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Sofortprogramm für die Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen in den Krisenländern. Wir verteidigen faire Löhne, Gewerkschaftsrechte und existenzsichernde soziale Garantien. Europa kann stärker aus der Krise herauskommen, wenn es gelingt, eine Alternative zur Merkel´schen Strategie durchzusetzen, die die Krisenländer vor allem mit Sparpolitik, Sozialabbau und Lohndumping traktiert. Weil man sich aus einer solchen Krise nicht einfach heraussparen kann, muss das entscheidende Augenmerk darauf gelenkt werden, wie neue wirtschaftliche Dynamik entstehen kann.

Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union haben ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern wie Deutschland. Eine europäische Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu muss die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. In den letzten Jahren stagnierten aber die Reallöhne oder sanken sogar. Dadurch sind sowohl die Ungleichgewichte innerhalb Europas als auch die Ungleichverteilung der Markteinkommen in Deutschland deutlich angestiegen. Wir wollen diesen Trend umkehren und auskömmliche Löhne wieder zum Regelfall machen. Dazu brauchen wir in Deutschland auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben, flankiert von weiteren Maßnahmen zur Stärkung des Tarifsystems. Damit wollen wir auch erreichen, dass sich in Zukunft die Reallohnentwicklung wieder am Produktivitätsfortschritt orientiert.

Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass in Krisenländern verstärkt in zukunftsfähige Branchen investiert wird und so die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Außerdem wollen wir die Absatzchancen der Unternehmen aus den Krisenländern verbessern.

Wir fordern einen Europäischen Schuldentilgungspakt, der auf dem vom Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagenen Schuldentilgungsfonds basiert. Erstens zeigen wir den Akteuren auf den Märkten damit, dass die Eurozone sich an ihre Verpflichtungen hält. Zweitens erreichen wir Zinssenkungen durch gemeinsame Kreditaufnahmen und einen transparenten Schuldenabbau durch klare Regeln. Dem Schuldentilgungspakt legen wir eine sichere Finanzierung zu Grunde. Diese wollen wir durch Vermögensabgaben in den europäischen Ländern unterstützen und so die Schuldenproblematik sozial gerecht lösen. Drittens ersetzen wir die jetzt schon de facto bestehende Haftungsunion durch eine europäische Solidarunion mit verbindlichen Regeln. Wir wollen den ESM in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen und so zu einem wirklichen Krisenreaktionsinstrument machen. Klare Bedingungen für die Teilnahme, insbesondere in Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, sind nötig, müssen aber sozial ausgewogen sein. Der ESM/EWF soll der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

Unser Ziel bleiben Eurobonds, auch wenn sie nicht von heute auf morgen realisierbar sind. Mit Europäischen Anleihen samt strengen Auflagen gelingt es mit einer gemeinschaftlichen Haftungszusage aller Mitgliedsstaaten (Eurobonds) am besten, der Vertrauens- und Finanzierungskrise in der Eurozone ein Ende zu setzen. Die Einführung von Eurobonds setzt allerdings eine Vertragsänderung voraus. Künftig muss bei der Bewältigung von staatlichen Schuldenkrisen der Privatsektor sehr viel umfassender als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden. Wir treten deshalb weltweit für ein faires und unabhängiges, geordnetes und stabilisierendes Staateninsolvenzverfahren ein. In der Eurozone soll dieses erst nach der Einführung von Eurobonds für dann weiterhin mögliche national garantierte Schuldentitel Anwendung finden.

Mit dem neu zu schaffenden Amt eines/einer EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung wollen wir den notwendigen Zuwachs an Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene auch personell verankern. Er/Sie soll den Vorsitz der Eurogruppe und des ECOFIN

ausüben, aber keine Gesetze ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments erlassen dürfen. Zudem soll er/sie durch das Europäische Parlament individuell wähl- und abwählbar sein.

Wir kritisieren den europapolitischen Kurs von Merkel scharf. Es ist fahrlässig, wie die Währungsunion von der Bundesregierung aufs Spiel gesetzt wird. Gerade die deutsche Wirtschaft hat davon profitiert und deutsche Banken haben jahrelang hervorragend in der Wirtschafts- und Währungsunion verdient. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Krise in der EU verschärft, die Mitgliedsstaaten auseinandergetrieben und die Rettung auf Kosten der SteuerzahlerInnen erheblich verteuert. Merkel handelt immer wieder zu langsam und zu kurzsichtig – mit ihrem Zögern und Zaudern hat sie nicht nur bei der Griechenland-Krise eine teure Spirale in Gang gesetzt: Der Verunsicherung an den Finanzmärkten folgte die Flucht aus Staatsanleihen der Krisenländer, die infolgedessen entweder exorbitante Zinsen auf dem Kapitalmarkt zahlen müssen oder ganz davon abgeschnitten wurden.

Noch schlimmer – mit dramatischen Auswirkungen auf die Europäische Union und die Weltwirtschaft – wäre es allerdings gewesen, die Krisenländer unkontrolliert bankrottgehen zu lassen und den spekulativen Angriffen der Finanzmärkte auf den Euro nichts entgegenzusetzen. Wir haben deshalb im Bundestag den Rettungsschirmen und dem Fiskalvertrag zugestimmt. In der Gesamtabwägung war das für uns die bestmögliche Entscheidung. Ohne eine Rettung wären die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen in den Krisenstaaten noch viel verheerender – auch deshalb haben wir Angela Merkel immer wieder zu einem schnelleren und entschlossenen Handeln aufgefordert. Es ist uns gelungen, der Bundesregierung ein Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer abzuringen. Dagegen sind die Versprechungen in Richtung eines Investitions- und Wachstumspaketes, seit sie 2012 gemacht wurden, weitestgehend heiße Luft geblieben. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

3. Finanzmärkte an die Leine nehmen

Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa, die Krise in Europa und explodierende Staatsverschuldung auch in Deutschland – der Zusammen-

bruch einiger Banken in den USA, Großbritannien und Deutschland hat sich zur größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren entwickelt. Die Finanzmärkte haben ihre zentrale Aufgabe als Dienstleister für die Realwirtschaft. Werden sie zum Selbstzweck, dienen sie als (Spiel-)Casino und können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen. Mit einer strikten Regulierung wollen wir eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsordnung verankern. Bisher galt viel zu oft: Verluste übernehmen die SteuerzahlerInnen, die Gewinne streichen weiterhin AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Das ist weder gerecht noch entspricht es marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Wir wollen eine gemeinsame Bankenaufsicht mit einem einheitlichen Regelwerk. International aktive Banken sollten von der neuen europäischen Bankenaufsicht direkt beaufsichtigt werden, kleine Institute mit ausschließlich regionalem Geschäft müssen nicht laufend von einer europäischen Institution beaufsichtigt werden. Wir brauchen aber eine Vereinheitlichung der Aufsichtsstandards und auch für kleine Institute ein Durchgriffs- und Letztentscheidungsrecht bei Versagen der nationalen Aufseher. Ergänzt wird die europäische Bankenunion nach unseren Vorstellungen um gemeinsame Mechanismen zur Abwicklung von Krisenbanken sowie einen gemeinsamen Rahmen für europäische Einlagensicherungssysteme. Die Bankenunion ist die grüne Antwort auf das Zögern und Zaudern der Merkel-Regierung, das die Haftung der SteuerzahlerInnen weiterhin zulässt, und zeigt, dass mehr Europa einen echten Mehrwert bietet. Wir GRÜNE halten das gegenwärtige, überkomplexe Regulierungsregime mittelfristig für ungeeignet, ein erneutes Ausbrechen von finanzmarktinduzierten Krisen zu verhindern.

Der Fokus der Finanzmarktregulierung muss sich ändern. Die enorme Komplexität der aktuellen Anforderungen birgt die Gefahr, dass das eigentliche Ziel der Maßnahmen, nämlich die Stabilisierung des Finanzsystems, aus den Augen verloren wird. Der wichtigste Schritt in Richtung transparenterer und einfacherer Regeln ist eine Schuldenbremse für Banken. Nur wenn die Eigenkapitalausstattung des Finanzsystems insgesamt ansteigt, sinkt dessen Anfälligkeit gegen unerwartete Schocks. Dazu verschafft eine höhere Eigenkapitalausstattung dem für eine Marktwirtschaft fundamentalen Haftungsprinzip wieder Geltung, indem zuerst diejenigen für Verluste

haften, die in guten Zeiten auch die Gewinne erhalten haben. Die Schweiz und Großbritannien haben hier bereits Zeichen gesetzt, während sich die schwarz-gelbe Bundesregierung vor den Karren der deutschen Banken hat spannen lassen. Banken dürfen sich nicht mehr über unrealistische Risikogewichtungen ihren Eigenkapitalbedarf kleinrechnen. Als ersten Schritt wollen wir bis spätestens 2017 3 % Eigenkapital im Verhältnis zur risikoungewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen. Langfristig ist eine deutlich höhere Quote notwendig. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums etwa spricht sich für eine Quote von 10 % aus. In der akademischen Diskussion sind auch noch höhere Quoten im Gespräch. Wir werden genau prüfen, was hier notwendig und möglich und in welchem Zeitraum machbar ist. Diese Schuldenbremse wird das Finanzsystem deutlich stabilisieren. Die von uns geforderte Schuldenbremse für Banken setzt hier an und stellt den Finanzsektor wieder auf die Füße.

Die Größenbremse für Banken geht in eine ähnliche Richtung: Je größer ein Institut, desto höher sind die Eigenkapitalanforderungen und die Aufsichtsintensität. So erhalten Banken ab einer bestimmten Größe einen starken wirtschaftlichen Anreiz, zu schrumpfen und Geschäftsteile abzustoßen. Auch darüber hinaus werden wir in Deutschland wie in Europa Mechanismen entwickeln, um Großbanken hin zu kleineren Geldinstituten zu führen. Wir wollen, dass sich Banken stärker langfristig finanzieren, damit sich eine Bankenpanik wie 2008 nicht wiederholen kann. Wir werden deshalb prüfen, ob eine Bankenabgabe für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds so gestaltet werden kann, dass Banken den Anreiz haben, sich langfristiger zu finanzieren. Mit dieser Abgabe schaffen wir Mittel für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds, damit im Fall einer erneuten Bankenkrise nicht mehr die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden. Damit Risiken nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor reguliert werden. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, insbesondere also langfristige Kredite vergeben und sich selbst dafür kurzfristig verschulden, müssen den gleichen Regularien unterliegen wie Kreditinstitute.

GläubigerInnen müssen stärker in die Haftung genommen werden. Deswegen sollen Bankanleihen teilweise in haftendes Kapital umgewandelt werden können, wenn ein Kreditinstitut in Schieflage gerät. Dies sollte in der Regel automatisch geschehen. Eine zuständige Behörde soll dabei über die Höhe der notwendigen Umwandlung entscheiden. Einlagen innerhalb der gesetzlichen Einlagensicherung dürfen in keinem Fall beteiligt werden. Sichtguthaben oberhalb der gesetzlich gesicherten Grenze dürfen nur nach Aufrechnung möglicher Verbindlichkeiten einbezogen werden. Ein gesetzliches Einlagensicherungsversprechen ist gerecht, schützt die SparerInnen und stabilisiert Banken, indem es Bank Runs verhindert.

Die Macht der Ratingagenturen hat in den letzten Jahren überhandgenommen. Wir sehen, wie die Agenturen über das Schicksal von ganzen Staaten mitentscheiden. Ratingagenturen haften nicht für Fehleinstufungen und sind nicht an politische und wirtschaftliche Maßstäbe gebunden. Daher müssen die Haftungsgrundlagen ausgeweitet und der Einfluss der Ratingagenturen bei der Finanzmarktregulierung eingedämmt werden. Die Transparenz der Agenturen werden wir erhöhen und Interessenkonflikte beenden. Insbesondere dürfen SchuldnerInnen nicht länger für ihre eigenen Ratings zahlen. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, eine von den Banken unabhängige Ratingagentur zu gründen.

Wir fordern ein Trennbankensystem, weil es Märkte stabiler macht. Geschäftsbereiche, in denen die Kreditinstitute Handelsgeschäfte auf eigene Rechnung tätigen, gehören daher strikt getrennt vom realwirtschaftlichen Finanzierungs- und Einlagengeschäft.

Eine wirksame Haftung ist konstitutiv für die Marktwirtschaft. Für das Management von Fonds, Banken und Versicherungen heißt das: Der Kapitän geht mit dem Schiff unter. Er ist haftbar für eigene Fehler und die seiner Untergebenen, Haftpflichtversicherungen für ManagerInnen dürfen das Risiko deswegen nicht vollständig übernehmen. Gleiches gilt für KapitalgeberInnen, also die EigentümerInnen und GläubigerInnen von Banken. Sie müssen um ihren Einsatz fürchten, denn nur dann werden sie das Management effektiv kontrollieren. Wenn ihr Einsatz staatlich garantiert ist, wird das Management immer riskanter wirtschaften, da Profite an die KapitalgeberInnen fließen, während Verluste sozialisiert werden.

Erst wenn sie um ihren Einsatz fürchten müssen, entsteht ein Anreiz für EigentümerInnen, das Management effektiv zu kontrollieren. Die Vergütung von ManagerInnen und HändlerInnen im Finanzsektor wollen wir so ausgestalten, dass sie sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt an kurzfristigen Profiten ausrichtet. Wir brauchen aber auch eine schlagkräftige Fusions- und Wettbewerbskontrolle auf dem Finanzmarkt, die sich dem Leitbild der vollständigen Konkurrenz in allen Teilfinanzmärkten verpflichtet fühlt und gegen Marktmacht und Marktkonzentration vorgeht. Wir wollen das Kräfteverhältnis zwischen Regulierern und Regulierten zugunsten der Finanzaufsicht deutlich verbessern: materiell, rechtlich, personell, organisatorisch und informationell.

Viele Finanzgeschäfte finden nicht an regulierten Handelsplätzen statt, sondern direkt zwischen den Akteuren. Der Nachteil: Die Aufsicht hat keine Chance einzugreifen. Deswegen müssen diese Schattenmärkte ans Licht. Europäische und langfristig internationale Regeln sollen dafür sorgen. Auch der Hochfrequenzhandel mit superschnellen Computern braucht ein Tempolimit, so dass jede Order mindestens 1 Sekunde aufrechterhalten werden muss. Das trägt dazu bei, die Finanzmärkte stabiler und damit sicherer zu machen. Gleichzeitig wirkt hier die Finanztransaktionssteuer regulierend. Das Platzen kreditfinanzierter Vermögensblasen hat enorme ökonomische, soziale und auch ökologische Folgewirkungen. Um das Entstehen solcher Blasen zu verhindern, muss das Instrumentarium der Europäischen Zentralbank und Finanzmarktaufsicht weiterentwickelt werden. Dazu und angesichts ihres massiven Bedeutungszuwachses braucht es – unter Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbank – auch eine offene Debatte über ihre Rolle und ihr Instrumentarium.

Wir wollen mehr privates Kapital in nachhaltige und klimafreundliche Anlagen lenken. Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten eine besondere Bedeutung zu. Geldanlage ist auch eine ethische Frage – Investitionen etwa in Streumunitionshersteller wollen wir deshalb verbieten. Außerdem gilt: Mit Essen spielt man nicht! Fonds, Großbanken und anderen institutionellen Investoren gehört die Spekulation an diesen Märkten deshalb untersagt. Ebenso müssen alle Händler strengen Berichtspflichten unterworfen sowie unverwässerte Positions-, Preis- und Tempolimits

eingeführt werden. Auch das sogenannte Land-Grabbing (Landnahme) gehört geächtet. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Deutschland durch nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen dazu beiträgt, dass Investoren und staatliche Institutionen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einhalten. Zudem muss die Vergabe von Entwicklungskrediten an die Einhaltung der Leitlinien geknüpft werden.

Die Überwachung der Solidität der Finanzinstitute steht oft in einem Interessenkonflikt zum Verbraucherschutz. Wir fordern daher einen Ausbau des Verbraucherschutzes für Finanzprodukte. Finanzberatung durch provisionsbasierte Finanzprodukte erfolgt heute oftmals nicht im Interesse der KundInnen, sondern im Interesse von FinanzvermittlerInnen nach hohen Provisionen. Provisionsgetriebene Falschberatung wollen wir verhindern. Wir fordern eine verbraucherschutzorientierte Regulierung der Provisionen, so dass Beratung grundsätzlich unabhängig von der Provisionshöhe erfolgt. Dazu ist auch ein völliges Provisionsverbot in der Diskussion, welches in anderen europäischen Ländern bereits besteht. Als echte Alternative wollen wir die Honorarberatung, z. B. durch die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes, stärken. Des Weiteren müssen private EndverbraucherInnen besser über die Risiken von Finanzprodukten informiert werden.

Gleichzeitig wollen wir uns für mehr Finanzkompetenz aller einsetzen. Nur wenn wir die Strukturen und Instrumente der Finanzmärkte verstehen, können wir die Nachfrage nach nachhaltigen Anlageformen weiter verstärken und die Transparenz der Märkte erhöhen.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte hat gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht, kann einen Teil der Kosten begleichen. Dabei stehen wir GRÜNE weiterhin zu unserer Forderung, einen großen Teil der Einnahmen in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen zu lassen sowie die Finanztransaktionssteuer ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt zu überführen. Der Beschluss in zunächst elf europäischen Ländern, eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ist ein Erfolg der globali-

sierungskritischen Bewegung und grüner Politik. Bei der weiteren Ausgestaltung dieser Steuer wollen wir darauf hinwirken, dass alle Finanztransaktionen, auch die außerbörslichen, möglichst europaweit besteuert werden. Die Höhe der Finanztransaktionssteuer wollen wir nach Produktart und Risiko differenzieren. Dazu gehört auch, dass die Regierung endlich für Transparenz bei den Bankenrettungen sorgt und veröffentlicht, wie viel die Rettung der Banken die SteuerzahlerInnen bisher gekostet hat.

Nur ein stabiler Finanzsektor kann die Unternehmen und VerbraucherInnen mit Krediten versorgen. Das deutsche Drei-Säulen-System aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken hat sich hier bewährt. Kleinstbanken sollen deshalb von bürokratischen Anforderungen entlastet werden. So kann auch endlich genügend Personal für die Bankenaufsicht eingesetzt werden.

Seit der Finanzkrise wächst der Sektor der nachhaltigen Banken rasant. Sie zeigen, dass ein anderer Finanzsektor möglich ist. Diese Banken setzen sich selbst strenge Regeln für ein nachhaltiges Verhalten und lassen in der Regel ihre KundInnen über ihre Aktivitäten entscheiden. Die meisten sind genossenschaftlich organisiert und handeln nicht primär gewinnorientiert. Grüne Politik unterstützt nachhaltige Banken regulatorisch.

4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen erforschen und entwickeln innovative und kreative Lösungen. Wir rücken sie deshalb in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik und unterstützen eine Gesellschaft, in der Selbständigkeit eine realistische Option ist. Wir werden daran arbeiten, dass Mittelstand und familiengeführte Unternehmen in Deutschland auch weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden. Dazu haben wir die Bedürfnisse dieser Unternehmen nicht nur bei der Wirtschafts-, sondern auch bei der Infrastruktur-, Bildungs- und Steuerpolitik im Blick. Hierzu gehört auch, die unfairen Wettbewerbsvorteile internationaler Konzerne durch Steuergestaltungsmodelle zu beenden. Handwerk hat goldenen Boden – Handwerk hat grünen Boden! Das Handwerk hat für

den Klimaschutz und bei der Ressourceneinsparung eine zentrale Rolle. Damit Häuser eine bessere Wärmedämmung bekommen, damit mehr repariert als weggeworfen wird, damit mehr Solarmodule auf die Dächer kommen – für all das werden hunderttausende gut qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker gebraucht. Dazu braucht das Handwerk gute Ausbildungsbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten.

Faire und vergleichbare Bedingungen sind die Voraussetzung, damit kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. Wir wollen deshalb die Möglichkeit schaffen, einzelne Anbieter bei übergroßer Marktmacht zur Aufgabe von Unternehmens- und Marktanteilen zu zwingen. Das Wettbewerbsrecht braucht neue Instrumente, die verhindern, dass Unternehmen sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie ökologische und soziale Kosten auf Umwelt und Gesellschaft verlagern. Durch Wettbewerbsverstöße werden VerbraucherInnen geschädigt, deshalb müssen deren Rechte im Kartellrecht gestärkt werden.

Wir wollen durch Novellierung des GWB das Bundeskartellamt bei der Regulierung von oligopolistischen und monopolistischen Märkten stärken und prüfen, wie durch Änderungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb einem Abwälzen privater Kosten auf die Gemeinschaft und der Nichtbilanzierung der von einem Wirtschaftssubjekt verursachten Umweltschäden (Externalisierung) entgegengewirkt werden kann.

Wir fördern das gesellschaftliche Innovationsklima auch durch Entbürokratisierung und Beratung durch Lotsendienste. Klar ist für uns auch, dass die Kammern als Interessenvertretung der ganzen Wirtschaft durchsichtiger, interkultureller und demokratischer werden müssen. Zudem erwarten wir, dass sie sich künftig verstärkt darum bemühen, mehr kleinere und mittlere Unternehmen, Unternehmer mit Migrationshintergrund und Frauen für ihre Gremien gewinnen. Sonst ist die Pflichtmitgliedschaft nicht länger vertretbar. Die Doppelmitgliedschaft in Kammern wollen wir ersatzlos streichen.

Die Bedingungen für Existenzgründungen verbessern wir, indem wir Gründungshemmnisse abbauen. Neue Unternehmungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Dafür fordern wir bei Gründungen aber auch

eine bedarfsgerechtere finanzielle Ausstattung und zielgerichtete Angebote für die Unternehmensgründungen von Frauen, auch und besonders für Wiedereinsteigerinnen. Die Förderung in die Selbständigkeit muss auch für alle gründungswilligen Arbeitssuchenden gewährleistet sein. Und wir brauchen bessere Beratungsangebote. Gerade die jeweiligen Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie die Potentiale von Menschen mit Behinderungen müssen individuell gefördert werden.

Unser Konzept der Vermögensabgabe haben wir so gestaltet, dass Selbständigen und Unternehmern, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, ein armutsfestes und auskömmliches Alterseinkommen aus eigenem Vermögen ermöglicht wird. Außerdem wollen wir Selbständige, die keine ausreichende anderweitige Vorsorge haben, in die gesetzliche Rentenversicherung so einbeziehen, dass es sie finanziell nicht überfordert und sich ihnen so auch ein Weg in die Garantierente eröffnet.

Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir steuerlich fördern. Wir schaffen die Möglichkeit zur Poolabschreibung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ab und erhöhen die Grenze zur Sofortabsetzbarkeit, um so die Liquidität zu verbessern. Die steuerliche Förderung einbehaltener Gewinne (Thesaurierung) soll so ausgestaltet werden, dass auch kleinen Unternehmen diese Form der Stärkung ihres Eigenkapitals und ihrer Investitionsfähigkeit offensteht. Eine 15%ige Steuergutschrift für Forschungsausgaben für Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten soll die innovativen Kräfte kleiner und mittelgroßer Unternehmen unbürokratisch stärken, wofür wir allein im Bundeshaushalt 200 Mio. Euro einplanen. Die Projektförderung ist für kleine Unternehmen administrativ zu aufwendig und wird deshalb entsprechend kaum genutzt. Durch eine Steuergutschrift für diese Unternehmen kann eine Benachteiligung gegenüber großen Konzernen abgebaut werden.

Im Osten Deutschlands hat sich seit dem Fall der Mauer eine andere, deutlich kleinteiligere Unternehmensstruktur herausgebildet als im Westen Deutschlands. Das hat auch erhebliche Konsequenzen für die Forschungslandschaft im Osten Deutschlands, die viel stärker eine staatlich geförderte sein muss, weil die durchschnittlichen Betriebsgrößen im Osten eine eigene Forschung nicht zulassen. Da ist auch der Bund gefordert, denn der Osten braucht eine

Innovations- und Forschungsoffensive sowie Unterstützung beim Technologietransfer und der Clusterbildung.

Wir verbessern den Zugang zu Wagniskapital und die breitere Versorgung mit Mikrokrediten. Für eine kreative Geschäftsidee, die vielleicht erst auf den zweiten Blick überzeugt, soll das ebenso möglich sein wie für jemanden, der schon mal mit einem Unternehmen gescheitert ist und jetzt eine zweite Chance sucht. Wir wollen eine Überarbeitung der Sanierungsklausel prüfen, die EU-rechtskonform ist und neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen auch das Weiterführen von innovativen Unternehmen ermöglicht. Die Sanierungsklausel muss dabei so gestaltet werden, dass Missbrauch verhindert und gleichermaßen eine Fortführung von Unternehmen mit positiver Fortführungsprognose ermöglicht wird. GründerInnenzentren können mittels ihrer Marketing- und Finanzkompetenz jungen Unternehmen und ExistenzgründerInnen zum Erfolg am Markt verhelfen bzw. notfalls auch rechtzeitig die Reißleine vor Überschuldung ziehen, wenn keine Aussicht auf einen Markterfolg besteht.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft und zur Wertschöpfung beiträgt. Doch die Rahmenbedingungen für die in der Regel sehr kleinen Unternehmen müssen durch die soziale Absicherung und einen leichteren Zugang zu Darlehen oder Mikrokrediten verbessert werden.

Das Patentrecht entwickeln wir weiter, denn es soll die Kultur der Selbständigkeit befördern und nicht hemmen. Der Patentschutz soll sich auf neue Produkte und Ideen beschränken und nicht als Mittel gegen NeugründerInnen eingesetzt werden können. Das müssen wir innerhalb der EU regeln: Wir setzen uns für eine Reform des europäischen Patentwesens und die Kontrolle durch das Europäische Parlament ein. Patente auf Lebewesen sind zu verbieten.

5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen

Hochwertige soziale Dienstleistungen in Gesundheit, Pflege und Bildung sind entscheidend für die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie sind darüber hinaus selbst ein bedeutender und sich dynamisch entwickelnder Wirtschaftszweig. Bis

2020 werden allein im Gesundheitssystem über sechs Millionen Menschen beschäftigt sein.

Doch weder die Ausrichtung der bisherigen Wirtschaftspolitik noch die bescheidenen Gehälter und belastenden Arbeitsbedingungen werden dieser Bedeutung gerecht. Während in anderen Branchen hohe Boni ausgeschüttet werden, bleiben Gehälter und Arbeitsumfeld in den sozialen Dienstleistungen hinter ihrem gesellschaftlichen Wert zurück. Eine Kultur der Anerkennung fehlt in diesem Bereich völlig. PflegerInnen, Hebammen, Krankenschwestern oder KindergärtnerInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Grüne Politik für die sozialen Dienstleistungen sichert nachhaltig deren Finanzierung, fördert Forschung und Innovationen, steigert die Attraktivität von Gesundheits-, Pflege- und Bildungsberufen und bekämpft Lohndumping. Wir schaffen neue, gute Arbeit durch ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagsschulen und mehr Personal an Hochschulen sowie den Ausbau der Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens. Wir erweitern den Innovationsbegriff um soziale Innovationen und werden Dienstleistungen als Forschungsfeld stärker gewichten.

Soziale Dienstleistungen werden oft von gemeinnützigen Trägern, von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erbracht. Zentral dabei ist, dass bei der Auftragsvergabe nicht nur die Kosten, sondern auch die Qualität der Dienstleistung sichergestellt ist. Die Vergabe von sozialen Dienstleistungen kann nicht nach denselben Kriterien erfolgen wie die Beschaffung von Computern, Briefumschlägen oder Bleistiften. Wie wir das Arbeitsrecht in solchen Dienstleistungen ändern wollen, haben wir im Kapitel „Teilhabe an guter Arbeit“ beschrieben.

6. Solidarische Ökonomie fördern

Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten Handelns und

Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele wie BürgerInnenenergie-Genossenschaften oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnen-Gemeinschaften an. Die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und BürgerInnengemeinschaftsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen Stromerzeugung zu schaffen.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Genossenschaftsbewegung. Wir wollen Gründungen in diesem Bereich erleichtern, genossenschaftliche Dienstleistungen einem breiteren Kreis zugänglich machen und ihre Weiterentwicklung fördern. Dazu entbürokratisieren wir die genossenschaftliche Rechtsform, z. B. durch eine Entlastung bei den Prüfungspflichten. Gleichzeitig beenden wir die Benachteiligung von Gemeinschaftsunternehmen besonders bei Gründungs- und Förderprogrammen und erleichtern den Zugang zu Finanzierungsdienstleistungen.

Darüber hinaus wollen wir ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch statt des Besitzes im Vordergrund steht. Dazu gehören Carsharing-Modelle ebenso wie generationenübergreifende Wohngemeinschaften, die eine Lösung für knapper werdenden Wohnraum in Großstädten bieten. Für Anbieter und VerbraucherInnen von Tausch-, Teil- und Verleihdienstleistungen sowie für die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung wollen wir deshalb Rechtssicherheit schaffen. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze sowie Regionalgeldinitiativen, um regionale Wertschöpfung zu fördern.

Die Übernahme eines vor oder in der Insolvenz stehenden Unternehmens durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann ein geeignetes Instrument sein, um Arbeitsplätze auf der Basis nachhaltigen Wirtschaftens zu sichern. Dies wollen wir unterstützen, etwa durch ein Vorkaufsrecht bei Betriebsübergang. Um den MitarbeiterInnen die Ausübung des Vorkaufsrechts zu ermöglichen, bedarf es geeigneter Finanzierungsinstrumente. Mit der Förderung der solidarischen Ökonomie erschließen wir neue Möglichkeiten der ökonomischen Teilhabe und Mitbestimmung.

7. Nachhaltiges Wirtschaften statt blinden Wachstums

Die einseitige Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes als Kriterium für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist nicht länger hinnehmbar. In dieser Kennzahl bilden sich Wohlstand und Lebensqualität nur sehr schlecht ab, soziale Sicherheit, Gleichstellung von Frauen und Männern, gute Bildung oder eine intakte Umwelt gar nicht. Hohe Unfallzahlen, Immobilienblasen oder ein verschwenderischer Ressourcenverbrauch mit einhergehender Umweltzerstörung erhöhen das Wachstum, sind aber höchst schädlich für Wohlstand und Lebensqualität.

Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns noch ein ausreichendes Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. In der Frage der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch liegt die Herausforderung in der absoluten Reduktion des gegenwärtigen globalen Ressourcenverbrauchs. Wir setzen uns für weitreichende Effizienzverbesserungen ein und für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, innerhalb deren diese wirksam werden können.

Die Wertschätzung eines Menschen durch die Gesellschaft darf nicht vorrangig von seinem materiellen Besitz oder Eigentum abhängen. Und wir setzen uns für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Dazu braucht es verbindliche soziale und ökologische Leitplanken für das Handeln von Unternehmen und KonsumentInnen.

Wir brauchen neue Indikatoren, die neben den ökonomischen Aspekten auch den ökologischen und sozialen Zustand unseres Landes abbilden. Im Rahmen der von uns angestoßenen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" haben wir darum einen neuen Wohlstandsindikator erarbeitet, den „grünen Wohlstandskompass". Er bemisst Wohlstand an der Lebensqualität aller Menschen und dem Zustand unserer Umwelt, indem er u. a. den ökologischen Fußabdruck als Maß für den Ressourcenverbrauch mit einbezieht.

Auch Wirtschaftspolitik muss sich an den Zielen der Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu wollen wir ein neues Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz ausarbeiten, das an die Stelle des überholten „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes" tritt.

Die Frage nach der Bedeutung des Wirtschaftswachstums stellt sich jedoch auch langfristig. Wenn das Wachstum ausbleibt, drohen gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Rezessionen lassen die Arbeitslosigkeit ansteigen, üben Druck auf die Sozialsysteme aus und führen zu einer höheren Staatsverschuldung. Wir müssen uns vor diesem Hintergrund die Frage stellen, wie wir mit stetig sinkenden Wachstumsraten umgehen, wie sie in der industrialisierten Welt seit Jahrzehnten erzielt werden. Wir streben daher an, die Wachstumsabhängigkeit unserer Wirtschaft langfristig zu reduzieren. Die Diskussion um die richtigen Mittel dazu wurde von uns bereits in der Enquete angestoßen und sollte im parlamentarischen Raum, mit der Wissenschaft und den Kräften der Zivilgesellschaft weitergeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich von jeher für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Durch ein innovatives Ordnungsrecht, die Abschaffung klima- und umweltschädlicher Subventionen, öffentliche Investitionen sowie Marktanreiz- und Forschungsprogramme schafft grüne Politik die Rahmenbedingungen für ein regeneratives Wirtschaften. Um Wirtschaftskreisläufe langfristig regenerativ und nachhaltig auszurichten, ist darüber hinaus eine noch stärkere zentrale Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips über Anpassungen im Wettbewerbs- und Vermögensrecht notwendig und sollte auch auf kulturelle und soziale Gemeingüter ausgedehnt werden, um deren volle Vielfalt vor Ausbeutung und damit langfristiger Zerstörung durch Wirtschaftsprozesse zu schützen.

Wer GRÜN wählt …

- bringt grünes Wirtschaften voran, in Industrie und Dienstleistungen, in der Bundesrepublik und in Europa – und schafft so viele neue Arbeitsplätze.
- reguliert wirksam die Finanzmärkte, so dass sie wieder im Dienst von Mensch und Unternehmen stehen.
- schafft faire Wettbewerbsbedingungen, fördert Innovation und hat keine Scheu vor der Auseinandersetzung mit großen Playern.
- arbeitet mit an einem demokratischen und solidarischen Europa, in dem die Reformlasten nicht bei den Ärmsten abgeladen werden.
- unterstützt eine Politik, die die Lebensqualität der Menschen heute und morgen im Blick hat und auf solidarische Ökonomie setzt statt auf einen veralteten Wachstumsgedanken.

Schlüsselprojekte

Für eine Ressourceneffizienz-Allianz – Top-Runner-Prinzip einführen

Ressourceneffizienz heißt: Wir wollen nicht weiter die Substanz unserer Erde verbrauchen, statt von ihrem Ertrag zu leben. Ressourceneffizienz ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den Bedarf an Rohstoffimporten senkt und durch Kostensenkung bei Material statt bei Löhnen Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Deshalb wollen wir eine Ressourceneffizienz-Allianz zustande bringen, an der sich Wirtschaft, Forschung, NGOs, Politik und Verwaltung beteiligen. Sie soll dazu beitragen, dass Unternehmen noch stärker auf Ressourcen- und Materialeffizienz achten. Beim Top-Runner-Prinzip gibt das umweltverträg-

lichste und effizienteste Produkt den Standard vor, den alle anderen in vorgegebener Zeit erreichen müssen. Das bisher zahnlose Programm für Ressourceneffizienz (ProgRess) wollen wir weiterentwickeln und um verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten sowie Rücknahmepflichten für Hersteller ergänzen. Dies unterstützen wir unter anderem durch eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik.

Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken

Die mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte hat die Welt in eine historische Finanz- und Wirtschaftskrise gestürzt. Seitdem ist kaum etwas passiert. SteuerzahlerInnen sollen nicht wieder für das Fehlverhalten der Finanzindustrie zahlen müssen. Dazu brauchen wir neben einer Europäischen Bankenunion mit schlagkräftiger Aufsicht und bankenfinanziertem Rettungsfonds vor allem eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Banken müssen bis 2017 mindestens 3 % Eigenkapital im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch unmöglich machen und das Finanzsystem deutlich stabilisieren.

Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkauft, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür etablieren wir einen neuen Wohlstandsindikator. Der „grüne Wohlstandskompass" umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Entsprechend fordern wir für Unternehmen ab einer bestimmten Größe neben der vorgeschriebenen finanziellen auch eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen. So können wir der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung geben.

D. Besser haushalten

Warum wir einen handlungsfähigen Staat nicht auf Pump finanzieren dürfen

Es gibt viel zu tun. Aber der ökologische Umbau, der Bildungsaufbruch und der soziale Ausgleich können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Dazu braucht der Staat eine solide und solidarische Finanzierung, denn eine Politik auf Pump können wir uns nicht mehr leisten. Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern sagen nichts anderes, als dass Ausgaben und Einnahmen in einem stabilen Gleichgewicht stehen müssen.

Die enorme Verschuldung aller öffentlichen Haushalte ist auch das Ergebnis der unehrlichen Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte, die die neoliberale Regierung unter Merkel auf die Spitze treibt: Trotz steigender Steuereinnahmen sind die Schulden der Bundesrepublik während Merkels Kanzlerschaft um 500 Mrd. Euro gestiegen. Anstatt wichtige Reformen zu finanzieren, verplempert sie das Geld der SteuerzahlerInnen und steckt es in ein unsinniges Betreuungsgeld oder – schlimmer noch – versorgt damit durch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotelbranche („Mövenpick-Steuer“) eine einzelne Interessengruppe. Die Verschuldung ist jedoch so hoch, dass für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen an Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Steuererhöhungen kein Weg vorbeiführt. Wer etwas anderes versucht, handelt fahrlässig. Umgekehrt gilt aber auch: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist ab sofort finanzierbar. Deswegen setzen wir für eine Regierungsübernahme klare Prioritäten bei den finanzwirksamen Projekten.

Wer wichtige Zukunftsprojekte finanzieren und öffentliche Haushalte solide aufstellen will, muss Prioritäten setzen. Grüne Haushaltspolitik steht deshalb für eine gründliche Aufgabenprüfung, die unnötige Ausgaben vermeidet. Durch Reduzierung der Schwarzarbeit, die Einführung eines Mindestlohns, die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen wie des Dienstwagenprivilegs oder der Steuerbefreiung von Kerosin, den Verzicht auf Prestigebauprojekte, den Verzicht auf teure und unsinnige Rüstungsprojekte sowie

eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr und eine Straffung im Beschaffungswesen können wir Milliarden einsparen.

Grüne Haushaltspolitik schützt das Klima. Mit einem grünen Klimaschutzhaushalt wollen wir klimaschädliche Subventionen abbauen und so die ökologische Verschuldung verringern. Mit den Mehreinnahmen wollen wir wichtige Energiewende- und Klimaschutzprogramme solide finanzieren und zudem noch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Grüne Haushaltspolitik ist geschlechtergerecht. Wir wollen in den Bundesministerien Gender-Budgeting einführen, damit öffentliche Gelder zielgenauer, gerechter und sparsamer eingesetzt werden. Dazu wollen wir analysieren, von welchen Geldern Männer und Frauen profitieren, um auf dieser Basis dann Steuerungsinstrumente für die Haushaltspolitik zu entwickeln.

Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, eine gut ausgebildete Bevölkerung und ein funktionierendes Gemeinwesen sind Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg und den Aufbau privaten Vermögens. Der private Reichtum in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren extrem stark angewachsen. Die Steuern auf hohe Einkommen sowie Vermögen und Erbschaften sind in den letzten zwei Jahrzehnten gesunken. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand auf allen Ebenen verschuldet und strukturell unterfinanziert. Es ist an der Zeit, dass wir dieses Missverhältnis beenden. Wir können bei der Finanzierung öffentlicher Güter nicht mehr auf grenzenloses Wachstum oder neue Schulden setzen. Wir müssen daher die Einnahmen des Staates maßvoll erhöhen. Der Spielraum dafür ist angesichts der privaten Reichtums- und Einkommensentwicklung da, privater Wohlstand muss wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und damit zur Finanzierung seiner eigenen Voraussetzungen beitragen. Wer mit uns regieren will, muss deshalb mit uns die Unterfinanzierung des Staates in Bund, Ländern und Kommunen durch höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen beenden. Dabei wissen wir, dass ein pures Mehr von staatlichen Ausgaben keine nachhaltige Lösung ist. Auch staatliche Ausgaben müssen effizient sein und entsprechend hinterfragt werden. Wir werden alle staatlichen Ausgabenprogramme einer Effizienzprüfung unterziehen. Ziel ist es dabei, auf allen staatlichen Ebenen Bürokratie abzubauen und Entscheidungswege zu straffen.

Programme mit einem hohen Verwaltungsaufwand werden wir grundsätzlich überprüfen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bieten als einzige Partei ein Programm, in dem zusätzliche Ausgaben durch Kürzungen, Einsparungen und Steuererhöhungen gegenfinanziert sind. Wir sagen konkret: Manche zahlen zu wenig Steuern, ob auf Einkommen, Vermögen oder Umweltverbrauch. Andere kassieren Subventionen, die den Staat Milliarden kosten, wie die Pharma- und die Agrarindustrie. Wir scheuen uns nicht, ungerechte und schädliche Subventionen abzuschaffen und einzelnen Interessengruppen Reformen und Einsparungen zuzumuten. Wer GRÜN wählt, bekommt keine finanzpolitische Katze im Sack, sondern klare und ehrliche Politik.

Die Bürgerinnen und Bürger sind sich einig: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat – und dafür brauchen wir solide Finanzen. Aktive Politik vor Ort gelingt nur mit Kommunen, die nicht durch Überschuldung und zu geringe Finanzkraft ihrer Handlungsfähigkeit beraubt sind, der Bildungsaufbruch gelingt nur mit starken Länderfinanzen und der soziale Ausgleich gelingt nur mit einem handlungsfähigen Bundeshaushalt. Schaffen wir dafür endlich eine politische Mehrheit. Wir halten deshalb Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht und sorgen für eine faire Finanzierung unseres Gemeinwesens, an dem alle teilhaben und starke Schultern mehr tragen als schwache.

Eine solide Finanzpolitik eröffnet demokratische Gestaltungsspielräume und macht so Einmischung erst möglich. Hohe Schulden setzen die öffentliche Hand den Kreditgebern auf den Finanzmärkten aus. Schuldenabbau ist deswegen ein wesentlicher Baustein, um das Primat der Politik wieder gelten zu lassen.

Wir wollen solide Finanzen, um eine gute Zukunft zu schaffen: Wer jetzt nicht in Bildung investiert, begeht ein schweres Versäumnis. Wer jetzt nicht die ökologische Transformation vorantreibt, muss später mit viel Geld Umweltschäden beseitigen. Wer zulässt, dass Menschen in Armut leben, der sorgt für Perspektivlosigkeit. Wer heute nicht für solide öffentliche Finanzen sorgt, der verbaut uns eine gute Zukunft.

1. Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik

Grüne Steuerpolitik ist ökologisch, weil sie dazu beiträgt, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen. Dafür wollen wir die ökologische Finanzreform vorantreiben. Der Anteil der Einnahmen aus Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist in den vergangenen Jahren jedoch inflationsbedingt gefallen und damit der Anreiz zu ökologischem Verhalten. Diesen Trend wollen wir durch einen schrittweisen Abbau umweltschädlicher Subventionen umkehren. Dazu gehört eine Reform der Luftverkehrsteuer, der Kfz-Steuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen ebenso wie eine ökologische Besteuerung von Dienstwagen und das Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuer. Wir wollen die ökologische Finanzreform auch auf nicht energetische Rohstoffe ausweiten, um die umweltschädliche Verschwendung von Düngemitteln, Baustoffen und Verpackungen zu reduzieren. Wir setzen uns für eine Angleichung der Energie- und Umweltsteuern in Europa ein.

Grüne Steuerpolitik ist gerecht, weil stärkere Schultern mehr tragen als schwache. Damit trägt sie zum sozialen Ausgleich bei. Gerecht ist oft auch einfach: Wenn wir das Steuerrecht entrümpeln und seine Qualität verbessern, reduziert das Gestaltungsmöglichkeiten findiger Steuertrickser. Gleichzeitig ermöglichen wir so den Finanzämtern geltendes Steuerrecht durchzusetzen – ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Ein besserer Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist ein zentraler Baustein grüner Steuerpolitik. Deutschland gehen laut Schätzungen jedes Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 150 Mrd. Euro verloren, weil das komplizierte Steuerrecht Schlupflöcher besonders für hohe Einkommen eröffnet, weil große Unternehmen ihre Steuerlast international verlagern können und weil die Steuerprüfung und Steuerfahndung der Länder personell oft unzureichend ausgestattet ist oder Ausstände nicht konsequent eingetrieben werden, wie beispielsweise die Vertragsstrafe und der Schadensersatz von Toll Collect in Höhe von fast 5 Mrd. Euro. Es sind die ehrlichen BürgerInnen, die deshalb mehr Steuern zahlen müssen oder weniger öffentliche Leistungen erhalten. Und es sind die kleineren und national tätigen Unternehmen, die so mehr belastet werden als ihre größeren Konkurrenten. Um

die Steuertrickserеien multinationaler Unternehmen wirksam verhindern zu können, brauchen wir mehr Transparenz. Wir fordern daher länderbezogene Offenlegungspflichten. Parallel zum politischen Einsatz für eine verbindliche EU-Regelung wollen wir diese Offenlegungspflichten in einem ersten Schritt auch national umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass international agierende Unternehmen ihre Gewinne in den Ländern versteuern müssen, in denen sie erwirtschaftet werden. Steueroasen wollen wir effektiv bekämpfen: Hierzu werden wir uns u. a. für eine europäische schwarze Liste und für Sanktionen gegen kooperationsunwillige Banken und Länder einsetzen.

Eine wirkungsvolle Steuerprüfung und Steuerfahndung sind im Sinne der Steuergerechtigkeit und ein Beitrag zu soliden öffentlichen Finanzen, die die Interessen aller drei Ebenen berücksichtigt. Wir setzen uns für personelle und organisatorische Verbesserungen der Steuerverwaltung ein und wollen eine Bundessteuerverwaltung, die das Nebeneinander der Ländersteuerverwaltungen ersetzt. Die im Finanzverwaltungsgesetz enthaltenen Bundeskompetenzen sind zu nutzen, um einheitliche Mindeststandards bei der Steuererhebung und -prüfung festzulegen und durchzusetzen. Steuergestaltungsmodelle sollen zum Schutz vor missbräuchlicher Steuergestaltung meldepflichtig und offengelegt werden, um sie zu verhindern. Das steuerliche Bankgeheimnis muss abgeschafft und durch eine grundsätzliche Kontrollmitteilungspflicht der Banken ersetzt werden, wie sie heute bereits in den meisten OECD-Ländern besteht. Finanztransaktionen in und aus Niedrigsteuerländern werden in Frankreich mit einer Strafsteuer belegt. Das wollen wir für alle EU-Staaten zur allgemeinen Regel machen. Doppelbesteuerungsabkommen müssen einen automatischen Informationsaustausch enthalten und so ausgestaltet sein, dass sie aggressive Steuergestaltung und schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten verhindern. Daher wollen wir in den deutschen Doppelbesteuerungsabkommen von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode übergehen.

Wir wollen eine gleichmäßige steuerliche Belastung von Unternehmen erreichen, unabhängig von Größe, Branche oder internationaler Ausrichtung. Instrumente gegen Missbrauch und für den Erhalt von nationalen Steueraufkommen wollen wir überprüfen, weiterentwickeln und gegebenenfalls nachschärfen. Nach den letz-

ten Änderungen der schwarz-gelben Koalition bei der Funktionsverlagerungsbesteuerung und der Zinsschranke muss sichergestellt sein, dass die ursprüngliche Zielsetzung und Aufkommenswirkung dieser Regelungen auch erreicht wird.

Grüne Steuerpolitik ist wirtschaftlich vernünftig. Wir erhöhen Steuern, die wirtschaftliche Aktivitäten nur gering beeinflussen, und erzeugen mit den damit finanzierten öffentlichen Investitionen neue wirtschaftliche Dynamik: Der Mittelständler vor Ort profitiert direkt von einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur, etwa einem guten Verkehrsnetz, einem Zugang zu Breitbandinternet und guten Schulen.

Eine höhere Erbschaftsteuer ist anreizneutral, weil erben nichts mit Leistung zu tun hat. Vom Aufkommen profitieren allein die Länder, Mehreinnahmen können für dringend notwendige Investitionen in bessere Bildungs- und Betreuungsangebote verwendet werden. So unterstützen wir auch die Länder mit höheren Einnahmen bei ihren Konsolidierungsanstrengungen. Wir streben an, das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer auf 8,6 Mrd. Euro zu verdoppeln. Dazu beenden wir das verfassungswidrige und unsoziale Wirrwarr der bisherigen Regelungen. Wir wollen die Bevorzugung von Erbschaften und Schenkungen gegenüber anderen Einkünften einschränken, indem wir die Freibeträge wieder auf ein vernünftiges Maß festsetzen und so die Bemessungsgrundlage verbreitern. Kleine Erbschaften wollen wir weiterhin nicht besteuern. Die von der großen Koalition eingeführte Befreiung von Betriebsvermögen ist ungerecht und verfassungswidrig. Wir setzen stattdessen auf gesonderte Freibeträge und Stundungsregelungen, um Liquiditätsengpässe bei der Betriebsübertragung zu vermeiden. Fälle, in denen Erbschaftsteuer und Vermögensabgabe parallel anfangen würden, werden wir so berücksichtigen, dass keine doppelten Belastungen und keine Substanzbesteuerung auftreten können, z. B. durch eine zeitliche Streckung.

Statt kommunalen Investitionsstaus brauchen wir Geld für eine gute Politik vor Ort. Neben ihren Anteilen an Einkommen- oder Mehrwertsteuer sollen die Kommunen auf ihre eigenen Quellen zählen können: Die Reform der Grundsteuer wollen wir zügig vorantreiben. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns GRÜNE: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize.

Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen. Die Gewerbesteuer soll zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage ausgeweitet werden. Diese gilt auch für FreiberuflerInnen und zieht Zinsen, Mieten und Lizenzgebühren stärker als bisher bei der Berechnung heran. Da diese die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechnen können, würden sie im Regelfall nicht mehr belastet, aber künftig als selbständige UnternehmerInnen ihren Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten. An der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer halten wir fest. So wird das Steueraufkommen stabiler und zwischen den Kommunen gleichmäßiger verteilt. In einer notwendigen Diskussion um die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs müssen die Fragen eigener Einnahmequellen für die Länder, die Neuordnung des Finanzausgleichs, Probleme der Konnexität und der Weiterleitung von Finanzmitteln zwischen den Ebenen, Altschuldenhilfe auch für überschuldete Kommunen und einer kommunalen Mindestausstattung gerade vor dem Hintergrund der Schuldenbremse baldmöglichst in einer weiteren Föderalismuskommission zwischen Bund, Ländern und Kommunen geklärt werden.

Die Verschuldung von Ländern und Kommunen hat eine Höhe erreicht, welche die Erfüllung der Daseinsvorsorge in Frage stellt und notwendige Investitionen in Bildung und Klimaschutz verhindert. Vielen Kommunen und Ländern fehlt das Geld, um die Zinslasten zu schultern und mit der Tilgung zu beginnen und die harten Bedingungen der Schuldenbremse einzuhalten. Und deswegen hat grüne Finanzpolitik immer die Kassenlage aller staatlichen Ebenen im Blick. Durch unsere Vorschläge zum Subventionsabbau und zur Steuererhöhung erhalten Länder und Gemeinden substantielle Mehreinnahmen, die sie für ihre laufenden Ausgaben sowie den Schuldendienst und -abbau dringend brauchen. Mit dem Auslaufen des Solidaritätszuschlages wollen wir im Rahmen einer Föderalismuskommission III eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung eines Zuschlages auf die Einkommensteuer erarbeiten. Ziel ist es, einen Altschuldentilgungsfonds aufzubauen, der Länder und Kommunen entlastet, damit diese ihre strukturellen Defizite abbauen und die Schuldenbremse einhalten können. Bis dahin ist es aber nicht einzusehen, dass Bund und Länder unterschiedlich hohe Zinsen zahlen müssen – obwohl sie in einer faktischen Haftungsgemeinschaft sind. Verfassungskonfor-

me Deutschlandbonds können ein Instrument sein, um eine gemeinsame Schuldenaufnahme zu organisieren.

Die EU-Kommission stellt fest, dass den Mitgliedsstaaten jährlich rund 1 Billion Euro an Steuereinnahmen verloren gehen. Das macht klar: Europas Finanzprobleme liegen nicht einseitig auf der Ausgabenseite. Gleichzeitig hat sich die Verteilung der Steuerlast verschlechtert. Immer weniger Einnahmen kommen aus vermögensbezogenen Steuern und Unternehmenssteuern. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht grenzenloses Wirtschaften, während die Steuerpolitik meist an den Grenzen Halt macht. Steuervermeidung und Steuerbetrug sind die Folge.

Dem stellen wir einen europäischen Steuerpakt entgegen, damit auch diejenigen für die Einhaltung des europäischen Fiskalpakts sorgen, die sich bisher vor einer fairen Lastenverteilung gedrückt haben: Eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe dient dem Schuldenabbau. Eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage verringert Steuertricksereien und schafft Chancen für kleinere Unternehmen, für die dann nur ein Steuerrecht gilt. Wir wollen auch, dass international tätige Konzerne ihre Steuerzahlungen sowie ihre Gewinne, Umsätze und Beschäftigten nach Ländern getrennt offenlegen müssen. Dann wird es für jeden erkennbar, wenn ein Unternehmen in Europa wirtschaftet, seine Gewinne aber in ein Niedrigsteuerland verschiebt und darauf keine Steuern gezahlt werden. Eine Gewinnbesteuerung von mindestens 25 % vermeidet ruinösen Steuerwettbewerb. Die Steuerrichtlinien der EU müssen so überarbeitet werden, dass Steuergestaltung mit dem Ziel der Niedrig- oder Nichtbesteuerung verhindert wird. Wir wollen auch erreichen, dass sich die EU auf Mindeststandards für die Besteuerung im Verhältnis zu Drittstaaten einigt. Der Kampf gegen Steueroasen in der EU ist eine Gerechtigkeitsfrage mit massiven fiskalpolitischen Auswirkungen. Gleiches gilt für den automatischen Informationsaustausch bei Kapitaleinkommen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Wenn Banken wiederholt und schwerwiegend gegen Steuergesetze verstoßen, soll ihnen EU-weit der Lizenzentzug drohen. Die Steuerpflicht wollen wir wie die USA an die Nationalität koppeln und so Steuervermeidung per Wegzug verhindern. Letztlich braucht auch die Ökosteuer ein europäisches Fundament, um beispielsweise Tanktourismus einzudämmen.

Gerade die Steuerpolitik macht den Mehrwert der Europäischen Union deutlich. Nationale Souveränität ist an dieser Stelle häufig nur noch eine leere Hülle. Gemeinsam können wir mehr erreichen als mit einem steuerpolitischen Nebeneinander.

2. Starke Schultern schaffen mehr als schwache: die grüne Einkommensteuer

Die Höhe der Einkommensteuersätze kannte in den vergangenen Jahren fast nur eine Richtung: nach unten. Am oberen Ende des Tarifs war das weder finanzpolitisch vernünftig noch sozial gerecht: Die Staatsverschuldung hat in der Folge ebenso wie die Einkommens- und Vermögenskonzentration zugenommen. Um dem entgegenzuwirken, soll der Spitzensteuersatz auf 45 % bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen linear verlängert werden, um dann bei 80.000 Euro bei 49 % zu liegen. Gleichzeitig wollen wir das steuerfreie Existenzminimum für alle auf mindestens 8.700 Euro anheben. Dadurch bleiben netto ca. 3 Mrd. Euro Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. So zahlen alle mit einem Einkommen unter 60.000 Euro pro Jahr weniger, der Rest mehr. Die Steuererhöhung für weniger als drei Millionen Vielverdienende finanziert so die Steuersenkungen für viele Geringverdienende.

Es geht uns aber auch um eine Vereinfachung der Einkommensteuer. Die zahlreichen Ausnahmen und Subventionen sind nicht immer gerechtfertigt. Dazu werden wir die Einführung einer negativen Einkommensteuer prüfen. Denn einfach ist oft auch gerecht, weil sich nur die Reichen und die großen Unternehmen findige Steuerberater leisten können.

3. Schulden abbauen: die grüne Vermögensabgabe

Eine hohe Vermögenskonzentration ist Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt und fiskalpolitisch eine Zumutung. Während der Staat auf atemberaubend hohen Schuldenbergen sitzt, wächst das private Vermögen scheinbar unaufhaltsam. Es ist gerecht, wenn sich das Gemeinwesen einen Beitrag bei den sehr hohen Vermögen holt, um

damit den Schuldenberg abzubauen. Nur so kommen wir von der gigantischen Pyramide aus Schulden und Vermögen, die die Weltwirtschaft in den letzten Jahren ins Chaos gestürzt hat, herunter.

Die einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe nach Artikel 106 Grundgesetz soll über mehrere Jahre insgesamt rund 100 Mrd. Euro einbringen. Geld, das ausschließlich in den Abbau der Bundesschulden fließt. Die sind durch Konjunkturpakete und Bankenrettung massiv gestiegen, allein während der Kanzlerschaft Angela Merkels um rund 500 Mrd. Euro. Die Bankenrettung hat nicht zuletzt das Eigentum der Vermögenden gesichert. Es ist deswegen fair und gerecht, von ihnen einen Beitrag zu verlangen. Die grüne Vermögensabgabe wird weniger als 1 % der BürgerInnen mit jeweils einem Nettovermögen von mehr als 1 Mio. Euro treffen. Für Betriebsvermögen begrenzen wir die Abgabe auf maximal 35 % des Gewinns und verhindern, dass Unternehmen in ihrer Substanz getroffen werden.

Unser Ziel bleibt mittelfristig die Wiederbelebung einer verfassungskonformen Vermögensteuer, deren Aufkommen allein den Ländern zusteht. Die Vermögensteuer soll nach Auslaufen der Abgabe erhoben werden. Sie sollte an die Bemessungsgrundlage der Vermögensabgabe anknüpfen, ebenso wie diese eine Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen vermeiden und möglichst wenig Verwaltungsaufwand verursachen. Dies werden wir auf allen Ebenen vorantreiben und im Bundesrat und im Bundestag Mehrheiten für eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer suchen und nutzen.

4. Unfaire Steuerschlupflöcher stopfen: grüner Subventionsabbau

Mehrwertsteuerermäßigungen wie beispielsweise für Hotels, Fast Food, Schnittblumen oder Skilifte schaffen wir ab. Das ist ein Bürokratie-Abbauprogramm, das mehr als 3 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen für alle staatlichen Ebenen bringt. Gleichzeitig treten wir für eine europäische Reform der Mehrwertsteuer ein. Durch eine stärkere Harmonisierung und eine Umkehr der Steuerschuldnerschaft (Reverse Charge) bekämpfen wir Betrug und bauen Bürokratie ab. Dies bringt Mehreinnahmen für die Haushalte aller EU-Mit-

gliedsstaaten, denen laut EU-Kommission jährlich ein dreistelliger Milliardenbetrag durch Mehrwertsteuerbetrug entgeht. Das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder der Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt 7,5 Mrd. Euro.

Die Abgeltungsteuer bevorzugt Kapital- gegenüber Arbeitseinkommen und ist damit eine Privilegierung der Rentiers auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Subvention von Finanzinvestitionen gegenüber realen Investitionen und von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital gehört abgeschafft und Kapitaleinkommen wieder progressiv besteuert. Die Abzugsfähigkeit von Gehältern und Boni als Betriebsausgaben wollen wir auf 500.000 Euro beschränken, damit hohe Einkommen nicht weiter subventioniert werden.

Mit der Vereinheitlichung der Abzugs- und Begünstigungsregelungen in der Einkommensteuer und den Sozialversicherungen leisten wir einen Beitrag zum Bürokratieabbau. Wir wollen prüfen, inwieweit bestehende Steuerabzüge durch Steuergutschriften ersetzt werden können, damit die Steuerersparnis sich an den tatsächlichen Kosten und nicht an der Steuerprogression bemisst. Wir GRÜNE wollen auf Bund-Länder-Ebene einen Prozess initiieren, der die vom Grundgesetz geforderten Grundsätze der Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen aufstellt. Darüber werden wir mit den betroffenen Religionsgemeinschaften verhandeln.

Es gibt eine Schieflage bei den familienpolitischen Leistungen. Fehlende Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat die Durchlässigkeit der Gesellschaft gemindert und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Wir wollen diese Schieflage beseitigen – statt der Ehe wollen wir Kinder fördern. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Das steigert Erwerbsanreize für Frauen und ist damit ein wichtiger Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senkt damit das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Wir wollen bestehende und neue Ehen dabei gleichbehandeln. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform des Ehegattensplittings am Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von zusammen mindestens 60.000 Euro begrenzen würde. Wir halten es derzeit für realistisch, diesen Splittingdeckel schrittweise innerhalb von zehn Jahren abzu-

bauen. Wir werden dabei prüfen, wie sich durch unsere Reformen die Lebensqualität von Familien und insbesondere die Erwerbssituation von Frauen verändert. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagsschulen und für eine Kindergrundsicherung nutzen. Die Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, eine übermäßige Belastung kinderreicher Familien durch das Abschmelzen des Splittings zu vermeiden. Frauen, die aufgrund der bestehenden Regelungen aus dem Beruf ausgestiegen sind, wollen wir mit einem umfassenden Aktionsprogramm den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

5. Eine andere Politik ist möglich: die grünen Ausgabenprioritäten ab 2014

Grüne Haushaltspolitik hält Maß. Es ist klar: Die Schuldenbremse gilt ebenso wie die europäischen Stabilitätskriterien. Wir GRÜNE sind verlässlich. Das haben wir in Kommunen und Ländern oft gezeigt. Wir versprechen finanzpolitisch nichts, was nicht zu halten ist. Daher sagen wir, was wir sofort finanzieren können, was wir zeitlich schieben müssen und wo Subventionen und andere Ausgaben reduziert werden können. Gute Politik besteht aus dem Mut, Prioritäten zu setzen. Diesen Mut haben wir.

Wir wollen den grünen Wandel voranbringen – für einen ökologischen Aufbruch der Wirtschaft und für gute Arbeit. Wir streiten für einen gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch. Wir beschreiben nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg dorthin. Leitmotive sind dabei: Teilhabe, sozialer Ausgleich, ökologischer Umbau, Chancengleichheit und globale Gerechtigkeit.

Unterm Strich stehen 2014 als Folge grüner Einnahmeverbesserungen, von Subventionsabbau und Einsparungen 12 Mrd. Euro für haushaltswirksame grüne Projekte zur Verfügung. Der geltende Finanzplan des Bundes bildet für diese Berechnung die Basis. Dem Vorsichtsprinzip folgend schaffen wir einen Puffer für Zins- und Konjunkturrisiken. Die konkreten Projekte vom Klimaschutz über Arbeitsmarktpolitik bis zur Eingliederungshilfe in den Kommunen finden sich in den entsprechenden Kapiteln des Wahlprogramms.

Wer GRÜN wählt …

- bekommt eine ehrliche und solidarische Finanzpolitik, damit öffentliche Leistungen endlich wieder ohne Schulden finanziert werden.
- tut was für den Schuldenabbau. Die grüne Vermögensabgabe fließt zu 100 % in die Schuldentilgung.
- kann sich sicher sein, dass Bund, Länder und Gemeinden von grüner Finanzpolitik profitieren. Nur so ist eine aktive Politik vor Ort möglich.
- weiß, dass nicht alles gleichzeitig finanzierbar ist. Unsere Prioritäten sind ausgewogen, durchgerechnet und damit ein verlässliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler.
- kann sich sicher sein, dass wir niemanden finanziell überfordern.

Schlüsselprojekte

Staatsverschuldung abbauen – Vermögensabgabe einführen

Deutschland hat einen riesigen Schuldenberg angehäuft. Allein zwischen 2007 und 2012 sind die Staatsschulden um 500 Mrd. auf über 2 Billionen Euro gewachsen. Unsere Steuergelder werden zum Schuldendienst gebraucht. Sie fehlen für den sozialen und ökologischen Umbau, der unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten soll. Wir sind die einzige Partei, die einen konkreten und sozial ausgewogenen Vorschlag zum Schuldenabbau macht. Wir führen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe ein, die das reichste

Prozent der deutschen Bevölkerung betrifft. Die Betriebsvermögen schützen wir und eine Substanzbesteuerung wird vermieden. Die Einnahmen dienen ausschließlich der Senkung des Altschuldenstandes. So senken wir die Staatsverschuldung.

Niedrige Steuern für Geringverdiener und Mittelschicht – gerechte Reform der Einkommensteuer

Das derzeitige Einkommensteuersystem ist ungerecht. Wir erhöhen deshalb den Grundfreibetrag auf 8.700 Euro. Das kommt vor allem den Geringverdienern zugute. Gutverdiener sollen etwas mehr zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Wir wollen deshalb den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 80.000 Euro auf 49 % erhöhen. Daneben wollen wir Kapitalerträge wie alle anderen Einkommen besteuern. Bisher werden Kapitalerträge, egal ob 10.000 oder 1 Mio. Euro, fest mit 25 % besteuert und damit ohne Grund gegenüber Einkommen aus Arbeit privilegiert. Alle, die weniger als 60.000 Euro Jahreseinkommen haben, werden entlastet. Wer mehr verdient, trägt in Zukunft mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei. Das ist gerechter.

Ökologische Finanzreform weiterführen – umweltschädliche Subventionen abbauen

Im Steuerrecht wimmelt es noch immer vor ökologisch schädlichen Steuersubventionen. Das Umweltbundesamt beziffert das Volumen dieser ökologisch schädlichen Subventionen auf bis zu 48 Mrd. Euro. Das werden wir ändern. Wir können zwar nicht alles auf einen Schlag abschaffen, doch das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder der Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt uns in der nächsten Legislaturperiode 7,5 Mrd. Euro. Das mindert den Umweltverbrauch und verbessert die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

E. Teilhaben an guter Arbeit

Wie wir Arbeit unter guten Bedingungen für alle schaffen

Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Auch ehrenamtliche und Familienarbeit ist ein wichtiger Bereich. Gute Erwerbsarbeit ist Grundlage für ein auskömmliches Einkommen und für Sicherheit, sie ist auch Voraussetzung für Entfaltung und Anerkennung. Gesunde Arbeitsbedingungen, starke ArbeitnehmerInnenrechte, Beschäftigtendatenschutz und Mitbestimmung sind für uns Merkmale guter Arbeit. Beruf kommt von Berufung – ein guter Job kann Erfüllung bedeuten. Genauso ist aber ein mieser Job eine große Belastung. Und leider haben die miesen Jobs massiv zugenommen.

Arbeitsplätze, die auskömmlich sind und Sicherheit bieten, sind für mehr und mehr Menschen unerreichbar, denn neue Jobs entstehen überwiegend befristet, in der Leiharbeit, als Niedriglohnjobs oder als Minijobs. Angela Merkel hat diese verheerende Entwicklung nicht nur zugelassen, sondern mit ihrer Politik massiv verstärkt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf den ersten Blick zwar deutlich verringert. Doch beim genauen Hinschauen wird deutlich: Der Arbeitsmarkt ist zutiefst gespalten. Er ist gespalten zwischen Beschäftigten und den knapp drei Millionen Arbeitslosen. Er ist gespalten zwischen Menschen, die einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben, und prekär Beschäftigten. Er ist gespalten zwischen Frauen und Männern, da Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit ungleichen Lohn bekommen. Er ist gespalten, weil es viele ältere und behinderte Menschen gibt, die ihre Berufs- und Lebenserfahrung einbringen wollen, nur fragt niemand danach. Er ist gespalten zwischen Menschen, die eine Beschäftigung aufnehmen dürfen, und denen, die aufgrund ihrer Herkunft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Er ist gespalten zwischen Menschen, die unter Überlastung leiden, und jenen, die gern mehr arbeiten würden. Und er ist immer noch gespalten zwischen Ost- und Westdeutschland, insbesondere mit Blick auf die Zahl der arbeitslosen Menschen sowie das Lohnniveau.

Während die Einkommen einiger weniger immer weiter ansteigen, sinken die Reallöhne vieler Beschäftigter seit mehr als einem Jahrzehnt. Die Schere zwischen kleinen und großen Einkommen geht auseinander, und in vielen Berufsgruppen erleben wir eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung. Und immer noch hängen in kaum einem Land soziale Herkunft, Bildungschancen und beruflicher Erfolg so eng zusammen wie bei uns. Es ist etwas ins Rutschen gekommen. Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten für alle sind nicht mehr selbstverständlich.

In der Gesellschaft gibt es längst einen breiten Konsens, dass jede und jeder von der eigenen Arbeit gut und auskömmlich leben können muss. Packen wir das endlich an.

Mit unserer grünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt überwinden, gute und sichere Arbeit für alle ermöglichen und Aufstiegsblockaden lösen.

Wir machen uns stark für Mitbestimmung und dass sich die Menschen einmischen können – auch am Arbeitsplatz und im Jobcenter. Dafür wollen wir bessere ArbeitnehmerInnenrechte, starke Gewerkschaften und für Erwerbslose eine Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe.

Wir stoßen die Türen auf für die Arbeitsplätze der Zukunft – durch eine grüne Industriepolitik und den Aufbau einer grünen Infrastruktur, durch den Ausbau von Bildung und sozialen Dienstleistungen.

1. Gute Arbeit braucht faire Löhne und Sicherheit

Wir müssen endlich zu fairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Armut trotz Arbeit ist inakzeptabel. 20 % der Beschäftigten arbeiten in Deutschland für einen Niedriglohn, davon 6,8 Millionen für weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Viele brauchen einen zweiten Job. Und über 330.000 Vollzeitbeschäftigte sind neben ihrem Lohn auf ALG-II-Leistungen angewiesen. Es gibt immer noch Tariflöhne, von denen kein Mensch leben kann, wie die Frisörin in Thüringen mit 3,18 Euro pro Stunde. Viele Menschen arbeiten als Beschäftigte in der Leiharbeit und sind ohne Perspektive auf eine Festanstellung. Tarifflucht nimmt zu, auch

vermehrt durch Werkverträge. Die Hälfte der Neuverträge ist befristet.

Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Darum streiten wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe soll von einer Mindestlohnkommission festgelegt werden, zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Der Mindestlohn wird unter Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte, der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von der Kommission angepasst. Gleichzeitig muss es leichter werden, branchenspezifische Mindestlöhne und Branchentarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tarifflucht. Davon profitieren die Beschäftigten und auch die tariftreuen Betriebe gleichermaßen.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22 % weniger als ihre männlichen Kollegen – unter anderem auch weil Berufe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, oft nicht ihren Anforderungen entsprechend entlohnt werden. Um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Damit wollen wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit" mit Leben füllen und gleichzeitig die frauentypischen Berufe gesellschaftlich aufwerten. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet werden.

25 % der Beschäftigten sind in Deutschland inzwischen atypisch beschäftigt, fast dreimal so viele Frauen wie Männer. Das sind 7,8 Millionen Menschen, die entweder mit kleinen Teilzeitjobs, mit Leiharbeit, mit befristeter Beschäftigung oder mit Minijobs über die Runden zu kommen versuchen. Dazu kommen Scheinselbständige und Abrufkräfte. Natürlich sind nicht alle diese Jobs problematisch. Allerdings zeigt sich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse oft unsicher sind, schlecht entlohnt werden, zu Altersarmut führen und viel zu selten Brücken in auskömmliche, sichere Beschäftigung darstellen. Der Anstieg der prekären Beschäftigung hat aber nicht nur für die Beschäftigten negative Auswirkungen, sondern auch Folgen

für die Arbeitswelt insgesamt. In Betrieben, in denen immer mehr Festangestellte durch externe Leiharbeitskräfte oder Werkvertragsbeschäftigte verdrängt werden, da zersplittern die Belegschaften. Vor allem werden mit diesen Beschäftigungsformen die Mitbestimmung, der Kündigungsschutz, tarifliche Standards und damit der soziale Schutz der Beschäftigten umgangen. Damit stehen kollektive Errungenschaften, die über lange Zeit hart erkämpft wurden, nur noch auf dem Papier. Der jahrzehntealte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft und die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden damit aufgekündigt.

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze oder als Billigjobs per Werkvertrag. Klar ist, Unternehmen brauchen eine gewisse Flexibilität für Auftragsspitzen. Aber die Leiharbeit muss fair ausgestaltet werden. Wir GRÜNE fordern, dass Leiharbeitskräfte mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte, und zwar ab dem ersten Tag, und zusätzlich einen Flexibilitätsbonus. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen die gleichen Rechte haben wie Festangestellte und die Betriebsräte in den Entleihbetrieben eine verbesserte Mitbestimmung. Notwendig ist auch eine eindeutige Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen sowie effektive Kontrollen, denn zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen dürfen nicht weiter Leiharbeit und tariflich bezahlte Arbeit ersetzen.

Bei den befristeten Jobs zeigt sich eine weitere Fehlentwicklung am Arbeitsmarkt. Viele Menschen hangeln sich von einem Kurzzeitjob zum nächsten. Sie sind praktisch permanent in der Probezeit und können kaum die nötige Sicherheit für ihre Lebensplanung gewinnen. Das belastet insbesondere junge Menschen. Wir wollen die Befristungsgründe reduzieren und die Befristung ohne Sachgrund abschaffen. Wir wollen insbesondere im Bildungsbereich vermeiden, dass Daueraufgaben durch befristete und Honorarverträge abgedeckt werden. Der öffentliche Sektor übt eine Vorbildfunktion für faire, moderne und zukunftsfähige Beschäftigung aus. Darüber hinaus stehen wir zum bestehenden Kündigungsschutz, allerdings gilt es, bestehende Lücken zu schließen, beispielsweise bei den Bagatellkündigungen.

Neue Antworten erfordert der Wandel auch bei den Sozialversicherungen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die der-

zeitige Arbeitslosenversicherung mittelfristig zu einer umfassenden Arbeitsversicherung umbauen. Alle Erwerbstätigen, also auch flexibel Beschäftigte und Solo-Selbständige, sollen einbezogen werden. Ansprüche auf Arbeitslosengeld können auch unstetig Beschäftigte anmelden, wenn sie mindestens vier von 24 Monaten Beiträge gezahlt haben. Neben der Absicherung bei Arbeitslosigkeit liegt der Fokus der grünen Arbeitsversicherung auf berufsbegleitender Qualifizierung, gerade für von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen.

2. Gute Arbeit braucht einen effektiven Arbeitsschutz und starke Mitbestimmung

Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht. Der Wandel der Arbeitswelt führt zu neuen Belastungen. Psychische Erkrankungen sind inzwischen der Hauptgrund für Frühverrentungen. Frauen sind überproportional davon betroffen. Mehr Eigenverantwortung, reine Zielorientierung bei freier Arbeitsorganisation – das kommt zwar vielen entgegen, aber andere belastet der ständige Termindruck und die vielen Überstunden, die nicht ausgeglichen werden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden aber auch unter starren Vorgaben, wenig Flexibilität, zu wenig Abwechslung und zunehmender Intensität. Eine zunehmend belastende Entwicklung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die ständige Erreichbarkeit per Handy oder E-Mail auch außerhalb der Arbeitszeiten oder die Zunahme von Schicht- und Nachtarbeit. Für uns GRÜNE heißt das einerseits, dass der Arbeitsschutz auf die neuen Gefährdungen hin überarbeitet werden muss. Deshalb fordern wir eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz vor Stress am Arbeitsplatz. Andererseits sind Aufsichtsbehörden und Sozialpartner stärker zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, neue Gesundheitsrisiken zu erkennen und sie zu beheben. Wir wollen Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung vorantreiben, auch dort, wo prekäre Beschäftigung, Teilzeit und Leiharbeit dominieren.

Gute Arbeit für alle ist nur mit einer starken Mitbestimmung zu schaffen. Das bewährte Recht, sich an betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen zu beteiligen, wollen wir bewahren und ausbauen. Wir GRÜNE werden uns in der kommenden Wahlperio-

de dafür einsetzen, dass die Mitbestimmungsrechte in geschützten Ausbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen, wie in den Werkstätten für behinderte Menschen, weiterentwickelt und verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte müssen der sich verändernden Arbeitswelt gerecht werden. Das gilt für den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen im Betrieb und wir wollen die paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten auch in ausländischen Rechtsformen und die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Umstrukturierungen. Die europäischen Betriebsräte wollen wir stärken und die grenzüberschreitende Mitbestimmung zum Kernstück des europäischen Sozialmodells machen. Ebenso wollen wir die gleichen Mitbestimmungsrechte unabhängig vom jeweiligen Sektor, also auch im öffentlichen Bereich und in Tendenzbetrieben. Zudem werden wir einen Beschäftigtendatenschutz einführen, der den veränderten Arbeitsabläufen in einer Informationsgesellschaft gerecht wird und dabei das Abhängigkeitsverhältnis der Beschäftigten umfassend berücksichtigt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kirchlichen Einrichtungen unterliegen den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts. Damit stehen ihnen wesentliche ArbeitnehmerInnenrechte nicht zu. Diese Praxis stößt auch innerhalb der Kirchen immer mehr auf Kritik. Denn Loyalitätsanforderungen der ArbeitgeberInnen auch außerhalb von Verkündigungsbereichen, die sich auf die private Lebensführung seiner MitarbeiterInnen beziehen, passen nicht in eine demokratische Gesellschaft.

Wir werden mit den Kirchen, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich Beteiligten in einen Dialog treten, damit sich die Situation der Beschäftigten verbessert. Wir wollen, dass die kirchlichen MitarbeiterInnen außerhalb der Verkündigungsbereiche die gleichen Rechte bekommen wie andere ArbeitnehmerInnen auch. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen. Dazu gehört das Recht zur Bildung von Betriebsräten und das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit einschließlich der Streikfreiheit. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir mit dem Ziel ändern, dass seine Bestimmungen wie in anderen Tendenzbetrieben auch auf Beschäftigungsverhältnisse in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden.

3. Gute Arbeit braucht Zugänge

Immer mehr Menschen sind am Arbeitsmarkt abgehängt oder ausgeschlossen. Wir kehren diesen Trend um, indem wir die Blockaden abbauen. Mit Minijobs waren Erwartungen verbunden, dass sie als Brücke in den Arbeitsmarkt wirken. Das ist nicht der Fall. Fast sieben Millionen Menschen haben derzeit einen Minijob. Zwei Drittel davon sind Frauen. Zwar sind nicht alle davon in prekären Lebenslagen. Es gibt Studierende, RentnerInnen und SchülerInnen, die dazuverdienen. Für viele ist der Minijob jedoch eine Armutsfalle, spätestens im Alter. Denn mit einem Minijob ist eine eigenständige Existenzsicherung und die Ansammlung eigener Rentenansprüche nicht möglich. Viele wollen gerne mehr arbeiten, bekommen aber keinen anderen Job. Für andere, die umsteigen und etwas mehr Stunden arbeiten, führen die Sozialabgaben dazu, dass sie kaum mehr verdienen. Auch ALG-II-Beziehende wollen oft mehr arbeiten, von staatlichen Hilfen unabhängig werden und durch ihre Arbeit auf eigenen Beinen stehen. Die sogenannten AufstockerInnen, die trotz Arbeit auf ALG II angewiesen sind, verdienen in ihrem Job – oftmals sogar in Vollzeit – nicht genug, um davon leben zu können. Ziel unserer Politik ist es, allen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt eigenverantwortlich zu erwirtschaften und nicht von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein. Von seiner eigenen Arbeit leben zu können, das bedeutet ein großes Stück Würde und Gerechtigkeit.

In einem ersten Schritt wollen wir dafür die Minijobs eindämmen und die Situation der jetzigen Minijob-Beschäftigten sofort spürbar verbessern. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns werden wir Niedrigstlöhne von zum Teil weniger als 5 Euro in der Stunde unmöglich machen und automatisch eine wirksame maximale Stundenbegrenzung für Minijobs einziehen. Außerdem streichen wir die Ausstiegsklausel aus der Rentenversicherung, so dass zukünftig mit einem Minijob immer auch Rentenansprüche erworben werden. Um zu verhindern, dass MinijobberInnen um ihre ArbeitnehmerInnenrechte und -ansprüche gebracht werden können, müssen geringfügig Beschäftigte künftig bei Vertragsabschluss schriftlich über die ihnen zustehenden Rechte informiert werden. Außerdem werden die Kontrollen in den Betrieben verstärkt.

In einem zweiten Schritt werden wir den gesamten Niedriglohnsektor umfassend reformieren, prekäre Beschäftigung zurückdrängen und Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen. Unsere Reformvorschläge zielen nicht auf die Abschaffung von Nebenverdiensten für SchülerInnen, Studierende und RentnerInnen. Unsere Ziele sind es, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigung zu fördern sowie Erwerbs- und Aufstiegsblockaden insbesondere für Frauen zu beseitigen. Dafür wollen wir gezielt kleine Einkommen entlasten, so dass es sich endlich lohnt, mehr zu arbeiten, ohne dass es zu unzumutbaren Mehrbelastungen der ArbeitnehmerInnen kommt. Durch gleichzeitig gestärkte vorgelagerte soziale Sicherungssysteme wird nicht nur der Ausstieg aus dem Arbeitslosengeld-II-Bezug erleichtert, sondern auch die Kommunen finanziell deutlich entlastet. Um zu verhindern, dass gerade haushaltsnahe Dienstleistungen wieder in die Schwarzarbeit abrutschen, soll das vereinfachte Anmeldungsverfahren für haushaltsnahe Dienstleistungen im Privathaushalt beibehalten werden. Durch unsere Reform werden Erwerbstätige leichter als bisher ihren Lebensunterhalt eigenständig und unabhängig vom Grundsicherungssystem bestreiten können. Damit erhalten mehr Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der ALG-II-Bürokratie.

Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, Alter, Religion, sexuelle Identität und Geschlecht dürfen keine Rolle spielen. Die Realität ist heute eine andere. Bestehende Strukturen sind verfestigt. Die Ausgangschancen von zu vielen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind von Geburt an schlechter als die ihrer Altersgenossen. Das beginnt in Kita und Schule und setzt sich bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche fort. Doch auch ausländerrechtliche Diskriminierungen verbauen den Zugang zum qualifizierten Arbeitsmarkt. Gerade jungen Flüchtlingen muss der Zugang zu einer Ausbildung und einem qualifizierten Berufseinstieg erleichtert werden. Neben sprachlichen Herausforderungen und sozialer Herkunft sind oft auch verdeckter Rassismus und Vorurteile ein Hinderungsgrund, erfolgreich Fuß zu fassen. Wir GRÜNE wenden uns mit aller Kraft gegen jegliche Diskriminierung. Darum sollen anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst eine größere Verbreitung finden.

Menschen stoßen in diesem Land aus vielerlei Gründen an Blockaden und Hindernisse. Gute öffentliche Institutionen, die von allen genutzt werden können, sind der Schlüssel zur Überwindung. Gute Berufsschulen und Ausbildungsstätten sind unverzichtbar für die Menschen und den Wirtschaftsstandort Deutschland. In etlichen Berufsgruppen ist die Unzufriedenheit über die Ausbildungsqualität sehr hoch. Wir wollen die Qualitätskontrolle der Ausbildung durch die Kammern verbessern. Zudem sollen Betriebsräte selbst die Möglichkeit erhalten, ein Verfahren bei zweifelhafter Ausbildungsqualität eines Betriebes einleiten zu können. Außerdem werden wir die Notwendigkeit gesetzlich geregelter Mindestvergütungen für die Ausbildung prüfen, denn Auszubildende werden in manchen Branchen als billige Arbeitskräfte missbraucht. Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, aber es stößt an seine Grenzen. Wir setzen auf DualPlus. Damit erweitern wir das herkömmliche System der dualen Ausbildung um überbetriebliche Lernorte, insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Trotz aller Sorge vor dem drohenden Fachkräftemangel haben weder Schwarz-Gelb noch die Arbeitgeber bisher Maßnahmen ergriffen, die Qualität und Fairness von Praktika zu erhöhen. Auch für Praktika müssen klare Mindestbedingungen gelten – schriftlicher Vertrag, Zeugnis, eine Mindestaufwandsentschädigung und eine festgelegte zeitliche Begrenzung.

Obwohl schon jetzt an allen Ecken und Enden die Fachkräfte fehlen, ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für viele Menschen immer noch verschlossen. Wir wollen an die unterschiedlichen Fähigkeiten, Stärken und Qualifikationen dieser Menschen anknüpfen. Vor allem Geringqualifizierten, Alleinerziehenden, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, Jüngeren und Älteren wollen wir neue Chancen eröffnen. Eine Arbeitsmarktpolitik, die diese Menschen wirksam und fair integriert, setzt auf passgenaue und individuelle Förderstrategien, bei denen auch erreichte Zwischenziele als Erfolge zählen. Unser Ziel sind nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen und nicht kurzfristige statistische Effekte. Viele Arbeitslose haben kaum Aussichten auf einen neuen Job, weil sie nicht oder nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. Ihnen wollen wir mit mehr Umschulungs- und Ausbildungsangeboten den Weg in Zukunftsberufe und Arbeitsfelder mit Personalmangel eröffnen.

Zu viele Menschen sind trotz guter Konjunktur dauerhaft ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb wollen wir mit einem verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt Teilhabe schaffen und Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Dafür sollen die passiven in aktive Leistungen umgewandelt werden. Aus dem Arbeitslosengeld II und den Kosten der Unterkunft wird so ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Arbeitsplätze im sozialen Arbeitsmarkt können von allen Arbeitgebern angeboten werden. Damit verabschieden wir uns von den Kriterien der „Zusätzlichkeit", des „öffentlichen Interesses" und der „Wettbewerbsneutralität". An deren Stelle tritt der lokale Konsens. Mit unserem sozialen Arbeitsmarkt machen wir Langzeitarbeitslosen ein neues, zuverlässiges und freiwilliges Angebot mit Perspektive. Es ist die Chance für diejenigen, die von der Merkel-Koalition über Jahre im Stich gelassen wurden.

Gute Arbeit braucht berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen sind immer noch überproportional stark von Arbeitslosigkeit und fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten betroffen. Die UN-Behindertenrechtskonvention begründet das Recht für Menschen mit Behinderungen, ihren Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen in einem für sie zugänglichen und offenen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld. Stattdessen gibt es für viele Menschen mit Behinderungen in Deutschland einen starken Automatismus, der sie früher oder später in die Sonderwelt der Werkstatt für behinderte Menschen führt. Wir wollen die Alternativen zu den Werkstätten stärken und setzen auf betriebsintegrierte Beschäftigungen in allen Formen wie Integrationsbetriebe und -abteilungen, unterstützte Beschäftigung, Arbeitsassistenz, persönliches Budget für Arbeit, Leistungsausgleiche, aber auch Außenarbeitsplätze für Werkstattbeschäftigte. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Beschäftigtenquote auf 6 % ein.

Frauen mit Behinderungen erfahren eine zusätzliche Benachteiligung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Daher müssen frauengerechte Rahmenbedingungen in Ausbildungs-, Arbeits- sowie Rehabilitierungsstätten geschaffen werden, die auch die Bedarfe von Müttern mit Behinderungen berücksichtigen. Wir werden darauf hinwirken, dass die berufliche Teilhabe von Frauen mit Behinderung in Beruf und Ausbildung deutlich verbessert, die Angebote zur beruflichen Teilhabe und Rehabilitation weiter auf die Bedarfe von Frauen

mit Behinderung ausgerichtet und auch geeignete Ausbildungsangebote in attraktiven und zukunftsträchtigen Berufen befördert werden.

4. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsvermittlung

Ein gutes Jobcenter ist ein Schlüssel, um Menschen in gute Arbeit zu bringen. Jobcenter bieten häufig nicht die Hälfte von dem, was wir uns von ihnen erwarten. Menschen werden oft nicht gefördert, sondern nach „Schema F" behandelt. Das müssen wir ändern. Die Jobcenter müssen flexibel örtliche Arbeitsmarktprogramme auflegen und diese mit kommunalen Beschäftigungsinitiativen verbinden können. Das Jobcenter, das wir uns vorstellen, hört den Menschen zu, unterstützt sie auf ihrem Weg, erkennt die Potentiale der Menschen und hilft ihnen den nächsten Schritt zu tun.

ArbeitsvermittlerInnen und Arbeitsuchende legen gemeinsam fest, welche Fortbildung oder welcher Job der richtige ist. Dabei gilt es, die Eigeninitiative der Arbeitsuchenden zu fördern, indem ihre Vorschläge ernst genommen werden und ihnen das Recht eingeräumt wird, zwischen geeigneten Maßnahmen zu wählen. Wir schlagen außerdem vor, unabhängige Ombudsstellen in allen Jobcentern einzurichten, die bei Konflikten vermitteln.

Tatsächlich fördern statt nur zu fordern, muss das Motto sein. Dafür sind die Förderinstrumente des SGB II individueller und praxisnäher auszurichten. Die BeraterInnen im Jobcenter haben nur so viele Fälle, dass sie wissen, wer vor ihnen sitzt, und passgenaue Lösungen entwickeln können. Zugang zu Schulungen und Qualifizierungen unterstützen sie in ihrer Beratungsarbeit. Schematische Empfehlungen, etwa anhand überkommener Geschlechterrollen, gehören der Vergangenheit an. Das ist keine unrealistische Vision, das ist ein gerechtfertigter Anspruch. Die Agenturen und Jobcenter müssen allen Erwerbslosen Zugänge zu passenden Qualifizierungen, Förderangeboten, Umschulungs- und Ausbildungsangeboten eröffnen. Wir wollen wieder eine verlässliche Gründungsförderung für Arbeitslose ermöglichen, denn in der Vergangenheit war dies ein Erfolgsrezept. Nach dem finanziellen Kahlschlag von Schwarz-Gelb bei der Arbeitsförderung wollen wir für Gründung und Qualifizierung

wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Neue Kriterien für die Vergabe von Fördermaßnahmen müssen gewährleisten, dass die Qualität der Integrations- und Bildungsarbeit im Vordergrund steht und nicht die Preise. Das Jobcenter ist ein entscheidendes Puzzleteil in unserer Institutionenstrategie für mehr Gerechtigkeit. Denn nur ein gutes Jobcenter schafft echte Chancen auf Teilhabe.

5. Gute Arbeit in neuen Jobs

Grüne Politik schafft gute Rahmenbedingungen für mehr Jobs. Wir wollen aber gute Arbeit, also gerechte Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen. Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist eine Jobmaschine. Das zeigen hunderttausende neue Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien, durch Gebäudesanierung beim Handwerk oder in den Ingenieurbüros. Die Energiewende zu 100 % Erneuerbaren wird für neue Jobs sorgen. Bereits heute arbeiten über 1,4 Millionen Menschen im Bereich der Umwelttechnologien. Durch einen grünen Wandel in der Wirtschaft, in Energie, Energieeffizienz, Verkehr, Wärme und in der Industrie können es bis 2025 bis zu 2,4 Millionen Jobs werden. Auch hier gelten unsere Ansprüche an gute Arbeit.

Die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens entscheidet sich gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich. In beiden Branchen steckt das Potential zu mehr Jobs: In einer alternden Gesellschaft ist eine steigende Zahl von Menschen auf Dienstleistungen vom Einkaufsservice bis zur qualifizierten Pflegeleistung angewiesen. Auch der Bildungsaufbruch von der Kita über die Universität bis zum lebenslangen Lernen ist nur mit mehr Personal zu stemmen. Für ein qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung, den Ausbau der Ganztagsschulen und bessere Hochschulen braucht es viele neue ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräfte.

Viele dieser Jobs sind öffentlich finanzierte Dienstleistungen. Wir sorgen durch unsere Finanzpolitik für eine solide Finanzierung der öffentlichen Kassen. So können wir ein umfangreicheres Kita-Angebot realisieren und die Ganztagsschulen ausbauen. Mangelnde

Kinderbetreuung ist heute viel zu oft ein Hinderungsgrund für eine (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit.

Die Bürgerversicherung senkt die Beiträge zur Krankenversicherung und damit die Lohnnebenkosten. So wird Arbeit billiger – und dadurch attraktiver für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig schafft sie aber auch mehr Raum für Beschäftigung in der Gesundheitsbranche. Durch die Senkung von Abgaben entstehen neue Jobs vor allem im Dienstleistungssektor oder in personalintensiven Bereichen, die bisher aufgrund der Kosten nicht entstehen konnten.

6. Gute Arbeit für gute Fachkräfte

Während immer noch etwa drei Millionen Menschen arbeitslos sind, herrscht in Teilen der Wirtschaft akuter Fachkräftemangel. Dieser Mangel ist ein Hemmnis für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Sowohl in Regionen mit Vollbeschäftigung als auch in strukturschwachen ländlichen Regionen haben Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten, IngenieurInnen, ÄrztInnen, aber auch Pflegekräfte und ErzieherInnen zu finden. Zur Bewältigung des Fachkräftemangels genügt es nicht, auf ein einzelnes Instrument zu setzen. Einheimische und EinwanderInnen, Junge und Alte sowie Beschäftigte und Arbeitslose dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Darüber hinaus muss Qualifizierung verstärkt in den Bereichen stattfinden, in denen Fachkräfte nachgefragt werden. Wir wollen mit einem klugen Mix aus Bildung, Qualifizierung und Unterstützung nicht genutzte Fachkräftepotentiale mobilisieren. Deshalb müssen wir allen Erwerbsfähigen ermöglichen, sich ihren Kompetenzen und Potentialen entsprechend zu qualifizieren. Dafür setzen wir auf gute Ausbildung, kunden- und kompetenzorientierte Arbeitsvermittlung, auf verstärkte berufliche Weiterbildung, Zugang zu Nachqualifizierung und auf lebenslanges Lernen, unterstützt durch ein Weiterbildungs-BAföG. Auch eine einheitliche und unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und der Ausbau des Nachqualifizierungsangebots sind notwendig. Dafür notwendige Qualifizierungsmaßnahmen müssen an die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten angepasst und in unterschiedlichen Lebensla-

gen zugänglich und finanzierbar sein. Damit ermöglichen wir allen Menschen eine berufliche Perspektive ihrer Qualifikation entsprechend und reduzieren den Fachkräftemangel.

Ein wichtiger Hebel ist die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Wir wollen Erwerbshindernisse und Fehlanreize für Frauen, wie das Ehegattensplitting und – im Rahmen der Bürgerversicherung – die kostenlose Mitversicherung, abbauen und so diskriminierende Strukturen, die einer stärkeren Frauenerwerbsarbeit und einer eigenständigen Existenzsicherung im Weg stehen, überwinden. Zudem fordern wir unter anderem eine feste Quote von 50 % für Frauen in Aufsichtsräten. Auch der flächendeckende Ausbau von Kitas, Ganztagsschulen sowie ambulanten als auch teilstationären Pflegeangeboten und Pflegeeinrichtungen ist von großer Bedeutung, um insbesondere Frauen in ihrem Wunsch, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, zu unterstützen. Dabei soll die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt keine einseitige Anpassung an einen Arbeitsbegriff sein, der viel Zeit für Arbeit und kaum Zeit für Familie, Engagement und Muße beinhaltet. Gerade bei der Inklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt und der gerechteren Verteilung von Fürsorgearbeit zwischen Männern und Frauen brauchen wir neue Zeitmodelle. Wir folgen dem Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeittätigkeit für Frauen und Männer, die auch Raum für gerecht verteilte Sorge- und Pflegearbeit und für Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit lässt.

Unsere Gesellschaft braucht die älteren Beschäftigten, denn sie haben durch ihren Erfahrungs- und Wissensschatz eine wichtige Funktion im Betrieb. Die Wirtschaft muss umdenken und wieder stärker auf die erfahrenen Beschäftigten setzen. Notwendig sind alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen, denn der demografische Wandel wird vor allem dann zum Problem, wenn die Beschäftigten nicht bis zur Rente durchhalten. Deshalb müssen die Fähigkeiten, Stärken und Möglichkeiten der Beschäftigten bei den Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt stehen. Die Politik muss dafür den gesetzlichen Rahmen vorgeben.

Doch allein die bessere Förderung von inländischen Arbeitskräften wird nicht ausreichen, um den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Zuzug ausländischer Fachkräfte vereinfachen und transparenter ge-

stalten. Dazu gehören vor allem die Einführung eines liberalen und transparenten Punktesystems und das Etablieren einer wirklichen Willkommenskultur.

Wer GRÜN wählt …

- stimmt für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.
- bekommt faire Regeln für Leiharbeit, dämmt Befristungen ein und begrenzt Minijobs.
- entlastet kleine Einkommen und eröffnet mehr Menschen die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben ohne ALG II.
- verbessert die Rechte von Arbeitsuchenden in Jobcentern.
- stärkt die Rechte von MitarbeiterInnen in kirchlichen Einrichtungen.
- schafft Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen durch den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes.

Schlüsselprojekte

Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen

Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Wir nehmen die unerträglichen Dumpinglöhne, die staatlich aufgestockt werden müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird von einer Mindestlohnkommission festgelegt, zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbän-

den und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten geschaffen werden für mehr branchenspezifische Mindestlöhne und allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tarifflucht. Nur so schaffen wir es, dass alle von ihrer Arbeit leben können.

Lohndumping beenden – gleicher Lohn für Leiharbeit

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze. Zwar brauchen Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen, aber die Leiharbeit muss gerecht ausgestaltet sein und die Fehlentwicklungen in der Leiharbeit lehnen wir ab. Wir fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" ab dem ersten Tag. Leiharbeit darf nicht dem Lohndumping dienen. LeiharbeiterInnen sind auch keine ArbeiterInnen zweiter Klasse. Sie sollen vom ersten Tag an die gleichen Rechte haben wie die Stammbelegschaft.

Arbeit darf nicht krank machen – Arbeitsschutz weiterentwickeln

Viele ArbeitnehmerInnen erleben im Beruf starre Vorgaben, wenig Flexibilität und zu wenig Abwechslung. Andererseits sind manche Arbeitsverhältnisse heute zunehmend geprägt von hohen Flexibilitätsanforderungen, nicht planbaren Arbeitszeiten und von der Notwendigkeit ständiger Erreichbarkeit. Wir werden zusammen mit den Sozialpartnern die Anforderungen des gesetzlichen Arbeitsschutzes an die neuen psychischen Belastungen anpassen. Zum Schutz der Beschäftigten und mit Blick auf den demografischen Wandel sind alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen das Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sollen gesund bis zum Renteneintritt arbeiten können. So schaffen wir Arbeit, die nicht krank macht.

F. Teilhaben an guter Bildung

Wie wir Kitas und Schulen, Hochschulen und Ausbildung besser machen

Bildung eröffnet Zukunft. Die Welt kennen lernen, verstehen, was um einen herum passiert, das eigene Leben selbst gestalten, Verantwortung für sich und andere übernehmen, Wünsche und Ziele verwirklichen – dies sollte allen Menschen offenstehen. Deshalb ist der freie Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Er darf nicht an der Herkunft, nicht an den Lebensumständen und nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Wir verlangen einem Teil der Bevölkerung mit unseren Vorhaben in der Steuerpolitik einiges ab. Aber im Gegenzug verpflichten wir uns, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unsere Kitas und Schulen zu begeisternden Lern- und Lebensorten zu machen, an denen jedes Kind mit seinen Talenten und seinem Potential angenommen wird und sich bestmöglich bilden kann. Und wir sorgen dafür, die Zugänge zu Ausbildung, Studium und Weiterbildung stärker zu öffnen und die Übergänge zu erleichtern.

Bildung ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie ist der Schlüssel für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe. Zugleich ist Bildung eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und darf nicht vorrangig nach wirtschaftlichen Aspekten gestaltet werden. Wir sorgen dafür, dass sie kein Privileg bleibt, sondern wirklich allen offensteht. Bildung soll sich nach dem Wohl des Kindes richten.

Bildung schafft Gerechtigkeit. Wir streiten für ein inklusives und ein sozial gerechtes Bildungssystem, an dem alle teilhaben. Für eine durchlässige Gesellschaft, die soziale Barrieren abbaut und die Vielfalt der Menschen bejaht.

Bildung schafft Demokratie. Wir treten ein für offene Bildungsinstitutionen, in denen die Einmischung von Lernenden, Lehrenden, Eltern und gesellschaftlichem Umfeld erwünscht ist. Dazu gehören für

uns auch institutionelle Elemente wie verfasste Studierendenschaften und paritätisch besetzte Gremien an Schulen und Hochschulen.

Bildung beginnt in der Familie. Deshalb ist es uns wichtig, Eltern zu stärken – durch den Ausbau der frühen Hilfen und der Familienberatung, durch Eltern-Kind-Zentren als Unterstützungsstruktur für alle Eltern und frühzeitige Sprachkurse. Gute Bildungsinstitutionen arbeiten eng mit den Eltern zusammen und sind vernetzt. Bildung schafft Zukunft, für unsere Kinder, für uns selbst. Doch zunächst müssen wir eine Zukunft für unsere Bildungsinstitutionen schaffen.

1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen

Die Qualität von Kitas und Schulen ist zentral, wenn es darum geht, Teilhabechancen von Kindern zu verbessern. Wie wichtig es ist, die Bildungseinrichtungen direkt und ohne Umwege zu stärken, zeigt das gescheiterte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung – ein Großteil des Geldes kommt gar nicht dort an, wo es gebraucht wird. Statt Kitas und Schulen zu stärken, finanziert das Bildungs- und Teilhabepaket neue bürokratische Strukturen und private Nachhilfe.

Die hohe Zahl an BildungsverliererInnen ist erschreckend: Es kann keine Bildungsgerechtigkeit und keine Entwarnung geben, solange jede/r fünfte 15-Jährige als funktionale/r AnalphabetIn gilt, jede/r zwanzigste Jugendliche die Schule und fast jede/r Vierte die Ausbildung oder das Studium abbricht, solange knapp 300.000 Jugendliche in Warteschleifen des Übergangssektors geparkt sind und über zwei Millionen junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. Das sind Zahlen, die eine neue Bildungsoffensive erfordern für ein Bildungssystem, das nicht nur kognitive Fähigkeiten, sondern eine Vielzahl von Kompetenzen vermittelt und fördert. Das deutsche Bildungssystem leidet an einem Leistungs- und Gerechtigkeitsproblem.

Gute Bildungseinrichtungen sind inklusiv, sie zeigen Respekt und Wertschätzung gegenüber der ganzen Vielfalt der Kinder und jungen Menschen. An unseren Bildungseinrichtungen darf niemand diskriminiert werden. Sie nutzen das Potential dieser Vielfalt für eine inklusive Pädagogik, die individuelle Förderung und kooperatives Lernen bietet. Nicht die Kinder müssen der Schule angepasst werden, sondern die Schule den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Kinder.

Kitas sind schon heute Vorreiter der Inklusion. Vielerorts ist es normal, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in die Kita gehen. Wir wollen, dass diese Möglichkeit künftig allen Kindern offensteht. Wir wollen Kitas und Schulen dazu befähigen, gemischte pädagogische und sozialpädagogische Teams aufzubauen, sich zu öffnen für Menschen mit Behinderungen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen, damit bisherige Sonder- und Förderschulen perspektivisch entbehrlich werden oder sich für alle Kinder öffnen. Nicht zuletzt die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet uns dazu. Von diesem Anspruch ist das deutsche Schulwesen noch weit entfernt. Dies gilt auch für Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Wir wollen dies ändern.

Gute Bildungseinrichtungen sind partizipativ. Dort werden Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende nicht verplant, sondern sie können sich einmischen und mitgestalten und das ist erwünscht. Solche Einrichtungen begreifen Eltern als Partner in der Begleitung der jungen Menschen und bieten Unterstützung und Beratung. Eine Kooperationskultur auf Augenhöhe mit anderen pädagogischen oder außerschulischen Einrichtungen muss eine Selbstverständlichkeit werden. Schulen und Hochschulen müssen demokratisch verfasst, ihre Gremien paritätisch besetzt sein. SchülerInnen oder Studierende sollen durch selbstverwaltete Strukturen wie Schülervertretungen oder verfasste Studierendenschaften vertreten werden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit menschenrechts- und demokratiefeindlichen Strömungen und Ideologien. Gute Bildungseinrichtungen bringen gute Ergebnisse.

Die Arbeit in Kitas und Schulen ist ausgesprochen verantwortungsvoll. Viele Fachkräfte kommen dieser Verantwortung mit hohem Engagement nach. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, brauchen sie Rahmenbedingungen, die sie in ihrem hohen Engagement unterstützen. ErzieherInnen haben eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Doch die gesellschaftliche Anerkennung hinkt hinterher. Auch die zu geringe Entlohnung spiegelt den Anspruch und die Leistung nicht wider. Wir wollen die Länder unterstützen bei der Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, die in großer Zahl dringend gebraucht werden. Wir brauchen Mindeststandards für die

Fachkraft-Kind-Relation, um die Qualität in den Kitas zu verbessern. Duale Ausbildung kann auch bei ErzieherInnen ein guter Weg sein, den Beruf attraktiver zu gestalten. Perspektivisch soll in jeder Gruppe eine Fachkraft arbeiten, die auf Hochschulniveau ausgebildet wurde. Wir brauchen eine Fortbildungskultur, die „lebenslanges Lernen" auch für ErzieherInnen und LehrerInnen ernst meint. Dabei müssen Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz, Sensibilität bezüglich der Vielfalt sexueller Identitäten, Formen selbstbestimmten Lernens und heil- und sonderpädagogisches Wissen Teil der Aus- und Weiterbildung sein. Dazu gehören für uns auch mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund, mit eigener Behinderung sowie mehr Männer besonders für den Kita- und Grundschulbereich. Generell ist eine umfassendere Lehrerausbildung mit gleicher Studiendauer für alle Schularten unser Ziel.

Die Verantwortung für gute Kitas, mehr noch aber für Schulen und Hochschulen liegt zuallererst bei den Ländern und den Kommunen. Der Bund kann unterstützen und mitfinanzieren, wenn man ihn lässt. Deshalb muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Bundesländern aufgehoben werden.

Wir wollen die Digitalisierung im Bildungsbereich unterstützen, um den Zugang zu Wissen zu fördern. Lehr- und Lernmaterial soll unter freien Lizenzen bereitgestellt werden, um Wissensmonopole aufzubrechen und die vielfältige Nutzbarkeit entsprechender Inhalte zu unterstützen. Maßgabe sollten die Standards zu Open Education Resources sein. Die berufsbildenden Schulen sollen zu Kompetenzzentren für Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

Gemäß der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung" brauchen wir Kitas, Schulen, Berufsschulen und Universitäten, die die Kompetenz zur Analyse, Bewertung und Mitgestaltung der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen dieses Jahrhunderts vermitteln.

2. Erfolg ermöglichen: für gute Kitas und Schulen

Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, Begeisterung und Wissensdurst zu erhalten und Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern. Genau hier scheitert unser Bildungssystem aber viel zu oft.

Die Chancen für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden und ihr Leben später selbst in die Hand nehmen zu können, sind nicht für alle gleich. Schlimmer: Obwohl diese Ungerechtigkeit bekannt ist, ändert sich zu langsam etwas daran. Bildungsarmut wird vererbt, weil das deutsche Bildungssystem daran scheitert, Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund abzukoppeln. Viel zu oft steht schon bei der Geburt fest, wohin der Weg des Kindes führt. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien kämpfen oft mit Vorverurteilungen und unzureichender Förderung, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Wir aber wollen kein Kind zurücklassen. Wir wollen die Blockaden wegräumen und Wege aufzeigen, die die Potentiale aller Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung bringen.

Dafür brauchen wir zuerst mehr und auch bessere Kita-Plätze, um Kinder schon früh fördern zu können, und besser qualifizierte Tagesmütter und -väter. Wir wollen den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch angemessen finanzieren, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einführen, bundesweit Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote in einem Gesetz festlegen und die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. 1 Mrd. Euro an Bundesmitteln pro Jahr werden wir Ländern und Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellen, damit es schnell vorangeht. Das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld setzt die falschen Anreize, denn es belohnt Familien, die ihre Kinder vom Bildungsort Kita fernhalten – wir wollen es daher zugunsten einer besseren Ausstattung der Kitas wieder abschaffen! Eltern sollen sich entscheiden können zwischen einem Platz in der Kita und der Tagespflege.

In unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Zu früh wird sortiert, anstatt Kinder individuell zu fördern und ihnen Zeit zu geben, sich zu entwickeln. Wir sind überzeugt davon, dass es gut ist, wenn Kinder länger gemeinsam an einer Schule lernen. Wir wollen dies aber nicht von oben verordnen, sondern laden Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ein, sich gemeinsam auf den Weg zu machen hin zu besseren Schulen. Davon profitieren alle, die stärkeren SchülerInnen wie die schwächeren. SchülerInnen und LehrerInnen brauchen auch mehr Zeit, denn erfolgreiches Lernen und individuelle Förderung laufen nicht im 45-Minuten-Takt und

sind auch nicht mittags zu Ende. Unser Ziel ist es, flächendeckend Ganztagsschulen aufzubauen, die barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und überhaupt Neues entdecken können. Eine Ganztagsschule kann außerschulische Sport-, Kultur- und Jugendangebote besser einbeziehen. Wir werden deshalb mit den Ländern über ein zweites Ganztagsschulprogramm verhandeln, damit die guten, durch das erste Programm aus dem Jahr 2004 angeschobenen Veränderungen fortgesetzt werden können. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer Schule, die Kinder und Jugendliche gerade auch in schwierigen Lebensphasen individuell fördert. Schulsozialarbeit leistet Prävention und sollte im Rahmen des Ganztagsschulausbaus gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir die Sprachbildung in Kitas und Schulen stärken. Sprachbildung muss frühzeitig ansetzen, in den Alltag der Kinder und Jugendlichen integriert sein und ihre Familiensprachen mit einbeziehen. Für Kinder mit diagnostizierten Lernstörungen wollen wir frühzeitig Wege der therapeutischen Hilfe öffnen.

3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Für viele junge Menschen ist der Weg von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf sehr weit – oft zu weit. Jedes Jahr werden rund 300.000 junge Menschen vermeintlich berufsvorbereitend von Maßnahme zu Maßnahme geschleppt. Das deutsche Modell der betrieblichen Ausbildung ist zu Recht international anerkannt. Aber: Zu wenige Jugendliche schaffen den Sprung in eine betriebliche Ausbildung, zu wenige Unternehmen beteiligen sich und die Durchlässigkeit lässt zu wünschen übrig. Mit DualPlus wollen wir das Berufsausbildungssystem so weiterentwickeln, dass alle Ausbildungsinteressierten einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip behalten wir bei, Berufsschule und Betriebe sollen darüber hinaus um überbetriebliche Lernorte ergänzt werden. Für Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, können Produktionsschulen den Übergang in die berufliche Ausbildung erleichtern. Damit der Wechsel in eine herkömmliche betriebliche

Ausbildung stets möglich ist, wollen wir die Ausbildung schrittweise in berufs- und länderübergreifend anerkannte, aufeinander aufbauende Ausbildungsbausteine einteilen. Auch kleinere und spezialisierte Betriebe können sich so an DualPlus beteiligen.

Der Vorteil ist: Mehr Betriebe können sich an der Ausbildung beteiligen, mehr Jugendliche finden einen Ausbildungsplatz, unterstützende Maßnahmen werden integriert, kein Bildungsschritt bleibt ohne Anschluss. Und so könnte man sich auch den mindestens 4 Mrd. Euro teuren Maßnahmendschungel sparen und vielen Jugendlichen eine echte Chance geben. Auch die Ausbildungsförderung von Nicht-EU-BürgerInnen soll verbessert werden. Gleichzeitig wird eine Ausbildung zu guten Fachkräften gefördert.

Die Angst vor den Kosten hält zu viele von einem Studium ab. Eine bessere Studienfinanzierung muss daher mehr Studierende und vor allem BildungsaufsteigerInnen erreichen. Das gilt gerade auch für junge Menschen aus nicht akademischen Elternhäusern ohne entsprechende Vorbilder. Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch Veränderung des BAföG und eine Erhöhung um 300 Mio. Euro jährlich verbessern. Außerdem wollen wir das Auslands-BAföG auch für eigenständige Studiengänge im gesamten europäischen Hochschulraum ermöglichen. Im nächsten Schritt werden wir eine Studienfinanzierung aufbauen, die aus zwei Säulen besteht: einem Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein Studium zu gewinnen, die bislang nicht studieren. Beide Zuschüsse müssen – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Studiengebühren sind inzwischen bundesweit fast flächendeckend wieder abgeschafft. Wir lehnen sie weiter ab. Das Deutschlandstipendium und das Bildungssparkonto kritisieren wir. Beide sind ungeeignet, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Deutschlands Fachkräftemangel kann nur behoben werden, wenn mehr Menschen besser qualifiziert werden und studieren. Aber die Hochschulen sind nicht gut vorbereitet auf die zum Glück zahlreicher an die Hochschulen drängenden StudienanfängerInnen. Es fehlen ausfinanzierte Studienplätze. Wir wollen Studienwilligen die Türen weit öffnen und jährlich 1 Mrd. Euro mehr in den Hochschulpakt stecken – für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen. Wir wollen den Hochschulpakt verstetigen und zu einem dauerhaf-

ten, bedarfsgerechten System der Hochschulfinanzierung weiterentwickeln.

Wir befürworten die Vision eines europäischen Hochschulraums, setzen uns aber für eine Reform der Studienreform ein. Denn sie löst ihre Versprechungen bisher nicht ein. Die Prüfungsdichte muss reduziert, die Curricula entfrachtet, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen verbessert, Betreuungs- und Beratungsangebote sowie die soziale Infrastruktur auf dem Campus gestärkt werden. Den Bachelor wollen wir als berufsbefähigenden Abschluss etablieren und ausreichende Studienplätze für diejenigen schaffen, die einen Master anstreben.

Damit man sich Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, werden wir für jährlich 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenze, die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen – je nach Situation der Berechtigten. Damit können Schulabschlüsse und Qualifizierung nachgeholt werden. Wir wollen so diejenigen für Weiterbildung gewinnen, die bislang von den Angeboten zu wenig erreicht werden: Ältere, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Thema Analphabetismus nicht länger gesellschaftlich ignoriert wird, und dementsprechend in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den ArbeitgeberInnen die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Menschen mit Behinderungen lassen wir alle für weiter gehende Qualifizierung und Bildung notwendigen Unterstützungen und Assistenzleistungen zukommen.

4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung

Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute zu denken, Zusammenhänge verstehen zu wollen und besser zu begreifen, was wir nicht wissen. Wissenschaft ist eine Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Zukunftsfragen. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Verantwortung aller Disziplinen. Das in der Verfassung verbriefte Recht auf

Forschungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zugleich muss Wissenschaft sich ihrer Verantwortung in Forschung und Lehre bewusst sein. Wir wollen mit der staatlichen Forschungsförderung Anreize dafür setzen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.

Hierzu brauchen wir auch eine starke Grundlagenforschung. Denn ohne den Aufbruch ins Ungewisse, Unbekannte und Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch dafür braucht es Geld und Zeit. Deshalb sehen wir mit Sorge die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen. Dadurch wird gerade die nicht programmgebundene Neugierforschung gefährdet.

Nachhaltige und soziale Innovationen setzen weitreichende Folgeabschätzungen, begleitende Risikoforschung und ein Verständnis der komplexen technischen und gesellschaftlichen Wechselbeziehungen voraus, wenn neue Technologien zum Wohle aller implementiert werden sollen.

Wir müssen von einer Wissenschaft für zu einer Wissenschaft mit der Gesellschaft kommen. Wir wollen inter- und transdisziplinäre Forschung unterstützen, um Wissen zu verbreitern und gesellschaftliche und ökologische Wechselwirkungen früh erkennen zu können. Dazu braucht es eine Stärkung der Forschung für eine nachhaltige Entwicklung. Der Schutz von Umwelt und Tieren macht aber auch Grenzziehungen nötig. Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit VertreterInnen des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen wollen wir strikt verbieten. Wir streben ein weitgehendes Verbot von Versuchen an nicht menschlichen Primaten an. Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärken und begrüßen es, wenn öffentliche Wissenschaftseinrichtungen vor Ort Friedensklauseln als Leitbild erarbeiten.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Karriere. Jenseits der Professur haben WissenschaftlerInnen heute extrem unsichere Berufs- und Lebensperspektiven. Wir wollen familienfreundliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Befristete Verträge haben überhandgenommen, oft mit Laufzeiten unter einem Jahr. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat die Tendenz zu prekärer Beschäftigung

noch verstärkt. In Deutschland zählen selbst gestandene WissenschaftlerInnen bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum abhängigen Nachwuchs. Selbständige Forschung ist hier nicht vorgesehen. Lehre wird immer häufiger mit gering bezahlten Lehraufträgen abgedeckt. Wir fordern einen langfristig angelegten „Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs". Dazu gehören die Veränderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse und neue Personalkategorien jenseits der Professur. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollen verbindliche Verpflichtungen für eine nachhaltige Personalentwicklung eingehen. Kontrollmechanismen sollen eingeführt werden, um zu vermeiden, dass die Hochschulen Lehraufträge als Mittel benutzten, um über extrem kostengünstige und recht- und schutzlose Lehrkräfte zu verfügen. Zusätzlich wollen wir mit der Neuauflage des Juniorprofessurenprogramms 1.000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track initiieren. Das heißt, nach positiver Evaluation soll ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis eröffnet werden. Zu einem solchen Pakt gehört für uns auch, dass sich die Qualifizierungs- und Betreuungsverhältnisse für Promovierende verbessern. Dafür müssen qualitative Mindeststandards und ein einheitlicher Doktorandenstatus bundesweit umgesetzt werden. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten. Wir wollen zudem künftig auch Kollegs für kooperative Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten fördern.

Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe steigend. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem, es drohen dadurch auch bedeutende Innovations- und Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Wenn diese nicht erfüllt werden, soll das Folgen für die Mittelvergabe haben. Auch die institutionelle und die projektgebundene Forschungsförderung wollen wir an gleichstellungspolitische Verpflichtungen knüpfen, um so mittelfristig mindestens 50 % Frauen auf allen Ebenen zu haben.

Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen bedroht zunehmend eine besondere Stärke des deutschen Wissenschaftssystems, nämlich die Qualität in der Breite. Einer Trennung

in „Forschungshochschulen“ und „Ausbildungshochschulen“ wollen wir entgegenwirken und die Lehrqualität verbessern. Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten, und der Bund muss größere Verantwortung – etwa bei der gemeinsamen Finanzierung der außeruniversitären Forschung – übernehmen. Der Bund kann die Länder entlasten, indem er künftig 70 % statt wie bisher 50 % der Kosten der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft übernimmt und die Programmpauschale der Deutschen Forschungsgemeinschaft schrittweise erhöht. Die Länder sollen sich vertraglich verpflichten, mit den frei werdenden Mitteln die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Wir streben ein geordnetes Auslaufen der Exzellenzinitiative an. Dabei wollen wir die Instrumente Graduiertenschulen und Exzellenzcluster beibehalten und weiterentwickeln. Für uns ist das europaweit vereinbarte Ziel, 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, nur Mindestmaß. Will die EU insgesamt ihr Ziel erreichen, müssen wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland deutlich höhere Werte anstreben. Das bewährte System der Forschungsförderung aus öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen und wettbewerblicher Projektförderung wollen wir ergänzen durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir wollen, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung rasch breit verfügbar sind, und unterstützen deshalb Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich, damit der Austausch innerhalb der Wissenschaft, aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft verbessert wird. Durch öffentliche Mittel finanzierte wissenschaftliche Publikationen müssen auch frei zugänglich sein. Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung und Lehre an universitären und außeruniversitären Einrichtungen muss gewährleistet werden. Größtmögliche Transparenz über die Forschung an Hochschulen und Universitäten stellt die Grundlage für den kritischen Diskurs an den Hochschulen und für die öffentliche Rechenschaft der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft dar. Klare und verbindliche Transparenzregeln helfen Forschung z. B. zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen wie z. B. Tierversuchen zu identifizieren und sie öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, wer im öffentlich finanzierten Wissenschaftsbereich welche Mittel für welche Forschungstätigkeiten erhält und wer mit wem

kooperiert. Wir wollen außerdem Ansätze stärken, forschungspolitische Entscheidungsprozesse partizipativer zu gestalten.

5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben

Bund und Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10 % des Bruttosozialprodukts jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Obwohl das Ziel bis heute noch nicht ganz erreicht ist, sagen wir: Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Ziel müssen mindestens 7 % bei Bildung und 3,5 % bei Forschung und Entwicklung bis 2020 sein. Denn andere sind längst weiter. Bildungs- und Forschungsausgaben haben deshalb für uns einen Vorrang. Und wir werden den Ländern durch eine Reform der Erbschaftsteuer und unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik weitere finanzielle Spielräume verschaffen für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Wir wollen eine bessere Bildungsfinanzierung und ein besseres Bildungs- und Wissenschaftssystem, das auch leistungsfähiger ist. Dazu müssen auch verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt werden. Es muss wieder möglich werden, dass der Bund die Länder, z. B. beim Ausbau von Ganztagsschulen und Studienplätzen, finanziell unterstützen darf. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben und die Zusammenarbeit in der Wissenschaft zu erleichtern. Unser Ziel ist eine Ermöglichungsverfassung für bessere Bildung und Wissenschaft. Um beide Zukunftsfelder zu stärken und Chancengerechtigkeit zu fördern, braucht es einen kooperativen Bildungsföderalismus, eine echte Verantwortungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine neue Kooperations- und Vertrauenskultur. Bis das Kooperationsverbot aufgehoben wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund sich an den Bildungskosten beteiligt und die Länder durch unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik finanzielle Spielräume für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich erhalten.

Wir setzen uns für bundesweit einheitliche und verbindliche abschlussbezogene Bildungsstandards in allen Fächern ein. Damit soll gesichert werden, dass trotz unterschiedlicher Schulsysteme

die Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern vergleichbares Fachwissen erlangen und die gleichen Kernkompetenzen beherrschen. Ebenso wollen wir verhindern, dass ihnen Nachteile bei einem Schulwechsel über Bundesländergrenzen hinweg entstehen.

Wer GRÜN wählt …

- investiert in mehr, bessere und inklusive Kitas.
- fördert längeres gemeinsames und inklusives Lernen.
- fördert Ganztagsschulen mit hoher Bildungsqualität für alle.
- sorgt für gute Ausbildung für alle, schafft zusätzliche Studienplätze und verbessert die Qualität von Lehre und Studium.
- schafft Spielräume für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs verlässlichere Perspektiven.
- will das Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen.

Schlüsselprojekte

Grüne Bildungsrepublik begründen – gute Ganztagsschulen flächendeckend aufbauen

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und muss erneuert werden. Wir wollen bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Ganztagsschulen sind das Kernstück eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems, denn sie bilden den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen wir flächendeckend Ganztagsschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung und unterstützen sie mit mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Schulen, in denen alle Kinder auch am

Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues entdecken können.

Hochschulen stärken – jährlich 1 Mrd. Euro mehr Bundesmittel

Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten und der Bund muss größere Verantwortung bei der Finanzierung übernehmen. Wir wollen, dass 3,5 % des BIP bis 2020 in Forschung und Entwicklung investiert werden. Für mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, eine höhere Qualität der Lehre und verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. Euro jährlich in unsere Hochschulen investieren. Mit veränderten Finanzierungsschlüsseln bei der außeruniversitären Forschung wollen wir den Ländern außerdem Spielräume verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Damit sollen prekäre Beschäftigung eingedämmt und eine Ausfinanzierung der Studienplätze gewährleistet werden.

Studierende und Weiterbildung besser unterstützen – das BAföG erhöhen

Zu viele Menschen entscheiden sich wegen finanzieller Barrieren gegen ein Studium. Die Lage von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien wollen wir durch eine Reform und Erhöhung des BAföG verbessern. In einem ersten Schritt stellen wir dafür mindestens 300 Mio. Euro zusätzlich bereit. Danach wollen wir das BAföG schrittweise zum grünen 2-Säulen-Modell erweitern, das eine Basisabsicherung und einen Bedarfszuschuss kombiniert und so mehr Bildungsaufstieg ermöglicht. Damit man sich Lernen und Weiterbilden auch in späteren Lebensphasen leisten kann, wollen wir für jährlich mindestens 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenzen. Die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix aus Zuschüssen und Darlehen, je nach Situation der Berechtigten.

G. Teilhaben an sozialer Sicherung

Wie wir ein Netz der Absicherung für alle schaffen

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist materielle Armut kein Randphänomen, sondern betrifft Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren lebt in Deutschland in einem einkommensarmen Haushalt. Arbeitslosigkeit, Erziehung von Kindern, Krankheit, Behinderung, Alter oder schicksalhafte Ereignisse dürfen in unserem reichen Land nicht Ursache von einem Leben in Armut sein.

Unser Ziel der Teilhabe umfasst alle. Inklusive Politik fragt nicht nach vermeintlichen Defiziten von Menschen, sondern will die Fähigkeiten der Einzelnen und ihre Teilhabe fördern und unterstützen. Das schaffen wir mit den Instrumenten einer soziokulturellen Mindestsicherung und guten öffentlichen Institutionen, aber auch durch eine allgemein verankerte Denkweise, die allen Menschen die Freiheit eröffnet, in unserer Demokratie so zu leben, wie sie sind. Es ist normal, verschieden zu sein.

Wer arm geboren wurde, wird häufiger, früher und schwerwiegender krank und hat eine deutlich geringere Lebenserwartung. Dies wird noch verstärkt durch einen schlechten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Die steigende Zahl der Menschen, die unter prekären Bedingungen arbeiten oder unterbrochene Erwerbsbiografien haben, ist auch im Alter unzureichend abgesichert. Viele Betroffene können sich im Bedarfsfall keine gute Pflege organisieren oder finanzieren.

Leisten wir dem gesellschaftlichen Wunsch nach einem belastbaren Sicherungsnetz für alle endlich Folge: Auch die gesellschaftlich Benachteiligten dürfen nicht durchs Netz fallen. Denn nur wer weiß, dass er notfalls aufgefangen wird und soziale Rechte hat, ist BürgerIn und kein/e BittstellerIn.

Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement, für alle, die sich einmischen wollen und können. Soziale Sicherheit und Teilhabe sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb ist

es wichtig, dass das soziokulturelle Existenzminimum tatsächlich für alle gewährleistet ist.

Indem wir die sozialen Sicherungssysteme fit machen für die neuen Herausforderungen, schaffen wir auch der Solidarität eine Zukunft. Grüne Grundsicherung, grüne Bürgerversicherung, grüne Garantierente und grünes Pflegekonzept sind hierfür der Schlüssel. So schaffen wir ein solidarisches Sicherungsnetz, auf das sich jeder Mensch im Bedarfsfall verlassen kann: schnell, unbürokratisch und existenzsichernd. Wir wollen auch erreichen, dass die Versicherten ihre sozialen Leistungen europaweit besser in Anspruch nehmen können.

Wir machen uns auch dafür stark, dass die Versicherten in den Sicherungssystemen mehr Gehör finden und eine stärkere Vertretung erhalten. Ob Arbeitslose oder RentnerInnen, ob PatientInnen oder Pflegebedürftige: Auch hier ist Einmischung erwünscht.

1. Grüne Grundsicherung

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein entscheidendes Auffangnetz. Diese Grundsicherung muss neben der materiellen Absicherung auch die Möglichkeit der soziokulturellen Teilhabe an unserer Gesellschaft sicherstellen. Die Würde des Menschen ist und bleibt Maßstab unserer Politik.

Trotz jahrelanger Kritik an der Berechnung des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes hat die Regierung Merkel nicht reagiert und hierfür im Jahr 2010 die Quittung durch das Bundesverfassungsgericht erhalten.

Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen und jährlich überprüfen, ob er noch angemessen ist. Diese Neuberechnung wollen wir im Dialog mit den Sozialverbänden umsetzen. Die Berechnung muss verfassungskonform gestaltet werden. Das heißt zum einen, die sogenannten verdeckt Armen und kleinen Aufstocker (Zuverdienst bis 100 Euro) aus der Bezugsgruppe, die Maßstab für die Regelsatzberechnung ist, herauszunehmen. Und zum anderen, die wichtigsten Ausgabenpositionen einzubeziehen, die für Teilhabe und Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig sind und auch durchschnittliche Energiekosten abdecken. Zudem muss der Regelbedarf 2014 auf Basis der neuen statistischen Da-

ten an Inflation und Lohnentwicklung angepasst werden. Damit die Anhebung des ALG II finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne ergänzend ALG II beziehen müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu. Wir setzen darauf, dass wir durch einen Mindestlohn Geld einsparen, so dass wir einen Teil der ALG-II-Erhöhung damit gegenfinanzieren können. Das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket hat zur Folge, dass viele Kinder ihren verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf Bildung und Teilhabe nicht wahrnehmen können. Wir wollen das unsinnige Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen. Stattdessen wollen wir als ersten Schritt zur Kindergrundsicherung die Kinderregelsätze erhöhen sowie in die Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur investieren.

Wir wollen beim ALG II die Grundlage der Berechnung umstellen von der Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre finanzielle Abhängigkeit. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wir werden den Wechsel hin zur individuellen Existenzsicherung in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Das gilt auch für AsylbewerberInnen. Deshalb schaffen wir das Asylbewerberleistungsgesetz ab, überführen ihre Ansprüche ins SGB und beenden die unwürdige Gutscheinpraxis.

Die Sanktionen für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sind meist demütigend, unnötig und kontraproduktiv. Die verschärften Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren, die bis zur Obdachlosigkeit führen können, wollen wir unverzüglich abschaffen. Die von Schwarz-Gelb durchgesetzte Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II benachteiligt einkommensarme Familien. Bei der von uns angestrebten Neuordnung der familienpolitischen Leistungen wollen wir diese Ungerechtigkeit beseitigen und die Anrechnung des Elterngeldes wieder rückgängig machen. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben und sich um eine eigenständige Existenzsicherung zu bemühen. In der Regel ist das

die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, Aus- und Weiterbildung oder Umschulung. Wir brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht der Arbeitsuchenden in den Jobcentern, ein Verbandsklagerecht sowie Ombudsstellen, um Konflikte frühzeitig, unter Vermeidung von unnötigen und teuren Gerichtsverfahren und auf Augenhöhe zu lösen. Dazu wollen wir beispielsweise sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden. Ein solches Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist mit den heutigen Sanktionsregeln und -automatismen nicht vereinbar. Bis neue faire Regeln etabliert sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium.

Soziale Leistungen sind gutes Recht. Doch wer sie in Anspruch nehmen will, erlebt oft ein blaues Wunder: wenn Arbeitsuchende bei Fragen an das Jobcenter eine kostenpflichtige Telefonhotline anrufen müssen, um dann doch keine Auskunft zu erhalten; wenn die Pflegekasse ältere Menschen, die einen ambulanten Dienst brauchen, nicht ausreichend unterstützt; oder wenn die Krankenkasse die Anschlussbehandlung eines Patienten oder einer Patientin nach einem Schlaganfall hinauszögert. Diese Beispiele stehen exemplarisch für einen oft erlebten Umgang von Behörden und Sozialversicherungen mit ihren „Kundinnen und Kunden“. Die Rechte auf Beratung, auf angemessene Leistungen, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleiben dabei auf der Strecke. Wir wollen, dass die Menschen ihr Recht bekommen. Es ist an der Zeit, die Leistungsberechtigten bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche zu stärken, auch durch ein Verbandsklagerecht und die Schaffung und Förderung ämterunabhängiger Beratungsstellen.

Wir wollen die Idee einer finanziellen Basissicherung oder die einer negativen Einkommensteuer weiter diskutieren. Gerade in der Debatte um Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle muss es darum gehen, unsere Leitbilder von Gerechtigkeit und emanzipativer Sozialpolitik, die Bedeutung öffentlicher Institutionen und Finanzierbarkeit zu verbinden. Wir wollen diese Debatte in die Gesellschaft hineintragen. Wir halten deshalb die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll, in der Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. In einer solchen

Enquete wollen wir der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie damit verbundene Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen den nötigen Raum verschaffen. Ziel ist es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf Teilhabe zu verwirklichen.

2. Grüne Bürgerversicherung: gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems

In der gesetzlichen Krankenversicherung stehen Gesunde und Kranke, Junge und Alte sowie Gut- und Geringverdienende solidarisch füreinander ein. Kinder sind kostenlos mitversichert. Doch die Solidargemeinschaft ist nicht vollständig. Unser Gesundheitssystem ist in Schieflage geraten. Privatversicherte sind häufig privilegiert und erhalten Vorzugsbehandlungen. Gut verdienende Angestellte, BeamtInnen, viele Abgeordnete und die meisten Selbständigen gehören der privaten Krankenversicherung an. Als Privatversicherte versichern sie nur ihr eigenes, meist unterdurchschnittliches Krankheitsrisiko. Zum Solidarausgleich tragen sie so nicht bei.

Diese 2-Klassen-Medizin in unserem Gesundheitswesen wollen wir beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: eine für alle statt jeder für sich. Dagegen will Schwarz-Gelb den Solidarausgleich innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung immer weiter abbauen. Die steigenden Gesundheitsausgaben sollen über pauschale Zusatzbeiträge alleine den Versicherten aufgebürdet werden. Wir dagegen wollen mehr, nicht weniger Solidarität. Die grüne Bürgerversicherung bezieht alle Bürgerinnen und Bürger in die Solidargemeinschaft ein. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wiederhergestellt.

Die grüne Bürgerversicherung sorgt aber nicht nur für die Stärkung der Solidarität. Sie ist ein entscheidender Schritt zu einer soliden Finanzierung des Gesundheitswesens, denn wir verbreitern die finanzielle Basis. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleichbehandeln und zur Finanzierung heranziehen. Also neben Arbeitseinkommen und Renten auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen, Spekulationsgewinne und Mietein-

nahmen. Zudem heben wir die Beitragsbemessungsgrenze auf das in der Rentenversicherung geltende Niveau. Das schafft mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen, indem es Gutverdienende fairer beteiligt, macht die Finanzierung zukunftsfest und schafft Raum für Beitragssatzsenkungen.

Die grüne Bürgerversicherung ist keine Einheitsversicherung. Sowohl die gesetzlichen als auch private Krankenversicherer können die Bürgerversicherung anbieten. Allerdings gilt eine gemeinsame Honorarordnung. Denn die Art und das Ausmaß der Behandlung von Patientinnen und Patienten dürfen nicht länger davon abhängig sein, ob diese privat oder gesetzlich versichert sind. Dabei werden wir sicherstellen, dass die höheren Honorare, die heute über die Privatversicherten an die Ärzteschaft und an die anderen Gesundheitsberufe fließen, insgesamt erhalten bleiben und gerechter verteilt werden. Der Wettbewerb unter den Anbietern darf dabei nicht über den Beitragsatz, sondern soll vor allem über die Qualität und Patientenorientierung geführt werden. Die Krankenversicherungen als Interessenvertreter sollen das Wohl jedes einzelnen Mitglieds im Blick haben. Keinesfalls darf es eine Risikoselektion geben. Versicherte dürfen wegen ihres Alters, ihres Geschlechts oder möglicher Vorerkrankungen nicht benachteiligt werden. Die Beiträge sind strikt einkommensbezogen zu erheben. Zuzahlungen werden abgeschafft.

Die grüne Bürgerversicherung unterstützt Familien mit Kindern. Kinder werden kostenlos mitversichert, zeitlich begrenzt auch Verheiratete bzw. LebenspartnerInnen, die nicht erwerbstätig sind, aber Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen. Für alle anderen Ehepaare und für eingetragene Lebensgemeinschaften wird ein Beitragssplitting eingeführt. Damit wird die Bevorzugung von Alleinverdienerpaaren mit einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen beendet und die negativen Erwerbsanreize für Ehefrauen abgeschafft.

3. Grüne Gesundheitspolitik: ortsnah und bedarfsgerecht, inklusiv und präventiv

Wir wollen die wohnortnahe gesundheitliche Versorgung weiter verbessern und den Zugang unabhängig von Alter, Einkommen,

Geschlecht, Herkunft, Behinderung, sozialer Lage und Wohnort sicherstellen. Kern muss eine Primärversorgung sein, in der Haus- und KinderärztInnen sowie die Angehörigen weiterer Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dafür sind u. a. die Aufwertung der HausärztInnen und des Berufsbildes der Pflege, eine veränderte Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen und ein Vergütungssystem erforderlich, das die besonderen Leistungen der Primärversorgung, wie die Beratung und Begleitung der PatientInnen, berücksichtigt. Hausarztverträge können dabei ein Beitrag sein, um eine wohnortnahe Primärversorgung zu gewährleisten und die Qualität der Versorgung zu verbessern.

Um den Versorgungsbedarfen der wachsenden Zahl chronisch und mehrfach sowie psychisch erkrankter Patientinnen und Patienten gerecht zu werden, ist eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gesundheitseinrichtungen und -berufe erforderlich. Die finanziellen und rechtlichen Barrieren, die einer Gesundheitsversorgung „Hand in Hand" entgegenstehen, wollen wir beseitigen. Die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit muss schon in der Ausbildung gefördert werden. Die Pflegekräfte sind in ihrer Eigenverantwortung zu stärken.

Bei der Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung soll den Kommunen sowie den regionalen und lokalen Zusammenschlüssen von Patientinnen und Patienten sowie Gesundheitsberufen künftig eine größere Rolle zukommen. So können Versorgungsstrukturen stärker auf die Bedarfe vor Ort ausgerichtet und medizinische Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung mit den kommunalen sozialen Diensten verknüpft werden. Die Krankenhausversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser sind als Teil des regionalen Versorgungssystems zu begreifen und müssen bedarfsgerecht finanziert werden. Öffentliche Krankenhäuser müssen sich mit ihren sozialen Zielsetzungen neben freigemeinnützigen und privaten Trägern behaupten können.

Doch mit ihrer Krankenhauspolitik im Zickzackkurs und unterlassenen Strukturreformen hat die Bundesregierung vor allem viele kommunale Krankenhäuser in die roten Zahlen getrieben. Das schadet den Patientinnen und Patienten. Denn Diagnosen, Therapien und Dauer des Krankenhausaufenthalts werden in den Kliniken zunehmend von betriebswirtschaftlichen Überlegungen bestimmt.

Und das trifft auch die Beschäftigten, insbesondere in der Pflege, die immer mehr Patientinnen und Patienten mit immer größerem Unterstützungsbedarf versorgen müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb eine Kurskorrektur auch in der Krankenhauspolitik. Fehlerhafte ökonomische Anreize im derzeitigen Finanzierungssystem, die zu unangebrachten oder ethisch fragwürdigen Therapieentscheidungen führen können, wollen wir beheben. Die Vergütungen, die die Krankenhäuser für die Behandlung der Patientinnen und Patienten erhalten, müssen die steigenden Personal- und Sachkosten angemessen berücksichtigen. Die Qualität der Behandlung sowie der Patientennutzen sollten zunehmend in die Vergütung eingehen. Die Vorhaltekosten der Notfallversorgung und die Kostenstruktur der unterschiedlichen Krankenhausgrößen müssen angemessen berücksichtigt werden.

Um die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zu verbessern, sind neben der Schaffung zusätzlicher Pflegestellen und einer finanziellen Besserstellung der Pflegeberufe eine familienfreundliche Arbeitsorganisation, mehr Teamorientierung und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller im Krankenhaus tätigen Gesundheitsberufe nötig. Bestehende Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen sind konsequent umzusetzen sowie Vorkehrungen gegen übermäßige psychische Belastungen zu treffen.

Damit sich regionale Versorgungsnetze bilden können und um eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu gewährleisten, wollen wir die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander sowie mit den ambulanten Strukturen vor Ort verbessern. Dafür streben wir unter anderem ein einheitliches Vergütungssystem für alle fachärztlichen Leistungen an, gleichgültig, ob sie im Krankenhaus oder in der Facharztpraxis erbracht werden. Die Anwendung von Informationstechnologien kann einen wichtigen Beitrag für eine bessere Gesundheitsversorgung leisten. Allerdings sind dabei die Grundsätze des Datenschutzes und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten strikt einzuhalten.

Patientinnen und Patienten sollen auch Angebote der besonderen Therapierichtungen wahrnehmen können. Dazu muss die Komplementärmedizin Nachweise zur Wirksamkeit erbringen.

Es sind geeignete Methoden zum Wirksamkeitsnachweis für die Komplementärmedizin als auch andere medizinische Bereiche (z. B. Physio- oder Psychotherapie) zu entwickeln. Dafür sind öffentliche Forschungsgelder zur Verfügung zu stellen. PatientInnen sollen in einem Patientenbrief nach erfolgter Behandlung in verständlicher Form über Diagnose, Art und Umfang der Leistung informiert werden.

Ob bei künstlichen Hüftgelenken, Herzschrittmachern oder Brustimplantaten – Sicherheit, Wirksamkeit und Nutzen von Medizinprodukten müssen verbessert werden. Dazu gehören ein europaweit einheitliches staatliches Zulassungsverfahren für Hochrisikoprodukte, strenge Vorgaben für klinische Studien, ein Medizinprodukteregister und eine bessere Nutzenbewertung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden. Notwendig ist zudem eine Produkthaftpflicht für Medizinproduktehersteller.

Die kürzlich eingeführte Nutzenbewertung neuer Arzneimittel ist ein wichtiger Schritt. Sie ermöglicht, den Preis eines Medikaments davon abhängig zu machen, welcher Patientennutzen mit ihm verbunden ist. Blockadeversuchen der Pharmaindustrie werden wir entschieden entgegentreten. Damit alle Informationen zu einem Arzneimittel in seine Bewertung einfließen können, werden wir die Pharmaunternehmen verpflichten, alle Arzneimittelstudien registrieren zu lassen und deren Resultate zu veröffentlichen. Forschungsprojekte zur spezifischen Verträglichkeit von Arzneimitteln bei Kindern sowie zur geschlechterspezifischen Verträglichkeit müssen ausgebaut werden. Medizinische Forschung muss transparent gestaltet, Abhängigkeiten von Drittmittelgebern in der Forschung konsequent offengelegt werden. Wir wollen für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern den Zugang zu Medikamenten verbessern. Hierzu wollen wir auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und sehen öffentliche Forschungseinrichtungen in der Verantwortung, sozialverträgliche Lizenzierungs- und Vertriebsmodelle zu entwickeln. Perspektivisch streben wir eine Angleichung der Preisregulierung und der Regelungen zur Qualitätstransparenz für Arzneimittel innerhalb der EU an. Die Bekämpfung von Korruption braucht eine klare Gesetzgebung mit konsequenter Durchsetzung, um die Manipulation im Gesundheitssystem durch nicht am Patientenwohl orientierte Einflüsse, u. a. Bestrebun-

gen von Pharma- und MedizinprodukteherstellerInnen, endlich zu beenden. Hierzu gehört die Einführung eines Straftatbestandes für Korruption durch die LeistungserbringerInnen im Gesundheitswesen, der Ausbau unabhängig finanzierter medizinischer Forschung und ein Weiterbildungswesen frei von wirtschaftlicher Beeinflussung.

Menschen mit Behinderungen sind im Gesundheitssystem häufiger als andere Bevormundung und Entscheidungen über ihren Kopf hinweg ausgesetzt. Wir streben ein inklusives Gesundheitssystem an, das auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen eingeht und alle notwendigen präventiven, diagnostischen, therapeutischen sowie rehabilitativen Maßnahmen ermöglicht. Das schließt die Qualität der Unterstützung mit ein, beispielsweise durch Versorgung mit hochspezialisierten Hilfsmitteln zur Kommunikation und Mobilität. Wir treten dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland konsequent umgesetzt wird und eine entsprechende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen erfolgt.

Wir wollen eine interkulturelle Öffnung der gesundheitlichen Regeldienste und falls erforderlich ein herkunftssprachliches Beratungsangebot. Für Flüchtlinge und Menschen „ohne Papiere" muss der Zugang zur gesundheitlichen Grundversorgung gesichert sein.

Wir wollen den Patientennutzen – gerade auch die Verbesserung der Lebensqualität – in den Mittelpunkt stellen und deshalb stärker die Behandlungsergebnisse vergüten und nicht ausschließlich den Umfang an Behandlungen. Zu einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung tragen informierte Patientinnen und Patienten bei, die ihre Bedarfe selbstbewusst vertreten und ihre Behandlung mitgestalten können. Dazu brauchen sie zuverlässige Informationen über die Qualität von Therapien und Versorgungsangeboten. Doch die mangelhafte Qualitätstransparenz ist eine der großen Schwachstellen im deutschen Gesundheitswesen. Benötigt wird eine Art „Stiftung Warentest" im Gesundheitswesen, die zuverlässige Qualitätsinformationen sammelt und allgemeinverständlich aufbereitet. Wir treten für den weiteren Ausbau der unabhängigen Patientenberatung ein. Wir setzen uns für eine Beweiserleichterung für geschädigte PatientInnen ein. Für PatientInnen, die im Zusammenhang mit ihrer Behandlung einen schweren gesundheitlichen Schaden erlitten haben, ohne dass eindeutig ein Behandlungsfehler nachgewiesen

werden kann, wollen wir einen Haftungs- und Entschädigungsfonds einrichten. Darüber hinaus erforderlich ist eine Stärkung der PatientInnenrechte sowie Rechte der PatientInnenvertreterInnen in den Gremien der Selbstverwaltung. Die Patientinnen und Patienten müssen bei Behandlungsfehlern mehr Rechte vor Gericht erhalten.

Um dem Ziel einer guten Gesundheit für alle näherzukommen, braucht es vor allem präventive Anstrengungen in den verschiedensten Politikfeldern. Von der Ernährung über die Stadtplanung, die Umwelt- und Verkehrspolitik bis hin zur Schul-, Sport- und Drogenpolitik. Gesundheitliche Belastungen entstehen in der Lebensumgebung und im Alltag der Menschen. Das beginnt schon rund um die Geburt. Wir wollen einen guten Start ins Leben für alle Kinder. Deshalb wollen wir Hebammen stärken, ihre Arbeit besser entlohnen und dem Berufsstand mehr Anerkennung verleihen. In der Kindertagesstätte, der Schule, am Arbeitsplatz oder im Wohnquartier. Und diese Belastungen sind sozial ungleich verteilt. Studien zeigen immer wieder, dass sich die Gesundheitsrisiken bereits bei Kindern und Jugendlichen auf die 20 % konzentrieren, die aus sozial benachteiligten Familien kommen. Dem wollen wir entgegenwirken. Wir wollen Gesundheit fördern, nicht nur Krankheit behandeln. Und wir wollen die Ungleichverteilung von Gesundheitschancen reduzieren. Wir wollen erreichen, dass sich Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention besser an Zielgruppen orientieren und mehr geschlechtsspezifische und kultursensible Angebote unterbreitet werden. Deshalb schaffen wir mit einem Präventionsgesetz eine verlässliche Grundlage für eine gute, wohnortnahe, allen zugängliche und bezahlbare Gesundheitsvorsorge. Wirksame Gesundheitsförderung findet vor Ort in den Kommunen statt. Wir erachten hierbei auch Sport und Bewegung als wichtige präventive Maßnahmen, um die körperliche und seelische Gesundheit zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Das Präventionsgesetz sorgt auch für eine gerechte Finanzierung und eine sinnvolle Steuerung der Gesundheitsförderung und Prävention, an der wir alle Sozialversicherungsträger und auch die private Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen.

Immer mehr Menschen benötigen aufgrund einer psychischen Krise oder einer schweren psychischen Störung Hilfe und Therapie. Grund dafür sind auch die zunehmenden psychischen Belas-

tungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen im Schulalter und hohe Belastungen am Arbeitsplatz. Wir brauchen mehr umfassende gemeindenahe ambulante Angebote, wie z. B. Krisenhilfen, bessere Übergänge zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, vermehrt Angebote zur integrierten Versorgung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialberufen. Wissenschaftlich anerkannte Psychotherapieverfahren sollen auch in der ambulanten Versorgung zur Verfügung gestellt werden. Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang setzen. Um die bestehenden Defizite zu beseitigen, wollen wir darauf hinwirken, dass Bund und Länder unter Einbeziehung aller AkteurInnen einen Aktionsplan zur Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung bei psychischen Erkrankungen entwickeln. Wir unterstützen die engagierte Arbeit der Selbsthilfe und setzen uns für einen vorurteilsfreien Trialog zwischen Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ein.

Wir wollen das durch zahlreiche Skandale schwer beschädigte Vertrauen in das System der Organtransplantation wieder aufbauen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass es bei Organspenden gerecht und mit rechten Dingen zugeht. Das geht nur durch absolute Transparenz, rechtsstaatliche Strukturen und durch ständige Qualitätsprüfungen, Deshalb setzen wir uns für die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung ein, die die Organspende in Deutschland koordiniert und die Aufsicht über die am Transplantationswesen beteiligten Akteure wahrnimmt. Zu einem guten Gesundheitswesen gehört auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Hospizbewegung. Doch die Zahl und Ausstattung der stationären Hospize ist sehr unterschiedlich und nicht ausreichend. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit u. a. durch eine Absenkung des gesetzlichen Eigenfinanzierungsanteils verbessern.

4. Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik

Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Weltweit leiden viele Menschen unter den negativen Folgen dieser Politik, unter Kriegen und bewaffneten innerstaatlichen Konflikten, unter Repression und erheblichen gesundheitlichen Problemen. Einen Beleg für den Nutzen der Kriminalisierung von Drogen gibt es hingegen nicht.

Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir fordern unter Einbeziehung von Wissenschaft, Drogenhilfe und Gesundheitspolitik eine Evaluierung der aktuellen Drogenpolitik. Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller – auch bislang illegaler – Drogen. Neue Verbote, wie zum Beispiel eine Stoffgruppenregelung bei Legal Highs lehnen wir ab. Die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen muss beendet werden.

Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Nur durch ein auf die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen ausgerichtetes Hilfe- und Beratungssystem können gesundheitliche Risiken verringert werden. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschwelligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen, die durch die derzeitigen Schwarzmarktbedingungen verursacht werden, wollen wir durch den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen, wie Spritzentauschprogrammen und Drogenkonsumräumen, entgegentreten und diese durch die Ermöglichung von Substanzanalysen (Drugchecking) ergänzen. Die bestehenden Therapie- und Hilfsangebote für Opiatabhängige müssen ausgebaut, rechtliche Hürden beseitigt und niederschwellige Angebote gestärkt werden. Wir wollen bestehende Präventionsprogramme für alle psychoaktiven Substanzen und nicht stoffgebundene Süchte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls korrigieren; öffentliche Werbung wirksam verbieten. Das Thema „Drogen und Sucht“ muss mit all seinen Facetten breiten Eingang in den Schulen finden und soziale

Träger wie Gesundheitsämter müssen besser in die Lage versetzt werden, Eltern und Jugendliche differenziert und fachgerecht zu beraten. Wir werden auch weiterhin für einen wirksamen Nichtraucherschutz eintreten und den Schutz vor Passivrauchen verbessern. Das Tabakrahmenübereinkommen der WHO werden wir umsetzen und damit den Einfluss der Tabakindustrie wirksam begrenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die E-Zigarette als gesundheitlich weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum erhalten bleibt.

Näheres zur Abgabe von Cannabis, zum Umgang mit Cannabis im Straßenverkehr sowie zur medizinischen Forschung an Drogen beschreiben wir im Kapitel „BürgerInnenrechte stärken", im Unterkapitel „Den Rechtsstaat stärken".

5. Grünes Pflegekonzept: menschenwürdig und unterstützend

Die Humanität einer Gesellschaft bemisst sich auch an ihrem Umgang mit Menschen, die Unterstützung benötigen. Gute Pflege ist etwas, was alle angeht: Kinder, deren Großeltern gepflegt werden, Erwachsene, deren Kinder der Pflege bedürfen, und ältere Menschen, die selbst pflegebedürftig werden. Wir GRÜNE wollen eine menschenwürdige Pflege, die begleitet und unterstützt. Wir wollen eine Pflege, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen, dass Menschen auch bei Pflegebedarf würdig und selbstbestimmt leben können, und zwar unabhängig vom Geldbeutel. Um eine zukunftsfähige Versorgungsstruktur und eine menschliche und gute Pflege zu sichern, werden wir uns weiterhin für eine durchgreifende Reform der Pflegeversicherung einsetzen. Wir wollen deshalb den Pflegebedürftigkeitsbegriff verändern und erweitern und bei der Begutachtung Kinder und Jugendliche besser abbilden. So kann gerade für die zunehmende Zahl der Demenzkranken endlich eine bessere Versorgung gewährleistet und ihre Diskriminierung innerhalb der Pflegeversicherung beseitigt werden. Pflegebedürftigkeit kann verhindert, aufgehalten oder verlangsamt werden, deshalb wollen wir endlich wirksame Anreize für eine bessere Prävention und Rehabilitation bei Pflege setzen.

Erforderlich ist auch, stärker die UN-Behindertenrechtskonvention in der Pflege zu beachten und konsequent umzusetzen. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung müssen unabhängig vom Lebensalter und von der Ursache von Behinderung oder Pflegebedürftigkeit Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung und Teilhabeleistungen erhalten.

Wir wollen Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, stärker als bisher mit einem Netz aus professioneller Hilfe und bürgerschaftlichem Engagement entlasten. Dazu werden wir die Pflege im Quartier stärken und die ambulanten Versorgungs- und Entlastungsangebote, die auch unabhängig vom Einsatz Angehöriger – bislang vor allem zu Lasten von Frauen – eine Versorgungssicherheit vor Ort bieten, verbessern und ausbauen. Wir wollen es Pflegebedürftigen ermöglichen, durch ein persönliches Pflegebudget die Pflege nach eigenen Wünschen zu organisieren. Zudem wollen wir einen Anspruch auf eine grüne Pflegezeit schaffen. Wir benötigen mehr denn je eine trägerunabhängige Pflegeberatung.

Wohn- und Pflegeformen, die in der direkten Nachbarschaft eine Versorgungssicherheit bieten, werden immer wichtiger und müssen gestärkt und ausgebaut werden. Vielerorts wird immer noch in große Pflegeheime investiert. Hier wollen wir gegensteuern. Wir wollen weg von traditionellen Groß- und Sondereinrichtungen und stattdessen Orte schaffen, an denen Pflege und Betreuung in einer häuslichen Wohnumgebung stattfinden kann. Um das zu erreichen, wollen wir Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit Angeboten für eine intensive Pflege und Unterstützung fördern wie Hausgemeinschaften, Pflege- und Wohngruppen, Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen. Notwendig sind auch Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie die altersgerechte Gestaltung der Strukturen in der Wohnumgebung. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass sich auch bestehende Großeinrichtungen zum Quartier hin öffnen, und umgestalten hin zu überschaubaren gemeinschaftlichen Wohn- und Pflegeformen. Den Kommunen kommt bei dieser Entwicklung eine große Bedeutung zu. Sie müssen mit Hilfe der Bundes- und Landespolitik bei der Etablierung von Quartierskonzepten unterstützt werden. Das Programm „Soziale Stadt“, mit dem Bund und Länder die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen verbessern, wollen wir

so ausbauen, dass auch Pflege und Unterstützung im Quartier gefördert werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland, das heißt auch, immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund werden pflegebedürftig. Insgesamt muss sich die Pflege auf eine größere Vielfalt einstellen und auch kulturelle, religiöse, sexuelle oder geschlechtsspezifische Identitäten sensibel berücksichtigen.

Für eine steigende Zahl an pflegebedürftigen Menschen brauchen wir genügend gut qualifizierte und engagierte Pflegekräfte. Um den Pflegekräften die Anerkennung entgegenzubringen, die sie verdienen, und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir den Pflegeberuf besser anerkennen und bezahlen sowie die Arbeitsbedingungen verbessern. Wir setzen uns für angemessene Personalschlüssel und den Abbau unnötiger Bürokratie ein. Um allen Pflegekräften Aufstiegschancen zu geben, wollen wir ein modernes, durchlässiges Aus- und Weiterbildungssystem schaffen, das Pflegeausbildung auch an Hochschulen ermöglicht. Zudem brauchen wir mehr Ausbildungsplätze in der Pflege. Wir wollen eine dauerhafte Regelung zur Finanzierung des dritten Umschulungsjahres. Die Pflege muss sich auf die zu versorgenden Personen und ihre Lebenswelt einlassen. Dazu braucht sie spezielles Wissen, das bereits in der Ausbildung vermittelt werden muss. In der Pflegeausbildung plädieren wir für eine Ausbildungsumlage in allen Bundesländern. Wir möchten, dass Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe selbständiger arbeiten können.

Die Pflegeversicherung muss auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Hierzu wollen wir alle BürgerInnen und alle Einkommen einbeziehen und die Pflege-Bürgerversicherung einführen. Mit ihr ist eine bessere Pflege bezahlbar. Trotz deutlicher Leistungsverbesserungen bleibt damit die Beitragsentwicklung bis weit in die Zukunft überschaubar und zumutbar. Das ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität.

6. Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierente gegen Altersarmut

Rentnerinnen und Rentnern geht es in Deutschland im Durchschnitt noch vergleichsweise gut. Altersarmut ist aber schon heute

ein Problem. Mehr als zwei Millionen Ältere in Deutschland haben ein Einkommen unterhalb der EU-Armutsrisikogrenze. Angesichts unsteter Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut noch zunehmen. Das betrifft vor allem Frauen, die aufgrund tradierter Rollenzuweisungen und nicht vorhandener Betreuungsplätze nicht oder in Teilzeit erwerbstätig waren und sind. Dem setzen wir eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik sowie Maßnahmen innerhalb der Rentenversicherung zum Aufbau eigenständiger Ansprüche und der Garantierente entgegen.

Altersarmut geht in der Regel mit Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen einher. Häufig ist soziale Vereinsamung die Folge. Deshalb setzen wir auf ein umfassendes Konzept gegen Altersarmut. Wir brauchen differenzierte Lösungen für die besonders gefährdeten Gruppen. Wichtig ist neben der Rente eine gute Arbeitsmarktpolitik. Außerdem braucht es Verbesserungen im Bereich der Grundsicherung, des Wohnens und der Gesundheitsversorgung.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, als RentnerInnen nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Diesen Menschen muss im Alter der Gang zum Amt erspart bleiben. Unsere Antwort ist die steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzungen für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, z. B. wegen Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung, Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und (bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung) Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Die Voraussetzungen für die Garantierente haben wir bewusst so gewählt, dass sie nicht nur von Männern, sondern insbesondere auch von Frauen gut zu erreichen sind. Private und betriebliche Ansprüche werden nur teilweise auf die Garantierente angerechnet. Damit sorgen wir für eine zielgruppengenaue Bekämpfung der Altersarmut, die Steuer- und BeitragszahlerInnen nicht mehr als notwendig belastet. Wir wollen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verbessern, zum Beispiel durch eine groß-

zügigere Anrechnung von gesparten Vermögen. Gleichzeitig sollte es möglichst schnell ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West geben. Zentrales Ziel ist dabei die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West. Das soll allerdings so geschehen, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben.

Die Sicherung eines Lebensstandards jenseits der Armutsgrenze im Alter ist eine der Grundaufgaben eines modernen Sozialstaats. Wir setzen dafür auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau, damit das Vertrauen in das Rentensystem über die Generationen hinweg bestehen bleibt. Wenn junge Menschen lange in die Rentenversicherung einzahlen, dann müssen sie auch eine angemessene Rente erhalten. Würde das Rentenniveau deutlich unter das heutige Niveau sinken, wären zukünftig Menschen, die nicht privat oder betrieblich vorsorgen können, von Altersarmut bedroht. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis in die breite Mittelschicht hinein wären davon betroffen. Das wollen wir verhindern. Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen wir ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Dennoch halten wir eine Risikomischung bei der Altersvorsorge für grundsätzlich richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Dafür wollen wir die Riesterrente grundlegend reformieren. Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen.

Die Rentenversicherung wurde in den letzten Jahren an sich verändernde Bedingungen angepasst. Die Lebenserwartung steigt glücklicherweise weiter an, die Dauer des Rentenbezugs hat sich deutlich verlängert. Die Zahl der erwerbstätigen BeitragszahlerInnen wird dagegen zukünftig zurückgehen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig. Diese Entscheidung ist aber nur vertretbar, wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für

Ältere einhergeht. Dafür braucht es mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, wollen wir die abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf das 63. Lebensjahr zurücksetzen. Wer hingegen allein aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung eine Erwerbsminderungsrente erhält, sollte diese ohne Abschläge erhalten. Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung werden beim Zugang zur Garantierente anerkannt. Gleichzeitig wollen viele Menschen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterhin aktiv sein, denn Arbeit ist auch Teilhabe. Wir müssen also flexible Übergänge finden für Menschen, die früher ausscheiden, und solche, die länger aktiv sein wollen.

Die geringeren Rentenansprüche für Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind ungerecht. Mit unserer Garantierente schaffen wir deswegen insbesondere auch für Frauen, die wegen Kindererziehung nicht erwerbstätig sein konnten, einen Einstieg in eine gerechte und armutsfeste Rente. Damit Frauen eine bessere eigenständige Absicherung erhalten, wollen wir das Rentensplitting bereits in der Ehe obligatorisch machen und Kindererziehungszeiten stärker anrechnen. Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch BeamtInnen, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Das ist für uns sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Nachhaltigkeit. Gleichzeitig werden dadurch Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut, die präventiv vor Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbständigen in die Rentenversicherung einbeziehen. Gerade Selbständige sind heute für das Alter häufig sehr schlecht abgesichert. Das müssen wir ändern. Jüdische Kontingentflüchtlinge wollen wir rentenrechtlich mit Spätaussiedlern gleichstellen.

Wir wollen auch dem einstimmigen Beschluss des Bundestags aus dem Jahr 2002 endlich gerecht werden und die sogenannte

Ghetto-Rente an die Überlebenden der Schinderei in den Ghettos der Nationalsozialisten rückwirkend bis 1997 auszahlen, wenn ihre Anträge über Jahre verschleppt wurden. Mit zynischen bürokratischen Hürden spielten die Rentenversicherer und jetzt das Kabinett Merkel auf Zeit und bringen so noch etwa 20.000 Überlebende um die ihnen zustehende Rente. Es ist schlicht zynisch, diese täglich kleiner werdende Gruppe von Menschen noch einmal vier Jahre lang warten zu lassen. Hier besteht sofortiger Handlungsbedarf.

Wer GRÜN wählt ...

- kämpft für einen ALG-II-Regelsatz von 420 Euro, um das soziokulturelle Existenzminium für alle Menschen zu gewährleisten.
- führt eine solidarische Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ein und beendet die 2-Klassen-Medizin.
- schafft Qualität durch Prävention und Vernetzung und eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort.
- verbessert die Pflege Demenzkranker und schafft für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf eine Versorgungssicherheit dort, wo sie leben möchten.
- baut Altersarmut vor mit einer Garantierente von mindestens 850 Euro und sichert Frauen durch ein eigenständiges Rentensplitting ab.

Schlüsselprojekte

Menschenwürdige Existenz sichern – den ALG-II-Regelsatz erhöhen

Der aktuelle Regelsatz ist zu niedrig. Wir wollen ihn erhöhen, damit auch die Menschen, die keine Arbeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, den ALG-II-Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen, da die derzeitige Berechnung aus unserer Sicht nicht das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet. Eine genaue Berechnung der Erhöhung muss 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten erfolgen. So sorgen wir dafür, dass niemand nur aufgrund von Arbeitslosigkeit unter die Räder kommt. Damit die Anhebung finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne „aufstocken" müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu.

2-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für alle

Wir wollen Versorgung bei Gesundheit und Pflege verbessern und die 2-Klassen-Medizin beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: eine für alle statt jede/r für sich. Unsere Bürgerversicherung bezieht alle ein: gesetzlich Versicherte, Privatversicherte, Beamte und Selbständige. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleichbehandeln und zur Finanzierung heranziehen: neben Arbeitseinkommen auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wiederhergestellt. So tragen wir das Gesundheits- und Pflegesystem gemeinsam und alle können davon profitieren.

Altersarmut bekämpfen – Garantierente auf den Weg bringen

Es droht eine massive Zunahme an Altersarmut. In einer gerechten Gesellschaft ist eine armutsfeste Rente aus unserer Sicht aber unentbehrlich. Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen sind. Wir setzen auf eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen zum Aufbau eigenständiger Ansprüche innerhalb der Rentenversicherung sowie eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzung für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Pflege, Ausbildung und Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Mit unserer Garantierente, die nicht nur von Männern, sondern gerade auch von Frauen realistisch zu erreichen ist, leisten wir einen zielgenauen und generationengerechten Beitrag gegen Altersarmut.

H. Teilhabe für Jung und Alt

Wie wir Familien stärken und ein neues Miteinander schaffen

Wir wollen ein gutes Leben für Kinder, Familien, Junge und Alte möglich machen. Wie das aussieht, das ist bei jedem anders. Aber die Chancen, das eigene Leben gestalten zu können, sind ungerecht verteilt.

Bei Kindern entscheidet weiterhin die soziale Herkunft über ihre Erfolge im Bildungssystem und damit auch über ihre Möglichkeiten, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Junge Menschen brauchen oft lange, um nach Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums den Weg ins Berufsleben zu finden, und dann müssen sie häufig über lange Zeit mit der Unsicherheit befristeter Stellen leben. Junge Frauen – und inzwischen auch immer mehr junge Männer – fragen sich, ob sie sich mit der Geburt eines Kindes beruflich ins Abseits schießen und wie sie ihre Wünsche für ihre berufliche Entwicklung sowie ihr Leben und Sorgen für Kinder miteinander in Einklang bringen können. Den Menschen im Rentenalter müssen wir die Möglichkeit bieten, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in dieser Gesellschaft auch nach der Zeit im Beruf noch einzubringen, und wir müssen ihre Absicherung so gestalten, dass sie auf gute Weise alt werden können.

Wir wollen ein neues Miteinander und dass die Lasten und die Freuden endlich gerechter verteilt werden. Dafür haben wir alle Generationen im Blick und wollen, dass ihre Bedürfnisse zusammengedacht werden, statt sie gegeneinander aufzuwiegen.

Wir wollen Hürden abbauen, damit Menschen in jedem Alter teilhaben können. Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft, die Menschen nicht an den Rand drängt, sondern ihnen Chancen eröffnet – auch mehrmals im Leben.

Wir wollen Menschen Mut machen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und sich in unserer Gesellschaft aktiv einzumischen. Wir wollen ein gelungenes und selbstbestimmtes Leben für und mit jungen wie alten Menschen. Das passiert nicht von allein. Dafür wollen wir zusammen kämpfen.

Wir schaffen Zukunft für alle Generationen, indem wir an das Morgen denken, ohne das Jetzt zu vergessen. Weil wir für ein solidarisches Miteinander einstehen.

1. Chancen für alle Kinder

Kinder sind laut und froh und einfach da. Und: Kinder sind die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft. Aber vielen Kindern werden, aus den unterschiedlichsten Gründen, Hürden in den Weg gestellt. Zu früh wird bei uns festgelegt, wer dazugehört und wer draußen ist. Wir arbeiten an einer inklusiven Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, sexuelle Identität, ethnische Wurzeln oder körperliche oder geistige Behinderung über die Zukunft von Kindern entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Jeder Mensch soll die gleichen Chancen haben, das eigene Leben selbst gestalten zu können. Kinder müssen dabei endlich in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft rücken.

Wir werden den Kinderschutz intensivieren. Dazu wollen wir das Bundeskinderschutzgesetz und die notwendige Unterstützung für Kinder und Jugendliche energisch weiterentwickeln. Ebenso wollen wir die Empfehlungen des Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch umsetzen. Der Missbrauchsskandal muss angemessen aufgearbeitet werden und die/der unabhängige Beauftragte muss den Aufgaben entsprechend längerfristig berufen werden. Wir machen uns für die Schaffung eines ergänzenden Hilfesystems für die Opfer stark und wollen die telefonische Anlaufstelle und das Online-Hilfeportal fortführen.

Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir die Programme für frühe Hilfen und Familienhebammen ausbauen und solide finanzieren. Nicht zuletzt gilt es, zu einem einheitlichen Leistungs- und Unterstützungssystem für alle Kinder mit und ohne Behinderungen zu kommen. Eine Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe ist sinnvoll, aber nur, wenn es nicht zu Leistungsverschlechterungen kommt. So muss unter anderem gewährleistet sein, dass die individuellen Bedarfe von Kindern mit Behinderung weiterhin teilhabeorientiert und flexibel gedeckt werden, ohne dass es zu einer

stärkeren finanziellen Heranziehung der Eltern kommt. Mobbing und Diskriminierung an unseren Schulen sagen wir den Kampf an.

Kinder brauchen Zeit. Sie brauchen Zeit zum Spielen, zum Lernen und Zeit mit ihren Eltern, Geschwistern und ihrem sozialen Umfeld. Dafür wollen wir durch eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik sorgen.

Die Struktur des Internets bietet – anders als nichtinteraktive Medien – nur sehr wenige Möglichkeiten, Inhalte für Kinder und Erwachsene zeitlich, räumlich oder durch Zugangsbeschränkungen zu trennen. Wo bei den klassischen Medien durch Sender oder Verlage ein speziell auf Kinder ausgerichtetes Programm zusammengestellt wird oder ein gewisser Schutz von Kindern beim Einlass an der Kinokasse, durch Verkaufskontrolle von Filmen und Computerspielen oder im Fernsehen durch den Zeitpunkt der Sendung geboten werden konnte, ist dies durch die Struktur und Grenzenlosigkeit des Internets kaum möglich. Deshalb sind funktionierende Filterprogramme, die freiwillig von Eltern auf dem heimischen Rechner installiert werden, ein mögliches Instrument, um selbst das Risiko für ihre Kinder minimieren zu können, dass diese beim Surfen unbeabsichtigt auf bedenkliche Inhalte stoßen. Verpflichtende Filter, vom Softwarehersteller voreingestellte oder providerseitige Filtertechniken lehnen wir hingegen ab. Darüber hinaus ist für den Umgang mit Inhalten im Netz der Erwerb von Medienkompetenz (nicht nur) für Kinder von zentraler Bedeutung.

Eine Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. der Kindertagespflege halten wir für absolut nötig. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, wollen wir Qualitätsstandards, etwa die Zahl der Kinder, die eine Erzieherin betreut, bundesweit festlegen und die Ausbildung und Weiterbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam von Kommunen, Ländern und auch dem Bund gemeistert werden – zumal bereits der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch an manchen Orten kaum erreicht wird. Zur Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung braucht es vor allem Erzieherinnen und Erzieher, die die Zeit und die Arbeitsbedingungen haben, sich aktiv um die Förderung der Kinder zu kümmern. Niemandem ist geholfen, wenn ErzieherInnen aufgrund zu großer physischer und psychischer Belastung ihren Beruf aufgeben.

Deshalb sollen für diese Qualitätsoffensive auf Bundesebene jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Wir wollen aus Kitas Orte für die ganze Familie machen. Hierzu braucht es neue Formen der Vernetzung im Rahmen von Eltern-Kind-Zentren, in denen die Kita eng mit anderen Angeboten kooperiert. Auf diesem Weg lassen sich Möglichkeiten, Familien zu unterstützen, bündeln. Eltern-Kind-Zentren können damit auch zu Orten der Begegnung im Stadtteil und zwischen den Generationen werden. Wir wollen die Länder und Kommunen beim Ausbau der Eltern-Kind-Zentren unterstützen. Wir werden außerdem mit den Ländern über ein neues Ganztagsschulprogramm verhandeln.

Gute Bildungseinrichtungen eröffnen Kindern die Chance auf ein gutes Leben. Allerdings leben heute viele von ihnen in Armut oder in prekären Verhältnissen. Nach einer UNICEF-Studie leben in Deutschland 2,5 Millionen Kinder in Armut. Zwar bleibt die Erwerbstätigkeit der Eltern nach wie vor der beste Schutz vor Kinderarmut, aber die materielle Unterstützung durch den Staat muss auch verbessert werden, um allen Kindern bessere Lebenschancen zu ermöglichen. Deshalb soll der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder neu berechnet und erhöht werden. Dafür reservieren wir 500 Mio. Euro. Außerdem wollen wir, dass auch im Steuerrecht alle Kinder gleich viel wert sind, und beginnen mit dem Einstieg in eine Kindergrundsicherung als einer eigenständigen Existenzsicherung für Kinder.

2. Raum für Familie

Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen.

Familien brauchen Zeit. Eltern brauchen Zeitsouveränität, die ihnen neben der Koordination der Kinderbetreuung verlässliche und planbare Zeiten für das Familienleben lässt. Das heißt, dass genau diese Zeiten nicht selbstverständlich für Sitzungen und anderes verplant werden dürfen. Wir wollen ein Rückkehrrecht auf Vollzeit gesetzlich verankern. Die gerechte Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten und die Schaffung von Zeit-Räumen für Familie, für die Teilhabe an demokratischen Prozessen, für soziales

Engagement und für Erholung begreifen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden, auch im engen Dialog mit den Sozialpartnern, neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit zum Leben und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können. Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeit für beide Elternteile. Damit wird auch die partnerschaftliche Aufteilung von Familienarbeit befördert. Wir werden das Teilelterngeld fair ausgestalten, damit Eltern, die sich Berufstätigkeit und Familienarbeit frühzeitig teilen, nicht länger benachteiligt werden, und die Partnermonate mit der Zielperspektive einer partnerschaftlichen Aufteilung weiterentwickeln.

Viele Alleinerziehende und ihre Kinder brauchen besondere Unterstützung. Noch immer sind sie besonders von Armut bedroht. Neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und der besonderen Berücksichtigung Alleinerziehender bei der Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle ist die Weiterentwicklung und zeitliche Ausdehnung des Unterhaltsvorschusses ein wichtiger Hebel, um die materielle Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder nach der Trennung abzusichern.

Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Neben einer ganztägigen Kinderbetreuung gehört dazu ganz zentral der flächendeckende Aufbau von Ganztagsschulen, sonst brechen vielerorts mit der Einschulung alle Arrangements zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Erst so kann es echte Wahlfreiheit zwischen den unterschiedlichsten Familienmodellen geben. Eine Betreuungsgarantie für Kinder ab dem ersten Lebensjahr als Zwischenschritt soll Eltern rasch Planungssicherheit bringen. Menschen, die Alte und Pflegebedürftige begleiten, wollen wir im Wohnquartier mit einer ambulanten Pflege- und Unterstützungsstruktur zur Seite stehen und eine maximal dreimonatige Pflegezeit mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung einführen.

Und natürlich brauchen Familien Geld. Die familienbezogenen Leistungen müssen so verändert werden, dass Familien tatsächlich profitieren und Menschen jeden Geschlechts frei wählen können, in welchen Konstellationen sie leben wollen. Wir werden aufhören über staatliche Mittel ein traditionelles Familienmodell einseitig zu fördern und stattdessen Frauen und Männer unterstützen, sich die Sorgeaufgaben gerechter zu teilen, und ihnen damit die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Familien-

leben organisieren. Um Kinder besser zu fördern und Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es eine bessere Infrastruktur – gute Kitas und gute Schulen – und eine Neuordnung der vielen zu ungenauen materiellen Transfers. Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen nicht mehr die Ehe, sondern Kinder fördern. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting wie im Kapitel „Besser haushalten" beschrieben schrittweise abbauen und damit auch eine Kindergrundsicherung aufbauen. Die Kindergrundsicherung wird somit aus dem Familienleistungsausgleich finanziert. Sie ist keine zusätzliche Transferleistung, sondern ersetzt vorhandene Transfers und Vergünstigungen. Die Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, eine übermäßige Belastung kinderreicher Familien durch das Abschmelzen des Splittings zu vermeiden. Wir streben ein Modell an, das Kinderregelsätze, Kinderzuschläge sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig obsolet macht. Ziel ist eine Kindergrundsicherung, die der Höhe nach so bemessen ist, dass die Kinderfreibeträge verfassungskonform abgeschafft werden können. Oft sind Eltern nicht verheiratet. Ehegattensplitting hat mit deren Lebenssituation nichts zu tun. Eine Kindergrundsicherung hingegen gäbe ihnen die Chance, wirkliche Förderung zu erfahren. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende. Wer mit uns regieren will, muss das Betreuungsgeld abschaffen. Es ist eine bildungs- und gleichstellungspolitische Katastrophe, setzt falsche Anreize und ist rundum unsinnig. Wir werden das Betreuungsgeld umgehend wieder abschaffen und die dafür eingeplanten Mittel in den Ausbau und die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten investieren.

Familien waren schon immer etwas Buntes. Doch das deutsche Familienrecht bildet diese Vielfalt nicht ab. Wir wollen, dass alle Kinder, unabhängig von der Familienform, in der sie aufwachsen, den gleichen Schutz, die gleiche Förderung und Unterstützung seitens des Staates erfahren. Mit dem neuen Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung wollen wir die Beziehung von Kindern zu ihren sozialen Eltern insbesondere in Patchwork- und Regenbogenfamilien stärken. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, eine Stärkung ihrer Rechte erfahren.

3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken

Im Fokus unserer Politik steht das Wohl jedes einzelnen Kindes und jedes einzelnen Jugendlichen. Wir räumen Kindern und Jugendlichen eigenständige Rechte ein, wir wollen sie gezielt fördern und schützen sie, wo Familien dies nicht leisten. Dazu wollen wir Rechte von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich ins Grundgesetz aufnehmen, die Umsetzung der VN-Kinderrechtskonvention durch ein unabhängiges Monitoring voranbringen und den Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland wieder auflegen.

Das Wahlalter wollen wir absenken, damit Jugendliche spätestens ab dem 16. Lebensjahr wählen gehen können. Wir nehmen Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst und setzen auf eine Jugendpolitik, die sie ermutigt und es ihnen ermöglicht, ihre jeweils eigene Identität zu entwickeln. Eine kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung bezieht sie aktiv ein und berücksichtigt ihre Bedürfnisse. Dies ist bei der Förderung von Projekten zur Stadtentwicklung durch staatliche Mittel zu berücksichtigen.

Wir wollen flächendeckend echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Dazu gehört auch, dass wir Betroffene in der Jugendhilfe stärken, indem wir Ombudschaften unterstützen, und verstärkt alternative Organisationsformen wie z. B. Jugendparlamente oder Jugendbeiräte fördern, die mit einem Antrags- und Stimmrecht für politische Entscheidungen ausgestattet sind. Dabei ist für uns klar: Alle Jugendlichen, egal ob mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationshintergrund, gleich welcher sexuellen Identität, gehören dazu.

4. Freiraum für Jugendliche

Wir stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik. Das heißt ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Eigenständigkeit für Jugendliche.

Die Generation der heutigen Jugendlichen ist zutiefst gespalten. Viele schauen mit Optimismus in ihre Zukunft, andere sind allerdings bereits überzeugt, auf der Schattenseite des Lebens zu stehen. Die Chancenungleichheit, die in frühen Jahren durch ein

leistungsschwaches Bildungssystem nicht ausgeglichen werden konnte, verbaut diesen jungen Menschen ihre Zukunft. Hier muss kontinuierlich gestützt und gefördert werden. Zudem sehen sich Jugendliche immer höherem Druck ausgesetzt: Bildung muss auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, jede Minute Freizeit wird verplant und freie Zeit, die selbst gestaltet werden kann, wird zur Mangelware. Dabei brauchen gerade junge Menschen Freiräume, um sich auszuprobieren. Wir wollen jungen Menschen diese benötigten Freiräume wieder öffnen und streben dazu die dringend notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung an.

Jugendliche sind in besonderem Maße auf die Infrastruktur vor Ort angewiesen. Vielfältige Jugendhilfeangebote, eine starke Jugendarbeit und die Unterstützung für Formen der Selbstorganisation ermöglichen jungen Menschen mehr Teilhabe. Jugendliche brauchen diese Räume, um unter sich zu sein, sich zu treffen und auszutauschen, Räume, um sich zu entwickeln. Alkoholverbote und Aufenthaltsverbote auf öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

Den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung werden wir nicht antasten. Wir werden die Hilfen zur Erziehung weiterentwickeln und mit Konzepten zur stärkeren Sozialraumorientierung und institutionellen Vernetzung verbinden.

Wir wollen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Beratungsstellen für junge Menschen sichern. Dazu werden wir den Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln und ausbauen. Denn Jugendarbeit ist auch Präventionsarbeit. Jugendliche werden in vielen Jugendzentren unserer Kommunen von FreundInnen und aufmerksamen SozialarbeiterInnen aufgefangen und finden wieder Anschluss an Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb wollen wir die Finanzlage der Kommunen verbessern.

Das Internet ist aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Die Stärkung der Kompetenz im Umgang mit diesen Medien und der Sensibilität für den Schutz der eigenen Daten im Internet muss deshalb zur Arbeit aller, die junge Menschen begleiten, gehören.

5. Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter

Es ist eine gute Nachricht, dass die Menschen immer älter werden und dabei immer länger gesund und agil bleiben. Aber die Frage, wie wir noch möglichst gut leben, auch wenn wir alt sind, und wie wir unsere Geschicke auch selbst bestimmen können, wenn wir auf die Hilfe anderer angewiesen sind, beschäftigt trotzdem viele Menschen. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen aber bis ins hohe Alter möglich sein – trotz Einschränkung, die das Alter mit sich bringen kann. Nötig sind deshalb mehr gesundheitliche Prävention und altersgerechte Arbeitsplätze, ein Ausbau an Weiterbildungsangeboten, aber auch eine Veränderung der Arbeitskultur, in der Erfahrungswissen der Älteren und Engagement der Jungen kombiniert werden, so dass viele Menschen bis zum Renteneintritt erwerbstätig bleiben können. Angesichts des demografischen Wandels und des Mangels an Fachleuten ist es auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Tatsächlich aber drohen sinkende Reallöhne, prekäre Beschäftigung und negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting immer mehr Menschen, und vor allem Frauen, im Alter in die Armut zu schicken. Einer sozialen Spaltung im Alter wollen wir entgegentreten mit einer Garantierente, die den langjährig Versicherten eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die Teilhabe alter Menschen braucht aber mehr als materielle Absicherung: Mobilitätskonzepte in Stadt und Land, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsprechen, der barrierefreie Zugang zu Kultur und eine erreichbare Gesundheitsinfrastruktur und bezahlbarer Wohnraum sind dafür genauso wichtig.

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird deutlich ansteigen und immer mehr werden allein und ohne Angehörige leben. Neue Konzepte für das Zusammenleben und die Gestaltung der Infrastruktur an Wohn-, Pflege- und sozialen Angeboten werden deshalb wichtig. Die Angebote für Hilfe im Alter entscheiden darüber, ob der Wunsch nach Selbstbestimmung alter Menschen Wirklichkeit werden kann. Für uns ist klar: Pflege muss möglichst wohnortnah organisiert sein, sie muss sich an den Bedürfnissen der alten Menschen und ihrer Familien orientieren, einer ambulanten Unterstützung den Vorrang einräumen und mit kulturellen und religiösen Prägungen sensibel umgehen. Finanziert werden kann dies

durch eine Pflegebürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und in die alle Einkunftsarten einbezogen werden.

Das Altern ist heute vielfältig und bunt geworden. Die dominierenden Altersbilder in den zentralen Bereichen der Gesellschaft werden der Vielfalt des Alters nicht gerecht. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich neue Wohnformen und andere Formen des Zusammenlebens fürs Alter und unterschiedlicher Generationen wünschen, und werden Orte des Zusammentreffens der Generationen fördern, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken: in Nachbarschaftszentren, in Freiwilligenzentren und an anderen öffentlichen Orten. Längst leben viele Ältere aufgrund der erhöhten Arbeitsmobilität nicht mehr im Familienverbund. Auch die Zahl der alleinstehenden und kinderlosen Menschen steigt. Hier gilt es, die nötige soziale und technische Infrastruktur in den Stadtteilen zu fördern, kleine soziale Netze aufzubauen, Eigeninitiative zu unterstützen und die Menschen in die Gestaltung der Wohnquartiere einzubeziehen.

6. Ein neuer Generationenvertrag – ein neues Zusammenleben

Wir werden älter und weniger. Eine Zukunftsherausforderung von großer Tragweite liegt im demografischen Wandel, der in strukturschwachen Regionen durch die fortwährende Abwanderung junger Menschen zusätzlich dramatisch verschärft wird. Dieser Wandel betrifft nicht nur ökonomische Fragen, sondern er rührt an tief greifende Fragen von Lebensentwürfen, Freiheit und Anerkennung.

Unser neuer Generationenvertrag soll die Aufgaben und Lasten zwischen Alt und Jung neu verteilen. Er darf dabei die Wünsche und Anliegen der Generationen nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss vielmehr für mehr Miteinander sorgen. Bei der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme achten wir darauf, dass sie ein gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die Jungen zu überfordern. Und wir wollen Orte des Zusammentreffens von Jungen und Alten schaffen – auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken.

Wer GRÜN wählt …

- bekommt gute Kitas für jedes Kind.
- bekämpft Kinderarmut und fördert das Leben mit Kindern, durch die schrittweise Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder.
- sorgt für mehr Mitspracherechte für Kinder und Jugendliche.
- verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- will selbstbestimmt leben bis ins hohe Alter.

Schlüsselprojekte

Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kita-Plätze besser ausbauen

Vielerorts fehlt es an Kita-Plätzen. Deshalb müssen wir rasch mehr und auch qualitativ hochwertige Kita-Plätze schaffen. Für uns ist klar, dass auch der Bund Verantwortung trägt, denn es muss vieles gleichzeitig geschehen: Der ab Augst 2013 geltende Rechtsanspruch muss angemessener finanziert, der Bedarf realistischer geplant werden. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, legen wir bundesweite Qualitätsstandards fest. Und natürlich braucht es dafür mehr Fachkräfte, die zu einem relevanten Teil auf Hochschulniveau ausgebildet und angemessen bezahlt werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. in der Kindertagespflege und unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in allen Altersgruppen. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Familien, die nur dadurch gewährleistet ist, dass für alle Familien, die das wollen, auch ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Das Betreuungsgeld, das

Kinder von frühkindlicher Bildung ausschließt, alte Rollenmuster zementiert und den Ausbau der Kitaplätze blockiert, schaffen wir ab. So bekommen alle Kinder eine Chance, ihre Potentiale und Interessen zu entfalten, und so schaffen wir die Voraussetzung für eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Eltern-Sein.

Familien mehr Zeit geben – familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern

Zeit ist für Familien ein knappes Gut, besonders wenn die Eltern berufstätig sind. Wir wollen Müttern und Vätern mehr Flexibilität geben, ihre Arbeitszeiten mit den Anforderungen ihrer Familie in Einklang zu bringen – ohne dass dies immer gleich eine Festlegung für ihre gesamte Berufsbiografie beinhaltet. Wir führen ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeittätigkeit ein und ergänzen damit das im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerte Recht auf Teilzeit an entscheidender Stelle. Auch eine Weiterentwicklung des Teilelterngeldes und eine Flexibilisierung der Elternzeit führen zu mehr Spielraum. So bleibt mehr Zeit für die Familien.

Für eine gerechte Familienförderung – in die Kindergrundsicherung einsteigen

In unserem reichen Land leben viele Kinder in Armut. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut lebt und in der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in eine Kindergrundsicherung schaffen. In der Kindergrundsicherung gehen Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig auf. Wir wollen dafür auch Mittel nutzen, die durch die Veränderung des Ehegattensplittings frei werden. In einem ersten Schritt werden wir unter anderem die Regelsätze für Kinder anheben, damit sie die tatsächlichen Bedarfe der Kinder abdecken.

Für echte Jugendpartizipation – Wahlalter 16 jetzt!

Das Wahlrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte, die BürgerInnen in einer Demokratie haben, um Entscheidungen zu beeinflussen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche endlich an diesen demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre absenken. Denn nur so bekommen Jugendliche wirklich eine Stimme. Zudem werden wir politische Bildungsprogramme auf allen Ebenen ausbauen, denn mitentscheiden können Jugendliche nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, sich ausreichend über die politische Situation zu informieren.

I. Intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle

Wie wir erhalten, was uns erhält

Jahrzehnte des Umweltschutzes haben unsere Flüsse sauberer, die Luft reiner und die Wälder gesünder gemacht. Das haben GRÜNE und Umweltbewegung erreicht, oft im Konflikt mit mächtigen Lobbys und Wirtschaftsinteressen und meistens gegen die Polemik und den Widerstand von CDU, CSU, FDP und viel zu oft auch von der SPD.

Doch noch immer sind unsere Wälder stark geschädigt, sind über 80 % der Gewässer in einem schlechten Zustand. Pestizide aus der Landwirtschaft verunreinigen Lebensmittel und Textilien. Allergien und durch eine belastete Umwelt verursachte Erkrankungen nehmen zu, besonders bei Kindern. Artensterben, Monokulturen und Flächenverbrauch nehmen stetig zu, unbeeindruckt von Politikerreden. Und in den Meeren schwimmen bald mehr Plastikabfälle als Fische.

Grüne Politik minimiert die Belastungen für unsere Umwelt, damit wir alle gesünder leben können. Wir wollen die Vielfalt der Natur für uns und nachkommende Generationen bewahren. Dazu müssen wir uns von einem auf quantitatives Wachstum verengten Wohlstandsbegriff lösen. Wir müssen wegkommen von Agrarfabriken und Massentierhaltung hin zu einer naturverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft. Erdbeeren im Winter, Clementinen im Sommer, das ganze Jahr über Spargel – der ökologische Preis für die immerwährende Verfügbarkeit von nicht saisonalem Obst und Gemüse ist hoch.

Was wir alle wissen, aber zu oft vergessen: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt. Für ein Leben, das wieder stärker im Einklang mit der Natur ist, brauchen wir eine Übereinkunft, wie wir mit unserer Umwelt umgehen und wie wir die Vielfalt der Arten erhalten und Lebensräume schützen.

Umweltschutz ist auch eine elementare Gerechtigkeitsfrage und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Denn es sind im-

mer die Ärmsten, die im Wettstreit um schwindende Ressourcen den Kürzeren ziehen – weltweit und auch bei uns in Deutschland. Lärm und Abgase treffen gerade die, die sich keine teure Wohngegend leisten können. Aber sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und gute Luft dürfen ebenso wenig wie der Schutz vor gesundheitsschädlichem Lärm keine Frage des Geldbeutels sein. Menschen, die durch Arbeit oder Umwelt erkranken, brauchen eine adäquate Behandlung.

Wohl in keinem anderen Politikbereich wird so deutlich wie in der Umweltpolitik, um was es geht: Lebensgrundlagen erhalten, Vorsorge treffen, Zukunft schaffen. Die Herausforderungen sind gewaltig, die Widerstände groß. Nicht nur die Politik muss sich ändern, sondern auch die Art, wie wir leben und wirtschaften.

Dafür braucht es informierte Verbraucherinnen und Verbraucher, mutige Umwelt-, Natur- und TierschützerInnen sowie engagierte Landwirtinnen und Landwirte, die regionale und Bioprodukte herstellen, den Tierschutz in der Tierhaltung umsetzen und die Landschaft und Natur pflegen. Jeder kann sich für eine bessere Umwelt einmischen mit dem Einkaufskorb – im Bioladen und im Discounter. Dafür braucht es eine klare und verlässliche Kennzeichnung für ökologische, regionale und faire Produkte. Zudem ist es wichtig, dass Kinder Kompetenzen im Umgang mit Natur und Umwelt entwickeln. Deshalb wollen wir für eine nachhaltige Umweltbildung sorgen, die Werte vermittelt und Kinder motiviert, die Natur zu erleben und erhalten zu wollen.

1. Intakte Umwelt, gesundes Leben

Umweltbelastungen wollen wir durch strenge Grenzwerte auf ein Minimum zurückfahren. Die EU-Chemikalienverordnung REACH wollen wir so verbessern, dass nur unbedenkliche Chemikalien auf den Markt kommen und gefährliche Stoffe durch unbedenkliche ersetzt werden. Uns GRÜNEN ist klar, dass der Chemie bei dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft eine Schlüsselrolle zukommt. Daher wollen wir eine Chemiewende und die Herstellung und Nutzung umweltfreundlicher, gesundheitlich unbedenklicher Chemikalien vorantreiben. Wir wollen, dass die Hersteller für das

Inverkehrbringen gefährlicher Stoffe haften.

Intakte Böden, sauberes Wasser und reine Luft sind eine Grundvoraussetzung für ein gesundes Leben. Wir wollen europaweit ehrgeizige Vorgaben für den Bodenschutz durchsetzen. Die deutsche Blockade der europäischen Bodenrahmenrichtlinie wollen wir beenden und die Einbeziehung des Bodenschutzes in die verschiedenen Fachgesetze verstärken, um neue Bodenbelastungen durch Schadstoffeintrag oder Erosion möglichst zu vermeiden. Wir streben, in Abstimmung mit den Ländern, eine Sanierung aller Altlasten bis zum Jahr 2050 an, bei denen das fachlich geboten ist. Für die Gewässer und das Grundwasser gilt es, die Vorgaben der EG-Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen und den sogenannten guten ökologischen Zustand bzw. den guten mengenmäßigen und chemischen Zustand schnellstmöglich herzustellen. Salzeinleitungen in Flüsse müssen beendet werden.

Die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Quecksilber, Stickoxide und Feinstaub wollen wir weiter senken. Darüber hinaus setzen wir uns erneut für die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen bei der Abfallmitverbrennung und die Einführung von ambitionierten Grenzwerten auch für weitere Stoffgruppen ein. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien („Fracking“) lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Für bestehende konventionelle Erdgas- und Erdölförderungen wollen wir die Länder unterstützen, den Förderzins deutlich zu erhöhen. Auch den Bedrohungen durch das Eisenhydroxid aus dem Braunkohletagebau wollen wir Einhalt gebieten und bei der konventionellen Förderung von Rohstoffen in Deutschland legen wir größten Wert auf Umweltschutz und Transparenz.

In Wohnungen, Büros und Klassenzimmern ist die Schadstoffbelastung der Luft heute teilweise höher als draußen. Deshalb brauchen wir strengere gesundheitliche Anforderungen etwa für Baustoffe oder Bürogeräte. Lärm und Lichtverschmutzung sind inzwischen massive Probleme für Natur und Gesundheit. Lärm stresst und macht auf Dauer krank. Insbesondere bei öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Orten soll besonders auf den Einsatz von lärmreduzierenden, die Raumakustik verbessernden Materialien geachtet und auf unnötige Beschallung verzichtet werden. Wie wir

Lärm im Verkehr vermeiden wollen, haben wir im Kapitel „Nachhaltige Mobilität für alle“ beschrieben.

Es gibt Hinweise auf Gesundheitsrisiken durch Elektrosmog. Wegen der Komplexität von Krankheitsauslösern und Krankheitsbildern in einer schadstoffreichen Welt lassen sich die Risiken nicht exakt bewerten. Deshalb muss hier das Vorsorgeprinzip greifen. Wir setzen uns ein für vorsorgeorientierte und kindgerechte Grenzwerte. Kommunen und Bevölkerung sollen bei der Standortwahl für Funkmasten mehr Mitwirkungsrechte erhalten.

2. Die Vielfalt der Natur schützen

Jeden Tag werden Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. In Deutschland sind 40 % der Wirbeltierarten in ihrem Bestand bedroht oder bereits ausgestorben. Ihre Lebensräume werden zerschnitten oder zerstört, Rückzugsgebiete gibt es nur noch wenige. Damit sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Denn als Teil der Natur kann der Mensch nur leben, wenn er seine natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt.

Wir GRÜNE wollen die Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die Schönheit naturnaher Landschaften flächendeckend schützen und für nachfolgende Generationen erhalten. Auch unsere Kinder sollen noch Störche sehen sowie Moore und alte Buchenwälder erleben können! Mehr „Wildnis“ in Form von intakten Biotopen wie Mooren, Auwäldern oder „Urwäldern“ sind für uns faszinierende Aussichten, für die es sich lohnt, Politik zu machen. In Städten werden wir uns dafür einsetzen, die Straßenbäume zu schützen und Naturerlebnisräume für Kinder und Jugendliche einzurichten. Sie sollen auch ihre eigenen Lebensgrundlagen gesichert vorfinden! Wir verstehen Naturschutz als ressortübergreifenden Politikansatz. Deshalb wollen wir den Naturschutz in allen Politikbereichen verankern – von der Umweltbildung über nachhaltige Entwicklung, Land- und Waldwirtschaft bis zur Verkehrsplanung. Dafür wollen wir auch die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder nutzen und die gesetzlichen Kompetenzspielräume hierfür stärken.

Wir wollen die Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten u. a. durch entsprechende Managementpläne wirksam

schützen, besser vernetzen und neue schaffen. Wir wollen das deutsche Naturschutzrecht im Rahmen der bewährten bestehenden EU-Naturschutzrichtlinien modernisieren. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt wollen wir zu einem ressortübergreifenden Regierungsprogramm aufwerten und finanziell aufstocken. Wo sich Eingriffe in die Natur und Landschaft nicht vermeiden lassen, muss der Schaden vorrangig real ausgeglichen werden. Immer noch fallen in Deutschland täglich rund 80 Hektar neuen Bau- und Verkehrsprojekten zum Opfer. Das entspricht pro Jahr in etwa dem Stadtgebiet von München. Damit gehen langfristig wichtige land- und forstwirtschaftliche Flächen sowie geschützte Gebiete verloren. Wir wollen den Nettoflächenverbrauch bis 2020 auf höchstens 30 Hektar am Tag reduzieren und langfristig ganz stoppen. Wir wollen Abgaben und Steuern mit ökologisch wirksamen Komponenten versehen (z. B. die Grundsteuer), damit die Nutzung von Brachflächen, Entsiegelung und Rückbau attraktiver wird als Neuversiegelung.

Flüsse sollen frei fließen, Wälder sich naturnah entwickeln können. Daher wollen wir 5 % der Waldfläche, darunter 10 % der öffentlichen Wälder, aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen und auf den anderen 95 % eine naturnahe Waldnutzung erreichen. Dafür wollen wir das Waldgesetz nach ökologischen Standards novellieren. Das Jagdrecht soll sich an der naturnahen Waldwirtschaft, einer umweltverträglichen Landwirtschaft, den Belangen des Naturschutzes und den Erfordernissen des Tierschutzes ausrichten. Wir wollen die letzten noch frei fließenden Flüsse in Deutschland erhalten. Einen weiteren Ausbau von Elbe und Donau sowie naturnaher Abschnitte aller anderen Flüsse lehnen wir daher ab. Flussauen sollen – auch im Sinne des Hochwasserschutzes – im Rahmen eines nationalen Programms renaturiert werden. Den Umbau der Bundeswasserstraßenverwaltung wollen wir im Sinne einer Verwaltung für ökologisch intakte Flüsse fortsetzen. Die Sicherung des nationalen Naturerbes muss durch eine Übertragung von weiteren 30.000 Hektar Naturschutzflächen fortgeführt und gefördert werden. Der Bund bietet den Ländern oder anerkannten Stiftungen alle naturschutzwürdigen Flächen aus seinem Eigentum zum ausschließlichen Zweck der Sicherung des nationalen Naturerbes

kostenfrei zur Übernahme an. Auf zunächst 2 % der Landesfläche soll sich die Natur ungestört entwickeln können.

Wir wollen die Verschmutzung und Verlärmung der Meere stoppen, die globale Überfischung beenden sowie Nord- und Ostsee konsequenter schützen. Um die weltweite Ernährungssicherheit nicht zu gefährden, muss die EU vor allem ihre Fischereiaktivitäten vor den Küsten von Entwicklungsländern stark einschränken und besser kontrollieren. Die weitgehende Vermeidung von Beifang und die Umsetzung des EU-Rückwurfverbots wollen wir auf nationaler Ebene ambitioniert durchsetzen. Deutschland muss sich auf globaler Ebene intensiv für ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten engagieren. Wir wollen die umweltschonende Beseitigung von versenkter Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee intensivieren. Wir setzen uns gegen den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee, der Arktis und an Land ein, um einmalige und noch weitgehend unberührte Lebensräume zu erhalten. Auch muss Deutschland seine Zusagen zum Schutz der Regenwälder und der biologischen Vielfalt einhalten und wieder zu einem verlässlichen Partner im Bereich des internationalen Artenschutzes werden, der sich für ein Ende der dramatischen Plünderung der Urwälder und Wildtierbestände einsetzt.

Wir wollen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Schutz ihrer natürlichen Ressourcen unterstützen. Doch das allein reicht nicht aus: Internationale Finanzierungsmechanismen zum Schutz der Biodiversität müssen starke ökologische und soziale Leitplanken erhalten, um Menschenrechte und die Rechte indigener Völker zu stärken.

3. Besser leben mit weniger Ressourcen

Um die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht zu verletzen, müssen wir unseren Ressourcenverbrauch absolut reduzieren – wir müssen also insgesamt weniger verbrauchen. Dies ist nur mit einer konsequenten Politik des ressourcenleichten Wirtschaftens und einem Überdenken unserer Konsumgewohnheiten und Lebensstile möglich. Wir wollen dies mit einem systematischen Ansatz erreichen, der mögliche Rebound-Effekte (erhöhter Verbrauch nach

Effizienzsteigerungen) verhindert. Das kann durch das Setzen fester Obergrenzen für Ressourcenverbrauch oder Emissionen erreicht werden, aber auch, indem wir umweltschädliche Subventionen streichen, Einfluss auf die Preisgestaltung von Ressourcen nehmen und nachhaltige Lebensstile ermöglichen und fördern.

Für ein rohstoffarmes Land ist ressourceneffizientes Wirtschaften unverzichtbar. Ressourceneffizienz senkt die Abhängigkeit von Rohstoffen, macht Unternehmen wettbewerbsfähiger und schont Umwelt und Klima. Wir wollen den absoluten Ressourcenverbrauch unserer Gesellschaft verringern und mehr Lebensqualität bei gleichzeitig weniger Rohstoffverbrauch erreichen. Mit einer flächendeckenden und verbraucherfreundlichen Wertstoffsammlung bei Haushalten und Gewerbe legen wir die Grundlage für eine hochwertige Kreislaufwirtschaft. Hersteller wollen wir in die Verantwortung nehmen, schon bei der Produktion auf ein ökologisch optimiertes Design und hochwertiges Recycling zu achten. Dazu könnte zum Beispiel eine Ressourcenabgabe mit ökologischer Lenkungswirkung beitragen. Wie wollen Abfallvermeidung als gesetzliches Ziel festschreiben, Mehrwertquoten fördern und bessere Rahmenbedingungen für Wiederverwendung und Reparatur schaffen. Dadurch und durch längere Gewährleistungsfristen sagen wir der Wegwerfgesellschaft den Kampf an. Die Einwegflasche aus Plastik wollen wir zurückdrängen, u. a. durch eine Abgabe auf Einwegverpackungen. Auch Plastiktüten wollen wir mit einer Umweltabgabe belegen und umweltfreundliche Alternativen zu Plastikverpackungen fördern. Das derzeitige System der Wertstofferfassung muss grundsätzlich geändert werden, um den Anteil der stofflichen Verwertung deutlich zu erhöhen und Recyclingziele für kritische Rohstoffe zu entwickeln. Die Verpackungsverordnung wollen wir ablösen, die dualen Systeme durch eine zentrale Stelle auf Bundesebene ersetzen. Unser Elektroschrott landet oft illegal in fernen Ländern. Wir wollen illegale Exporte verhindern und gemeinsam mit Handel und Herstellern effektive Rücknahmesysteme einführen, als ersten Schritt ein Handypfand.

Viele Menschen versuchen bereits heute, beim Einkauf und in ihrem persönlichen Verhalten ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Wir fördern diesen individuellen und gesellschaftlichen Wandel der Lebensstile, indem wir uns für umweltfreundliche Mobi-

lität einsetzen, Energiesparen belohnen und die ökologisch-regionale Erzeugung von Lebensmitteln voranbringen. Damit ermöglichen wir mehr und mehr Menschen, ein ressourcenleichtes Leben zu führen. Und mit der solidarischen Ökonomie unterstützen wir diejenigen Organisationen vor Ort, die schon heute Experimentierräume für nachhaltige Produktions- und Konsummuster von morgen bieten.

4. Die Zukunft der Landwirtschaft ist grün

Wir GRÜNE stehen für eine regional verankerte, ökologische und multifunktionelle Landwirtschaft. Grüne Landwirtschaft produziert nicht nur gesunde und hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe, sondern bewahrt unsere Ökosysteme und natürlichen Ressourcen, sie pflegt unsere Kulturlandschaften und ist ein nachhaltiges Rückgrat für die Wirtschaft und die Lebensqualität im ländlichen Raum. Die industrialisierte Landwirtschaft dagegen verschärft viele Umweltprobleme. Pestizide, Mineraldünger und gefährliche Keime verschmutzen Gewässer und Böden. Monokulturen verdrängen biologische Vielfalt. Wir wollen die Agrarwirtschaft vom Teil des Problems zu einem Teil der Lösung machen. Dabei setzen wir auf das Leitbild des Ökolandbaus und eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft, auf gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel, regionale Verarbeitung und Vermarktung und tiergerechte Tierhaltung sowie auf dezentrale Agrarstrukturen mit all ihren regionalen Unterschieden.

Den Anfang dieser Agrarwende haben wir unter der grünen Landwirtschaftsministerin Renate Künast gemacht. Doch mit Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb kam der Rückfall zu einer Agrarpolitik, die auf Masse statt Klasse ausgerichtet ist, auf Billigproduktion und Agrarüberschüsse für den Export. Das wollen wir ändern und die grüne Agrarwende weiterentwickeln.

Die bisherige Agrarförderung beschleunigt den Strukturwandel, begünstigt große Betriebe und verschärft die Nachfrage nach den ohnehin knappen Flächen. Deshalb wollen wir sie grundlegend umgestalten. Fehlentwicklungen wie Grünlandumbruch, die Förderung von Stallneubauten ohne zusätzliche Tierschutzanforderungen oder die Ausbreitung von Mais-Monokulturen dürfen nicht länger subventioniert werden. Stattdessen sollten die Agrarzahlungen

an ökologische und soziale Leistungen geknüpft werden wie den Klima- und Umweltschutz, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, artgemäße Tierhaltung oder regionale Wertschöpfung. Nur durch eine solche Förderung werden wir die bäuerlichen Strukturen gegen weitere Industrialisierung der Landwirtschaft schützen. Öffentliches Geld für öffentliche Leistung – das ist fair für alle. Das ist auch unsere Leitlinie für eine ökologische Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat alles versucht, die von der EU-Kommission beabsichtigte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und das „Greening" im Interesse der Agrarindustrie und des Bauernverbandes zu blockieren. Diese Blockade geht zu Lasten der bäuerlichen Betriebe und der Umwelt. Wir wollen, dass Deutschland künftig nationale Gestaltungsmöglichkeiten nutzt, um übermäßige Kürzungen bei der 2. Säule und die ungerechte Verteilung der Agrarzahlungen abzumildern. Insbesondere brauchen wir die Umwidmung von 15 % der Gelder aus der Basisprämie zugunsten der 2. Säule in Kombination mit einer Degression der Direktzahlungen. Die verbleibenden EU-Exportsubventionen und andere handelsverzerrende Zahlungen, die zu Agrardumping der EU in Entwicklungsländern führen, wollen wir streichen. Stattdessen setzen wir uns auf EU-Ebene dafür ein, dass die Förderung des Ökolandbaus sowie die Umsetzung der FFH- und der Wasserrahmenrichtlinie gestärkt werden.

Wir lehnen den Anbau und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen ebenso ab wie gentechnisch veränderte oder geklonte Tiere. Die Agrogentechnik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt Erträge zu steigern, hat sie den Einsatz von Pestiziden und die Gefahren für Umwelt, Menschen und Tiere erhöht. Agrogentechnik macht unsere Ernährung und unser Saatgut abhängig von einer kleinen Zahl von Großkonzernen und beendet die freie Landwirtschaft und den Ökolandbau. Agrogentechnik reduziert die Vielfalt der Pflanzensorten, weil die Gentechnik-Konzerne immer mehr Züchter aufkaufen. Die Weiterentwicklung konventioneller Sorten wird vernachlässigt. Es gibt einen hohen Forschungsbedarf für eine tier- und umweltverträgliche Landwirtschaft, die die Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigt. Patente auf Pflanzen, Tiere und Menschen lehnen wir strikt ab, weil sie BäuerInnen und VerbraucherInnen in eine Abhängigkeit von Agrarkonzernen führen.

Wir wollen im Interesse der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher unsere gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft und die Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen wirksam schützen. Den Flächenanteil des Ökolandbaus wollen wir deutlich ausbauen, damit die Erzeugung von Biolebensmitteln der steigenden Verbrauchernachfrage nicht länger hinterherhinkt. Mittelfristig wollen wir für ganz Deutschland eine ökologische Landwirtschaft mit anspruchsvollen Standards, die über das EU-Bio-Siegel hinausgehen. Die Teilumstellung von Betrieben wollen wir nicht mehr zulassen, bei Legehennenbetrieben bedarf es klarer Bestandsobergrenzen. Zum Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere der Bienen, die einen der wichtigsten Beiträge zum Erhalt der Biodiversität leisten, muss der Pestizideinsatz drastisch reduziert werden. Wir werden den unverbindlichen Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu einem wirksamen Pestizid-Reduktionsprogramm ausbauen und eine grundlegende Verschärfung der Risikobewertung und Zulassungsverfahren bei Pestiziden anstreben. Für Wirkstoffe wie die bienengiftigen Neonicotinoide oder Glyphosat, die Umwelt und Menschen gefährden, fordern wir ein Anwendungsmoratorium. Wir werden die Entwicklung alternativer, biologischer Pflanzenschutzmittel unterstützen, um Pestizide zu ersetzen. Wir möchten die Verwendung von Nutzhanf und Mohn für Agrarbetriebe liberalisieren.

Unsere Vision ist der klimaneutrale Bauernhof, der von fossilen Energieträgern unabhängig wird, die Emissionen aus Düngung und Viehwirtschaft senkt und den Kohlenstoffschatz unserer Böden mehrt. Dazu wollen wir zum Beispiel den Erhalt von Grünland fördern sowie den Einsatz von nachhaltig erzeugtem, heimischem Pflanzenöl und von Leguminosenpflanzen, die den Stickstoff aus der Luft binden, voranbringen. Auch um die aus Überdüngung resultierenden Emissionen und Nitratbelastungen von Böden, Gewässern und Grundwasser zu reduzieren, muss die Tierhaltung eng an die heimische Produktion von Futter gebunden werden. Der Klimawandel wird die Landwirtschaft zu großen Anpassungsleistungen zwingen. Dabei wollen wir sie frühzeitig unterstützen.

Wer hochwertige Lebensmittel produziert sowie landschaftspflegerische, d. h. öffentliche Aufgaben übernimmt, verdient dafür

auch einen auskömmlichen Lohn. Daher unterstützen wir zum Beispiel Milchbäuerinnen und Milchbauern in ihrem Kampf für einen fairen Milchpreis und den Stopp der Überproduktion. Wir wollen die ErzeugerInnen gegenüber den Großmolkereien, der Ernährungsindustrie und dem Handel stärken. Auch international hat Preisdumping fatale soziale Folgen. Deshalb lehnen wir die exportorientierte Agrarpolitik der Bundesregierung ab. Aber auch umgekehrt gilt: Die riesigen Futtermittelimporte sind ebenso schädlich. Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen wollen wir wirksam entgegenwirken. Angesichts von immer mehr Höfen, die keine Hofnachfolger mehr haben, wollen wir die antiquierte Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte aufheben. Die restlichen Flächen der Bodenverwertungs und -verwaltungs GmbH (BVVG) sollen zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft privatisiert und verpachtet werden. Mit einer Änderung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze wollen wir zu einer breiten Eigentumsstreuung bei den landwirtschaftlichen Nutzflächen und zu besseren Chancen von JunglandwirtInnen und Neu- und QuereinsteigerInnen auf dem Bodenmarkt beitragen.

Gesellschaftliche Teilhabe muss auf dem Land gewährleistet sein. Regional und Bio ist erste Wahl! Große Chancen für die ländliche Entwicklung bieten dabei die Erneuerbaren Energien, die ökologische Lebensmittelwirtschaft und der nachhaltige Tourismus. Wir wollen Anreize für die grünen Berufe schaffen – besonders in den ländlichen Regionen.

5. Massentierhaltung – nein danke!

In der Massentierhaltung werden billiges Fleisch, Milchprodukte und Eier durch millionenfaches Tierleid und den massiven Einsatz von Antibiotika erkauft. Massentierhaltung fördert Artensterben und Klimawandel, weil für den großflächigen Anbau von Futtermitteln Regenwald gerodet und Grünland umgebrochen wird. Fast ein Drittel der Weltgetreideernte landet im Futtertrog. Zur Erzeugung von einem Kilogramm Rindfleisch werden zudem 15.000 Liter Süßwasser verbraucht. Damit steht die Massentierhaltung immer mehr in Konkurrenz zur Ernährung der Weltbevölkerung. Durch die

von Großunternehmen vorangetriebene industrielle Tierproduktion sowie Dumping-Fleischexporte werden zum Beispiel in Afrika die Absatzmärkte für die lokalen ErzeugerInnen zerstört. Auch in Deutschland und Europa werden kleine und mittelständische Betriebe durch unfairen Dumping-Wettbewerb und Preisverfall als Folge von Überproduktion in den Ruin getrieben.

Wir GRÜNE halten dieses System der Massentierhaltung für nicht verantwortbar. Deshalb wollen wir die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen stoppen. Die Tierzucht ist auf Gesundheit und Lebensleistung auszurichten und nicht als Qualzucht auf immer mehr Milchleistung, Fleischansatz, Eier- oder Ferkelzahl ohne Rücksicht auf die physiologischen Grenzen des Lebewesens. Die Subventionierung der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie ihre Privilegien im Baurecht. Wir wollen allen Anlagen, die immissionsschutzrechtlich genehmigt werden müssen, die Privilegierung entziehen. Wir wollen mit einem neuen Tierschutzgesetz für tiergerechte Haltungsbedingungen sorgen, eine lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme schaffen und den Antibiotikamissbrauch durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften und verbindliche Antibiotikaleitlinien verhindern. Das Kontrollsystem in der Tierhaltung muss deutlich verbessert werden. Gülle aus Intensivtierhaltungen und Gärreste aus Biogasanlagen müssen auf ihre Belastung mit gefährlichen Keimen hin untersucht werden, um, falls nötig, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Um Futtermittelimporte zu reduzieren, wollen wir die heimische Produktion steigern und die Tierhaltung stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel binden. Zudem muss der Import von Biomasse, und somit auch Futtermitteln, an die Einhaltung von strengen Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards gebunden werden. Unsere Konsumentscheidungen prägen die Welt. Das zeigt sich besonders beim Thema Fleischkonsum. Pro Kopf und Jahr essen wir Deutsche rund 60 Kilo Fleisch. Dieser hohe Fleischverbrauch birgt nicht nur gesundheitliche Risiken. Er erzwingt auch eine Massentierhaltung, die auf Mensch, Tiere und Umwelt keine Rücksicht nimmt. Deshalb fordern wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums. Öffentliche Kantinen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen. Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten und ein

„Veggie Day“ sollen zum Standard werden. Wir wollen ein Label für vegetarische und vegane Produkte.

6. Schluss mit der Tierquälerei

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Tiere ein Anrecht auf ein artgerechtes Leben ohne unnötiges Leiden haben. Gemeinsam mit der Tierschutzbewegung haben wir dafür gesorgt, dass der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Tiere wollen wir um ihrer selbst willen schützen, deshalb werden wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten.

Damit die Rechte der Tiere besser vertreten werden können, fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen und eine/n Bundesbeauftragte/n für Tierschutz. Außerdem fordern wir Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für den Tierschutz, damit Verstöße gegen das Tierschutzgesetz effektiv verfolgt werden können.

Tierschutz und artgerechte Tierhaltung sollen in den Ställen Einzug halten. Dazu gehören auch ausreichender Weidegang und Auslauf. Die Käfighaltung von Legehennen, Kaninchen und anderen Tieren muss beendet werden. Sie darf auch nicht mehr durch deutsche Exportbürgschaften für hier verbotene Käfighaltung in Drittländern gefördert werden. Wir wollen verbindliche Zucht- und Haltungsvorschriften für alle Tierarten einführen. Die Haltung von Schweinen und Rindern auf nacktem Beton und Vollspaltenböden, das Zusammenpferchen von Hühnern und Puten auf engstem Raum, Wassergeflügel ohne Zugang zu Wasser – das alles ist ein Skandal.

Die Haltung von Nutztieren muss sich zukünftig an den arteigenen, natürlichen Bedürfnissen einer Tierart und damit am Tierwohl orientieren. Qualzuchten und die Praxis, Tiere etwa durch das Kupieren ihrer Schnäbel oder Schwänze an nicht artgerechte Haltungssysteme anzupassen oder durch Brandzeichen zu misshandeln, wollen wir verbieten.

Mit Schmerzen verbundene Eingriffe wie die Ferkelkastration dürfen nur mit Betäubung erfolgen oder müssen gänzlich unterbleiben. Tiertransporte innerhalb Deutschlands wollen wir auf eine Dauer von höchstens vier Stunden begrenzen und wir wollen die Schlachtmethoden auf Schlachthöfen verbessern. Dazu gehört die

Überprüfung der CO_2-Betäubung ebenso wie die Beendigung der Akkordarbeit und des Einsatzes von unqualifiziertem Personal. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir es durch eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung erleichtern, sich für Produkte aus artgerechter Haltung zu entscheiden.

Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren und langfristig komplett ersetzen. Dafür werden wir die Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch gesetzlich fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit Vertretern des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen sollen strikt verboten werden.

Zum Schutz von Haustieren wollen wir einen Fachkundenachweis einführen. Auch Wildtiere müssen wir besser schützen. Dafür fordern wir ihre Haltung im Zirkus zu verbieten sowie eine Novelle der rechtlichen Vorgaben für die Zootierhaltung. Den Import und die private Haltung regeln wir über die Einführung einer Positiv-Liste und ein Verbot von Wildtierbörsen. Auf europäischer Ebene muss der Tierschutz durch Importverbote von unter tierquälerischen Bedingungen erzeugten Produkten, Jagdtrophäen und wild gefangenen Tieren gestärkt werden. International wollen wir den Schutz bedrohter Arten im Sinne des Vorsorgeprinzips weiter voranbringen.

Wer GRÜN wählt ...

- sorgt vor für eine intakte Umwelt und Natur sowie ein gesundes Leben.
- unterstützt den Erhalt der Artenvielfalt.
- sagt „Nein danke“ zu Agrarfabriken, Massentierhaltung und Genfood.
- fördert Ökolandbau, Regionalvermarktung und bäuerliche Landwirtschaft.
- stimmt für Tierschutz und artgerechte Tierhaltung.
- schützt unsere Lebensgrundlagen und Ressourcen weltweit.

Schlüsselprojekte

Die Heimat von Storch und Laubfrosch schützen – Naturerbe bewahren

Die Lebensgrundlage vieler heimischer Pflanzen und Tiere ist gefährdet. Immer mehr Arten geht der Lebensraum verloren. Die Umsetzung der Naturschutzziele hinkt in Deutschland und international weit hinterher. Daher werden wir dafür sorgen, dass Bund und Länder endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und für 10 % der Flächen grenzüberschreitend vernetzte Biotopsysteme schaffen. Insbesondere unsere alten, heimischen Buchenwälder sind bedroht. Durch immer intensivere Durchforstung wird ihre Artenvielfalt dezimiert. Aber auch für Erholung und das Naturerlebnis der Menschen sind alte Wälder unschätzbar wertvoll. Mit einem Bundesprogramm wollen wir in Kooperation mit den Bundesländern 10 % der Wälder, die sich in öffentlichem Besitz befinden,

zu Urwäldern von morgen machen, in die auch Körperschaft- und Privatwald eingebracht werden können.

Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung

Was in unseren Ställen stattfindet, ist nicht mehr hinnehmbar. Die Massentierhaltung hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischproduktion erforderlich machen. Wir wollen die Subventionierung der Massentierhaltung beenden, ihre Privilegierung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern und ein Label für Tierschutz sowie vegane und vegetarische Produkte einführen. Durch ein neues Tierschutzgesetz sorgen wir für tiergerechte Haltungsbedingungen, schaffen lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme und stoppen den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften. Durch die deutliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung sorgen wir gleichzeitig für einen nachhaltigen Umwelt- und Gesundheitsschutz. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns für bessere Tierschutzregeln in der Tierhaltung ein.

Durchatmen – Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz vorantreiben

Bei vielen Industrieprozessen und Verbrennungsprozessen z. B. in Kohlekraftwerken entsteht Quecksilber, das über die Abluft in die Umwelt gelangt. Dies führt zu einer weiteren Anreicherung des Umweltgiftes auch in Lebensmitteln, insbesondere in Fischen. Die USA haben daher strenge Grenzwerte erlassen, um die Quecksilberbelastung deutlich zu reduzieren. Wir wollen die Immissionsschutzverordnung entsprechend ändern und werden uns EU-weit für anspruchsvolle Grenzwerte einsetzen, um grenzüberschreitend die Industrie in die Pflicht für eine gesunde Umwelt zu nehmen. So schaffen wir saubere Luft für alle.

J. Nachhaltige Mobilität für alle

Wie wir ein grünes Verkehrsnetz schaffen, mit dem alle gut leben

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens, Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Gleichzeitig verursacht der Autoverkehr Lärm und Staus, er schädigt die Umwelt und das Klima und er verschuldet eine inakzeptabel hohe Zahl von Toten und Verletzten. Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial und wirtschaftlich effizient ist.

Verkehr zieht immer auch Interessenkonflikte nach sich. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger mischen sich deswegen selbst in die Verkehrspolitik ein und wollen diese mitgestalten: Auseinandersetzungen wie etwa um Stuttgart 21, die Fehmarnbeltquerung, neue Autobahnabschnitte und den geplanten Flughafen in Berlin oder die dritte Startbahn in München sind Beispiele dafür. Bei Großprojekten sind eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Bürgerschaft und Zivilgesellschaft und eine ergebnisoffene Diskussion von Alternativen dringend erforderlich. Die aktuelle Entwicklung von Stuttgart 21 zeigt aber noch eines: Es bedarf von Anbeginn eines ehrlichen Umgangs mit Kosten, Risiken und Umweltauswirkungen aufgrundlage der tatsächlichen Kapazitäten.

Nachhaltige Mobilität setzt Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens und verknüpft verschiedene Verkehrsträger. Nachhaltige Mobilität verlagert den Gütertransport von der Straße auf die Schiene bzw. auf Wasserwege und vermeidet Transporte z. B. durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Umwelt- und klimafreundliche Verkehrsmittel werden gestärkt und der motorisierte Verkehr ökologisch verträglicher gestaltet. Damit sinkt die Belastung durch Lärm und Schadstoffe gerade in urbanen Gegenden.

In vielen Kommunen wird um den öffentlichen Raum, die Aufteilung der Flächen und der Mittel für den Verkehr gerungen.

Moderne Verkehrspolitik richtet sich danach aus, allen Menschen die größtmögliche Bewegungsfreiheit zu lassen und gleichzeitig die negativen Folgen des motorisierten Verkehrs so gering wie möglich zu halten. Zudem erzeugen Stadt und Land unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse, was ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Unser Ziel ist die Teilhabe aller an Mobilität, gleich ob in der Stadt oder auf dem Land – und zu bezahlbaren Preisen. Das gilt auch für die, die kein Auto besitzen – indem wir den öffentlichen Personenverkehr voranbringen und uns für sozialverträgliche Tarife einsetzen. Wir setzen auf neue Mobilitätsangebote, die eine Kombinutzung von Fuß, Rad, Bahn, Bus und Carsharing auf einer Strecke ermöglichen.

Wir binden die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung neuer Verkehrswege aktiv ein, weil sie etwas zu sagen haben und weil nur Akzeptanz die neue Mobilität ins Rollen bringt. Einmischung ist etwa gefragt beim nächsten Bundesverkehrswegeplan, den wir zu einem Bundesmobilitätsplan weiterentwickeln wollen, aber auch bei vielen Projekten vor Ort.

Wir schaffen Zukunft, indem wir die Energiewende auch im Verkehr umsetzen. Wir wollen weg vom Öl und setzen auf nachhaltige, regenerative Antriebe und auf Elektromobilität mit Strom aus Erneuerbaren Energien. Wir wollen den Verkehr sicherer machen sowie Verkehrslärm und Schadstoffausstoß deutlich senken.

1. Ein Verkehrsnetz für alle

Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad und die Bahn im Alltag. Die Angebote an Carsharing und Bikesharing weiten sich aus und sind durch Smartphones und Internet immer leichter zu nutzen und ermöglichen so neue Formen der Mobilität. Diese Erfolge gibt es nicht wegen, sondern trotz der Verkehrspolitik von Schwarz-Gelb. Diese bevorzugt hauptsächlich das Auto vor Bus, Bahn und Fahrrad und plant so an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbei.

Grüne Verkehrspolitik will dagegen eine neue Mobilität für alle. Wir wollen ein verlässliches und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs auch in ländlichen Regionen, insbesondere mehr geförderte alternative Bedienformen wie Ruf- und Bürgerbusse.

In der Verkehrsplanung wollen wir durch Gender-Mainstreaming auch die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen, die aufgrund sozialer und familiärer Aufgaben anders mobil sind. Zunehmend setzt sich das Prinzip „Nutzen statt besitzen" durch: Kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn, Taxi und Car- bzw. Bikesharing mit einer einzigen Mobilitätskarte und Mobilitäts-Apps machen den Nahverkehr einfach, schnell und flexibel. Grundlage dazu sind offene Daten und offene Standards bei konsequenter Wahrung des Datenschutzes. Beides muss für öffentlich geförderte Projekte und Unternehmen verpflichtend sein. Wir wollen eine bundesweite Imagekampagne für Fahrgemeinschaften, um Verkehrsbelastungen zu verringern.

Wir wollen den Kommunen ermöglichen, die Voraussetzungen für Carsharing-Parkflächen im öffentlichen Straßenraum, für Citymaut-Modelle, autofreie Innenstadtbereiche und Shared-Space-Zonen zu schaffen. Länder und Kommunen brauchen zudem eine gesicherte Finanzierungsgrundlage für eine ambitionierte ÖPNV-Offensive, bis hin zu Modellprojekten für einen ticketfreien Nahverkehr. Es muss darüber hinaus eine bedarfsgerechte Anschlussfinanzierung für das entfallende Bundes-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz über 2019 hinaus geben. Wir machen das Land fahrrad- und fußgängerfreundlicher und fordern mehr Platz für den ökologischen und gesunden Fuß- und Radverkehr. Dazu wollen wir den bundesweiten Radverkehrsanteil bis 2020 auf über 20 % steigern – in einigen Städten ist ein mehr als doppelt so hoher Anteil schon Realität. Wir wollen den Bau von Radschnellwegen mit einem bundesweiten Modellversuch fördern. Wir werden den Nationalen Radverkehrsplan mit Leben füllen, finanziell ausreichend unterlegen und das Fahrrad in der Straßenverkehrsordnung stärken. Die Fahrradmitnahme in allen Zügen, auch dem ICE, wollen wir durchsetzen.

Bei den Gesetzen zur Nahverkehrsfinanzierung werden wir uns dafür einsetzen, dass eine angemessene öffentliche Finanzierung sichergestellt wird. Wir werden uns für die Weiterentwicklung der Regionalisierungsmittel einsetzen, um Kostensteigerungen und Angebotsverbesserungen finanzieren zu können. Zweckfremde Verwendung wollen wir zukünftig ausschließen. Wir wollen in den nächsten zehn Jahren den öffentlichen Personennahverkehr durch-

gehend barrierefrei gestalten. Die Bahn soll ihren Anteil am Verkehr erheblich steigern. Dazu investieren wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich in den Ausbau des Schienennetzes mit Lärmschutz. Dies finanzieren wir, indem wir mit der bisherigen Praxis brechen, dass innerhalb der DB AG die Milliardengewinne der Infrastruktursparten an die Konzernmutter abgeführt werden und diese damit international auf Einkaufstour geht, statt die Gewinne in die Infrastruktur zu reinvestieren. Daher treten wir für eine Überführung der Eisenbahninfrastruktur in das unmittelbare Eigentum des Bundes ein und unterstützen das 4. Eisenbahnpaket der EU-Kommission. Die Bewirtschaftung regionaler Schienennetze soll den Ländern zur Pacht angeboten werden. Wir wollen dauerhaft ausschließen, dass private Investoren Anteile am Schienennetz erwerben.

2. Mit der Energiewende auch die Verkehrswende umsetzen!

Unser Ziel ist es, bis 2020 die Treibhausgasemissionen des Verkehrs um 20 % zu senken. Die Vision 2040 lautet, den Verkehr nahezu komplett auf Erneuerbare Energien umzustellen. Das ist ehrgeizig, aber möglich: Durch die Vermeidung überflüssiger Transporte, die Verlagerung von Verkehr auf Bahn und Fahrrad sowie die flächendeckende Einführung von nachhaltigen, regenerativen Antrieben bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur der Erneuerbare-Energien-Stromversorgung. Elektromobilität ist nur dann umweltverträglich, wenn der Strom aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird. Wir wollen einen Paradigmenwechsel bei der Nutzung der Biomasse für Mobilität. Sie muss langfristig auf Bereiche beschränkt werden, in denen es keine Alternative gibt.

Der heutige Verkehr ist zu über 90 % von fossilen Energieträgern abhängig. Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel hin zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der Weg dahin führt über wesentlich effizientere Antriebe, Hybridtechnik und Leichtbau der Karosserien. Deren Produktion und Vertrieb werden am ehesten gefördert durch ehrgeizige Verbrauchsvorgaben. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union bis 2020 das 3-Liter-Auto (80 g CO_2/km) und bis 2025 das 2-Liter-Auto (60 g CO_2/km) als

Anforderung für Neuwagen durchsetzen. Die Privilegien für große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir streichen und Anreize zur Nutzung besonders sparsamer Autos schaffen. Wir werden dies gegenfinanzieren durch eine CO_2-Reform der Kfz-Steuer. Wir wollen eine Verlängerung der Steuerbegünstigung für Erdgas über 2018 als Kraftstoff prüfen, wenn mindestens 40 % des Kraftstoffs aus Biomethan oder Power-to-Gas stammen. Das Power-to-Gas-Verfahren kann eine Integration von erneuerbarem Überschussstrom in den Verkehrssektor ermöglichen. Wir wollen die komplette Umstellung von Eisenbahnen auf Erneuerbare Energien bis spätestens 2030.

Zur Verlagerung von Lkw-Verkehr wollen wir den kombinierten Verkehr fördern und den Schienenverkehr anwohnerfreundlich mit modernen Lärmschutzstandards ausbauen. Auch muss die Lkw-Maut zu einer Logistikabgabe weiterentwickelt werden, d. h. zukünftig auch die externen Umweltkosten berücksichtigen und auf Lkw ab 3,5 Tonnen sowie auf alle Bundesstraßen ausgedehnt werden. Wir wollen Fernbusse ebenfalls in die Mautpflicht aufnehmen. Den Modellversuch mit den „Monstertrucks" (Gigalinern) werden wir beenden. Den Lieferverkehr in den Städten wollen wir durch die Förderung von Lieferkooperationen, Lastenfahrrädern und Elektrotransportern umweltfreundlicher machen.

Wir werden Initiativen ergreifen, um die Seeschifffahrt sauberer zu machen, und wollen die für Deutschland bedeutenden Seehäfen durch ein Hafenkonzept inkl. Hinterlandanbindung besser koordinieren.

Die Binnenschifffahrt wollen wir fördern, wenn es ökologische und ökonomische Vorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern gibt und sich die Schiffe den Flüssen anpassen. Flugverkehr ist mit starken Klima- und Lärmbelastungen verbunden. Das Wachstum des Flugverkehrs wird wesentlich durch kommunale Beihilfen für Regionalflughäfen sowie die Subvention aus Steuerprivilegien bei der Energiebesteuerung und der Mehrwertsteuer bei Auslandsflügen begünstigt. Diese Subventionen wollen wir beenden und die Luftverkehrssteuer und den Emissionshandel ökologischer ausgestalten. Den Kurzstreckenverkehr wollen wir auf die Schiene verlagern.

3. Den neuen Bundesmobilitätsplan mit den BürgerInnen entwickeln

Straßen, Schienen und Wasserstraßen werden geplant – etwa alle 15 Jahre durch einen Bundesverkehrswegeplan. In der nächsten Legislaturperiode ist es wieder so weit: 2015 wird ein neuer Verkehrswegeplan verabschiedet. Wir GRÜNE wollen, dass dieser Plan der erste wird, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mitplanen, mitgestalten und mitreden.

Jährlich gibt der Bund etwa 10 Mrd. Euro für den Bau und Erhalt von Autobahnen, Bundesstraßen, Schienen und Wasserstraßen aus und ist an den Flughäfen Berlin, Köln und München beteiligt. Leider wird dieses Geld allzu oft in teure und zweifelhafte Prestigeprojekte oder überflüssige Autobahnneubauten gesteckt.

Der neue Bundesverkehrswegeplan 2015 bietet die Gelegenheit zum Umsteuern. Wir wollen daraus einen Bundesmobilitätsplan entwickeln. Die Auswahl von Infrastrukturprojekten soll sich künftig stärker an Klima- und Naturschutzbelangen und der demografischen Entwicklung orientieren. Die Projektkosten müssen einschließlich der Folgekosten z. B. für Brücken und Tunnel vollständig dargestellt werden.

Wir wollen klare Prioritäten setzen: Beim Straßenetat wollen wir deutlich mehr Geld für den Erhalt aufwenden und die verbleibenden Mittel auf ein Autobahn-Kernnetz mit Lärmschutz konzentrieren sowie ein Programm für Grünbrücken fördern. Wir wollen durch Ausschreibungswettbewerbe und die Schaffung der technischen Voraussetzungen dafür sorgen, dass viele abgehängte Regionen wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden. Bei der Schiene soll ein langfristiges Zielnetz 2050 entwickelt werden, das auf einen deutschlandweiten Taktfahrplan mit einem verbesserten Personenverkehr ausgelegt ist und mehr Kapazität für den Güterverkehr schafft. Wir wollen ein nationales Flughafenkonzept u. a. für mehr Lärmschutz entwickeln, das die Möglichkeit von Ausbaustopps beinhaltet. Bei den Wasserstraßen geht es um den Erhalt einer sinnvollen Infrastruktur, anstatt einzigartige Flusslandschaften wie Elbe und Donau zu ruinieren.

Wir wollen ein umfassendes Informationsrecht in allen Planungsschritten – auch über das „Ob" eines Projektes –, das Einbeziehen

der Öffentlichkeit und gesetzliche Vorgaben für die Anwendung informeller Beteiligungsmethoden und alternativer Konfliktlösungen für die Verwaltung. Die Flugroutenplanung wollen wir transparent und bürgerInnenfreundlich gestalten. Denn eine moderne Infrastruktur ist nur dann erfolgreich, wenn sie gesellschaftlich angenommen wird.

4. Den Verkehr sicher und leiser machen

Mit dem Programm „Vision Zero“ wollen wir den Straßenverkehr sicherer machen mit dem Ziel, dass Fehler nicht mehr zu schweren Unfällen oder Tod führen. Wir wollen ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf zweispurigen Landstraßen. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes ermöglicht wird, innerorts überall dort Tempo 30 anzuweisen, wo sie es wollen.

Wir wollen den Schutz vor Verkehrslärm voranbringen und setzen uns für ein Nachtflugverbot an Verkehrsflughäfen, verbesserten Lärmschutz an Straßen und Schienenwegen und geräuschärmere Fahrzeugtechnik ein. Das Lärmprivileg für die Bahn wollen wir abschaffen, ebenso die Lärmprivilegien für den Straßen- und den Flugverkehr.

Menschen, die von Lärm betroffen sind, sollen in ihren Rechten gestärkt werden und einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz haben. Die Investitionen zur aktiven Beseitigung von Lärmquellen und für passiven Lärmschutz wollen wir innerhalb des Verkehrsetats auf 400 Mio. Euro pro Jahr verdoppeln. Ziel ist ein auf zehn Jahre angelegtes umfangreiches Lärmsanierungsprogramm.

Wer GRÜN wählt,

- wählt nachhaltige Mobilität.
- will die Energie- und Klimawende auch im Verkehr durchsetzen.
- etabliert Bahn, Bus und Rad als Leitverkehrsmittel.
- setzt auf Bürgerbeteiligung und Transparenz bei der Planung von Verkehrsprojekten.
- schützt Menschen vor Lärm, Luftverschmutzung und Verkehrsunfällen.

Schlüsselprojekte

Die Bahn attraktiver machen – Nahverkehr ausbauen, Gewinne in die Schiene investieren

Wir wollen die Bahn als ein ökologisches Hauptverkehrsmittel attraktiver machen und ihren Anteil am Verkehr erheblich steigern – für Menschen wie für Güter. Daher müssen wir sinnvolle Ausbauprojekte der europäischen Netze vorantreiben und dafür muss der Finanzrahmen für Schiene und Straße im nächsten Bundesmobilitätsplan gleich hoch sein. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass die Gewinne aus dem Schienenbetrieb auch bei der Schiene bleiben und nicht für internationale Firmenaufkäufe verwendet werden. Im Bundesverkehrswegeplan wollen wir auch den Vorrang von Erhalt vor Neubau festschreiben. Wir wollen durch Ausschreibungswettbewerbe und die Schaffung der technischen Voraussetzungen dafür sorgen, dass viele abgehängte Regionen wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden.

Die AnwohnerInnen vor Verkehrslärm schützen – Fluglärm begrenzen, Lärmschutz ausbauen

Viele wehren sich gegen den zunehmenden Verkehrslärm – zu Recht, denn Lärm macht krank. Wir wollen das Thema Lärmschutz auf Bundesebene endlich ernst nehmen, nachdem es die Merkel-Regierung vernachlässigt hat: Wir schaffen einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz und verdoppeln die Mittel für die Lärmsanierung an Straße und Schiene. Zur Bekämpfung des Fluglärms wollen wir eine Novellierung des Fluglärmgesetzes mit strengeren Grenzwerten sowie des Luftverkehrsgesetzes um Betriebsbeschränkungen für die gesetzliche Nacht (22:00–06:00 Uhr) und Lärmobergrenzen ermöglichen. Dem Lärmschutz der Bevölkerung ist bei der Interessenabwägung ein höherer Stellenwert als der Wirtschaftlichkeit beizumessen. Auch auf EU-Ebene werden wir für die entsprechenden Rahmenregelungen streiten.

Lebenswerte Kommunen – Umweltverbund ausbauen

Die Verkehrswende verlangt auch einen Wandel in der Nahmobilität hin zu mehr Fuß- und Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr. Wir wollen Mobilität für alle und in den nächsten zehn Jahren flächendeckend barrierefreie Mobilität ermöglichen. Wir wollen eine ÖPNV-Offensive. Dafür werden wir für eine angemessene öffentliche Nahverkehrsfinanzierung sorgen. Die Straßenverkehrsordnung ist stärker auf die Belange ungeschützter VerkehrsteilnehmerInnen auszurichten. Dazu wollen wir es Kommunen ermöglichen, innerorts überall dort Tempo 30, Begegnungszonen und Shared-Space-Bereiche auszuweisen, wo sie es wollen. Wir wollen Radfahren komfortabler und attraktiver machen und dabei auch dem Trend zu Pedelecs und E-Bikes gerecht werden. Dafür braucht der Radverkehr mehr Platz. Wir wollen daher unter anderem den Bau von Radschnellwegen durch einen bundesweiten Modellversuch fördern.

Klimafreundlich mobil – Verbrauchsobergrenzen einführen und Elektromobilität fördern

Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel hin zum 2-Liter-Auto und zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der wichtigste Treiber hierfür sind ehrgeizige Verbrauchswerte. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union ambitionierte Verbrauchsvorgaben, die sicherstellen, dass der Elektromobilität zum Durchbruch verholfen wird. Deshalb verändern wir die Kraftfahrzeugsteuer, so dass Pkw mit einem Ausstoß von weniger als 50 g CO_2/km (2-Liter-Auto), wie z. B. Elektroautos und Plug-in-Hybride, einen Zuschuss erhalten und dafür Spritschlucker entsprechend mehr zahlen. Besonderen Wert legen wir auf die sinnvolle Kombination und den Ausbau der elektromobilen Verkehrsmittel, die mit Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir wollen die Umsetzung von 100 % regenerativer Energie in allen Bereichen – Elektroautos, E-Bikes, Pedelecs und öffentlicher Nah- und Fernverkehr – sowie die Entwicklung intelligenter Mobilitätskonzepte.

K. Verbraucherschutz für alle

Wie wir Verbraucherrechte stärken – und Transparenz schaffen

Dioxin in Eiern. Pferdefleisch in der Lasagne. Unfaire Energiepreise. Banken, die tricksen. Geräte, die mit Ablauf der Gewährleistung den Geist aufgeben. Wer schützt eigentlich die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Wir GRÜNE haben Verbraucherschutz und gesunde Ernährung ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Doch unter der Regierung Merkel ist die Verbraucherpolitik in den Dornröschenschlaf verfallen – mit einer durchsetzungsschwachen Ministerin, deren Ankündigungen selten Taten folgten. Das muss sich wieder ändern. Zu diesem Zweck wollen wir die Verbraucherrechte stärken, den Schutz vor Abzocke verbessern und für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen.

Wir schaffen ein festes Fundament für emanzipierte KonsumentInnen, damit sich ProduzentInnen und VerbraucherInnen auf Augenhöhe begegnen können.

VerbraucherInnen haben die Verantwortung, durch ihr Konsumverhalten ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit zu setzen, das setzt entsprechendes Wissen über die Produkte voraus. Grüne Verbraucherpolitik setzt neben wirksamen staatlichen Regelungen und Kontrollen auch darauf, dass VerbraucherInnen Angebote kritisch prüfen, Missstände anprangern und sich einmischen können. Dafür brauchen sie bessere Informationen, starke Verbraucherorganisationen und wirkungsvollen Rechtsschutz.

Verbraucherschutz ist für uns eine Frage gerechter Teilhabe. Wer wenig hat, den schmerzen überhöhte Energiepreise oder wucherische Dispo-Zinsen besonders. Soziale Ausgrenzung droht, wenn Menschen ein eigenes Girokonto verwehrt oder der Strom abgestellt wird. Und auch wer nicht viel zu zahlen vermag, muss sich darauf verlassen können, dass angebotene Produkte sicher und Finanzdienstleistungen seriös sind. Dies gilt insbesondere auch für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Eine Privatisierung der

Wasserversorgung lehnen wir daher ab, denn Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und darf nicht an gewinnmaximierungsorientierte Privatunternehmen übertragen werden.

Grüne Verbraucherpolitik erleichtert es, mit dem Einkaufskorb Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Dafür brauchen VerbraucherInnen bessere und leicht verständliche Informationen in Alltags- und leichter Sprache. Gut informierte VerbraucherInnen können bewusst entscheiden, das Billigschnitzel aus Massentierhaltung im Kühlregal zu lassen, Energiespar-Geräte zu wählen oder sich durch fair gehandelte Produkte für gerechte Arbeitsbedingungen weltweit einzusetzen. Dafür wollen wir bewährte Siegel wie Fairtrade, Bio und Ohne Gentechnik stärken.

1. VerbraucherInnen mächtig machen

Wissen ist Macht. Deshalb wollen wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten über riskante Finanz- und Versicherungsprodukte ausweiten. VerbraucherInnen wollen zu Recht wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine verlässliche und transparente Kennzeichnung ein, um die Auswahl nachhaltiger Produkte zu ermöglichen. Was es bei Lebensmitteln mit dem Bio-Siegel bereits gibt, brauchen wir auch in anderen Bereichen wie etwa bei Finanzprodukten. Zu wenig Lohn für LeiharbeiterInnen bei Amazon, unhaltbare Arbeitsbedingungen für Textilarbeiterinnen in Bangladesch, unfairer Druck auf MitarbeiterInnen bei Banken: Es gibt viele Verhaltensweisen, die verantwortungsbewusste VerbraucherInnen nicht akzeptieren wollen. Damit sie sich ein zutreffendes Bild vom Umgang der Unternehmen mit sozialen und ökologischen Anforderungen, mit ihrem Verhalten gegenüber KundInnen machen können, werden wir gemeinsam mit den Verbraucherverbänden ein Verbraucherportal Unternehmenscheck auf den Weg bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Unternehmen soziale und ökologische Mindeststandards bei Produktion und Vertrieb in Deutschland und weltweit einhalten und ihre CSR-Standards für VerbraucherInnen erkennbar sind.

Wir setzen auf aktive Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände. Unter anderem für den Finanzmarkt wollen wir unter dem Dach der Verbraucherzentralen unabhängige Marktwächter etablieren. Sie sollen den Markt aus Verbrauchersicht beobachten und die Öffentlichkeit informieren, Beschwerden nachgehen, Verbraucherinteressen bündeln und ein Beschwerde- und Anhörungsrecht gegenüber der Finanzaufsicht bekommen. Die Finanzierung einer unabhängigen Verbrauchervertretung muss dauerhaft gesichert werden. Dafür wollen wir das Kartellrecht ändern, Kartellstrafen zur finanziellen Stärkung der Verbraucherarbeit einsetzen und ein Verbandsklagerecht für die Verbraucherverbände prüfen. Die Ministererlaubnis wollen wir durch ein suspensives Veto des Deutschen Bundestags ergänzen.

Um die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bündeln, wollen wir Gruppenklagen ermöglichen. So können Geschädigte sich vor Gericht zusammenschließen und ihr gutes Recht schneller und einfacher durchsetzen. Wir werden prüfen, ob die Einführung einer Ombudsstelle dazu beitragen kann.

Die Grundvoraussetzung für bewussten Konsum ist, dass Unternehmen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich ihrer vorgelagerten Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen. Nur so können VerbraucherInnen und NGOs die grünen Aussagen von Unternehmen bewerten und seriöse Unternehmungen von unseriösem Greenwashing unterscheiden. Um Verbraucherpolitik wissenschaftlich zu fundieren, wollen wir einen Sachverständigenrat für Verbraucherfragen einrichten, der Politik und Institutionen in Fragen der Verbraucherpolitik kritisch begleitet und berät.

2. Schluss mit der Abzocke

Täglich werden tausende Verbraucherinnen und Verbraucher Opfer illegaler Werbeanrufe mit dem Ziel, ihnen ungewollte Verträge unterzuschieben. Damit dieser Telefonterror aufhört, dürfen solche Verträge künftig nur gelten, wenn die Angerufenen sie schriftlich bestätigen. Telefonwarteschleifen müssen ausnahmslos von der

ersten Minute an kostenlos sein. Wenn Vertragslaufzeiten von z. B. Telefonanbietern, dem Fitnessstudio oder Abonnements nach der Mindestlaufzeit von zwei Jahren automatisch gleich noch mal um ein ganzes Jahr verlängert werden können, ist das Abzocke an der VerbraucherIn und schadet dem freien Wettbewerb. Wir werden sicherstellen, dass Verträge nach der Mindestlaufzeit kurzfristig kündbar sind, und damit solche Abofallen unterbinden.

Dispo-Wucher wollen wir durch einen Zinsdeckel verhindern und unseriösen Inkasso- und Abmahndiensten durch strengere Regeln und Kontrollen das Geschäft verderben.

Produkte, die kurz nach Ende der Garantiezeit kaputtgehen und sich kaum reparieren lassen, sind ein Ärgernis und verschwenden wertvolle Ressourcen. Wir setzen uns für längere und bessere Gewährleistungsrechte ein. Die Beweislast für einen Mangel soll auch nach den ersten Monaten beim Verkäufer bleiben.

Wer online kauft, darf nicht schlechter gestellt werden als offline. Wir entwickeln deshalb ein eigenständiges Leitbild für den Verbraucherschutz in der digitalen Gesellschaft und stärken im Bereich der immateriellen Güter die Verbraucherrechte, indem wir deren Wiederveräußerbarkeit rechtlich absichern.

Bei Internetgeschäften wollen wir Wildwest-Methoden abstellen und die Verbraucherdaten besser schützen. Unter anderem sollen Verbraucherorganisationen die Möglichkeit erhalten, die Einhaltung von Sicherheit und Schutz persönlicher Daten im Internethandel gerichtlich durchzusetzen.

3. Energie zu fairen Preisen

Wir kämpfen für faire Energiepreise – gegen Preistreiberei durch Monopole und Marktmanipulationen. Deshalb wollen wir mehr Wettbewerb, mehr Preistransparenz und weniger Macht für die großen Strom- und Mineralölkonzerne. Faire Preise, nicht Dumpingpreise, sind unser Ziel.

Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Industrieprivilegien abbauen und dafür sorgen, dass die StromkundInnen auch von den gesunkenen Preisen an

der Strombörse profitieren. Faire Gaspreise werden sich nur durch mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt und die Überwindung der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis einstellen. Und um Abzocke an Tankstellen und Raffinerien zu begegnen, ist ein offensives Vorgehen der Kartellbehörden notwendig. Bei all dem wissen wir: Die beste Vorsorge gegen steigende Energiepreise sind Energiesparen und Energieeffizienz. Weiteres haben wir im Kapitel „100 % sichere Energie“ beschrieben.

4. Verbraucherrechte stärken

Die Gesundheit und Sicherheit der VerbraucherInnen muss Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Deshalb wollen wir gegen Weichmacher und Schwermetalle in Kinderspielzeug und kindernahen Produkten vorgehen. Die gesundheitlichen Folgen dieser und anderer toxischer Stoffe für die Verbraucherinnen und Verbraucher werden wir weiter untersuchen lassen und die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen. Solange ihre Unbedenklichkeit nicht eindeutig festgestellt ist, dürfen Lebensmittel oder Kosmetika mit Nano-Partikeln nicht auf den Markt kommen. Giftige Farben und Bleichstoffe in Textilien müssen endlich der Vergangenheit angehören. Die Kennzeichnung von tierversuchsfreien Produkten wollen wir stärken.

Fahrgäste sollten schon bei Verspätungen ab 30 Minuten Anspruch auf Entschädigung haben. Reisende müssen im Konfliktfall Reiseveranstalter auf Augenhöhe begegnen können. Wir fordern deshalb eine unabhängige und kostenlose Schlichtungsstelle, die privat finanziert ist und die mit ihren dezentralen Anlaufstellen alle Reisenden über ihre Rechte aufklärt und gegebenenfalls hilft, Streit einvernehmlich beizulegen.

Für Patientinnen und Patienten müssen die Rechte bei Behandlungsfehlern und bei Zusatzleistungen gestärkt werden.

Eine wirksamere Regulierung der Finanzmärkte ist auch aus Sicht des Verbraucherschutzes zentral. Für Geldanlagen und Altersvorsorge wollen wir eine unabhängige Beratung sicherstellen, die von Provisionsinteressen frei ist. Das Recht auf ein eigenes Girokonto muss selbstverständlich werden. Überschuldung wollen wir durch

finanzielle Vorsorge-Checks und Stärkung der Finanzkompetenz junger Menschen vorbeugen und das Entschuldungsverfahren für alle auf drei Jahre verkürzen. Die soziale Schuldnerberatung muss gestärkt werden, um überschuldeten VerbraucherInnen einen wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen.

5. Gesunde Ernährung ohne Gentechnik

Gutes Essen verbindet Gesundheit und Genuss. Wir wollen sichere Lebensmittel, frei von Pestiziden, Gentechnik und Antibiotika. Das erfordert eine vorsorgende Politik und wirksame Kontrollen vom Bauernhof bis zum Supermarktregal. Darum müssen wir die Lebensmittelüberwachung ausbauen.

Was in Lebensmitteln drin ist, muss leicht verständlich gekennzeichnet sein. Bilder von glücklichen Kühen auf Produkten aus Massentierhaltung sind bewusste Irreführungen und dreiste Verbrauchertäuschung. Wir wollen, dass Tierhaltungsbedingungen, Herstellungsbedingungen, Inhaltsstoffe und die Herkunft von Lebensmitteln klar und einfach erkennbar sind. Die Kennzeichnung der Haltebedingungen von Hennen soll auch auf Eier in verarbeiteten Produkten ausgedehnt werden. Wenn tierische Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet wurden, muss das angegeben werden.

Auf verarbeiteten, zusammengesetzten Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz durch eine eingängige Ampelkennzeichnung in Grün-Gelb-Rot sichtbar gemacht werden. Denn schon jede und jeder Zweite leidet unter Fehlernährung oder Übergewicht. Schmuddelküchen und Musterbetriebe wollen wir durch ein Hygienebarometer oder Smiley unterscheidbar machen.

Kitas und Schulen müssen mehr Wissen über gesunde und ausgewogene Ernährung vermitteln – auch praktisch durch eine gemeinsame Mahlzeit am Tag, bei deren Zubereitung die Kinder möglichst einbezogen werden. Denn in der Kindheit geprägte Ernährungsmuster halten oft ein Leben lang. Und wir wollen mit einem Bundesprogramm den flächendeckenden Ausbau der gesunden Kita- und Schulverpflegung in Deutschland voranbringen. Dabei sollen regionale und ökologische Versorgungsstrukturen in

der Gemeinschaftsverpflegung gefördert werden. Wir wollen einen Bioanteil von mindestens 20 % in der Gemeinschaftsverpflegung. An Kinder gerichtetes Marketing und den Etikettenschwindel bei sogenannten Kinderlebensmitteln wollen wir unterbinden.

Gentechnik in Lebensmitteln lehnen wir ab, auf dem Tisch wie auf dem Acker. Darin wissen wir uns mit der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und LandwirtInnen einig. Agro-Gentechnik macht unsere Ernährung abhängig von einer kleinen Zahl an Großkonzernen und Pflanzensorten. Sie gefährdet die Umwelt, die gentechnikfreie Landwirtschaft und den Ökolandbau.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion in Deutschland besser zu schützen und die Zulassung zum Anbau genveränderter Pflanzen in Europa strenger zu regulieren. Wir wollen das Gentechnikgesetz verschärfen und auf EU-Ebene durchsetzen, dass die Kennzeichnungslücke für Fleisch, Eier, Milch oder Käse geschlossen wird, für deren Erzeugung Genmais oder Gensoja verfüttert wurde. Wir wehren uns gegen Versuche, die Nulltoleranz gegenüber illegalen Gentech-Bestandteilen aufzuweichen oder die Kennzeichnungsvorgaben zu unterlaufen.

Regionale Vielfalt und heimische Esskulturen müssen erhalten bleiben. Wir wollen keine Vereinheitlichung und Reduzierung auf ein bis zwei Gemüse- oder Obstsorten. Es gibt in Deutschland rund 2.000 verschiedene Apfelsorten, aber im Supermarkt finden sich in der Regel immer die vier gleichen Sorten. Wir stärken deshalb die regionale und saisonale Küche. Das schmeckt nicht nur gut, sondern ist auch besser für Umwelt und Klima.

Bewusster Konsum und Verschwendung vertragen sich nicht. Unser Ziel ist es, die Lebensmittelverschwendung bis 2020 zu halbieren. Dafür ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig, das auch Handel und Industrie in die Pflicht nimmt.

Wer GRÜN wählt …

- stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.
- sagt dem Abzocken den Kampf an.
- stimmt für faire Energiepreise.
- will beim Einkauf genau wissen, was drin ist, und Bio und Fairtrade stärken.
- wählt gesunde Lebensmittel ohne Pestizide, Gentechnik und Antibiotika.

Schlüsselprojekte

Abzocke beenden – Finanzmärkte verbrauchergerecht regulieren

Bei Finanzgeschäften werden zu viele abgezockt. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz umfassend stärken – vom unabhängigen Finanzmarktwächter, über den Rechtsanspruch auf ein eigenes Girokonto bis hin zum Schutz gegen betrügerische Anlagemodelle. Wir brauchen eine einheitliche und schlagkräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, die durch einen Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen ergänzt wird. Die Abzocke bei Dispo- und Überziehungszinsen wollen wir mit einem flexiblen, an einem Leitzins orientierten Deckel verhindern. Um provisionsgetriebene Falschberatung zu überwinden, wollen wir die Honorarberatung gleichberechtigt am Markt etablieren und maximale Transparenz über alle Provisionen herstellen. Wir wollen die Finanzmärkte grüner machen, deshalb fordern wir verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen sowie ökologische und ethische Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge. Da bei der priva-

ten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.

Wissen, was drin ist – Verbraucherinformation verbessern

Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Deshalb wollen wir einfach verständliche Kennzeichnungen einführen: beispielsweise die Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln, das Hygienebarometer oder einen „Smiley" für Restaurants und ein Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen. Aber auch die Informationsrechte gegenüber Behörden und Unternehmen müssen verbessert werden. Denn bei jedem neuen Lebensmittelskandal zeigt sich, dass die bisherigen Informationspflichten von Behörden und Unternehmen nicht ausreichen. Deshalb werden wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten auf weitere Produkte und Dienstleistungen ausweiten.

Keine Gentechnik auf unseren Tellern – Kennzeichnungspflicht verbessern

Die Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik im Essen ab und doch landet es Tag für Tag auf unseren Tellern. Das Fleisch, das wir essen, ist auch deshalb so billig, weil die Tiere mit Gensoja oder Genmais gefüttert werden. Doch die Gentech-Fütterung muss nicht gekennzeichnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Kennzeichnungslücke in der EU-Gesetzgebung endlich geschlossen wird. Auf nationaler Ebene muss das Qualitätszeichen „ohne Gentechnik" umgehend durch eine offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden. So können die VerbraucherInnen entscheiden, ob sie Gentechnik im Essen wollen. Und sie können entscheiden, ob sie weiterhin die verheerenden Monokulturen in Südamerika und die zunehmende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen Chemiekonzernen unterstützen wollen.

L. Freies Netz und unabhängige Medien für alle

Wie wir mehr Transparenz und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft schaffen

Der digitale Wandel prägt gesellschaftliche Strukturen und beeinflusst kulturelle Normen und Werte. Er verändert unseren Alltag, unsere Schulen und Universitäten, unsere Unternehmen, Kultur und Medien, die Politik und vieles mehr. Wir wollen diese digitale Transformation unserer Gesellschaft so gestalten, dass sie den Menschen nutzt und dass gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung im Mittelpunkt stehen. Wir streben vielfältige legale Angebote an, die eine angemessene Vergütung für UrheberInnen gewährleisten und NutzerInnen Teilhabe an und Zugang zu kulturellen Werken eröffnet. Umso frustrierender ist es, wie wenig sich die Merkel-Koalition für unsere digitale Zukunft interessiert. Netzpolitik ist ein zentrales Zukunftsthema und kann verantwortungsvoll nur als Querschnittsaufgabe bearbeitet werden. Die Vermittlung der Kompetenzen zum angemessenen und selbstbestimmten Umgang mit diesen neuen Chancen, aber auch die Kenntnis über potentielle Risiken, müssen Bestandteile lebenslangen Lernens sein. Um eine Wende einzuleiten, wollen wir eine bessere Koordinierung innerhalb der Bundesregierung herstellen.

Die Erwartungen und Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß! Es gilt, die Freiheit des Internets zu sichern, die verfassungsrechtlich garantierten Rechte jeder/s Einzelnen, von NutzerInnen wie UrheberInnen zu wahren, die Meinungsfreiheit zu stärken, die Privatsphäre zu schützen und den Zugang zu und die gleichberechtigte Teilhabe an der digitalen Welt zu ermöglichen.

Der Zugang zum Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Zu unserem Verständnis von sozialer Teilhabe im 21. Jahrhundert gehört es, den Breitbandinternetzugang über einen verpflichtenden Universaldienst – wie bei der Postzustellung – sicherzustellen.

Wir GRÜNE setzen – auch im Internet – auf Dezentralität, Offenheit und Vielfalt. Das Aufkommen neuer monopolartiger Angebote, die die Selbstbestimmung einschränken, widerspricht diesen Werten. Die Schwachen müssen gegenüber den marktbeherrschenden Konzernen gestärkt werden.

Kommerzielle Plattformen, die mit den Werken von Kulturschaffenden Geld verdienen, müssen eine angemessene Vergütung bezahlen.

Der digitale Wandel hat zentrale Bedeutung bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit, ob durch intelligente Stromnetze, vernetzte Mobilität oder Green IT. Um die ökologischen Chancen der neuen Technologien bestmöglich nutzen zu können, ist es von enormer Bedeutung, Vertrauen zu schaffen, etwa durch die Berücksichtigung höchster Datenschutzstandards.

Auch auf die klassische Medienwelt wirkt sich der digitale Wandel aus. Presse ist nicht mehr nur bedrucktes Papier, Radio und Fernsehen sind mehr als Funkwellen und bewegte Bilder. Die Mediengattungen sind immer schwerer zu trennen, ihr Konsum verändert sich und stellt damit Medienunternehmen und Medienschaffende, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber auch die Politik vor drängende Fragestellungen.

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt selbstbestimmtes Handeln voraus. Die Notwendigkeit, Medienkompetenz zu erlernen, ist für Menschen aller Generationen gleichermaßen aktuell – für Kinder genauso wie für SeniorInnen.

Hunderttausend Menschen gingen bei klirrender Kälte gegen das ACTA-Abkommen auf die Straßen. Ein #aufschrei, der dem alltäglichen Sexismus in unserer Gesellschaft vielfältige Gesichter gibt, wird Thema in allen Medien. Immer mehr Menschen beteiligen sich an Online-Petitionen. Das sind Beispiele, wie immer mehr Menschen die Möglichkeiten des Internets nutzen, um sich eine eigene Meinung zu bilden, sich politisch einzumischen und zu organisieren. Unsere Demokratie wird digital lebendiger. Dies wollen wir nutzen, um mehr Transparenz und Beteiligungsformen, sei es in der Politik, der Wirtschaft oder der Verwaltung, zu schaffen.

Unsere Zukunft ist digital. Wir GRÜNE wollen sie mit Ihnen und Euch gestalten!

1. Wirtschaften und teilhaben: Die Zukunft ist digital

Der Breitbandausbau stockt in unserem Land. Gerade in ländlichen Regionen haben beispielsweise Unternehmen wie FreiberuflerInnen dadurch einen massiven Standortnachteil. Um allen Menschen die Teilhabe am digitalen Wandel zu ermöglichen, müssen wir endlich die weißen Flecken schließen. Wie die Postzustellung bis in die abgelegenen Regionen unseres Landes geregelt ist, wollen wir auch den Zugang zu einem Breitbandanschluss für alle Menschen über einen Universaldienst sicherstellen. Mit diesem Universaldienst müssen überall Breitbandanschlüsse mit mindestens 6 Mbit/s verfügbar sein. Diesen Universaldienst wollen wir dynamisch gestalten, um mit der technischen Entwicklung und den Anforderungen Schritt zu halten. Unser Ziel ist es, bis zum Ende der Legislaturperiode flächendeckend Breitbandanschlüsse im zweistelligen Mbit/s-Bereich bereitzustellen.

Unsere bestehende Netzinfrastruktur stößt an ihre Grenzen und ist nicht zukunftsfähig. Daher bleibt der Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes unser Ziel.

Über die Breitbandversorgung hinaus wollen wir öffentliche wie private Vorhaben, die den Ausbau von kostenfrei nutzbaren und öffentlich zugänglichen WLAN-Netzwerken zum Ziel haben, aktiv unterstützen unter Berücksichtigung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Hierzu suchen wir pragmatische Wege, wie Anschlussinhaber Dritten den Internetzugang ermöglichen können, ohne für missbräuchliche Nutzung in die Mithaftung (Störerhaftung) genommen zu werden. Aber auch die NutzerInnen solcher Netzwerke müssen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst sein, damit die Akzeptanz solcher Angebote nicht verspielt wird.

Das Internet ist elementar für unser Ziel einer inklusiven Gesellschaft. Es eröffnet gerade auch Menschen mit Behinderung neue Möglichkeiten der Teilhabe. Wir wollen eine möglichst weitgehende Barrierefreiheit im Internet erreichen. Diese soll zum selbstverständlichen Designkriterium für öffentliche und privatwirtschaftliche Angebote werden. Gleichzeitig möchten wir aber auch diejenigen einbeziehen und berücksichtigen, die nicht mit dem Internet umgehen wollen oder können.

In der Internetwirtschaft entstehen hunderttausende neuer Arbeitsplätze. Wir wollen Start-ups fördern und eine GründerInnenkultur unterstützen, die die großen Potentiale der Digitalisierung nutzt. Die Bereitschaft, für gute Ideen unternehmerische Risiken einzugehen und im Scheitern die Möglichkeit einer neuen Chance zu verstehen, wollen wir stärken. Die Förderung der Kreativ- und Internetwirtschaft wollen wir neu aufstellen und an die Anforderungen eines Wirtschaftszweigs, in dem schnelle Innovationszyklen und kurzfristige unternehmerische Entscheidungen an der Tagesordnung sind, angemessen anpassen. In der IT-Wirtschaft werden häufig neue Modelle von flexibleren, familienfreundlicheren Arbeitszeiten und Mitarbeiterbeteiligung vorgelebt, die weiter unterstützt gehören. Mehr zeitliche und räumliche Flexibilität ist aber nicht immer gleichbedeutend mit mehr Freiheit. Wir bestehen darauf, dass auch unter sich ändernden Arbeitsbedingungen die Einhaltung von Sozialstandards, faire Entlohnung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewahrt bleiben müssen.

Wie offen, frei und nachhaltig unsere Gesellschaft ist, spiegelt sich auch im Einsatz freier und offener Software wider. Im öffentlichen Bereich muss sie Vorrang genießen, sofern dies vergaberechtlich möglich ist. Genauso müssen Softwareentwicklungen von und für Behörden stets mit Quellcode unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit alle von ihnen profitieren und sie einfach weiterentwickelt werden können. Zentral für eine solche Strategie ist die Verwendung offener Standards und Schnittstellen. Trotz objektiver Vorteile freier Produkte wird gerade in der öffentlichen Verwaltung noch zu häufig proprietärer Software der Vorrang eingeräumt. Wir wollen den Umstellungsprozess zu freier Software gemeinsam mit den Beschäftigten der Verwaltung gehen und für Verständnis und Unterstützung werben.

Informationstechnologien sind schnellen und permanenten Änderungen unterworfen und ohne Rohstoffe aus anderen Ländern undenkbar herzustellen. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass Produktion, Vertrieb, Nutzung und Entsorgung dieser Technik unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen stattfinden. Deshalb setzen wir uns für klare rechtliche Vorgaben ein, die Menschenrechtsstandards ebenso wie Energie- und Ressourceneffizienz verbindlich

machen, und wollen die Wiederverwertung von wertvollen Rohstoffen so weit wie möglich steigern.

Für die Energiewende wird es in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung sein, dass auch die IT-Branche ihren Teil zu deren Gelingen beiträgt. Deshalb wollen wir Green IT fördern. Darunter verstehen wir die Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung von IT-Geräten sowie den Einsatz von neuen Technologien mit dem Ziel einer ressourcenschonenderen Wirtschaft. Um diesen Aufgaben zu begegnen, braucht Deutschland eine Strategie zur Förderung und Entwicklung nachhaltiger IKT-Konzepte. Für die Strommenge der rund 52.000 Rechenzentren in Deutschland sind ca. vier mittelgroße Kohlekraftwerke notwendig. Die Energieeffizienz von Rechenzentren kann jedoch erheblich gesteigert werden. Deshalb setzen wir uns für eine Initiative „Klimaneutrale Rechenzentren für Deutschland" ein.

Sichere und verlässliche Computer- und Netzwerktechnologien gibt es nur durch kreative, freie und stets neugierige Forschungstätigkeit. Die Erkennung und Behebung von Sicherheitslücken in Netzwerken und in Software muss Vorrang vor der Unversehrtheit oder dem urheberrechtlichen Schutz von informationstechnischen Systemen haben. Wir wollen die rechtliche Grauzone, in der viele deutsche IT-SicherheitsexpertInnen in universitären, öffentlichen, privatwirtschaftlichen und ehrenamtlichen IT-Sicherheitsforschungsprojekten agieren müssen, beseitigen.

2. Unsere Verantwortung für ein freies Netz

Es ist notwendig, die Internetfreiheit politisch zu sichern. Sie ist durch Monopole und Oligopole bei zentralen Diensten wie Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken bedroht, aber auch durch staatliche Überwachungsphantasien wie etwa die Vorratsdatenspeicherung. Die Netzinfrastruktur soll allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Wir wollen kein 2-Klassen-Internet und daher den Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern. So stellen wir sicher, dass Daten im Internet ohne Benachteiligung oder Bevorzugung gleichberechtigt übertragen werden – ungeachtet ihrer

Herkunft, ihres Zieles, der Finanzkraft ihrer EmpfängerInnen oder AbsenderInnen, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder eingesetzter Geräte. Verletzt wird die Neutralität des Internets auch, wenn Anbieter oder staatliche Stellen Inhalte des Internets sperren, filtern oder die Nutzung drosseln, so dass weniger rentable Inhalte plötzlich schlechter zugänglich sind oder politisch unliebsame Inhalte verschwinden. Die zunehmende Verschmelzung von Infrastrukturanbietern und Inhalteanbietern sehen wir kritisch, da sie die Netzneutralität gefährdet, den Wettbewerb einschränkt und Nutzungsfreiheiten senkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt im Rahmen ihrer Kompetenzen möglichen Missbräuchen nachgehen. Darüber hinaus wollen wir die Netzneutralität gesetzlich festschreiben.

Weltweit häufen sich – gerade in autoritären Staaten und Diktaturen – staatliche Eingriffe in die Internetfreiheit. Der Export von Know-how, Technik und Software zur Zensur und Überwachung des Internets in diese Länder muss ein Ende haben. Hier wollen wir eine effektive Ausfuhrkontrolle sicherstellen. Freier und offener Netzzugang ist zum Menschenrecht geworden. Es braucht weltweite transparente Übereinkünfte über Regeln, die das Internet dauerhaft frei und offen halten. Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft gehören dabei an einen Tisch, um zu einem globalen Kodex zur Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte im Internet zu kommen.

Auch online wird gemobbt, abgezockt und betrogen, werden Straftaten mit Hilfe der neuen Möglichkeiten des Internets begangen. Freiheit in einer digitalisierten Welt bedeutet sowohl Schutz des Individuums als auch Durchsetzung seiner Rechte. Dies muss effektiv, aber auch strikt bürgerrechtskonform geschehen. Dem Aufbau von Sperr- oder Zensurinfrastrukturen treten wir seit jeher klar entgegen. Stattdessen müssen verbotene Inhalte gelöscht und Straftaten wie die Darstellung sexuellen Missbrauchs von Kindern oder rassistische Gewaltaufrufe konsequent verfolgt werden.

Zur besseren Rechtsdurchsetzung bedarf es Ermittlungsbehörden, die fit für das digitale Zeitalter gemacht werden. Um dabei effektiv handeln zu können, müssen dafür auch grenzüberschreitende Kooperationen gestärkt werden. Dies ist Teil unseres Ziels, eine globale Internet-Governance-Struktur einzuführen, die möglichst alle Interessen und Akteure berücksichtigt.

Im Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes haben wir uns stets für Regelungen ausgesprochen, die auch in technischer Hinsicht der Netzrealität angemessen sind, die Freiheit des Internets schützen und Kinder in den Mittelpunkt des Schutzinteresses stellen. Die im Jahr 2010 gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags ist diesen Kriterien nicht gerecht geworden. Technische Mittel können immer nur Ergänzung, nicht aber Alternative zur Förderung von Medienkompetenz sein, verpflichtende Filter lehnen wir zudem ab. Wir wollen die Forschung über konkrete Gefährdungen für Kinder und Jugendliche im Internet intensivieren und fördern. Die anstehende Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags werden wir konstruktiv und im Sinne der von uns definierten Bedingungen begleiten und lehnen die erneut einsetzende Tendenz zur Hinterzimmerpolitik ab.

Werbeschaltungen auf Internetseiten mit verbotenem Inhalt wollen wir bekämpfen, Gewinnerzielung durch Rechtsverletzungen wollen wir stoppen.

Prävention ist die wichtigste Maßnahme. Wir wollen die Selbstbestimmung durch die lebenslang begleitende Vermittlung von Medienkompetenz fördern. Es geht darum, Kompetenzen zu vermitteln, wie man seine eigenen Daten schützt, Inhalte einordnet, welche Rechte und Pflichten man besitzt oder auch wie man sich bspw. gegen Falschbehauptungen wehren kann. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Medienkompetenzvermittlung in der ErzieherInnen-, BetreuerInnen- und LehrerInnenausbildung bundesweit als eigener Gegenstandsbereich etabliert wird.

3. Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken

Seit über einem Jahrzehnt erleben wir den Abbau, die Aufweichung und Relativierung von Grundrechtsstandards. Uns reicht es deshalb nicht aus, nur den Erhalt der Bürgerrechte zu fordern. Wir GRÜNE wollen unsere Bürgerrechte wieder stärken und dem neu geschaffenen Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme gesetzlich Geltung verschaffen. Das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 GG wollen wir zu einem umfassenden Kommunikations- und Mediennutzungs-

geheimnis weiterentwickeln, das die digitale Welt umfasst. So darf unter dem Deckmantel der sogenannten Cybersicherheit nicht der Abbau eines freien und offenen Internets vorangetrieben werden. Bürgerrechtsfeindliche Gruselstücke wie die Vorratsdatenspeicherung oder die heimliche Online-Durchsuchung von Computern haben in einer freien, rechtsstaatlichen Gesellschaft keinen Platz. Die massive Ausweitung der Bestandsdatenauskunft, die von CDU/CSU, FDP und SPD vorangetrieben wurde, lehnen wir ab.

Die informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf öffentliche Informationen – die Informationsfreiheit – stehen für uns im Mittelpunkt unserer Arbeit für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Ohne Datenschutz gibt es kein freies Internet. Privatsphäre ist auch im digitalen Zeitalter kein Relikt alter Tage. Im Gegenteil: Der effektive Schutz und die gesetzliche Absicherung pseudonymer und anonymer Kommunikation erfüllt eine Schlüsselrolle für die Privatheit im Internetzeitalter. Werbung ist im Internet zu einer bedeutenden Finanzierungssäule von unentgeltlichen Angeboten geworden. Die Werbewirtschaft ist bereit, für präzise Zielgruppen hohe Beiträge zu zahlen, und träumt von „gläsernen Kunden", deren Spuren komplett auswertbar sind. Gegen die exzessive Sammlung von Daten zur Erstellung von Kundenprofilen setzen wir uns für transparente und faire Regeln ein. Wir wollen die Macht von selbstbestimmten und informierten Bürgern sichern. Indem wir die ausdrückliche Einwilligung zur Speicherung und Verarbeitung von Daten zum Grundprinzip machen. Wir fordern ein Verbot von computerbezogenem Tracking durch Cookies, das von Bürgerinnen und Bürgern nicht bemerkt wird.

Ebenso grundlegend ist der präventiv wirkende, gesetzlich verpflichtende Datenschutz durch Technik (Privacy by Design und Privacy by Default) sowie der Schutz vor ungewollter Profilbildung und automatisierter Bewertung (Scoring) von Daten. Das gilt gegenüber dem Staat wie gegenüber Unternehmen und anderen privaten Stellen. Deshalb unterstützen wir eine Reform des europäischen Datenschutzrechts, die unter anderem den Datenschutz gegenüber Unternehmen aus Drittstaaten stärkt und die Durchsetzungsbefugnisse für die Datenschutzbehörden erhöht. Damit wird auch der Grundrechts- und Verbraucherschutz gegenüber Anbietern sozialer Netzwerke verbessert.

Mobbing im Internet ist kein Kavaliersdelikt. Bezüglich des Schutzes von Persönlichkeitsrechten wollen wir die Anbieter noch stärker an ihre Verantwortung erinnern. Deshalb muss ein besserer Schutz für die Opfer erreicht werden. Gerade in sozialen Netzwerken müssen sie der gesetzlichen Verpflichtung, entsprechende Inhalte unverzüglich nach Kenntnisnahme zu löschen (Notice and Take down), effektiv nachkommen.

Jede und jeder braucht verbriefte und durchsetzbare Rechte, um den Weg der eigenen Daten nachverfolgen, Auskunft über gespeicherte Daten erlangen, die Weitergabe unterbinden und ihre permanente und umgehende Löschung veranlassen wie auch andere Schutzrechte durchsetzen zu können. Unser Leitbild zur Demokratie im digitalen Zeitalter und wie wir damit die digitale Demokratie fördern wollen, beschreiben wir im Kapitel „Demokratie erneuern".

4. Öffentlichkeit herstellen: eine neue Medienpolitik

Die Medien leisten einen entscheidenden Beitrag zum Zugang zu Informationen und Wissen. Nach wie vor sind die klassischen Medien – Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen – die meistgenutzten Informationsquellen für viele Menschen. Zunehmend wichtiger werden jedoch auch neue, digitale Angebote. Wir GRÜNE setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Wir machen uns stark für unabhängige Medien und eine hohe Qualität der Inhalte.

Die Unabhängigkeit der Medien ist elementar, damit sie den Staat kontrollieren können. Wir fordern deshalb eine staatsferne Besetzung der Aufsicht bei ARD, ZDF und Deutschlandradio und wollen die Zusammensetzung der Rundfunkräte, des Fernsehrats und des Hörfunkrats an die veränderten gesellschaftlichen Realitäten anpassen. Auch bei privaten Medien sollen die Eigentumsverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger transparenter sein. Die Zulassung und Kontrolle bundesweiter Rundfunkprogramme und -veranstalter durch die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) hat sich in unseren Augen nicht bewährt, da die föderalen Interessen weiterhin im Vordergrund gestanden haben. Um dies zu ändern, werden wir uns für die Errichtung einer gemeinsamen

Medienanstalt der Länder einsetzen. Ein qualitativ hochwertiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch in der digitalen Welt eine wichtige Rolle spielen. Weil die Nutzerinnen und Nutzer zunehmend über das Internet Rundfunkangebote nutzen, müssen die Angebote der öffentlich-rechtlichen Anstalten dort auch dauerhaft präsent sein. Wir wollen deshalb die Depublikationspflicht von ARD und ZDF beenden. Wir möchten die Inhalte stattdessen künftig frei zugänglich und durch freie Lizenzen nutzbar machen, bei angemessener Vergütung der UrheberInnen. Wir sind der Überzeugung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk alle Generationen auf geeignete Art und Weise erreichen muss, und das gerade auch in seinen Hauptprogrammen. Darüber hinaus begrüßen wir den Aufbau eines eigenständigen Jugendsenders von ARD und ZDF ausdrücklich.

Wir sehen mit Sorge, dass die vielfältige Zeitungslandschaft in Deutschland unter starkem ökonomischem Druck steht. Auch wenn die digitalen Medien zunehmen, sind viele Online-Angebote nach wie vor über die Printausgaben finanziert, die mit sinkenden Werbeeinnahmen und sinkenden Abozahlen umgehen müssen. Immer mehr kleinere und lokale Zeitungen werden eingestellt, Redaktionen zusammengelegt und ausgelagert sowie RedakteurInnen entlassen. Wenn Zeitungen eingestellt werden, wird die Grundlage für die demokratische Meinungs- und Willensbildung geschmälert. Die Anzahl der freien JournalistInnen nimmt seit Jahren zu – gleichzeitig wird ihre Bezahlung immer schlechter. Die sinkenden Zeilenhonorare haben negative Auswirkungen auf die Zeit für Recherche und damit die Qualität der Berichterstattung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kontrolle und Durchsetzung der Vergütungsregeln für JournalistInnen in Zukunft gewährleistet wird. Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnen wir ab, es wird an der derzeitigen Situation nichts verändern. Es birgt die Gefahr, dass die online verfügbaren Informationen und die Medienvielfalt weiter eingeschränkt werden. Stattdessen wollen wir auf Basis wissenschaftlicher Erhebungen eine Debatte über Stiftungsmodelle und Geschäftsmodelle, unterstützende, indirekte und gezielte Förderung und die Rolle des Bürgerjournalismus anstoßen. Zu klären ist, wie ein qualitativ hochwertiger, aber auch investigativer Journalismus in

Zukunft finanziert oder gefördert werden kann, ohne die Verleger und Veranstalter aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

5. UrheberInnen stärken, fairen Interessenausgleich aushandeln

Das Internet revolutioniert den Zugang zu Kulturgütern und bietet enorme Chancen für NutzerInnen, UrheberInnen und die kulturelle Vielfalt, da es schnelle, kostengünstige, unbegrenzte Vervielfältigungsmöglichkeiten bei gleichbleibender Qualität und ein globales Verbreitungspotential bietet. Gleichzeitig stellt es massive Herausforderungen an das bestehende Urheberrecht. Leitbild für unsere politische Arbeit in diesem Bereich ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Dass jede und jeder das Recht hat, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und an dessen Errungenschaften teilzuhaben. Genauso hat jede und jeder das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihr/ihm als UrheberIn von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Wir GRÜNE wollen auch weiterhin einen transparenten gesellschaftlichen Prozess zur Modernisierung und Reform des Urheberrechts gestalten. Ziel ist es, einen neuen Konsens über einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der UrheberInnen, der VerwerterInnen sowie den Interessen der NutzerInnen und der Allgemeinheit zu verhandeln. Für uns geht es um ein Urheberrecht für das 21. Jahrhundert, das hohe Akzeptanz genießt, UrheberInnen schützt, eine angemessene Vergütung sichert und gleichzeitig aber auch Nutzerrechte stärkt und Innovationen fördert.

Dem Ruf nach Warnhinweismodellen, einem Ende der Anonymität, der Sperrung von Internetseiten oder Internetanschlüssen, der Filterung von Inhalten, dem ausufernden Abmahnunwesen und einer verpflichtenden Speicherung von Telekommunikationsdaten erteilen wir GRÜNE weiterhin eine klare Absage. Wir treten für eine Politik ein, die auf vergüten statt verfolgen setzt. UrheberInnen und KünstlerInnen stärken wir durch eine Reform des Urhebervertrags-

rechts, um sie fairer an den Erträgen der Verwertung ihrer Werke zu beteiligen.

Die Möglichkeit der kollektiven Wahrnehmung der Rechte von UrheberInnen durch Verwertungsgesellschaften ist ein entscheidendes Instrument, um eine angemessene Vergütung praktikabel sicherzustellen. Auch wenn nicht alle Verwertungsgesellschaften über einen Kamm zu scheren sind, wollen wir mehr gleichberechtigte Mitsprache sicherstellen. Die Verwertungsgesellschaften müssen gerechter, transparenter und demokratischer werden, wir werden dies rechtlich soweit möglich vorantreiben und unterstützen Initiativen wie auch die Verwertungsgesellschaften selber, diese Reformschritte zu gehen. Mitglieder einer Verwertungsgesellschaft müssen alternative Lizenzmodelle wie „Creative Commons" nutzen oder andere Geschäftsmodelle entwickeln können.

Heute werden Werke auf den unterschiedlichsten Geräten gespeichert und wiedergegeben. Diesen Mehrgewinn an Nutzungen wollen wir schützen und durch eine Stärkung des Rechts auf digitale Privatkopie sicherstellen. Dieses darf technisch nicht eingeschränkt werden.

Durch den digitalen Wandel verschwimmen Grenzen. Hierdurch wird der kreative Umgang mit geschützten Inhalten Dritter erleichtert. Die kreative Weiterentwicklung geschützter Inhalte unterliegt im nichtkommerziellen Rahmen nicht dem Zugriff der UrheberInnen und KünstlerInnen, dies wollen wir durch eine zusätzliche urheberrechtliche Schranke für nichtkommerzielle Formen der transformatorischen Nutzung, die auf die Weiterentwicklung und Bearbeitung vorhandener oder urheberrechtlich geschützter Werke zielen, gesetzlich absichern. Wo der Bereich des Nichtkommerziellen jedoch verlassen wird, sind die UrheberInnen angemessen zu vergüten. Urheberpersönlichkeitsrechte sind auch bei der Transformation von Werken zu wahren.

Wir unterscheiden „nichtkommerziell" von „kommerziell", wie folgt: Wird urheberrechtlich geschütztes Material auf einer Internetseite oder Plattform direkt angeboten, die in nicht geringfügigem Maße Einnahmen durch Spenden, Beiträge von Mitgliedern wie KäuferInnen oder durch Werbung oder Verlinkung hat, so ist dies ein kommerzielles Ausmaß. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle zum Erwerb von Rechten an Werken für Bearbeitung, Inter-

pretation, Remix und Mashup mit kommerzieller Absicht schaffen und so die verworrene Rechteklärung vereinfachen. Freie Lizenzen wollen wir attraktiver machen und diese in die öffentliche Förderung mit einbauen. Häufig sind den NutzerInnen Umfang und Geltungsbereich ihrer Lizenzen nicht immer klar, diese müssen den NutzerInnen daher verständlich mitgeteilt werden. Außerdem sollen NutzerInnen über eine „One-Click-Lizenzierung" in der EU Lizenzen zur kommerziellen Nutzung erwerben können.

Jährlich flattern hunderttausende Abmahnungen wegen der Zugänglichmachung geschützter Musiktitel oder Filme ins Haus, die teilweise nicht die Interessen der UrheberInnen, sondern die Profitinteressen von AnwältInnen bedienen. Dieses Abmahnunwesen wollen wir beenden und setzen uns für klare rechtliche Grenzen ein, ohne berechtigte Interessen der UrheberInnen unangemessen zu beschneiden. Wir wollen den Streitwert deutlich senken, den fliegenden Gerichtsstand beenden, Abmahnungen nur für Handlungen im geschäftlichen Verkehr zulassen, eine Kostenerstattung für die zahlreich zu Unrecht Abgemahnten einführen. Den Drittauskunftsanspruch gegenüber Privaten wollen wir auf den geschäftlichen Verkehr beschränken.

Die kommenden Jahre werden entscheiden, ob sich neue Geschäftsmodelle im digitalen Kulturmarkt durchsetzen, die sowohl eine angemessene Vergütung für UrheberInnen sichern als auch die kulturelle Teilhabe aller Menschen gewährleisten. Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, werden wir unterstützen und aktiv begleiten. Ein Scheitern dieser Geschäftsmodelle wird ein gesetzgeberisches Eingreifen erfordern, das einerseits eine angemessene Vergütung sichert und andererseits dem Drang nach noch mehr Repression entgegentritt. Um dies zu erreichen, diskutieren wir intensiv die Einführung einer Pauschalabgabe auf Breitbandinternetanschlüsse. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu ein umfangreiches Gutachten über die rechtliche und vor allem die wirtschaftliche Umsetzbarkeit vorgelegt, welches wir weiter auswerten wollen, offene Fragen bei einem solchen Ansatz klären möchten und dieses perspektivisch weiterentwickeln wollen. In diesem Zusammenhang wollen wir eine neue Schranke für privaten Upload auf europäischer Ebene einführen, um bestehende Hürden abzubauen.

Wissenschaft und Forschung können immens von den digitalen Möglichkeiten profitieren, denn Wissen wächst, wenn man es teilt. Wir wollen auch im Wissenschaftsbereich urheberrechtliche Hindernisse für den Zugang abbauen und setzen uns für frei verfügbare wissenschaftliche Publikationen (Open Access), ein gesetzliches Recht auf entsprechende Veröffentlichungen für mit öffentlichen Mitteln geschaffene Werke und für freie Forschungsdaten (Open Data) ein. Im Rahmen der öffentlichen Forschungsförderung soll Open Access zur verpflichtenden Bedingung gemacht werden. Zudem wollen wir ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht schaffen.

Wir wollen eine umfassende Wissenschaftsschranke einführen. Die Nutzung publizierter Werke jedweder medialer Art sollte für den nicht gewerblichen, wissenschaftlichen Gebrauch grundsätzlich genehmigungsfrei und ohne Einschränkungen erlaubt sein.

Wer GRÜN wählt ...

- votiert für ein freies, sicheres und barrierefreies Internet.
- stärkt die Bürgerrechte.
- fördert Green IT, freie Software und innovative Geschäftsmodelle.
- stellt den Zugang zu Breitbandinternet für alle sicher.
- stimmt für einen fairen Interessenausgleich im Urheberrecht.

Schlüsselprojekte

Freies und schnelles Internet für alle – Breitbandausbau vorantreiben

Die Freiheit im Internet ist keineswegs selbstverständlich und noch immer gibt es Regionen ohne schnellen Internetzugang. Zukünftig wird die Teilhabe von Jung und Alt vom Zugang zum Internet abhängen. Deshalb soll allen Haushalten und Unternehmen umgehend ein Breitbandanschluss von mindestens 6 Mbit/s zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen im zweistelligen Mbit/s-Bereich bis Ende der Legislaturperiode. So schaffen wir auch im ländlichen Raum einen besseren Zugang zur digitalen Welt. Diesen Universaldienst gestalten wir dynamisch. Finanziert wird er über einen Unternehmensfonds, wie es bereits für andere Dienste im Telekommunikationsgesetz vorgesehen ist. So stellen wir schnelles Internet für alle sicher und verankern zudem die Netzneutralität gesetzlich.

Ein modernes und faires Urheberrecht – das Abmahnwesen beenden

Statt den bürgerrechtsfeindlichen Rufen nach Internetsperren, Warnhinweisen oder dem Ende der Anonymität zu folgen, machen wir uns auf den Weg zu einem modernen und fairen Urheberrecht im Dialog mit allen Beteiligten. Durch ein verbessertes Urhebervertragsrecht wird die Verhandlungsposition von UrheberInnen gestärkt, eine angemessene Vergütung erreicht und ihnen klarere Rechte eingeräumt. Die transformatorische Nutzung (Remix/Mashup) von urheberrechtlich geschützten Werken im definierten nichtkommerziellen Umfang werden wir durch eine neue Ausnahmeregelung (Urheberrechtsschranke) im Urheberrecht absichern. Die digitale Privatkopie wird ermöglicht und das Abmahnwesen beendet. Verwertungsgesellschaften werden gerechter, transparenter und demokratischer.

Privatsphäre stärken – Vorratsdatenspeicherung verhindern und Datenschutz modernisieren

Cloud-Computing, Smart Grids, Big Data, soziale Netzwerke: Wir haben ein Recht auf Privatsphäre und doch werden von uns so viele Daten gesammelt und unkontrolliert verarbeitet wie noch nie. Mit uns wird es keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung geben. Stattdessen kämpfen wir für ein wirksames und modernes Datenschutzrecht in Deutschland und in Europa. Wir müssen den Datenschutz fit machen für das digitale Zeitalter und Überwachung durch den Staat sowie das völlig enthemmte Datensammeln von Unternehmen zurückdrängen. Dafür wollen wir Private stärker in die Pflicht nehmen, den Beschäftigtendatenschutz ausbauen und die Durchsetzung des Datenschutzes bei grenzüberschreitenden Datentransfers verbessern. Das sind die Grundlagen für einen zeit- und verfassungsgemäßen Datenschutz – ohne anlasslose Massenspeicherungen.

M. Demokratie erneuern

Wie wir Transparenz herstellen, Öffentlichkeit schaffen, Bürgerbeteiligung stärken und Repräsentation verbessern

Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Politische Minderheiten können zu Mehrheiten werden. Unsere grüne Parteigeschichte zeigt es: Vom Atomausstieg bis hin zur eingetragenen Lebenspartnerschaft haben wir echte Politikwechsel bewirkt.

Aber wir sehen auch Krisensymptome. Im politischen Diskurs werden Zweifel laut, ob die Demokratie überhaupt in der Lage ist, globale Zukunftsfragen wie den Klimawandel zu gestalten, ob sie mit ihren Verfahren rasante Entwicklungen wie die Finanz- und Eurokrise in den Griff bekommt. Nicht zu vergessen sind die offenen Feinde der Demokratie, wie alte und neue Nazis.

Aber es gibt auch eine starke Gegenbewegung und viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Viele engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Der Anspruch auf Beteiligung, auf gute Information und Transparenz wächst.

Die große Mehrheit will eine neue demokratische Kultur. Sie wollen eine starke Demokratie und haben erkannt, dass wir die Demokratie immer weiterentwickeln müssen. Wir nehmen diese Menschen ernst, denn Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen Verantwortung übernehmen können und auch wollen.

Wir wissen, Demokratie braucht die Einmischung aller. Alle müssen mitreden können und wir wollen alle darin bestärken, mitzumachen. Wir wollen unsere Demokratie vitalisieren. Deshalb fördern wir das Engagement vor Ort und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Deshalb setzen wir auf Gehörtwerden und Hörbarmachen. Doch demokratische Teilhabe braucht Zeit und braucht eine neue Zeitpolitik.

Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke Parlamente. Bürgerbeteiligung ist für

uns kein Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligung fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll. Dafür bauen wir die sozialen Hürden unserer Demokratie ab und machen uns für schwache und weniger laute Stimmen stark. Wir sorgen für Transparenz und bekämpfen Korruption.

Demokratie schafft Zukunft. Gegen technokratische Machtansprüche und Expertokratie sagen wir deutlich: Demokratische Verfahren sind nicht das Problem. Im Gegenteil: Mehr Demokratie und Transparenz, mehr Dialog und Beteiligung sind die Lösung. Wir setzen auf gemeinsames Nachdenken – so können wir die Zukunft am besten gestalten.

1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden

Einmischen ist erwünscht! Basta-Politik war gestern. In den grün regierten Bundesländern haben wir bereits einen neuen Regierungsstil eingeleitet, eine Politik des Gehörtwerdens und des Hörbarmachens. Bürgerbeteiligung muss dafür so früh ansetzen, dass gegebenenfalls noch umgesteuert werden kann, und so organisiert werden, dass niemand vom Beteiligungsprozess ausgeschlossen wird. Deshalb fördern wir alle Angebote, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitzuwirken. Alternative Methoden der Konfliktlösung wie Mediation oder Schlichtung wollen wir stärken. Gleichzeitig wollen wir bereits in einem frühen Planungsstadium Klagemöglichkeiten eröffnen. Es ist viel besser, von Anfang an in Planungsqualität, Dialog und Beteiligung zu investieren, als später in langjährige Verfahrensstreite oder gar in extrem teure Polizeigroßeinsätze. Bürgerbeteiligung ist nicht nur dort angesagt, wo gebaggert und gebaut werden soll. Wir GRÜNE haben immer wieder Positionspapiere, Anträge und Gesetzentwürfe online zur Diskussion gestellt, bevor sie in den Bundestag eingereicht wurden. Alle, die wollten, konnten sich so direkt einbringen und haben geholfen, unsere Entwürfe zu optimieren. Solche Konsultationen, mindestens per Internet, wollen wir auch bei Gesetzesvorhaben der Bundesregierung vorsehen und auch in geeigneter Weise mit Möglichkeiten zur Offline-Partizipation ausgestalten. Das erfolgreiche Instrument der „öffentlichen Petition“ wollen wir als eine Form der

Bürgergesetzgebung weiterentwickeln. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und Open-Data-Strategien durchsetzen.

Alle vier Jahre die Wahl zu haben, reicht nicht. Wir wollen auch im Bund direkte Demokratie ermöglichen. Sie kann die repräsentative Demokratie gut ergänzen. Die öffentliche Mobilisierung zu Sachthemen bringt frischen Wind in die politische Landschaft. Bislang verweigert sich vor allem die CDU/CSU einer dafür notwendigen Grundgesetzänderung. Aber wir lassen nicht locker, bis eine dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Wirklichkeit wird. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die sich nach den Kriterien eines verfassungs- und europarechtlichen Gleichheitsartikels definieren, unzulässig sein. Auch Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Für die direkte Demokratie soll das Transparenzgebot gelten: Es muss Klarheit geben, aus welchen Finanzquellen sich Volksentscheid-Kampagnen speisen. Wie bei der Parteienfinanzierung möchten wir auch hier die Spendenhöhe begrenzen. Auf EU-Ebene wollen wir zu gesamteuropäischen Volksentscheiden kommen.

2. Parlamente stärken, Parteien öffnen

Die repräsentative Demokratie ist Garant für die Vertretung der gesamten Gesellschaft gegenüber Einzelinteressen. Unsere Demokratie braucht einen selbstbewussten Bundestag mit starken, unabhängigen Abgeordneten, die die Gesellschaft abbilden und dem Drängen mächtiger Interessen standhalten.

Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass der Bundestag bei europäischen Entscheidungen frühzeitig mitbestimmen kann, und setzen uns weiterhin für seine Stärkung ein. Das Parlament muss unabhängige Expertise haben, um für seine Entscheidungen nicht auf Informationen von Lobbyisten angewiesen zu sein und auch nicht alleine auf Regierungsdaten. Dafür braucht es ausreichende

Ausstattung an wissenschaftlicher Dienstleistung einschließlich eines Justiziariats. Auch wollen wir das Parlament – wie in den USA – über ein unabhängiges „Budget-Office" im Haushaltsverfahren stärken. Die Kontrolle des Regierungshandelns wollen wir wirkungsvoller ausgestalten, die Rechte von Untersuchungsausschüssen stärken.

Zur Demokratie gehören Parteien für die Bündelung, Vertretung wie Austarierung unterschiedlicher Werthaltungen und Interessen. Parteien müssen sich für mehr Transparenz und Mitbestimmung öffnen. Wir GRÜNE reden nicht nur davon, sondern haben in dieser Legislaturperiode eine Vielzahl entsprechender Initiativen für mehr Transparenz in den Bundestag eingebracht, Beteiligung und Mitarbeit ermöglicht und handeln auch danach: Als erste Partei haben wir die SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl verbindlich über eine Urabstimmung gewählt.

3. Demokratie im Alltag beleben

Kern der Demokratie ist die politische Gleichheit aller. Wir wollen keine Demokratie, die von einigen wenigen gestaltet wird, die dafür über die notwendigen Ressourcen – insbesondere Zeit – verfügen und ihre Interessen durchsetzen. Wir wollen die leisen und unterrepräsentierten Stimmen hörbar machen. Wir setzen daher auf neue, niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung, bei denen von Anfang an alle gesellschaftlichen Gruppen auf Augenhöhe eingebunden werden und die Chance bekommen, dass auch ihre Interessen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Gut geplante und moderierte Bürgerbeteiligung ermöglicht bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen einen Lernprozess, in welchem sie über die Vertretung der eigenen unmittelbaren Interessen hinaus die Perspektiven der anderen Beteiligten kennen lernen und nachvollziehen und somit eine Vorstellung von Gemeinwohl entwickeln, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft essentiell ist. Zu große Ballungen wirtschaftlicher und finanzieller Macht stehen im Widerspruch zum Prinzip politischer Gerechtigkeit und Gleichheit und damit zur Demokratie. Dem muss nicht nur ordnungspolitisch entgegengewirkt werden, sondern auch mit Demokratisierung von

innen, zum Beispiel durch Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Reformen im Aktienrecht.

Mit dem Internet sind neue, digitale Öffentlichkeiten entstanden. Sie laden zum Informieren, Mitmachen und Einmischen ein. Beispiele gibt es viele: Seien es Online-Petitionen, kommunale Bürgerhaushalte, Blogs oder auch Wikipedia. Sie alle sind eine Frischzellenkur für unsere Demokratie und bringen mehr Transparenz- und Beteiligungsmöglichkeiten. Redaktionell-journalistischen und gleichzeitig nichtkommerziellen Angeboten im Netz wollen wir mit einer zeitgemäßen und übersichtlichen Regelung zur Impressumspflicht entgegenkommen und formale Hürden abbauen, wie den Zwang der Angabe einer ladungsfähigen Anschrift.

Demokratie ist nicht nur eine Sache für Profis und Parlamente. Sie wird nicht allein im Sozialkundeunterricht gelernt, sondern dann, wenn junge Menschen in den Institutionen selbst mitgestalten können. Wir wollen das Wahlalter auch auf Bundesebene auf mindestens 16 Jahre absenken. Das Wahlrecht für Betreute und Obdachlose muss gewährleistet werden, der Zugang zu politischer Betätigung für alle Menschen barrierefrei sein.

Wir wollen den Zugang zum Wahlrecht durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern. Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen.

Angesichts der geringen Frauenanteile in den Parlamenten und Kommunalvertretungen haben wir die Absicht, eine gesetzliche Regelung zur Quotierung zu schaffen, um die Geschlechterparität bei den Mandaten zu befördern. Denn zur Demokratie gehört Geschlechtergerechtigkeit.

Es braucht weiterhin nicht von Kommerz beherrschten Raum in den Innenstädten, der Menschen aus allen Schichten offensteht, ebenso Begegnungsorte vom Bürgerzentrum bis zur Volkshochschule. Maßnahmen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen von öffentlichen Plätzen fernhalten sollen und sie so stigmatisieren und oder gar kriminalisieren, lehnen wir ab. Ziel grüner Ordnungspolitik ist ein friedliches Miteinander aller Menschen jeden Alters, ohne dass einzelne Gruppen in ihrer Lebensführung beeinträchtigt werden. Zur Demokratie gehören Demonstrationen und

Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnahmen wie pauschales und anlassloses Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Die Polizei braucht genug Personal, gute Ausbildung und eine moderne Ausrüstung, um das Recht auf Demonstration durchzusetzen.

4. Engagement fördern

Über Jahrzehnte ist eine vielfältige Kultur des Engagements entstanden. Bürgerinitiativen für die Revitalisierung von Stadtvierteln, Migrantenselbstorganisationen, selbstorganisierte Kinderläden, Frauengesundheitszentren bis hin zu neueren Formen wie Bürgerstiftungen, Wohnprojekten und Integrationsbetrieben. Bürgerschaftliches Engagement braucht mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung, auch eigene feste Orte und Einrichtungen. Wir wollen die in vielen Städten und Gemeinden entstandenen Freiwilligenzentren und Einrichtungen zur Engagementförderung stärken. Unser Ansatz zielt zudem darauf, auch Ausgegrenzte einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben.

Freiwilligendienste sind eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements. Ihr Charakter als Lern- und Orientierungsdienst muss erhalten bleiben. Sie dürfen aber nicht der Ersatz für wegfallende staatliche Leistungen sein. Wir wollen in einem Freiwilligendienstestatusgesetz einen gesetzlichen Rahmen schaffen, damit die Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden. Eine breite Vielfalt von Einsatzmöglichkeiten und die Trägerschaft auch kleinerer Organisationen muss ermöglicht werden. Wichtig ist auch, dass Freiwillige aktiv in die Ausgestaltung und Entwicklung der Projekte einbezogen werden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase soziale, ökologische und kulturelle Fähigkeiten in einem Jugendfreiwilligendienst zu entfalten.

Wir wollen das Engagement von Kindern und Jugendlichen in demokratischen Strukturen fördern. Je früher demokratische Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für die Demokratie. Dabei ist es notwen-

dig, Kindern und Jugendlichen den Rahmen der Beteiligung so weit wie möglich selber gestalten zu lassen und Vertrauen in ihr Verantwortungsbewusstsein zu legen. Wir wollen die vielfältige Arbeit der Jugendverbände, gemeinnützigen Vereine und freier Initiativen erhalten und ihre Finanzierung trotz schwieriger Haushaltslage sicherstellen.

5. Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen

Der Zugang zu öffentlichen Daten ist ein Grundrecht, das wir ausdrücklich im Grundgesetz verankern möchten. Informationen staatlicher Stellen gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht den Verwaltungen. Mehr Transparenz stärkt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen des staatlichen Handelns. Diese Abkehr von der Geheimniskrämerei ist ein großer Schritt in Richtung mehr Demokratie und einer Reform der öffentlichen Verwaltungen.

Wir wollen das – maßgeblich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2006 durchgesetzte – Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ausbauen zu einem umfassenden Transparenzgesetz. Der überbordende Katalog der Ausnahmeregelungen ist gründlich abzuspecken. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und das Urheberrecht dürfen nicht länger das Instrument zur Verhinderung von mehr Transparenz sein.

Das Recht auf Informationszugang ist selbstverständlich nicht schrankenlos. So muss weiter umfassender Datenschutz gewährleistet sein. Ausnahmen vom Grundsatz der Informationsfreiheit müssen aber gut begründet werden.

Informationen sollen nicht nur auf Anfrage herausgegeben werden. So gehören Verträge der öffentlichen Hand ins Netz und nicht in den Panzerschrank. Staatliche Stellen sollen – proaktiv – ihre Informationen, z. B. Dokumente, Analysen, Gutachten, Erhebungen oder Statistiken von sich aus als offene Daten frei verfügbar machen (Open Data). Dafür wollen wir ein tatsächlich funktionsfähiges und erweitertes bundesweites Internetportal, in dem Daten aus Bund, Ländern und Kommunen veröffentlicht werden.

Auch der Bundestag muss sein Open-Data-Angebot deutlich verbessern. Ein zukunftsfähiges Open-Data-Konzept muss technische und rechtliche Offenheit der Informationen garantieren. Auf der technischen Seite ist vor allem die Maschinenlesbarkeit der Daten zentral. Rechtliche Offenheit bedeutet, dass jeder die Informationen ohne weitere Genehmigung weiterverwenden kann. Dabei streben wir die vollständige, zeitnahe, diskriminierungs- und barrierefreie Veröffentlichung von Rohdaten an. Die Open-Data-Verpflichtungen der Behörden wollen wir in einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0 verankern.

Den freien Zugang zu Daten verstehen wir als eine Triebfeder der Wissensgesellschaft. Die Erfahrungen aus anderen Staaten zeigen, dass die umfangreiche, offene und freie Bereitstellung von Daten des öffentlichen Sektors neue wirtschaftliche Impulse geben kann: Durch Weiterverarbeitung, Veredelung und Weiterverbreitung können aus offen bereitgestellten Daten neue Anwendungen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entstehen. Auch für den Bereich Bildung und Wissenschaft birgt die angestrebte Transparenz und Zugänglichkeit der Daten enormes Innovationspotential. Für alle staatlichen Veröffentlichungen, auch die von Parlamenten, fordern wir die Verwendung von freien Datenformaten und die entsprechende Auswahl von Nutzungslizenzen zur privaten wie zur kommerziellen Nutzung. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Transparenz bedeutet auch, Licht ins Dunkel des Bundessicherheitsrats zu bringen. Dort werden geheim Rüstungsexportentscheidungen gefällt. Seine Beschlüsse gehören umgehend begründet und veröffentlicht.

Transparenz ist auch die beste Vorbeugung gegen Filz. Bund, Länder und Gemeinden vergeben jährlich Aufträge im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro. Damit kein Cent davon an zweifelhafte Firmen geht, brauchen wir ein bundesweites Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. So wird der faire Wettbewerb zugunsten redlicher Unternehmen erhalten. Korruption im Konzern, Skandale in der Massentierhaltung oder Missstände im Pflegeheim kommen oft erst durch dort Beschäftigte ans Tageslicht. Diesen sogenannten Whistleblowern drohen häufig Repressalien bis zur Kündigung. Wir wollen sie deshalb gesetzlich wirksam schützen.

Die Organisation und Artikulation von Interessen ist ein Kernbestandteil einer pluralistischen Gesellschaft. Aber viele Menschen zweifeln, dass es auf ihre Stimme überhaupt noch ankommt, wenn Lobbys mit großem Geld im Rücken immer mehr Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Ein verpflichtendes Lobbyistenregister soll daher transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss auf ein Gesetz genommen hat. Wir wollen eine Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien wollen wir ein Ende machen.

Wir wollen mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu ein Transparenzgesetz vorgelegt. Die anderen Parteien mauern. Wir lassen beim Kampf für die Integrität der politischen Institutionen nicht locker. Unternehmen, die einen Antrag zur Genehmigung von Rüstungsexporten stellen, müssen im Antragsverfahren darlegen, ob und in welcher Höhe sie in den zurückliegenden fünf Jahren Spenden an Parteien und MandatsträgerInnen geleistet haben.

Wir wollen die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Dann kann Deutschland endlich die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren, wie das 160 Staaten bereits getan haben. Dass Schwarz-Gelb sich bislang weigert, ist peinlich für unser Land.

6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen

Alte und neue Nazis sind vielerorts bereits tief verankert, sie haben durch ihr Auftreten vielerorts „Angst-Räume“ geschaffen, in denen Menschen sehr real Einschüchterung und Bedrohung erfahren, wenn sie in das menschenfeindliche Raster der Nazis passen oder sich gegen sie aktiv zur Wehr setzen. Doch in einigen Regionen herrscht ein viel zu unkritischer Umgang mit ihnen auch in den Kommunalparlamenten. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, An-

tisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen, nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind. Gleichzeitig gibt es oftmals eine erfreuliche zivilgesellschaftliche Gegenwehr. Wo immer BürgerInnen sich gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, haben sie die volle Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr Engagement für die Demokratie verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung statt Verdächtigung und Repression.

Deshalb werden wir die diskriminierende „Extremismusklausel" der Bundesministerin Schröder abschaffen, die ausgerechnet Demokratieinitiativen unter Generalverdacht stellt. Wir wollen, dass der Bund für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dauerhaft jährlich 50 Mio. Euro bereitstellt. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe. Daher wollen wir zusammen mit den Ländern und der Zivilgesellschaft eine neue Förderstruktur entwickeln, wodurch Programme, die in den vergangenen Jahren wiederholt positiv evaluiert wurden, eine langfristige Planungsperspektive erhalten. Für staatliche Institutionen und Vereine muss es Hilfestellung und Angebote zur Rechtsberatung geben, wie sie rechten Aktivitäten und Unterwanderungen entgegenwirken können, auch in Bezug auf Immobilienankäufe durch Rechtsextreme. Grundsätzlich müssen alle Maßnahmen gegen Rechtsextremismus geschlechtersensibel angeboten werden.

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen gerade nach ihrem unfassbaren Versagen bei der Aufdeckung der NSU-Morde den Blick nach rechts schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und in ihre Analysen einbeziehen. Immer noch nicht vollständig aufgeklärt ist das Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Wir wollen, dass die Hintergründe dieses schwersten Anschlages in der Geschichte der Bundesrepublik endlich und restlos aufgeklärt werden. Unsere Vorstellungen zum dringend notwendigen Umbau der deutschen

Sicherheitsarchitektur beschreiben wir im Kapitel „BürgerInnenrechte stärken“. Die Strukturen der extremen Rechten müssen auch stärker unter Gendergesichtspunkten betrachtet werden. Geeignete Aussteigerprogramme wollen wir stärken. Gerade Frauen, die die Naziszene verlassen wollen, benötigen für sich und ihre Kinder gezielte Angebote. Darüber hinaus müssen vor allem Polizei und Justiz ausreichend für dieses Thema sensibilisiert werden. Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotsverfahren des Bundesrates gegen die NPD. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Partei, die in vielen Regionen eng mit gewaltbereiten Gruppierungen wie Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten zusammenarbeitet. Ein Verbot der NPD würde finanzielle und organisatorische Strukturen der rechtsextremen Szene in erheblichem Ausmaß zerschlagen.

Weitere politische Gruppen und Internetportale betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen, Transphobie, Homophobie oder der Diffamierung alternativer Jugendkulturen. Neue rechte Initiativen versuchen besonders im Internet gezielt mit einer jugendlichen Sprache und einem optisch ansprechenden Stil junge Menschen anzusprechen und so ihre Ideologien, ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und im speziellen ihren antimuslimischen Rassismus zu propagieren. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken. Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz.

Wer GRÜN wählt ...

- bekommt mehr Rechte und Möglichkeiten für Beteiligung und Engagement.
- erhält eine moderne und offene Verwaltung.
- zeigt klare Kante gegen Korruption.
- stimmt in Zukunft öfter ab: mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden.
- stärkt den Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und unterstützt die Opfer rechter Gewalt.

Schlüsselprojekte

Demokratische Beteiligung fördern durch mehr Mitbestimmung

Wir wollen ein neuartiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte einführen. In diesen Verfahren haben Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und zu beteiligen. Wir setzen auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf jeder Stufe der Planungs- und Entscheidungsverfahren, gerade auch bei mehrjährigen Planungsprozessen. Die demokratische Mitwirkung muss über die Beteiligung an Planungsverfahren hinausgehen. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur bei Großprojekten die Möglichkeit haben, direkt abzustimmen. Wir streiten für die politische Mehrheit zur Änderung des Grundgesetzes, um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen einzuführen und so die Demokratie zu stärken.

Rechtsextremismus entschieden entgegentreten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus, Transphobie und Homophobie sind leider allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Mit unserer Offensive für Demokratie gegen rechts setzen wir alles daran, die durch Rechtsextreme bedrohten Orte und Regionen für unsere Demokratie zu schützen. Die Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Die Umsetzung der gesamtstaatlichen Aufgabe muss unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgen. Dafür bauen wir die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Alltagskultur aus, denn Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine zukunftsfeste Finanzgrundlage erhalten. Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen. Er muss mindestens 50 Mio. Euro jährlich für die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Strukturen für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir die unsägliche Extremismusklausel abschaffen. So werden wir dem Rechtsextremismus ebenso entschieden entgegentreten wie rechtspopulistischen Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der gesamten Gesellschaft.

Mit Transparenz Korruption bekämpfen – Informationsfreiheitsgesetz ausbauen

Schwarze Kassen, Schmiergelder und Politfilz sind ein Problem für die Demokratie. Einzelne profitieren so auf Kosten der Gesellschaft. Wir sorgen für mehr Klarheit mit einem Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit einem verpflichtenden Lobbyistenregister wollen wir transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss nimmt. Wir wollen im Rahmen der anstehenden Parteiengesetzreform die Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze beschränken. Für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in

Ministerien wollen wir eine Karenzzeit, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten wollen wir weiter verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Mehr Transparenz verschafft auch die Weiterentwicklung der bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zu einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0, mit dessen Hilfe Daten zukünftig proaktiv zur Verfügung gestellt werden (Open Data). So erhöhen wir die Transparenz politischer Entscheidungen und ermöglichen Beteiligung.

N. BürgerInnenrechte stärken

Wie wir Freiheit stärken, Sicherheit rechtsstaatlich gestalten und Diskriminierung überwinden

Immer mehr Unternehmen sammeln umfassend Daten, erstellen Profile von uns und verkaufen die Informationen weiter. Die Sicherheitsbehörden sollen immer weitreichendere Befugnisse bekommen, Computer auszuspähen. Ein Fluggastdaten-Abkommen der EU mit den USA zwingt uns auf Reisen zur Preisgabe umfangreicher Daten. Mit den BürgerInnenrechten steht es nicht zum Besten.

Sicherheit bedeutet in einer freien Gesellschaft aber Sicherung der Freiheit. Freiheit ist Voraussetzung für volle gesellschaftliche Teilhabe. Das zu ermöglichen, ist die Aufgabe eines Rechtsstaates. Wir wollen Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte aufzugeben. Doch stattdessen werden bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden eine Million Handydaten völlig unbeteiligter BürgerInnen abgefragt und auch sonst informieren sich staatliche Stellen über uns – bei Banken, Internetunternehmen oder Telekommunikationsanbietern.

Wir sind diese permanente Grenzüberschreitung leid. Jeder und jede hat ein Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben, ohne die Blockaden durch Vorurteile, Sexismus und Rassismus. Wir merken, dass es vielen Bürgerinnen und Bürgern genauso geht.

Wir stehen zu einer offenen und inklusiven Gesellschaft, an der alle teilhaben können. Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt, vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Es ist nicht hinzunehmen, wenn beispielsweise junge Menschen trotz gleicher Qualifikation deutlich schlechtere Chancen haben, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden oder erfolgreich eine Mietwohnung zu finden, wenn sie einen (vermeintlich) nicht deutsch klingenden Nachnamen tragen. Wir sehen aber, dass es vielen so geht.

Wir sorgen dafür, dass Menschen sich ungehindert einmischen können – ohne dabei Angst vor Nachteilen oder Diskriminierung haben zu müssen. Und wir nehmen nicht hin, dass Menschen weiter

von demokratischen Rechten ausgeschlossen bleiben, obwohl sie schon lange hier leben.

Wir wollen eine Zukunft schaffen, in der nicht alles Mögliche über uns von irgendjemand gespeichert wurde, in der wir uns frei bewegen können, ohne überall beobachtet zu werden, und in der Freiheit statt Angst herrscht.

1. Sicherheit in den Dienst der Freiheit stellen

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht BürgerInnen, die frei sind von Furcht vor Kriminalität, aber ebenso frei von Angst vor Überwachung durch den Staat. Niemand kann absolute Sicherheit gewährleisten – auch nicht auf Kosten oder unter Aufgabe der Freiheit. Aufgabe der Politik ist es, mit den Mitteln des Rechtsstaates für das größtmögliche gesellschaftlich verantwortbare Maß an Sicherheit zu sorgen, Grundrechte zu schützen und Bedrohungen effektiv abzuwehren, ohne dabei die Freiheit so weit einzuschränken, dass sie zu einer leeren Worthülse verkommt. Gläubige sind in gleicher Weise vor Beleidigung und Hetze geschützt wie andere Menschen auch. Deshalb soll § 166 StGB ersatzlos entfallen. Sicherheit steht im Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden und Überwachungsmaßnahmen dürfen nicht selbst zu einer Bedrohung der Freiheit werden. Eine verpflichtende anlasslose Massenspeicherung von Telekommunikationsdaten wäre ein massiver Eingriff in die Grundrechte, zudem auch noch ineffektiv. Deshalb werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um eine Wiedereinführung der vom Bundesverfassungsgericht gestoppten Vorratsdatenspeicherung zu verhindern. Wir wollen keinen Generalverdacht gegen Unbescholtene, sondern gezielte Ermittlungsarbeit. Selbstverständlich gilt für Drittstaatenangehörige dieselbe Unschuldsvermutung. Daher muss für sie das gleiche Datenschutzniveau gelten. Es geht um den Kernbereich privater Lebensgestaltung.

Auch die heimliche Online-Durchsuchung lehnen wir ab. Ereignisunabhängige Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen sind im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Diskriminierungs- und Übermaßverbote höchst bedenklich und daher auf ein absolutes

Minimum zu reduzieren. Die Schleierfahndung auf Zugstrecken und in der Nähe der Schengen-Außengrenzen wollen wir abschaffen. Die immer weiter ausufernde Videoüberwachung des öffentlichen Raums wollen wir zurückdrängen. BürgerInnen müssen in einem öffentlichen Register einsehen können, wo diese stattfindet. Zudem muss die Datenschutzaufsicht bei der Kontrolle staatlicher wie privater Videoüberwachung ausgeweitet werden. Bei Verstößen gegen die Regelungen im Bundesdatenschutzgesetz zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir eine Bußgeldvorschrift einführen. Den Einsatz von Drohnen durch staatliche Stellen wollen wir strikt regulieren, sowohl in Fragen der Sicherheit als auch des Datenschutzes, und lehnen den Einsatz von Drohnen durch die Polizei zur Observation oder Videoüberwachung vom öffentlichen Raum oder von Demonstrationen ab.

Drohnen werden zunehmend auch von nichtstaatlichen Stellen eingesetzt, sowohl durch Hochschulen für Forschungszwecke, als auch von Unternehmen oder Privatpersonen. Wir fordern eine allgemeine Kennzeichnungspflicht für Drohnen und klare Regeln für die Haftung, die Sicherheit, den Datenschutz und die Nutzung im öffentlichen Luftraum.

Gegen Bedrohungen der Sicherheit, sei es durch Neonazis, durch Terrorismus oder durch Kriminalität müssen Behörden ausreichend ausgestattet und gewappnet sein. Die Verhinderung solcher Straftaten funktioniert aber am besten durch klassische solide Polizeiarbeit. Eine föderale im rechtsstaatlichen Bewusstsein handelnde und effizient organisierte Polizei ist Garant für die Sicherheit und den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der BürgerInnen. Dafür braucht sie eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung. Es braucht nicht ständig neue Sicherheitsgesetze auf Vorrat. Wir wollen die nach 2001 erlassenen Sicherheitsgesetze wissenschaftlich und unabhängig evaluieren und die Gesetze anhand der Evaluierungsergebnisse zugunsten eines echten Grundrechtsschutzes ändern. Die Bundesregierung hat der Chance für eine zukunftsfähige Aufstellung der Sicherheitsarchitektur durch ihre halbherzige Kommission einen Bärendienst erwiesen. Es geht uns darum, die Bürgerrechte nicht nur zu verteidigen. Wir wollen sie stärken. Darum wollen wir Verschärfungen und Ausweitungen der Anti-Terror-Gesetzgebung seit 2005 zurücknehmen.

Präventive Ansätze zur Bekämpfung des Terrorismus wollen wir stärken. Die Verbreitung von menschenfeindlichen Überzeugungen wie zum Beispiel Islamfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind der Nährboden für die Entwicklung islamistischer und rechtsextremer TerroristInnen. Der Radikalisierung Einzelner und der Bildung terroristischer Gruppierungen müssen wir entgegenwirken. Deswegen wollen wir eine bessere und zukunftsfeste Demokratieförderung und mehr und besser koordinierte Aussteiger- und Deradikalisierungsprogramme schaffen.

Kriminalitätsbekämpfung ist Sache der Polizei, nicht des Militärs. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Tatsächliche Sicherheitslücken wollen wir konsequent schließen, zum Beispiel durch ein schärferes Waffenrecht. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der der Grundsatz gilt: Öffentliche Räume und private Wohnungen sind waffenfrei. Einsatzbereite funktionsfähige scharfe Schusswaffen wollen wir nur noch in zwingenden Ausnahmefällen (z. B. PolizeibeamtInnen) in privaten Haushalten zulassen. Wir setzen uns für ein Verbot großkalibriger Faustfeuerwaffen als Sportwaffen und für die Begrenzung von Waffen- und Munitionsbesitz ein. Auch für hohe Standards bei der Luftfrachtkontrolle treten wir ein. Hier darf nicht an der Sicherheit von Passagieren und Besatzungen gespart werden.

Über ein Jahrzehnt hinweg konnte die rechtsextreme Terrortruppe „NSU" unerkannt morden, Bombenanschläge verüben und Banken ausrauben. Das hat uns alle tief erschüttert; viele Menschen haben das Vertrauen in die deutschen Sicherheitsbehörden verloren. Polizei, Justiz und Geheimdienste waren offensichtlich nicht in der Lage, diesen Naziterror zu verhindern, und waren zu oft auf dem rechten Auge blind. Die von uns GRÜNEN angestoßenen Untersuchungsausschüsse haben dieses massive Versagen von Polizei und Geheimdiensten ans Licht gebracht. Wir brauchen eine breite Diskussion über die Sicherheitsarchitektur. Für das ganze Geheimdienstwesen muss es eine klare Zäsur und einen umfassenden strukturellen und personellen Neustart und eine Neuausrichtung der Aufgaben geben. Geheimdienste sollen künftig ausschließlich Aufgaben wahrnehmen, die nicht auf anderen Wegen, also durch öffentlich und parlamentarisch besser kontrollierbare Institutionen, erbracht werden können. Der MAD soll aufgelöst werden.

Verfassungsschutz ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die Beobachtung und Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen anhand öffentlicher Quellen soll künftig ein unabhängiges „Institut zur Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen" mit wissenschaftlichen Mitteln leisten. Die Bildungs- und Präventionsarbeit gilt es insgesamt zu stärken und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen jegliche Form von Demokratiefeindlichkeit, Gewalt und Menschenverachtung engagieren, finanziell besser zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir NGOs, die sich gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren, sowie die wissenschaftliche Demokratieforschung an den Hochschulen verstärkt fördern. Die Bundeszentrale für politische Bildung kann mit einer verbesserten Ausstattung einen wertvollen Beitrag zur Demokratieförderung leisten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz in seiner bisherigen Form gehört dagegen aufgelöst. Wir brauchen eine institutionelle Neugründung. Eine neue „Inlandsaufklärung" mit klar eingegrenzten nachrichtendienstlichen Befugnissen, neuem, verkleinertem Personalstab und anderem Selbstverständnis soll sich neben der Spionageabwehr auf die Aufklärung gewaltbereiter Bestrebungen beschränken. Bundes- und Landesbehörden müssen sich dabei besser koordinieren. Wir GRÜNE setzen uns für eine umfassende Aufgabenkritik geheimdienstlicher Mittel ein. Insbesondere der Einsatz von V-Leuten hat sich als Schwachpunkt und problematisch in der Arbeit des Verfassungsschutzes erwiesen. Es kann nicht sein, dass mit öffentlichen Geldern angeworbene überzeugte Rechtsextremisten unter dem Schutz der Verfassungsschutzämter im Sinne ihrer Ideologie handeln oder gar schwere Straftaten begehen. Das Führen bezahlter V-Personen birgt immer unvertretbare rechtsstaatliche Risiken, denen ein nur begrenzter Erkenntnisgewinn gegenübersteht. Deswegen treten wir auch unter Inkaufnahme einer ggf. beeinträchtigten Erkenntnisgewinnung für einen bewussten Verzicht auf die Führung von V-Leuten ein.

Aber auch in der Polizei und Justiz muss sich einiges ändern. Es braucht mehr Vielfalt und Interkulturalität in der gesamten Bundesverwaltung sowie die Integration von Diversitykompetenz in Aus- und Fortbildung, um PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen mehr Sensibilität zu vermitteln. Wir werden ver-

bindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung festlegen. Dabei werden wir insbesondere Beschäftigte mit Vorgesetzten- und Leitungsfunktionen in die Pflicht nehmen. Anders werden wir dem institutionellen Rassismus und Sexismus nicht dauerhaft begegnen können.

Weiterhin muss ein striktes Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten bestehen. Aufgaben und Befugnisse dürfen nicht vermischt werden. Die Polizei ist zuständig für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, die Inlandsaufklärung beobachtet und dokumentiert gewaltbereite Bestrebungen im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Der notwendige Informationsaustausch zwischen Gemeindiensten und Polizei muss gesetzlich streng geregelt sein und effektiv kontrolliert werden. Anforderungen und Grenzen der organisierten gemeinsamen Arbeit müssen gesetzlich so formuliert sein, dass eine dauerhafte personelle, strukturelle und informationelle Vermischung von Polizei- und Nachrichtendiensten ausgeschlossen wird.

Die Einrichtung des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorabwehrzentrums (GETZ) im November 2012 erfolgte blindlings, ohne gründliche Fehleranalyse und ohne ausreichende Beteiligung der Länder. Die Ausrichtung u. a. gegen „Linksextremismus", „Ausländerextremismus", Spionage und Proliferation erscheint mangels terroristischer Strukturen in diesen Bereichen geradezu skurril. Wir sehen dafür keinen Bedarf und wollen das GETZ einer kritischen Prüfung unterziehen. Weitere Abwehrzentren und gemeinsame Dateien lehnen wir ab.

Wir setzen uns für mehr Transparenz ein: starke Auskunftsrechte der von Überwachung Betroffenen gegenüber Nachrichtendiensten und anderen Sicherheitsbehörden sowie eine effiziente Kontrolle. Den Geheimdiensten mangelt es generell an wirkungsvoller externer und öffentlicher Kontrolle. Wir werden den Geheimdiensten das Geheime gegenüber dem Parlament nehmen und zum Beispiel durch eine bessere Ausstattung der Abgeordneten und öffentliche Sitzungen der Kontrollgremien mehr Transparenz schaffen. Durch Gesetze wollen wir die Voraussetzungen und Kontrollen ausdrücklich benannter nachrichtendienstlicher Befugnisse präzise regeln. Die parlamentsnahe G10-Kommission soll gestärkt werden, um

mehr als bisher an der Anordnung und Verlaufskontrolle aller verdeckten Ermittlungsmethoden mitzuwirken.

Der Unterwanderung von gesellschaftlichen Strukturen durch korrumpierende Bestrebungen der organisierten Kriminalität muss entschieden entgegengetreten werden. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität entstehen jährlich Milliardenschäden für die Gesellschaft.

Die Polizei hat eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie kann ihre anspruchsvollen Aufgaben nur mit gut ausgebildeten und motivierten PolizistInnen erfüllen. Wir wollen eine dialogorientierte Polizeikultur fördern. Beispiel Versammlungsfreiheit: Zur Demokratie gehören Demonstrationen und Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnahmen wie pauschales und anlassloses Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Statt durch martialisches Auftreten sollte die Polizei mit angemessener Ausrüstung und genügend Personal, das Gefahrenlagen richtig einschätzt, deeskalieren und das Recht auf Versammlungsfreiheit gewährleisten.

Wir wollen die Rechte der BürgerInnen aber auch dadurch stärken, dass PolizistInnen jederzeit, auch in Großeinsätzen, klar identifiziert werden können. Dies kann mit dem Namen oder auch ohne jedes Sicherheitsrisiko über eine anonymisierte, aber klar zuzuordnende Nummer geschehen. Zur Aufklärung von Vorwürfen zu Polizeiübergriffen wollen wir für die Bundespolizei und in den Ländern das Beschwerdemanagement verbessern und eine neutrale Aufklärung gewährleisten.

Diskriminierung bringt keinen Sicherheitsgewinn. Ausweiskontrollen und Maßnahmen von Sicherheitsbehörden, die sich häufig allein deswegen gegen Menschen richten, weil sie eine dunklere Hautfarbe haben oder ihre nicht deutsche Herkunft vermutet wird, sind diskriminierend und nach Verfassungs- und Völkerrecht verboten. Wir wollen dieses Verbot von diskriminierendem Ethnic Profiling klar gesetzlich regeln. Umfassende Aufklärung der Betroffenen über ihre Rechte und angemessener Rechtsschutz müssen eine Selbstverständlichkeit sein. Polizeibeamte müssen zudem verstärkt Antidiskriminierungsschulungen erhalten und die Polizei muss sich stärker interkulturell öffnen.

Wir möchten die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen vor Gefahren wie Naturkatastrophen und anderen schweren Notlagen schützen. Dafür brauchen wir einen gestärkten Bevölkerungsschutz in den Ländern und im Bund, der eine widerstandsfähige Gesellschaft fördert und der staatlichen Schutzpflicht gerecht wird. Voraussetzung dafür ist ein gut ausgestatteter und wirkungsvoller Katastrophenschutz des Bundes und der Länder sowie eine Stärkung und Wertschätzung des Ehrenamtes in diesen Strukturen. Außerdem muss die Krisenbewältigung überregionaler Schadenslagen weiter gestärkt werden.

2. Daten schützen, Freiheit sichern

Noch nie wurde so viel an persönlichen Daten erfasst, gespeichert und übermittelt wie heute. Daten werden gesammelt, ausgewertet und zusammengefasst. Die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung ist für uns zentrales Leitbild für einen modernen Datenschutz. Die BürgerInnen müssen wissen, wer was wann und wo speichert und übermittelt. Das gilt für den Staat wie für Private. Die Grenzen zwischen staatlicher und privater Datenverarbeitung verschwimmen, wenn private Telekommunikationsfirmen für den Staat Verkehrsdaten bevorraten sollen. Auch deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung ab.

Der Datenschutz gehört ausdrücklich ins Grundgesetz, das Datenschutzrecht muss komplett neu gestaltet werden. Auch Privatunternehmen müssen die Daten ihrer Kundschaft so schützen wie heute schon ihre Geschäftsgeheimnisse. Persönliche Daten dürfen im Geschäftsverkehr nur mit ausdrücklicher Zustimmung gespeichert und weitergegeben werden („Opt-in-Regelung"). Guter Datenschutz kann durchaus ein Geschäftsmodell sein. Wir wollen Datenschutz durch Technik („Privacy by Design") und Datenschutz durch Voreinstellung („Privacy by Default") voranbringen und dafür auch ein geschütztes Gütesiegel einführen.

Abhöraffären in Unternehmen und Fälle von Videoüberwachung bis hinein in die Umkleidekabinen der Angestellten zeigen: Wir brauchen endlich einen effektiven Beschäftigtendatenschutz. Hierzu haben wir, anders als die Merkel-Koalition, bereits einen eigenen Gesetzesvor-

schlag zum Schutz der Beschäftigten vor Ausspähung vorgelegt. Immer häufiger werden Daten zur Profilerstellung missbraucht. Wir wollen es grundsätzlich verbieten, die Kreditwürdigkeit nach dem Wohnort zu berechnen. Denn mit solchem „Geoscoring" werden Menschen, die in sozial schwierigen Stadtteilen leben, pauschal diskriminiert.

Wir wollen die Unabhängigkeit des Bundesdatenschutzbeauftragten sicherstellen, seine Kontrollkapazitäten ausbauen und ihm Sanktionskompetenzen gegenüber Privatunternehmen, insbesondere der Telekommunikationsbranche, geben. BürgerInnen sollen sich zukünftig bei Datenmissbrauch gemeinsam und unterstützt durch Verbände vor Gericht wehren können. Weil die Datenströme heute mehr denn je grenzüberschreitend sind, sind insbesondere verbindliche EU-Datenschutzregelungen unabdingbar. Maßnahmen wie das massenhafte anlasslose Auswerten von Bank- und Fluggastdaten zur Kriminalitätsbekämpfung lehnen wir als zu weit gehende Eingriffe in die Grundrechte ab.

3. Den Rechtsstaat stärken

Der Rechtsstaat verwirklicht sich zuallererst in einem starken Grund- und Menschenrechtsschutz. Wir wollen die Grundrechte ergänzen, ausweiten und anpassen, um diesen Schutz zu festigen. Die Politik darf nicht immer wieder die Grenzen der Verfassung austesten. Wir wollen einen starken Rechtsstaat und setzen auf eine strikte Gewaltenteilung. Dies garantiert die Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz der Schwachen vor wirtschaftlicher Übermacht und Kriminalität. Dazu brauchen wir eine leistungsstarke und unabhängige Justiz. Wir wollen daher das ministerielle Einzelweisungsrecht von Justiz- und Innenministerien einschränken, damit konkret eingeleitete Ermittlungen und Verfahren nicht durch politische Interventionen beeinflusst, behindert oder abgebrochen werden können. Der Privatisierung der Justiz treten wir entschieden entgegen. Eine Verkürzung des Instanzenzuges und die Abschaffung von Beschwerdemöglichkeiten führen weder zu gerechteren Lösungen noch zu einer Entlastung der Justiz. Der Bund muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Alle müssen die Gewissheit haben, in angemessener Zeit Recht erhalten zu können. Außerdem spre-

chen wir uns für die Stärkung außergerichtlicher Konfliktbeilegung wie z. B. Mediation aus. Wir wenden uns entschieden dagegen, die Anrufung der Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken, und unterstützen die Einführung einer Mediationskostenhilfe.

Richterliche Unabhängigkeit ist Garant des Rechtsstaates. Wir befürworten eine stärkere Selbstverwaltung der Justiz und wollen es den Ländern ermöglichen, die Unabhängigkeit der Justiz auszuweiten. Wir unterstützen das Anliegen der RichterInnenschaft in Bund und Ländern, ein weites Mitspracherecht bei der Richtereinstellung und Beförderung zu erhalten. Das einzelfallbezogene Weisungsrecht der Politik gegenüber der Staatsanwaltschaft wollen wir abschaffen, denn es widerspricht der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Für die Wahl der RichterInnen zu Bundesgerichten wie zum Bundesverfassungsgericht wollen wir mehr Transparenz durchsetzen, ebenso Geschlechtergerechtigkeit.

Justiz wie auch Polizei arbeiten transnational immer enger zusammen, insbesondere in der EU. Ein weiter Ausbau der Zusammenarbeit darf nur erfolgen, wenn er Hand in Hand geht mit verbindlichen hohen Standards zu Rechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit in der EU, z. B. durch die Verankerung verbindlicher und starker Rechte von Beschuldigten und StrafverteidigerInnen und transnationalem Rechtsschutz. Dazu gehören auch einheitliche Rechtsgrundlagen und Verfahrensstandards, damit transnationale Polizeieinsätze und dabei getroffene Maßnahmen jederzeit nachvollziehbar und überprüfbar sind.

Das Strafrecht ist nicht das Mittel der Wahl zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern letztes Mittel staatlichen Handelns, welches immer besonderer Begründung bedarf. Ein liberaler Rechtsstaat darf BürgerInnen nicht mit dem Mittel des Strafrechts vor einer möglichen Selbstschädigung „schützen". Die Strafverfolgung in der Drogenpolitik ist gescheitert, daher setzen wir auf die Regulierung aller Drogen. Wir wollen das Sanktionensystem reformieren. So darf etwa die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Fahrschein nicht mehr länger als Straftat verfolgt werden. In der Strafvollstreckung setzen wir auf intelligentere Alternativen zur Haft wie z. B. gemeinnützige Arbeit und den Ausbau alternativer Konfliktlösungen. Ein modernes Unternehmensstrafrecht, das die

Grenzen von Schuld und Zurechnung achtet, halten wir für notwendig. Die Opferhilfe ist finanziell sicherzustellen. Wir wollen Opfern von Justizirrtümern besser helfen und die Entschädigung für zu Unrecht verhängte Haft deutlich anheben. Für Jugendliche und Heranwachsende brauchen wir ein reformiertes Jugendgerichtsgesetz, das den Vorrang der Erziehung vor Bestrafung strikt wahrt. Jenseits der jugendtypischen Straffälligkeit sind Chancen- und Perspektivlosigkeit, prekäre Familienverhältnisse, Bildungsarmut sowie Gewalterfahrung in der Regel Ursache wiederholter und schwerer Jugendkriminalität. Diesen sozialen und personellen Risiken präventiv entgegenzuwirken, ist gerade auch im Rahmen von Jugendgerichtsverfahren Aufgabe der Jugendhilfe. Es braucht eine Strategie, die solche Risikofaktoren in den Blick nimmt. Die ambulanten sozialpädagogischen Maßnahmen der Jugendhilfe bedürfen einer deutlichen Stärkung, damit die traditionell strafenden, insbesondere Freiheit entziehenden Sanktionen endlich auch tatsächlich zur Ultima Ratio werden.

Bei Drogen wie Cannabis wollen wir unter der Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte ermöglichen und diese besteuern. Als ersten Schritt hierzu wollen wir den Eigengebrauch und privaten Anbau von Drogen wie Cannabis entkriminalisieren. Auch der medizinische Einsatz von sowie die Forschung an Drogen darf nicht länger behindert werden. Die Ungleichbehandlung von Cannabis und Alkohol durch das Führerscheinrecht soll beendet werden. Cannabis-Delikte ohne Zusammenhang zum Straßenverkehr dürfen nicht mehr unaufgefordert und ohne Zustimmung der Betroffenen an die Führerscheinstelle übermittelt werden.

4. Diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen

In einer offenen Gesellschaft wird niemand wegen des Geschlechts, aus ethnischen oder rassistischen Gründen, aufgrund der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung benachteiligt. Sie ermöglicht und sichert gleichzeitig allen Mitgliedern die individuelle Wahrnehmung der Freiheits- und Bürgerrechte. Wir wollen in Deutschland und Euro-

pa Diskriminierungen bekämpfen und die von der schwarz-gelben Bundesregierung blockierte fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie der EU voranbringen. Eine strukturelle und finanzielle Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und stärkere Rechte für Einrichtungen wie Behindertenbeauftragte sollen im nationalen Bereich helfen, Diskriminierungen anzugehen. Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz" wollen wir effektiver gestalten, den Rechtsschutz für Betroffene stärken und insbesondere gegen strukturelle Diskriminierungen ein Verbandsklagerecht vorsehen. Wie wir das Arbeitsrecht für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen regeln wollen, beschreiben wir im Kapitel „Teilhaben an guter Arbeit".

Auch dort, wo staatliche Institutionen selbst diskriminieren, werden wir wirksamen gesetzlichen Schutz schaffen. Es kann nicht sein, dass es leichter ist, sich gegen einen diskriminierenden Vermieter zu wehren als gegen einen diskriminierenden Beamten. Staat und Zivilgesellschaft müssen sich gegen alle Formen von Diskriminierung wenden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht uns alle an, denn sie gefährdet unsere Demokratie. Ob Grundbuchamt, Zoll oder Ausländerbehörde: Gute Institutionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Wir wollen Diversität und interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Justiz gezielt fördern. Ein wichtiges Ziel inklusiver Politik ist die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen. Während bisher vor allem die christlichen Kirchen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen, sind andere Gemeinschaften vereinsrechtlich organisiert. Grüne Politik wird ergebnisoffen nach Wegen suchen, diese rechtliche Ungleichheit zu beseitigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Militärseelsorge in der Bundeswehr zu öffnen. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Truppe in ausreichendem Maße durch PsychologInnen betreut wird.

5. Barrieren beseitigen – das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung stärken

Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Dabei verstehen wir Barrierefreiheit umfassend als Zugangs- und

Nutzungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose Menschen und solche mit Lernschwierigkeiten. Visuelle und akustische Nutzbarkeit oder die Verwendung leichter Sprache gehören für uns ebenso dazu wie Stufenlosigkeit und taktile Leitsysteme. Kulturelle, sportliche und künstlerische Darbietungen sind ebenso barrierefrei zu gestalten wie Bildungsangebote auf allen Ebenen. Bislang wird das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, weil diese Möglichkeiten nicht erfüllt werden.

Durch Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Finanzierungen und Fördermöglichkeiten sowie durch Bewusstseinsbildung wollen wir mehr Barrierefreiheit erreichen. Der Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile ist eine Grundvoraussetzung für selbstbestimmte Teilhabe. Dabei garantieren individuelle und geschlechtersensible Unterstützungsleistungen Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gemeinschaft. Dazu fordern wir auch ein Budget für Arbeit, an dem sich alle relevanten Leistungsträger – Träger der Eingliederungshilfe, das Integrationsamt, die Arbeitsagenturen und die Jobcenter – beteiligen. Besonders die ambulanten Hilfen, die persönliche Assistenz und das persönliche Budget sowie die Berufsbetreuerinnen und -betreuer sind wichtige individuelle Unterstützungsangebote, die weiter ausgebaut bzw. gestärkt werden sollen. Darum werden wir die Leistungen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe lösen und in ein Teilhabeleistungsgesetz überführen. Diesem muss der Behinderungsbegriff aus der UN-Behindertenrechtskonvention zu Grunde gelegt und der jeweilige Bedarf individuell ermittelt werden.

Unterstützungsleistungen sollen nicht mehr an Institutionen, sondern an den Bedürfnissen derjenigen orientiert sein, die sie benötigen, und vermögens- und einkommensunabhängig gewährt werden. Sonst müssten diejenigen, die von Barrieren betroffen sind, noch für deren Beseitigung einstehen. Menschen mit Behinderungen sollen die Wahl zwischen verschiedenen Wohnformen haben. Sie dürfen nicht länger darauf verwiesen werden, dass aufgrund des Kostenvorbehalts nur eine Unterbringung im Wohnheim möglich ist. Deshalb wollen wir im Leistungsrecht für Menschen mit Behinderungen den Kostenvorbehalt des Sozialhilferechts streichen,

ambulante Unterstützungsangebote ausbauen und den Ausbau selbständiger Wohnformen aktiv fördern.

Das Recht auf Inklusion muss alle einbeziehen. Auch Menschen mit einem intensiven Unterstützungsbedarf müssen selbstbestimmt teilhaben können. Das inklusive Gemeinwesen setzt auf Veränderungen in der Haltung der Menschen zueinander, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Normalität werden lassen. Das Thema Inklusion muss deshalb Querschnittsaufgabe im Bund, in den Ländern wie auch in den Kommunen sein und unter Berücksichtigung des „Disability-Mainstreaming" zu einem festen Bestandteil der Strategien der nachhaltigen Entwicklung werden.

Die Finanzierung der Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Wir wollen eine gemeinsame Verantwortung der staatlichen Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden.

6. Menschen einbürgern – mit Integration und Inklusion

Wir wollen unsere Integrationspolitik durch eine Politik der Inklusion vervollständigen. Denn die Kinder, Enkel und Urenkel der ersten Einwanderer-Generation müssen nicht „integriert" werden. Sie stehen nicht außerhalb unserer Gesellschaft, sondern gehören von Anfang an dazu. Integration kann nicht mit ausgestrecktem Zeigefinger von oben verordnet werden. Wir GRÜNE wollen Integrations- und Inklusionspolitik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickeln, so dass sie selbstbestimmt und gleichberechtigt umgesetzt werden kann. Es braucht echte Chancengerechtigkeit bei Bildung und Arbeit. Deshalb wollen wir die Qualität von Integrationskursen und Sprachförderung in Kitas verbessern, Deutschkurse im Inland für alle Interessierten öffnen, Mehrsprachigkeit als Ressource nutzen und ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen.

Wir wollen Teilhabe aller hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft. Wir setzen auf eine Einbürgerungsoffensive, damit MigrantInnen schneller und leichter die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen können. Dabei dürfen Frauen nicht benachteiligt werden. Für die „erste Generation", die seit Jahrzehnten hier lebt, muss es ein

erleichtertes Einbürgerungsverfahren geben. Wir werden den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt stärken: wer mit uns regieren will, muss akzeptieren, dass wir die doppelte Staatsbürgerschaft einführen und den diskriminierenden Optionszwang abschaffen werden. Mehrstaatigkeit muss generell erlaubt sein. Kulturelle Vielfalt ist ein Gewinn. Auch bereits eingebürgerte Menschen werden so das Recht bekommen, erneut ihre alte Staatsbürgerschaft zusätzlich anzunehmen.

Im Sozialrecht, z. B. bei der Arbeitsmarktförderung, müssen MigrantInnen gleichbehandelt werden. Den Nachzug von ausländischen Ehegatten und eingetragenen LebenspartnerInnen wollen wir wieder erleichtern, denn Deutsch lernt man am besten im Alltag. Den Sprachtest im Ausland als Vorbedingung schaffen wir ab. Auch deren eigenständiges Aufenthaltsrecht werden wir gegenüber den Einschnitten der Regierung Merkel wieder ausbauen. Das Aufenthaltsrecht muss modernisiert werden. Menschen brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus als verlässliche Grundlage, um sich bei uns niederzulassen und eine Perspektive zu haben. In einer globalisierten Welt kann es auch nicht angehen, dass Menschen ihren deutschen Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie sich aus beruflichen Gründen, zum Studium oder im Ruhestand zu lange im Ausland aufhalten. Wir wollen die Einwanderung von Arbeitskräften grundsätzlich erleichtern. Alle einwandernden Arbeitskräfte sollen ihren Aufenthalt einfacher verlängern und verfestigen können. Durch ein breitgefächertes und transparentes Punktesystem kann Zuwanderung so gesteuert werden, dass sie Folgen des Alterungsprozesses unserer Gesellschaft abmildert und eine Inklusion auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Den Familiennachzug im Aufenthaltsgesetz wollen wir dem geltenden EU-Recht anpassen.

Türkische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, die in Deutschland leben, haben aufgrund des Assoziationsabkommens zwischen der Türkei und der heutigen EU Rechte, die denen von UnionsbürgerInnen nahekommen. Diesen Status wollen wir auch ausdrücklich gesetzlich verankern, z. B. im Aufenthalts-, Beschäftigungserlaubnis- und Beamtenrecht.

7. Flüchtlinge aufnehmen und menschenwürdig behandeln

Kriege, Verfolgung, Vertreibung und Klimaveränderungen zwingen viele Menschen zur Flucht. Tausende sterben Jahr für Jahr bei dem Versuch, die Küsten Europas zu erreichen. Wir wollen eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und lehnen die derzeitige Abschottungspolitik an den Außengrenzen ab. Wir wollen keine „Festung Europa". Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) stellen die Grundlage unserer Flüchtlingspolitik dar. Wir sehen in der Praxis der Grenzschutzagentur FRONTEX und der EU-Mitgliedsstaaten einen Verstoß gegen das Verbot der Zurückweisung und eine schwere Menschenrechtsverletzung. Wir wollen die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind (Dublin-II-Abkommen), und setzen uns für einheitliche, hohe Asylstandards in allen Mitgliedsländern ein. Deutschland muss seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und die stark betroffenen Aufnahmestaaten unterstützen. Ergänzend zu einem fairen Asylsystem wollen wir eine großzügige Aufnahme einer festgelegten Zahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (sogenanntes Resettlement). Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der jährlichen Mindestaufnahmequote ein, die Deutschland dem UNHCR dafür zur Verfügung stellt. Die Quote muss der weltweiten Flüchtlingssituation angemessen sein.

Es ist außerdem unsere humanitäre Pflicht, Flüchtlingen aus Syrien zu helfen. Dazu gehört es, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ihnen die Einreise nach Deutschland zu erleichtern und hier lebenden syrischen Flüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsstatus zu geben. SyrerInnen, die von ihren Angehörigen nach Deutschland eingeladen werden, dürfen nicht an der Einreise gehindert werden. Abschiebungen von SyrerInnen in andere EU-Länder, die weiterhin nach Syrien abschieben, lehnen wir ab. Darüber hinaus müssen Nachbarländer Syriens, die mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen haben, unsere volle Unterstützung bei der Versorgung der Flüchtlinge bekommen.

Wir engagieren uns für einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau in ganz Europa. Schutzsuchende dürfen nicht in Staaten

zurückgeschoben werden, in denen sie statt eines fairen Asylverfahrens Diskriminierung oder soziales Elend erwartet.

Besonders beschämend ist die Politik gegenüber Roma und Ashkali. Diese Minderheiten sind in allen Balkanstaaten härtesten Diskriminierungen ausgesetzt. Wir fordern die Beibehaltung der Visumsfreiheit für Serbien und Mazedonien und wir wollen, dass die Situation von Roma und die rassistische Diskriminierung, denen sie in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind, in angemessener Weise im Asylverfahren berücksichtigt werden. Zudem muss die Bundesrepublik die EU-Romastrategie umsetzen. Deutschland muss sich in der EU für ein Programm zur wirksamen Inklusion der Roma in ihren wichtigsten Herkunftsländern einsetzen. Dabei müssen Hilfe zur Selbsthilfe und ein unabhängiges europäisches Controlling des Mitteleinsatzes großgeschrieben werden.

In Deutschland unterliegen Schutzsuchende und Flüchtlinge einschneidenden Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, Ausbildungs- und Arbeitsverboten und diskriminierenden sozialrechtlichen Leistungseinschränkungen. Mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen wehren sich die Betroffenen zu Recht gegen behördliche Schikanen und staatliche Ausgrenzung.

Das Bundesverfassungsgericht hat die gekürzten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für grundgesetzwidrig erklärt. Jetzt müssen dessen vollständige Aufhebung und die sozialrechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen folgen. Wir wollen zudem die Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Asylsuchende beseitigen und schaffen den rechtlichen Rahmen, damit sich Flüchtlinge im gesamten Bundesgebiet frei bewegen können. Dazu schaffen wir die Residenzpflicht ab und setzen uns für einen weniger reglementierten Alltag ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge menschenwürdig in eigenen Wohnungen leben dürfen. Auch wollen wir Flüchtlingen von Anfang an den Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen, Spracherwerb und Kommunikationsmedien eröffnen.

Viele Abschiebungen verlaufen unter großem Protest mit der Angst, dass die Abgeschobenen in ihren Herkunftsländern wieder verfolgt werden. Wir brauchen aber unabhängige und verlässliche Informationen, wie es Flüchtlingen nach der Abschiebung in ihren Herkunftsländern wie z. B. Iran und Kosovo ergeht und inwieweit sie wieder verfolgt oder diskriminiert werden. Vielfach genügt hierzu schon die Kenntnisnahme der Behörden vor Ort, einen Antrag auf Asyl im

Ausland gestellt zu haben. Solange für einzelne Länder (z. B. Kosovo) eine erneute Verfolgung nicht eindeutig ausgeschlossen werden kann, wollen wir für diese Länder ein Abschiebemoratorium erlassen.

Wir wollen die Abschiebehaft abschaffen. Bis dahin muss sie so weit wie möglich vermieden werden. Die mit der Anordnung von Abschiebehaft verbundene Freiheitsentziehung kann in einem Rechtsstaat nur Ultima Ratio sein und soll so weit als möglich vermieden werden. Sie stellt den stärksten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen dar, den das deutsche Rechtssystem kennt. Damit ist stets auch eine besondere psychische Belastung der Betroffenen verbunden. Abschiebungshaft ist daher immer nur als letztes Mittel zur unmittelbaren Durchsetzung einer Ausreiseverpflichtung zu betrachten. Bis zur Abschaffung der Abschiebungshaft wollen wir zumindest die Einhaltung strenger menschenrechtlicher Standards durchsetzen. Wir wollen eine strikte Trennung von der Straf- oder Untersuchungshaft und eine Begrenzung der Haft auf maximal drei Monate. Außerdem müssen besonders Schutzbedürftige, wie Minderjährige, Schwangere, Traumatisierte und Alte, von der Inhaftnahme ausnahmslos ausgenommen werden.

Das entwürdigende Flughafenverfahren, bei dem Asylsuchende bereits am Flughafen festgehalten werden, muss ein Ende haben. Alle müssen das Recht haben, sich vor Gericht gegen Abschiebungen effektiv zu wehren – auch wenn ein anderer EU-Staat für ihr Asylverfahren zuständig ist. Langjährig hier lebende, bisher nur geduldete Menschen müssen über eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eine sichere Zukunftsperspektive bekommen.

Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir setzen uns für die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Insbesondere wollen wir die Heraufsetzung der Handlungsfähigkeit in Asylverfahren von 16 auf 18 Jahre. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen vollen Zugang zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wie des Gesundheitssystems bekommen. Für uns gilt der Leitsatz: „Kein Mensch ist illegal!“ Deswegen wollen wir, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können. Außerdem muss für Menschen, die über viele Jahre hinweg ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland gelebt haben, die Möglichkeit zur Erlangung eines sichereren Aufenthaltstitels geschaffen werden. Kurzfristig wollen

wir das hohe Strafmaß bei irregulärer Einreise und irregulärem Aufenthalt deutlich verringern.

8. Gleiche Rechte schaffen – Homo- und Transphobie entgegentreten

Lesben und Schwule können heute so frei wie nie zuvor in Deutschland lieben und leben. Das ist auch ein Erfolg grüner Politik. Aber Diskriminierung ist noch nicht überwunden. Wir wollen daher einen bundesweiten „Aktionsplan für Vielfalt", der Homophobie und Transphobie entgegensteuert, der Forschung u. a. zu Diskriminierungen sowie queeren Lebensweisen fördert, insbesondere Jugendliche stärkt und deren Ausgrenzung im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit entgegenwirkt. Im Besonderen brauchen wir für Menschen aller Altersklassen und vor allem Jugendliche einen Ausbau der Comingout-Beratung. Im Unterricht sollen alle Lebensweisen und sexuellen Identitäten gleichberechtigt dargestellt werden. Auch muss es möglich sein, im Alter nicht heterosexuelle Lebensentwürfe frei von Diskriminierung zu leben.

In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und das gemeinschaftliche Adoptionsrecht ermöglichen. Viele Kinder leben bereits mit zwei Müttern oder Vätern. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.

Wir unterstützen transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte. Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und Selbstbestimmung zum Leitbild haben, die Pathologisierung beenden und die Menschenwürde sichern. Die Leistungspflicht der Krankenkassen muss gesichert werden. Etwa 150 Kinder werden jedes Jahr in Deutschland geboren, die keinem Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben. Geschlechtliche Uneindeutigkeit muss rechtlich zugelassen und anerkannt werden.

In vielen Ländern wird LSBTTI das Leben zur Hölle gemacht: strafrechtliche Verfolgung, Unterdrückung, Gewalt und Zensur. Deutsche Politik muss hier klar Position beziehen und MenschenrechtsverteidigerInnen aktiv stärken, auch durch finanzielle Unterstützung der hier bereits erfolgreich tätigen zivilgesellschaftlichen Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Auch seine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss Deutschland für die Stärkung der Rechte sexueller Minderheiten weltweit nutzen. Einsatz für die Menschenrechte wird zudem umso glaubwürdiger, wenn Deutschland die Opfer seiner eigenen früheren antihomosexuellen Strafgesetze (insbesondere §175 StGB) endlich rehabilitiert und entschädigt.

Wer GRÜN wählt ...

- macht die BürgerInnenrechte wieder stark.
- bekommt ein wirksames Datenschutzpaket.
- sorgt für Inklusion und klare Kante gegen Diskriminierungen.
- erleichtert die Einwanderung, Einbürgerung und schützt Flüchtlinge.
- öffnet die Ehe für lesbische und schwule Paare.
- erhält eine interkulturelle Öffnung der öffentlichen Institutionen.

Schlüsselprojekte

BürgerInnenrechte und den Rechtsstaat stärken – neue Sicherheitsarchitektur bauen

Wir stellen Sicherheit in den Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Deshalb stärken wir die BürgerInnenrechte und stellen in Grundrechte eingreifende Sicherheitsgesetze auf den Prüfstand.

Wir setzen auf Reformen bei Justiz, Polizei und eine klare Zäsur beim Verfassungsschutz. Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten, personeller und struktureller Neustart, klare Eingrenzung, Kontrolle und gesetzlich geregelte Verfahren bei nachrichtendienstlichen Befugnissen, Förderung einer neuen Polizeikultur, Stärkung des Rechtsstaates: So bauen wir an einer neuen Sicherheitsarchitektur.

Gleiche Rechte für gleiche Liebe – die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen

Wir wollen, dass alle Paare die Ehe eingehen können. Dank uns GRÜNEN war Deutschland Vorreiter bei der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften. Heute haben uns viele Länder überholt. In Argentinien, Spanien, Südafrika, den Niederlanden und in anderen Ländern wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bereits geöffnet. Diesen Weg muss endlich auch Deutschland gehen. Damit wird die Gleichstellung vollendet – etwa im Steuer- und Beamtenrecht oder beim gleichberechtigten Adoptionsrecht. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und deshalb auch die gleichen Rechte.

Einbürgerung erleichtern – Rechte von AsylbewerberInnen stärken

Viele Menschen leben schon lange in Deutschland, ohne staatsbürgerschaftliche Rechte zu haben. Wir setzen auf eine Einbürgerungsoffensive. Sie umfasst die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit, den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland und die Streichung des Optionszwangs. Wir wollen das Aufenthaltsrecht von einem Ordnungs- und Abwehrrecht umbauen zu einem echten Zuwanderungsrecht. Integration kann nur gelingen, wenn Menschen in Rechtssicherheit leben können. Wir treten deshalb für ein großzügiges Recht auf Familiennachzug ein sowie für einen sicheren Aufenthaltsstatus für Menschen, die lange in Deutschland leben. Wir wollen eine Willkommenskultur etablieren unter anderem durch eine interkulturelle Öffnung von Schulen, Krankenhäusern, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Grundrech-

te gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen. Wir fordern deshalb unter anderem die Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nicht nur sind die Leistungen unzureichend. Dieses Gesetz versperrt Flüchtlingen auch den Weg zum Gesundheitssystem. Für uns gilt, was das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt hat: Das Existenzminimum ist für alle in Deutschland gleich.

Inklusives Gemeinwesen voranbringen – Teilhabe sicherstellen

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Wir wollen dafür ein Teilhabeleistungsgesetz auf den Weg bringen, bei dem die Unterstützungsleistungen aus der Sozialhilfe gelöst werden und der Kostenvorbehalt sowie die Einkommens- und Vermögensabhängigkeit gestrichen werden. Wir treten dafür ein, dass der Bund sich im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung an den Kosten für die Eingliederungshilfe beteiligt.

Die Sicherheit der KonsumentInnen stärken – Drogenpolitik reformieren

Der globale „War on Drugs" ist gescheitert. Jährlich sterben Millionen Menschen aufgrund der derzeitigen Verbotspolitik. Statt Verfolgung von KonsumentInnen wollen wir eine Reform der Drogenpolitik. Wir setzen dabei auf das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Die gesundheitlichen Risiken wollen wir durch Prävention und Aufklärung minimieren. Wir fordern die langfristig an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller Drogen. Dazu gehören für uns auch die Ausweitung von Drug-Checking und Spritzentauschprogrammen. Außerdem wollen wir den Eigenverbrauch und privaten Anbau von Cannabis legalisieren und den Verkauf besteuern. Wir wollen Cannabis für Medizin und Forschung nutzen.

0. Gleichberechtigung schaffen

Wie wir eine geschlechtergerechte Gesellschaft erreichen und endlich die Benachteiligung von Frauen beenden

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens.

Im Zentrum unserer Geschlechterpolitik stehen eine Zeitpolitik und Rahmenbedingungen, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen Lebensentwürfen von Männern und Frauen Rechnung tragen. Denn wir alle brauchen Zeit für Phasen der Fürsorgearbeit, für Bildung, für Karrieren, Zeit für uns selbst. Diese Zeiten müssen möglich und sie müssen sozial abgesichert sein.

Für die Bundesregierung und ihre Frauenministerin sind die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur störend. Sie hält an überkommenen Rollenbildern fest, wie sie sich in dem unsäglichen Betreuungsgeld oder dem Ehegattensplitting ausdrücken. Sie setzt auf Freiwilligkeit bei Fördermaßnahmen in der Wirtschaft, obwohl längst klar ist, dass sich so nichts bewegt, und bekämpft mit allen Mitteln die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote für Aufsichtsräte. Aber es gibt zaghafte Bewegung – immerhin. Selbst CSU-PolitikerInnen streiten für die Quote. Das Interesse von Vätern an Elternzeit steigt. Das sind wichtige Erfolge der Frauenbewegung und auch von uns GRÜNEN. Dennoch bleibt der Fortschritt eine Schnecke: Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der Entgeltgleichheit. Dabei ist die Lohnlücke in Westdeutschland wesentlich größer, da Frauen in Ostdeutschland, auch wenn sie Kinder haben, öfter und in größerem Umfang erwerbstätig sind. Denn das traditionelle Alleinernährermodell hatte in der ehemaligen DDR nicht die gesellschaftliche Bedeutung wie in der alten Bundesrepublik erlangt. Aber auch in Ostdeutschland hat sich die Infrastruktur für Eltern verschlechtert. So nimmt im gesamten Bundesgebiet die Anzahl der in Teilzeit oder geringfügigen Jobs beschäftigten Frauen zu. Damit wird

die Rentenlücke größer und Altersarmut ist vorprogrammiert. Mit der Lebensverlaufsperspektive werden die Auswirkungen von Entscheidungen in einer Lebensphase auf ein ganzes Leben deutlich. Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die über alle Lebensphasen hinweg konsistent ist. Es ist widersprüchlich, steuerliche Anreize für das Haupternährermodell durch das Ehegattensplitting zu setzen, aber nach einer Scheidung die zügige Sicherung des Lebensunterhalts durch eigene Erwerbstätigkeit zu fordern.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." So steht es im Grundgesetz. Es gibt uns den Auftrag, auf die Durchsetzung dieser Gleichberechtigung hinzuwirken. Diesen Auftrag wollen wir erfüllen. Uns geht's ums Ganze und das heißt konkret: „Die Hälfte der Macht und der Verantwortung für Frauen und Männer." Von einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen bis dahin, dass Männer überholte Rollenbilder überwinden und die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen besser verteilt ist – es bleibt noch viel zu tun, bis Frauen so teilhaben können, wie es ihnen zusteht.

Gleichberechtigung braucht Geschlechterdemokratie. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen selbstverständlich auf Augenhöhe beteiligen können – in der Gesellschaft, im Parlament und am Arbeitsplatz.

Gleichberechtigung schafft Zukunft, denn nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft wird die Aufgaben von morgen bewältigen.

1. Gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chance

Das Familienideal gerade in Westdeutschland scheint stabil: ein männlicher Haupternährer, die Mutter – oftmals ebenso oder besser qualifiziert – jongliert nach einer Erwerbsunterbrechung einen Halbtagsjob, holt die Kinder vom Kindergarten ab, schmeißt den Haushalt und pflegt die Angehörigen. Inzwischen ist aber deutlich, wie brüchig dieses Bild geworden ist und welch hohe Risiken es birgt. Befristete Jobs, Erwerbslosigkeit, Krankheit oder auch Scheidung bringen dieses Konstrukt sehr schnell ins Schleudern. Auch dass es immer mehr Alleinerziehende gibt, wird allzu oft vergessen.

Es gibt viel zu tun, denn wir leben noch lange nicht in einer Gesellschaft, die frei ist von struktureller Benachteiligung und Machtstrukturen, die Frauen diskriminieren. Das nicht mehr so neue Unterhaltsrecht fordert von den Müttern nach einer Scheidung zügig für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen – und sieht für den entgangenen beruflichen Aufstieg in den Betreuungszeiten keine Kompensationen vor. Auf der anderen Seite sind eine junge, gut ausgebildete Frauengeneration und immer mehr Männer nicht mehr bereit, ein tradiertes Familienbild zu leben. Sie fordern Gleichberechtigung in der Partnerschaft, Elternzeit für beide, Erwerbsunterbrechungen und Arbeitszeitreduzierung.

Insbesondere der eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit für Frauen stehen Hindernisse entgegen. Dazu gehören neben mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die immer noch als ein individuelles Problem der Frauen angesehen wird und nicht als ein strukturelles Defizit, die Schwierigkeiten beim beruflichen Ein- und Aufstieg. Dabei wollen auch viele Männer nicht mehr eine Vollzeiterwerbstätigkeit ausüben, die keine Zeit für Kinder oder Sorgearbeit lässt. Sie wollen Wahlfreiheit, die wirklich eine freie Wahl lässt. Davon sind wir aller Vereinbarkeitsrhetorik zum Trotz noch weit entfernt.

Freiwilligkeit bringt uns nicht weiter. Ohne gesetzliche Maßnahmen wird das nicht gehen. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, Regelungen für die Privatwirtschaft und eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Perspektivisch wollen wir die Quote auch auf andere Ebenen ausweiten und so Frauen nicht nur in Führungsetagen, sondern im gesamten Unternehmen gleichstellen. Wir müssen die Arbeitszeiten so regeln, dass es neben dem Recht auf Teilzeit auch ein Recht auf Rückkehr zu Vollzeit gibt. Wir brauchen qualifizierte Angebote für Erwerbslose und WiedereinsteigerInnen nach einer Familienzeit. Die Lage der Alleinerziehenden hat sich in den vergangenen Jahren sogar noch verschlechtert. Um das Armutsrisiko zu vermindern, brauchen sie besondere Unterstützung in Form von Betreuungsinfrastruktur und flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie die Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschusses. Von Altersarmut sind insbesondere Frauen betroffen. Gründe liegen in Teilzeitbeschäftigung, Minijobs und Auszeiten für Betreuung von Kindern und Angehörigen, also in der mangelnden Vereinbarkeit

von Familie und Beruf. Dies wollen wir ändern. Daher wollen wir u. a. durch den ganztägigen Kita-Ausbau, den Ausbau von Ganztagsschulen, durch flexible Arbeitszeitmodelle und durch mehr Akzeptanz von Vätern in Eltern- und Teilzeit Frauen die Möglichkeit geben, erwerbstätig zu sein. Mit unserem Konzept der Garantierente schlagen wir zudem ein Rentenkonzept vor, das insbesondere Frauen vor Altersarmut schützt.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist gestiegen, allerdings bei nahezu gleichbleibendem Arbeitsvolumen. Immer mehr Frauen arbeiten immer weniger. Viele sind jedoch mit ihren Arbeitszeiten unzufrieden und würden lieber mehr arbeiten und verdienen. Wir wollen Arbeitszeit und Arbeitsvolumen zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten besser verteilen. Die sogenannten Minijobs müssen sozialverträglich ersetzt werden. In der Kombination mit der Mitversicherung in der Krankenversicherung und dem Ehegattensplitting behindern sie die eigenständige Existenzsicherung, weil sie das Signal aussenden, dass sich eine sozialversicherungspflichtige Arbeit kaum lohnt. Langfristige Nachteile wie niedrige Renten werden von der Merkel-Regierung ignoriert. Wir wollen das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagsschulen und für eine Kindergrundsicherung nutzen. Bedarfsgemeinschaften wollen wir ersetzen durch eine individuelle Existenzsicherung. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wollen wir diesen Wechsel in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Kurzfristig brauchen wir den Zugang zu allen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung unabhängig vom Leistungsbezug.

In einer Gesellschaft, die Vielfalt als Bereicherung erfährt, kommt MigrantInnen eine wichtige Rolle zu. Allerdings finden viele trotz qualifizierter Ausbildung nur eine niedrig bezahlte Beschäftigung z. B. in der Reinigung oder Pflege. Bei der Ausbildungsplatz- und Studienfachwahl wählen gerade junge Frauen aus einem nur eingeschränkten Spektrum. Damit nutzen sie ihre Potentiale nicht aus, der Wirtschaft gehen wichtige Nachwuchskräfte verloren.

Junge Frauen und Männer sowie ArbeitgeberInnen sollten für geschlechtsuntypische Entscheidungen motiviert werden.

2. Männer in neuen Rollen unterstützen

Gleiche Rechte und Pflichten werden wir nur dann erreichen, wenn auch Männer als Akteure für Gleichberechtigung stärker in den Blick genommen werden. Immer mehr Männer erkennen, dass traditionelle Männerrollen auch negative Seiten für sie haben, und wollen zum Beispiel nicht mehr nur Alleinverdiener oder Haupternährer der Familie sein, sondern wünschen sich auch eine aktive Vaterschaft. Dabei finden sie aber – genau wie Frauen – Rahmenbedingungen vor, die traditionelles Rollenverhalten fördern. Grüne Politik ist feministisch und emanzipatorisch, sie löst Geschlechterrollen auf und erlaubt allen Menschen mehr individuelle Gestaltungsfreiheit. Damit kommt Bewegung in die geschlechterpolitische Debatte. Dazu ist es nötig, Männer, Jungen und Väter darin zu unterstützen, sich in gleichstellungspolitischen Anliegen besser zu vernetzen. Sie sind Partner bei der Umsetzung von Gleichstellung. Ihre Anliegen und Bedürfnisse sollen in der geschlechterpolitischen Debatte ihren eigenen Raum finden.

Wir wollen Männer unterstützen, neue Wege zu gehen und auch vermehrt Berufe, die klassisch mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, wie z. B. im pädagogischen Bereich und der sogenannten Care-Arbeit, zu ergreifen. Die Vereinbarkeit von Lebens- und Arbeitswelt ist auch ein Thema für Männer. Die „Partnermonate" beim Elterngeld waren und sind ein erster Erfolg. Eine Weiterentwicklung der Elternzeit soll es auch für Männer selbstverständlicher machen, familiäre Aufgaben zu übernehmen. Eine geschlechtersensible Pädagogik stellt die Frage, inwieweit alle Kinder individuell am besten gefördert werden können. Deswegen unterstützen wir geschlechtersensible Bildungsarbeit und Berufsberatungsangebote.

Die Politik muss ebenso wie die Wissenschaft die Veränderungen der Rollenbilder auch von Männern stärker berücksichtigen. Wir wollen eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitforschung für Genderfragen umsetzen. Wir brauchen einen Aufbruch für die Männergesundheit, eine stärkere Konzentration auf die Prävention und Vorsorgeuntersuchungen von Männerkrankheiten, in den Kranken-

kassen und in der betrieblichen Gesundheitsförderung. Zum Thema Männer als Opfer von Gewalt liegen bisher kaum Daten vor. Hier wollen wir mehr Forschung ebenso wie eine gesellschaftliche Debatte.

3. Die Demokratie vervollständigen

Unsere Demokratie lebt vom Engagement, vom Mitmachen. Tatsächlich sinkt in vielen Landtagen und Kommunalvertretungen der Anteil von Frauen. Das ist knapp 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ein äußerst bedenklicher Trend. Wir wollen auch mit gesetzlichen Regelungen den Frauenanteil und die politische Teilhabe erhöhen, ähnlich wie das mit dem französischen Paritätsgesetz ermöglicht wurde. Erfahrungsgemäß erhöhen vor allem feste Quoten den Anteil von Frauen in Parteien und Parlamenten. Durch eine Dokumentationspflicht von Frauen- und Männeranteil bei Nominierungsveranstaltungen wollen wir gendersensible Daten über politische Beteiligungsprozesse erheben.

Wir halten an der Strategie des Gender-Mainstreamings fest, mit der bei allen politischen Handlungen nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer gefragt wird. Unser Ziel ist Geschlechterdemokratie, die ein gerechtes Verhältnis von Frauen und Männern beinhaltet. Eine bundesweite Forschungseinrichtung zur Gleichstellung soll wissenschaftliche Expertise bündeln, Diskussionsprozesse initiieren und unterstützen. Wir wollen einen zweiten Bundesgleichstellungsbericht erstellen lassen, der die Schwerpunkte auf die Bereiche legt, die im ersten Bericht nicht ausführlich behandelt werden konnten.

Durch die Einführung des Gender-Budgetings auf allen Ebenen wollen wir Gleichberechtigung auch im Bereich der Haushaltspolitik umsetzen. Die geschlechtersensible Analyse eines Haushalts macht deutlich, welche Auswirkungen die Verwendung öffentlicher Mittel auf Frauen und Männer in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen hat.

4. Über den Körper selbst bestimmen

Selbstbestimmung umfasst auch den eigenen Körper. Frauen müssen über ihre Schwangerschaften frei und ohne Kriminalisierung entscheiden können. Das Recht auf Information und freiwillige Beratung muss allen offenstehen. Dazu gehören auch freiwillige Angebote rund um vorgeburtliche Untersuchungsmethoden. In Deutschland gibt es eine hohe Quote an Geburten mit Kaiserschnitt. Wir wollen die Beratung und Unterstützung durch Hebammen stärken mit dem Ziel, Frauen eine selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen. Fehlanreize zur Durchführung nicht medizinisch indizierter Kaiserschnitte müssen abgeschafft werden. Frauen müssen während der Schwangerschaft, Geburt und in der Nachsorge Zugang zu einer kontinuierlichen Betreuung durch eine Hebamme ihres Vertrauens haben. Für BezieherInnen von Transferleistungen sind Verhütungsmittel unentgeltlich bereitzustellen. Die „Pille danach" muss rezeptfrei erhältlich sein. Auf die Nebenwirkungen und die Notwendigkeit von Kontrolluntersuchungen soll hingewiesen werden.

Der Druck, auch den eigenen Körper so weit wie möglich zu optimieren, ist real vorhanden. Abweichungen von der Norm sind schwer zu leben, Fälle von Essstörungen nehmen zu, ebenso wie der Anteil von Schönheitsoperationen. Dabei kommt der photogeshoppten, zum Teil offensichtlich, zum Teil eher subtil sexistischen Werbung eine nicht unwesentliche Rolle zu. Gerade für junge Menschen wird hier ein hoher Druck aufgebaut und ein starres Schönheitsideal vermittelt. Hierüber ist ein gesellschaftlicher Verständigungsprozess erforderlich, der für körperliche Vielfalt sensibilisiert und Sexismus in den Medien ächtet.

Abweichungen von der Norm der Zweigeschlechtlichkeit sind in unserer jetzigen Gesellschaft schwer zu leben, müssen aber selbstbestimmt möglich sein. Obwohl intergeschlechtliche Menschen meist ohne medizinische Eingriffe oder Hormonpräparate leben können, werden sie oft unmittelbar nach der Geburt operiert und leiden oft ihr ganzes Leben darunter. Hier fehlt es an Aufklärung und Beratung der Eltern sowie ausreichend geschultem medizinischem Personal. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit muss auch für Intersexuelle gelten. Wir fordern deshalb, dass medizinisch nicht notwendige Eingriffe nur mit Einwilligung der Intersexuellen selbst durchgeführt werden können.

5. Gewalt ächten

Gewalt ist für viele Frauen bittere Realität. Das Gewaltschutzgesetz hat mit der erleichterten Überlassung der Wohnung die Situation für Gewaltbetroffene in Familien wesentlich verbessert. Dennoch müssen jährlich etwa 34.000 Frauen und Kinder in Frauenhäuser fliehen. Weder die Anzahl der Plätze noch die Hilfs- und Beratungsangebote sind ausreichend. Wir brauchen spezifische Angebote und Plätze in Frauenhäusern, insbesondere für Frauen mit Behinderung, Migrantinnen, Frauen mit Kindern und pflegebedürftige Frauen. Mit der zentralen Notrufnummer sollen mehr Betroffene erreicht werden – dann müssen aber auch die Unterstützungseinrichtungen mehr Mittel erhalten. Auch ältere Frauen, Migrantinnen, Frauen mit geringem Einkommen und Frauen in Ausbildung oder ohne eigenes Einkommen haben Schwierigkeiten. Als besondere Gruppe von Gewalt betroffen sind außerdem Frauen in der Obdachlosigkeit. Sie befinden sich oft in problematischen Abhängigkeitsverhältnissen und werden aufgrund eines fehlenden festen Wohnsitzes nicht in Frauenhäusern aufgenommen. Ihnen müssen eigenständige Unterstützungsangebote gemacht werden. Wir müssen eine ausreichende Finanzierung für ein qualitativ hochwertiges Angebot durch die Übernahme als staatliche Pflichtaufgabe für all diese spezifischen Bedürfnisse sicherstellen. Für vergewaltigte Frauen muss zeitnah eine qualifizierte Notfallversorgung und -behandlung einschließlich (anonymer) Spurensicherung und einer Notfallverhütung mit der „Pille danach“ in allen deutschen Krankenhäusern sichergestellt sein. Die Finanzierung des Notfallpakets muss gewährleistet werden.

Vergewaltigungsmythen, die dazu führen, dass Betroffenen von sexualisierter Gewalt generell eine Teilschuld zugeschrieben wird, sind in Deutschland immer noch weit verbreitet. Sie tragen dazu bei, dass die Dunkelziffer für diese Straftaten weiterhin sehr hoch ist. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass Betroffene deutschlandweit von regelmäßig geschulten und sensibilisierten Polizei- und JustizbeamtInnen betreut werden. Außerdem muss die Finanzierung von umfangreichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten gewährleistet sein. Dadurch wollen wir die Betroffenen von sexualisierter Gewalt vor einer erneuten Traumatisierung schützen. Dazu gehört auch eine Überprüfung der Strafgesetzgebung.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind regelmäßig Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt. Es gibt zu wenig Angebote und auch zu wenig Schutz für sie in den Einrichtungen, in denen sie leben. Deshalb brauchen wir verpflichtende Antidiskriminierungsmaßnahmen und spezifische Förderung, damit auch sie selbstbestimmt leben können. Eine geschlechtergerechte Ausrichtung der Inklusion und umfassende Maßnahmen gegen die Mehrfachdiskriminierung und Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen ist dringend erforderlich.

Das rot-grüne Prostitutionsgesetz hat den Bereich des Sexgewerbes entkriminalisiert und die Doppelmoral rechtlich beendet. Das war ein längst überfälliger Schritt. Eine Rückkehr zum Verbot der Prostitution würde die Prostituierten in die Illegalität drängen, ihre Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern und sie stärker der Gefahr von gewalttätigen Übergriffen aussetzen. Allerdings blieb man damals auf halbem Wege stehen. Deshalb werden wir das Prostitutionsgesetz im Bundestag weiterentwickeln. Unser Ziel ist der möglichst weitgehende Schutz von Prostituierten. Das Beratungs- und Hilfsangebot wollen wir ausbauen und niedrigschwellig zugänglich machen. SexarbeiterInnen müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden. Wir wollen einen Ausbau der Ausstiegsprogramme. Dabei setzen wir nicht auf Einschränkungen, sondern auf das Recht: So sollen unter anderem Prostitutionsbetriebe ab einer bestimmten Größe der gewerberechtlichen Erlaubnispflicht unterliegen. Durch gewerberechtliche Überprüfungen von Prostitutionsstätten und ihren BetreiberInnen wollen wir SexarbeiterInnen schützen und ihre Arbeitsbedingungen sicherer machen. Außerdem wollen wir sie rechtlich besser schützen vor Mietwucher und Ausbeutung und überprüfen, inwieweit der Zugang zur Sozialversicherung verbessert werden kann. Wir wollen zusätzlich kostenfreie medizinische Beratungsangebote für SexarbeiterInnen schaffen.

Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung und eine schwere, abscheuliche Straftat. Die Umsetzung der Europaratskonvention und der EU-Opferschutzrichtlinie gegen Menschenhandel erfordert gesetzliche Neuregelungen auch auf nationaler Ebene. Die Opfer müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden, insbesondere, aber nicht nur während laufender Gerichtsverfahren. Ein dauerhaftes

Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen und so zur Ermittlung der TäterInnen und Erhellung der Strukturen führen. Menschenhandelsopfer, die als ZeugInnen auftreten, brauchen ein umfassendes Opferschutzprogramm. Freier von Zwangsprostituierten müssen auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn ihnen bekannt ist, dass es sich bei dem Opfer um eine Zwangsprostituierte handelt. Außerdem brauchen alle Opfer von Zwangsehen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht.

Frauen wie Männern, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, muss schnell, kompetent und effektiv geholfen werden. Dies erfordert länderübergreifendes Handeln und für alle verbindliche Leitlinien.

Auch in Deutschland leben viele von Genitalverstümmelung betroffene oder bedrohte Frauen und Mädchen. Das wollen wir ausdrücklich als Fall von schwerer Körperverletzung in das Strafgesetzbuch aufnehmen. Eine Bestrafung muss auch dann möglich sein, wenn Mädchen dazu ins Ausland verbracht wurden.

6. Europäische und internationale Frauenpolitik

Deutschland ist ein Global Player und das muss sich auch in unserer Frauenpolitik zeigen. Die schwarz-gelbe Regierung torpediert auf EU-Ebene die Initiative, eine Quote für Aufsichtsräte einzuführen. Sie kürzt in der Entwicklungshilfe die Mittel für Projekte zur Gleichberechtigung von Frauen und hebt die Bindung der Mittel an Frauenförderung auf. Für die Umsetzung von CEDAW (UN-Frauenrechtskonvention) bekommt die Regierung schlechte Noten. Und den Sitzungen von UN Women bleibt Ministerin Schröder fern.

Wir GRÜNE nehmen die internationalen Gremien ernst und werden auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik präsent sein. Wir werden Einfluss nehmen, zu unserer Verantwortung stehen und finanzielle Mittel in angemessener Höhe dafür zur Verfügung stellen. 50 % der Nahrungsmittel und über 70 % der Bekleidung weltweit werden von Frauen produziert und auch in Deutschland gekauft. Hier stehen wir in der Pflicht, uns mit und für die Frauen in den produzierenden Ländern für gute Arbeitsbedingungen einzusetzen. Auf

der anderen Seite gibt es Länder, die uns in Gleichstellungsfragen weit voraus sind. Der Austausch mit diesen Ländern ist wertvoll.

Auch unser diplomatischer Dienst macht tagtäglich ganz praktische Außenpolitik und benötigt dazu geschlechterpolitische Kompetenz. Wir setzen uns außerdem für mehr Diplomatinnen in den deutschen Vertretungen weltweit ein.

Wer GRÜN wählt ...

- will ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern.
- ist für die eigenständige Existenzsicherung und den Abschied vom Haupternährermodell.
- sorgt für gleiche Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
- bekommt mehr Frauen in den Parlamenten und Entscheidungspositionen.
- setzt sich für ein Leben ohne Gewalt ein.

Schlüsselprojekte

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – ein Entgeltgleichheitsgesetz erlassen

Frauen erhalten im Schnitt noch immer 22 % weniger Lohn als Männer. Typische Frauenberufe werden schlechter entlohnt als typische Männerberufe. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und Freiwilligkeit haben in den letzten zehn Jahren zu nichts geführt. Darum wollen wir das Gebot des gleichen Entgelts bei gleicher und gleichwertiger Arbeit mit gesetzlichen Regelungen und angemessenen Sanktionen durchsetzen. Damit gleiche Tätigkeiten und gleichwertige Jobs endlich gleich entlohnt werden.

Eigenständige Existenzsicherung voranbringen – Ehegattensplitting ersetzen

Unser Ziel ist, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, das, was er oder sie zum Leben braucht, selbst zu erwirtschaften. Dabei müssen Zeiten von Nichterwerbstätigkeit selbstverständlich abgesichert sein. Traditionelle Rollenbilder, die unsere Steuer- und Sozialgesetzgebung bis heute prägen, behindern dies. Strukturen, die vor allem für Frauen erhebliche Erwerbshemmnisse darstellen, wollen wir abbauen, dazu gehören unter anderen die Ersetzung der Minijobs, die Überführung der kostenlosen Mitversicherung in die BürgerInnenversicherung und der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Damit steigern wir die Erwerbsanreize für Frauen, leisten einen wichtigen Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senken das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Dabei werden wir in einem ersten Schritt Einkommen bis 60.000 Euro mit einem Splittingdeckel von Belastungen ausnehmen. Die frei werdenden Mittel werden wir in den massiven Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und in den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren. Mit einem umfassenden Aktionsprogramm werden wir Frauen unterstützen, den (Wieder-)Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit erfolgreich zu gestalten.

Die Hälfte der Macht den Frauen – eine verbindliche Quote einführen

Diverse Selbstverpflichtungen der Unternehmen blieben ohne größeren Einfluss auf den Frauenanteil in den Führungsgremien. Wir haben genug von den Lippenbekenntnissen und wollen endlich Taten sehen, um die gläserne Decke für Frauen zu beseitigen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände wie in Norwegen werden die Männerclubs in den Führungsetagen aufbrechen und zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und andere Frauen nachziehen. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

P. Kunst und Kultur beflügeln

Wie wir Kunst als gesellschaftlichen Stein des Anstoßes bestärken, kulturellen Wandel fördern und den Sport stärken

Kunst und Kultur ermöglichen es uns, die Welt mit anderen Augen zu sehen, differenzierter zuzuhören und neu zu denken. Sie sind entscheidend für Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und sie fördern die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft. Sie sind ein entscheidendes Feld sozialer Teilhabe. Sie können Impulsgeber für Veränderung und für die ständige Weiterentwicklung unseres Wertesystems sein.

Eine lebendige lernfähige und zukunftsorientierte Gesellschaft braucht eine starke kulturelle Infrastruktur, kulturelle Teilhabe, kulturelle Bildung und eine aktive Kulturpolitik. Wir stehen für faire Arbeitsbedingungen, künstlerische Freiheit, gleichberechtigte Zugänge und transparente Förderkriterien sowie eine transparente Mittelvergabe. Die Kreativen in unserem Land leisten einerseits einen großen Beitrag zum Wohlstand und damit auch zum Steueraufkommen, andererseits müssen viele selbständige KünstlerInnen und Kreative mit einem Einkommen knapp über dem Existenzminimum zurechtkommen. Neben den großen Häusern und den klassischen Kulturinstitutionen werden wir die freien Initiativen und Projekte stärker unterstützen und ihnen auch mehr Anerkennung verschaffen.

Kulturpolitik sollte nach unserem Verständnis Grenzen überwinden und Brücken bauen. Sie kann auch Grundlage im globalen Dialog und in der europäischen Integration und Verständigung sein. Kunst und Kultur fördern den Perspektivenwechsel und ein Gespür dafür, dass wir in der Einen Welt aufeinander angewiesen sind. Mit Blick auf die Dynamiken der Globalisierung ist die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wichtige Aufgabe des Bundes.

Es gibt eine Übereinkunft, dass eine lebendige, lernfähige Gesellschaft eine starke kulturelle Infrastruktur für die kulturelle Teilhabe aller braucht. Doch dafür brauchen wir eine andere, eine aktive und vorausschauende Kulturpolitik. Wir sehen und fördern Kunst und Kultur auch als Schlüssel zur Beteiligung gesellschaftlich benach-

teiligter Bevölkerungsgruppen – in der Stadt-, Quartiers- und Regionalentwicklung, bei Bauprojekten, der Anlage und Gestaltung von öffentlichen Freiräumen, in der Umweltbildung und für die ständige Entwicklung neuer Kulturangebote. Angesichts veränderter gesellschaftlicher Anforderungen, stärkerer gesellschaftlicher Segregation und knapper Kassen ist die Frage nach Erhalt, notwendigen Veränderungen und gegebenenfalls Neuausrichtungen kultureller Angebote, Institutionen und Förderungen immer wieder neu zu stellen.

Wir unterstützen kulturelle Orte, an denen alle teilhaben können – aktiv und passiv. Kunst und Kultur sind für uns kein elitäres Projekt – für die mit der umfassenden Vorbildung oder dem dicken Geldbeutel. Wir unterstützen die Kulturinstitutionen darin, Möglichkeitsräume für alle zu schaffen. Wir stehen für die Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden durch den Erhalt und die Schaffung kulturfreundlicher Rahmenbedingungen.

Gute Kulturpolitik schafft Zukunft und Lebensqualität. Wir brauchen die Kreativität und die Kraft, die Dinge anders zu sehen, als wir es gewohnt sind, und den Mut, die Dinge anders anzupacken, als sie schon immer gemacht wurden. Das gilt für die Zukunft von Demokratie und Menschenrechten ebenso wie für eine Welt in Nachhaltigkeit und Frieden. Sport und Bewegung sind wichtige Aspekte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Selbstverwirklichung jedes Menschen. Sportkultur ist vielfältig und Ausdruck einer lebendigen und bunten Gesellschaft.

1. Kultureinrichtungen für alle öffnen

Wir schaffen für alle einen Zugang zu Kunst und Kultur, indem wir auf kulturelle Bildung setzen und Kultureinrichtungen vor Ort stärken. Unser Ziel ist es, dass noch mehr Menschen in die kulturellen Räume, in die Theater, Konzertsäle, Kinos, Museen, Clubs und Bibliotheken kommen. Hierfür bauen wir die Barrieren ab, die physischen wie die sozialen. Unsere Kulturlandschaft muss für jede und jeden interessant, erschwinglich und zugänglich sein.

Durch kulturelle Bildung wird vielen Menschen die Tür zur Kunst aufgestoßen. Schulfächer wie Musik und Kunst sind essentieller Bestandteil einer guten Bildung. Dafür brauchen wir genügend

Personal, insbesondere künstlerische Lehrkräfte, und eine stärkere Kooperation mit den KollegInnen aus anderen Fachbereichen, Kulturinstitutionen sowie externen Kulturschaffenden. Die Pilotprojekte der Kulturstiftung des Bundes leisten dafür bereits einen wichtigen Beitrag, den wir mit zusätzlichen Mitteln unterstützen werden. Gleichzeitig erkennen und fördern wir das Potential jugend- und subkultureller Räume wie Skaterparks und Jugendzentren. Diese Räume sind eine Möglichkeit, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind – um gemeinsam mit ihnen diese Räume weiterzuentwickeln.

Auch im außerschulischen Bereich sollen die kulturellen Einrichtungen allen, ganz besonders Kindern und Jugendlichen, offenstehen. Dafür brauchen wir mehr KulturpädagogInnen, die fest in den Häusern verankert sind. Wir stärken dezentrale und niedrigschwellige Kulturangebote etwa in Jugendzentren oder Kinder- und Jugendtheatern. Wir stellen fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Kultureinrichtungen unterrepräsentiert sind. Hier sehen wir großen Handlungsbedarf und werden die Kultureinrichtungen bei der interkulturellen Öffnung stärken. In einer sich globalisierenden Welt sind trans- und interkulturelle Projekte und Erfahrungen eine große Triebkraft für Kreativität. Mit ihnen entsteht auch ein neues, kritisches und inklusives Bild von Heimat und Zugehörigkeit. Nicht zuletzt setzen wir uns für mehr Barrierefreiheit ein, damit Kultur allen zugänglich ist. Ein Beispiel für Barrierefreiheit ist unser grünes Engagement für den barrierefreien Film. Untertitelungen und Audiodeskriptionen für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen sind dank unserer Initiative in der Bundesfilmförderung nun verpflichtend. Wir wollen, dass dieses Beispiel breit Schule macht – auch im Fernsehangebot.

2. Gerechtigkeit für alle Kulturschaffenden

Eine Gesellschaft ohne KünstlerInnen und Kreative ist arm und leer. Privates Kultur-Sponsoring ist wichtig; es kann allein aber keine Grundlage für künstlerische und kulturelle Entfaltung liefern. Wir müssen Kulturschaffenden so viel Sicherheit bieten, dass sie experimentieren und auch scheitern können, dass sie uns herausfordern, kritisieren oder irritieren können. Kunst und kulturelle Werke wer-

den dabei von unterschiedlichsten Menschen geschaffen, professionell, semiprofessionell, aber auch in der Freizeit.

In Deutschland arbeiten etwa eine Million hochqualifizierte Kulturschaffende, KünstlerInnen und Kreative. Alle Kulturschaffenden in Deutschland brauchen angemessene steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen. Wir schaffen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit und sprechen uns für Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen für alle ausgebildeten InterpretInnen, BühnendarstellerInnen und Lehrenden ohne Festanstellung in Kunst und Kultur aus. Wir sorgen dafür, dass sie trotz brüchiger Erwerbsbiografien bei der Arbeitslosenversicherung und dem Krankengeldanspruch abgesichert sind. Die Aneinanderreihung zeitlich befristeter Honorarverträge jenseits einer angemessenen Vergütung wollen wir beenden. Bei der Einführung der Bürgerversicherung erhalten wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung.

Auch bei Lehrtätigen in Kunst und Kultur setzen sich Aneinanderreihungen von zeitlich befristeten Honorarverträgen ohne dauerhafte soziale Absicherung immer mehr durch, weit entfernt von einer angemessenen Vergütung.

Die digitale Gesellschaft ist Wirklichkeit und bietet zahlreiche, auch neue Möglichkeiten für kulturelle Teilhabe und kulturelle Vielfalt. Etablierte Kunstformen können sich im Internet weiterentwickeln und neue entstehen, Partizipation und Handeln werden revolutioniert. Wir wollen, dass künstlerische Leistung und kreative Arbeit als solche anerkannt und angemessen vergütet wird. Dies muss weiterhin Maßgabe bei der Reform und Modernisierung des Urheberrechts sein. Wir wollen UrheberInnen und NutzerInnen in ihren Rechten stärken und gleichzeitig Respekt und Vertrauen zwischen KünstlerInnen und NutzerInnen fördern. Deshalb setzen wir auf einen fairen Interessenausgleich. Mit der Reform des Urhebervertragsrechts stärken wir die UrheberInnen, denn sie sind heute oft in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber ihren GeschäftspartnerInnen, den VerwerterInnen und VermittlerInnen, die zwischen UrheberInnen und NutzerInnen stehen. Wir wollen das Schlichtungsverfahren über Vergütungsregeln zwischen Kreativen und VerwerterInnen so gestalten, dass es am Ende zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führt. Außerdem müssen die InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen auf Verlangen

darüber informieren, wie oft ihr Werk oder ihre Leistung genutzt wurde und welche Erträge damit erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie umfassend über die Nutzung ihrer Werke oder Leistungen informiert sind, können UrheberInnen und KünstlerInnen auf dieser Grundlage eine angemessene Vergütung verlangen. Weiterhin muss dafür Sorge getragen werden, dass gefundene Vereinbarungen kontrolliert und im Streitfall auch durchgesetzt werden. Urheberpersönlichkeitsrechte müssen auch in der Zukunft gewahrt bleiben, damit UrheberInnen auch weiterhin über die Nutzung ihrer Inhalte selbst entscheiden können. Leitbild für unsere politische Arbeit in diesem Bereich ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: dass jede und jeder das Recht hat, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben. Genauso hat jede und jeder das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihr/ihm als UrheberIn von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

3. Eine Reform der Kulturförderung

Wir schaffen eine verlässliche, transparente und öffentliche Kulturfinanzierung auch in den Zeiten der Schuldenkrisen und der Schuldenbremsen. Deshalb wollen wir die bestehenden Fonds, unter anderem für Soziokultur und darstellende Künste, unter dem Dach der Kulturstiftung des Bundes stärken und durch ein Programm zur Förderung künstlerischer Ausdrucksformen der Jugendkultur ergänzen. Auch die Förderung der Kulturarbeit der Vertriebenen ist nicht mehr zeitgemäß und führt oftmals zu Konflikten, statt die Verständigung mit unseren Nachbarn voranzutreiben. Wir richten die Förderung gemeinsam neu aus und schaffen mehr Transparenz. Der Kulturstaatsminister darf nicht weiterhin allein hinter verschlossenen Türen über die Bewilligung von Förderanträgen entscheiden, sondern wir brauchen transparente Kriterien, öffentliche, mitberatende Jurysitzungen und eine regelmäßige Evaluation in jedem Förderbereich. Auch die Kommunen müssen zur Wahrung ihrer unabhängigen Kulturförderung vor Ort stärker entlastet werden. Die Mehreinnahmen durch die grüne Reform der Erbschaftsteuer sind eine große Chance auch

für die Kultur. Als GRÜNE kämpfen wir in Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam dafür, dass sie genutzt wird. Wir treten für die Unterstützung regionaler kultureller Infrastruktur, wie des örtlichen Buchhandels und kleiner lokaler Kinos, ein.

Wir bekennen uns zur einzigartigen Kulturlandschaft der Bundesrepublik, mit ihren Theatern, Orchestern, der freien Szene und den Einrichtungen der Soziokultur. Wir wollen, dass die finanzielle Kluft zwischen den etablierten Häusern und der freien Szene nicht immer größer wird. Langfristiges Ziel muss sein, die Kooperationen mit der freien Szene zu verstetigen und für deren bessere finanzielle Absicherung zu sorgen. Wir fördern die verschiedenen Theaterformen und stärken Produktionsgemeinschaften. Wir sehen uns auch in der Verantwortung für die Kultur, die nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Die Entwicklung darf nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Mehr Unterstützung und Vermittlung seitens der Politik sind hier notwendig. Wir fordern die Prüfung eines KfW-Sonderprogramms Kulturförderung, das bei drohender Schließung Überbrückungskredite gewährt. Auch bei der energetischen Sanierung von Kulturgebäuden sollen Kultureinrichtungen von den bestehenden Programmen profitieren.

Wir heben das Doppelfinanzierungsverbot auf, um gerade auf diesem Feld die interministerielle Zusammenarbeit zu fördern. Wir planen die Einrichtung eines Fonds für „Ästhetik und Nachhaltigkeit". Denn die ökologische Krise erfordert einen Umbau unserer gesamten Gesellschaft, der sich nicht in technischen Fragen wie Gebäudesanierung erschöpft, sondern völlig neue Lebensweisen hervorbringen wird. Wir müssen aus der Tradition der europäischen Stadt eine neue Baukultur mit dem Menschen als zentralem Maßstab entwickeln. Hierfür sind Konzepte, Strategien und Strukturen des öffentlichen Designs zu entwickeln – „Infrastrukturen des Glücks", die sich den globalen und lokalen Aufgaben stellen, ohne das Maß an persönlicher Freiheit einzuschränken. Diese Entwicklung dürfen wir nicht der Sphäre der Ökonomie überlassen – die Künste, Kultur und Wissenschaft müssen tatkräftig mitwirken.

Ob Schauspiel, Musik, Bilder, Filme, Computerspiele oder Bücher – wir brauchen bei der Förderung einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Medien. Wir fördern alle kreativen Theaterformen und stärken die Produktionsgemeinschaften. Wir fordern

die Einrichtung eines Fonds „Neue Musik“ zur Förderung der Produktion, Aufführung und Vermittlung neuer musikalischer Werke aus allen musikalischen Sparten und unterstützen besonders junge MusikerInnen, indem mehr Probe- und Auftrittsmöglichkeiten geschaffen werden. Die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude wollen wir vereinfachen. Dadurch können wir auch die Liegenschaften des Bundes besser nutzen. Die vielfältige Clublandschaft wollen wir erhalten.

Künstlerinnen und Künstler erhalten bislang für die öffentliche Ausstellung ihrer Werke üblicherweise keinerlei Vergütung. Wir fordern daher, dass der Bund eine verpflichtende Ausstellungszahlung an bildende Künstlerinnen und Künstler in seine Förderkriterien aufnimmt. Dadurch kann der Bund eine Vorbildfunktion übernehmen für Länder, Kommunen und private Aussteller. Graffiti-KünstlerInnen muss mehr Raum und ihrer Kultur damit auch genug öffentliche Entfaltungsmöglichkeit gegeben werden.

Wir wollen die Filmförderung in Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen. Bei der Filmförderung geht es um die Verwirklichung anspruchsvoller kreativer Projekte – und nicht nur um ausgeklügelte Marketingpläne. Nicht das Schielen nach Hollywood, sondern qualitativ hochwertige Filme sind der Garant für nachhaltige Erfolge des deutschen und europäischen Films. Wir wollen deshalb den kulturellen Kriterien in der Filmförderung wieder Gewicht verleihen und nehmen die regionale Film- und Medienwirtschaft sowie kleine und freie Produktionen in den Blick. Dafür bedarf es auch Reformen in den Gremien der Filmförderung. Kreative Filmschaffende müssen mehr Einfluss bekommen. Wir unterstützen die Ökologisierung der Kulturwirtschaft, von der klimaschonenden Produktion über CO_2-neutrale Transporte, giftfreie und wiederverwendbaren Werkstoffe bis hin zu nachhaltigem Catering. Dahingehend stärken wir auch die Förderrichtlinien. Deshalb plädieren wir für eine „Green Film“-Initiative in der Bundesfilmförderung. Computerspiele sind kreative Werke. Wir wollen die Förderung von kulturell hochwertigen und außergewöhnlichen Games über den Computerspielpreis der Bundesregierung hinaus ausdehnen.

Wir sind stolz auf die vielfältige Literaturlandschaft in der Bundesrepublik und wollen sie unterstützen, indem wir junge AutorInnen, AutorInnen mit neuen und kreativen Ansätzen fördern und

gute Bedingungen auch für kleine Verlage schaffen. Wir tragen dazu bei, dass die Leseförderung intensiviert wird und nicht ausschließlich an Schulen stattfindet. Lesen und Schreiben sind die entscheidenden Voraussetzungen für Medien- und Konsumkompetenz, Integration und Inklusion, gesellschaftliche und politische Teilhabe. Deshalb wollen wir die öffentlichen, nicht kommerziellen Bibliotheken erhalten – als Orte des niedrigschwelligen und kostengünstigen Zugangs zu Literatur und Wissen. Zudem wollen wir die elektronische Ausleihe in Bibliotheken vereinfachen.

Wir brauchen unser kulturelles Erbe als Quelle des Nachdenkens und als Zeugnis stetigen Wandels. Deshalb soll die Digitalisierung und Archivierung von Video- und Audiokunst, Musik- und Filmarchiven, Flyer- und Streetart, aber auch „flüchtigen" Künsten, wie Theater und Tanz, vorangetrieben und zugänglich gemacht werden. Entsprechende Hürden wollen wir abbauen. Ebenso wie das visuelle Erbe muss auch das aktenmäßig dokumentierte historische Erbe aus den Archiven, Bibliotheken und Museen digitalisiert werden, um dauerhaft Teil der Erinnerungskultur bleiben zu können.

4. Anstoß für Demokratie und Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Frieden

Demokratie braucht Kultur. Kulturelle Orte sind Orte der gesellschaftlichen Begegnung, der produktiven Reibung. Sie sind Keimzellen für demokratische Ideen und Prozesse. Sie schaffen Raum für Neues, für Reflexion und Widerspruch, für Debatte und Diskurs. Sie sind unser gesellschaftliches Labor – abseits vom Sound des Sachzwangs. Kultur ist ein Medium der Freiheit und Individualität. Wo sie – auch unter dem Vorwand der „Beleidigung religiöser Gefühle" – zum Angriffsziel menschenrechts- und demokratiefeindlicher Kräfte wird, werden wir entschlossen für sie Partei ergreifen.

Kultur schafft Raum für Protest. Gerade an Orten der Unterdrückung und in Zeiten der Verfolgung. Bei systematischen Menschenrechtsverletzungen ist die Kunst oft das einzige Sprachrohr, über das Protest uns noch erreicht. Wir müssen diese Kanäle offenhalten. Künstlerinnen und Künstler, die mutig genug sind aufzustehen und Widerstand zu leisten, finden unsere Solidarität: vom

chinesischen Schriftsteller Liao Yiwu bis zur russischen Band Pussy Riot, von den Dichterinnen des Arabischen Frühlings bis zum iranischen Filmemacher Jafar Panahi.

Kultur ist ein wichtiges Mittel in der Präventionsarbeit und im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Neonazis haben in Regionen ohne zureichendes Kulturangebot, ohne Jugendzentren und sonstige Orte der Begegnung, oft ein leichtes Spiel. Deswegen fordern wir auch für die kulturellen Initiativen gegen den Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine sichere und verstetigte Förderung durch den Bund.

Kultur stellt Fragen nach einer ökologisch verantwortungsbewussten Lebensweise. Diese Fragen und Irritationen können uns aus dem alltäglichen Phlegma der ressourcenverschwendenden Bequemlichkeit herausreißen. Deshalb werden wir das Politikfeld Kultur in den Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen.

Kulturpolitik ist Friedenspolitik. Auswärtige Kulturpolitik und internationaler Kulturaustausch gehören zu den wichtigsten Instrumenten für Völkerverständigung. Die auswärtige Kulturpolitik werden wir deshalb stärken, insbesondere Mittlerorganisationen wie Goethe-Institut und Deutscher Akademischer Austauschdienst. Wir begreifen kulturelle Verständigung als einen Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa und für den notwendigen „Dialog der Kulturen“ weltweit. Kultur kann Dialoge mit Ländern eröffnen, zu denen es keine weiteren Zugänge gibt. Sie spielt eine wichtige Rolle in der Krisenprävention und Konfliktüberwindung. Auch ihre Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend erkannt. Im Sinne der „UNESCO-Erklärung zur kulturellen Vielfalt“ verstehen wir die Vielfalt der Kulturen als wesentliche Ressource für die Zukunft der Menschheit.

5. Erinnerung wachhalten – Verantwortung übernehmen

Die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Vertreibung und Ermordung von über sechs Millionen Menschen jüdischer Abstammung muss ihren Niederschlag in einer vielfältigen Erinnerungskultur finden. Diese ist umso wichtiger, als bald keine Überlebenden und ZeitzeugInnen des Nationalsozialismus von ihrer Erfahrung berichten können. Auch vor diesem Hintergrund hat dieses Land nicht mehr viel Zeit, seine notwendige Verantwortung wahrzunehmen. So fand gegenüber der zweitgrößten Opfergruppe des NS, den sowjetischen Kriegsgefangenen, bis heute keine Anerkennung als rassisch Verfolgte und keine Entschädigung statt. Wir werden dies ebenso einfordern wie eine Anerkennung der Opfer der NS-„Euthanasie"-Programme und der Zwangssterilisation als rassisch Verfolgte des Nationalsozialismus. Gerade im Bereich der Bildung müssen neue Formen der Erinnerungskultur systematisch verankert werden. Gedenkstätten, Erinnerungsorte, Museen, Bibliotheken und Archive müssen durch eigens dafür ausgebildete PädagogInnen gepflegt und bundesweit koordiniert werden. Zur Erinnerung gehört für uns, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten und in dem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit Leben und Werk verfolgter KünstlerInnen zu verstärken. Wir begrüßen, dass mit auf grüne Initiative hin ein Informationsort „T4" zu den NS-Euthanasiemorden entsteht. Erfreulich ist auch, dass es in Berlin endlich ein Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma gibt. Doch es genügt offensichtlich nicht, Denkmäler einzuweihen, denn während wir der im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma gedenken, betreibt die schwarz-gelbe Bundesregierung gegen die Lebenden eine rassistische „Asylmissbrauchs"- oder „Armutszuwanderungs"-Kampagne.

Aufarbeitung brauchen wir auch bei den Ministerien und Behörden. Sie sollen ihre NS-Vergangenheit so untersuchen lassen, wie wir es etwa im Auswärtigen Amt angestoßen haben. Nötig ist jetzt ein systematisches Vorgehen, auch mit Blick auf die großen Irritationen im Umgang von Bundesministerien und Behörden mit NS-Verbrechern wie Eichmann, Barbie oder Carl Theodor Schütz. Wir brauchen klare Kriterien für weitere Untersuchungen und den Umgang mit den Ergebnissen. Und eine bessere Koordinierung bei

der Aufarbeitung – auf Bundesebene, aber auch in die Länder, Kreise und Kommunen hinein. Denn die NS-Herrschaft war flächendeckend. Und ihre Hinterlassenschaften sind es auch.

Auch die Geschichte der DDR als Unrechtsstaat muss weiter umfassend und differenziert aufgearbeitet werden. Dazu ist die Stasi-Unterlagen-Behörde ein wichtiger Bestandteil. Wir setzen uns dafür ein, dass das „Parlament der Bäume gegen Krieg und Gewalt" von Ben Wagin mit den einzigen Mauerresten im Regierungsviertel unter Denkmalschutz gestellt wird. Die Auseinandersetzung mit dem Leben in der DDR, mit der Verfolgung der Künste und der Rolle der KünstlerInnen in der DDR und des Stalinismus in der sowjetisch besetzten Zone müssen Bestandteil der schulischen Bildung in Ost- und Westdeutschland werden.

Die deutsche Kolonialgeschichte, ihre Verbrechen und Kontinuitäten verdienen mehr Aufmerksamkeit in der Forschung und der Erinnerung. Bornierte Renationalisierung der Kultur und des Geschichtsbildes brauchen wir in einer globalisierten Welt nicht.

6. Es lebe der Sport

Sport ist für die Gesundheit und das Wohlbefinden jedes Menschen wichtig und leistet einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dabei wird der Sport in Deutschland von einem einzigartigen zivilgesellschaftlichen Engagement in Vereinen getragen, das wir ausdrücklich unterstützen.

Deutschland hat eine vielfältige und lebendige Sportkultur. Unsere Sportvereine und Sportstätten sind Orte der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher Herkunft, sexueller Identität und Religion. Schon die Kleinsten lernen beim Sport Teamgeist sowie einen fairen Umgang miteinander und erlangen soziale Kompetenzen wie den Umgang mit Erfolgen und Misserfolgen. Auch weltweit entfaltet Sport Möglichkeiten des Dialogs und des Austauschs. Gleichzeitig verstehen wir Sport als Teil des Bildungs- und Gesundheitssystems und wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Menschen am Sport teilhaben können. Die barrierefreie Gestaltung von Sportstätten ist vor diesem Hintergrund ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung der bestehenden

Sportkonzepte durch die Verbände und Vereine. Längst überfällig ist auch die Angleichung der Förderung von olympischem und paralympischem Sport in allen Bereichen. Wir GRÜNE setzen uns ebenfalls dafür ein, dass die Vielfalt des Sports stärker in den öffentlich-rechtlichen Medien gezeigt und dadurch sichtbar gemacht wird.

Neben der Unterstützung des Breitensports setzen wir uns für eine transparente Spitzensportförderung ein, bei der die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt stehen. Der verantwortungsvolle Umgang mit jungen SportathletInnen erfordert die Etablierung dualer Laufbahnen, in denen neben der sportlichen Karriereplanung die persönliche Entwicklung in Schule, Studium und Beruf bedacht wird.

Allen Formen von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie und Transphobie werden wir zusammen mit Vereinen, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Akteuren und sozialpräventiv arbeitenden Expertinnen und Experten aktiv entgegentreten. Zu diesem Zweck treten wir auch für eine Stärkung der Koordinationsstelle Fanprojekte ein. Wir stehen zum selbstverwalteten Sport und werden ihn bei seinem Kampf gegen Doping und Korruption sowie für mehr Transparenz in den eigenen Strukturen und Entscheidungen unterstützen. Beides, Doping und Korruption, widerspricht dem Fairness-Gedanken. Doping schadet zudem der Gesundheit. Darum brauchen wir ein Anti-Doping-Gesetz, eine effektivere Präventionspolitik und eine vom Einfluss der Sportfachverbände und von staatlicher Seite unabhängige Nationale Anti-Doping-Agentur Deutschland mit einer dauerhaften und ausreichenden Finanzierung. Ziel ist eine nachhaltige und effektive Dopingbekämpfung, die auch die Persönlichkeitsrechte der Athletinnen und Athleten schützt.

Potentiale des Sports für Umwelt- und Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt gilt es stärker zu nutzen. Nachhaltigkeitsaspekte wollen wir im Sport stärker verankern und Programme und Initiativen für einen klima- und umweltfreundlichen Sport unterstützen und fördern. Fairness heißt dabei auch, diesen Bereich bei der Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen und bei der Planung und Weiterentwicklung der Sportstätten mit zu bedenken. Ziel grüner Sportpolitik ist der Einklang von Sport und Natur.

Wer GRÜN wählt …

- fördert eine vielfältige und zukunftsfähige Kulturlandschaft, an der alle teilhaben können.
- schafft bessere soziale, rechtliche und wirtschaftliche Bedingungen für KünstlerInnen und Kulturschaffende.
- stärkt die freie Szene und sichert die bewährten Kulturinstitutionen.
- wählt kulturelle Bildung von Anfang an.
- unterstützt das vielfältige Engagement für den Sport und setzt sich für einen fairen und barrierefreien Sport ein.

Schlüsselprojekte

Kulturschaffenden den Rücken stärken – Urhebervertragsrecht reformieren

Faire Vertragsverhältnisse gibt es nur, wenn Urheberinnen und Urheber mit ihren VerwerterInnen auf Augenhöhe verhandeln können. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass dies nicht gegeben ist. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Rechte der Urheberinnen und Urheber. Wir wollen das Schlichtungsverfahren über Vergütungsregeln zwischen Kreativen und VerwerterInnen so gestalten, dass es am Ende zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führt. Außerdem müssen InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen darüber informieren, wie oft ihr Werk genutzt wurde und welche Erträge damit erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie umfassend über die Nutzung ihrer Werke informiert sind, können UrheberInnen eine angemessene Vergütung aushandeln.

Kulturschaffende besser absichern – faire Zugänge zur Arbeitslosenversicherung schaffen

Viele KünstlerInnen und Kreative sind sozial zu wenig oder gar nicht abgesichert. Auch unstetig Beschäftigte brauchen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit. Wir ermöglichen deshalb, dass diejenigen Arbeitslosengeld erhalten, die mindestens vier Monate innerhalb zweier Jahre in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, und schaffen eine befristete Vermittlungspause im SGB II und SGB III. Auch die Krankengeldregelung passen wir an: Anstatt – wie von Schwarz-Gelb eingeführt – nach sieben Wochen soll spätestens ab dem 15. Tag, in der Regel aber schon ab dem 1. Tag ein Krankengeldanspruch möglich sein. Bei der Einführung der Bürgerversicherung werden wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung erhalten. So schaffen wir die Sicherheit, die kreativer Mut braucht.

Erinnerung für eine bessere Zukunft wachhalten – die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Ministerien und Behörden vorantreiben

Die nationalsozialistische Herrschaft war flächendeckend. Die Aufarbeitung ihrer Hinterlassenschaften ist eine Frage der demokratischen Selbstvergewisserung. Über den Umgang mit der NS-Geschichte in unseren staatlichen Institutionen wird breit diskutiert, sie ist ein wichtiges Kapitel demokratischer Erinnerungskultur. Die vom damaligen Außenminister Joschka Fischer in Auftrag gegebene Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes war ein wichtiger Anstoß. Doch noch gibt es viele offene und drängende Fragen und viele Lücken in der Aufarbeitung. Wir wollen diese Aufgabe systematisch angehen, Lücken in der Aufarbeitung schließen und Kriterien für den Umgang mit den Forschungsergebnissen definieren. Dabei wollen wir auch Länder und Kommunen einbeziehen.

Q. Unsere Politik vor Ort

Wie wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, Kommunen stark machen und zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Regionen kommen

Vor Ort wird Politik lebendig. In den Kommunen werden abstrakte Gesetze zu Entscheidungen, die unseren Alltag prägen. Wir spüren, dass die Luft besser wird, wenn die Bürgermeisterin auf das Fahrrad, Busse und eine intelligente Verkehrsführung setzt. Wir erleben aufregende Theaterabende, weil dem Bürgermeister die kulturelle Vielfalt am Herzen liegt. Wir merken aber auch, wie prekär die Finanzlage ist, wenn das Schwimmbad zubleibt oder es durch das Schuldach tropft.

Wir GRÜNE sind viel vor Ort aktiv und haben deshalb die Situation vor Ort immer im Blick. Wir sehen die Sorgen der BürgermeisterInnen, der RätInnen in Städten, Gemeinden und Bezirken. Sie leisten Tag für Tag ganze Arbeit, aber werden vom Bund und von den Ländern allzu oft allein gelassen. Die Union setzt weiter auf viel zu teure Prestigeprojekte – und will die Millionengräber im Zweifel auch gegen den Willen der Bevölkerung und auf Kosten einer nachhaltigen Infrastruktur durchsetzen. Uns sind hundert kleine Bühnen lieber als eine Arena. Statt eines überteuerten Zentralbahnhofs wollen wir schnellere Zugverbindungen in der ganzen Region.

Grüne Politik vor Ort heißt vor allem bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, hier sind wir zu Hause und gestalten Nachbarschaft. Um Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung zu schützen und zukunftsfähigen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen alle Ebenen zusammenarbeiten – von der Kommune vor Ort bis zur Bundespolitik.

Vor Ort ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern klar: Die Kommunen brauchen eine stärkere Unterstützung. Wir stehen deshalb für einen kooperativen Föderalismus ein, der gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen befördert. Natürlich unterscheidet sich das Leben in einer Metropole von dem auf dem Lande, aber

Kommunen müssen überall dazu befähigt sein, die Grundlagen für ein gutes, vielfältiges Miteinander zu schaffen.

Unsere Politik ermöglicht allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe vor Ort. Wir unterstützen die Kommunen darin, eine soziale und kulturelle Infrastruktur zu schaffen, die allen offensteht, denn hier entscheidet sich, ob Teilhabe wirklich gelingt.

Unsere Politik ermöglicht Einmischung vor Ort. Die Menschen in den Kommunen haben die Ideen und die Kraft für ein lebendiges Gemeinwesen. Was sie brauchen, ist die Möglichkeit zum Mitreden und Mittun.

Unsere Politik schafft vor Ort Zukunft. Indem wir die Kommunen unterstützen und entlasten, eröffnen wir neue Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume. Wir arbeiten mit an der grünen Stadt der Zukunft – vielfältig, solidarisch und nachhaltig.

1. Bezahlbar grün wohnen

Zukunftsfähige Wohnungspolitik heißt vor allem, soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und die energetische Modernisierung der Gebäude zusammen zu denken. Denn während einige Regionen mit Wohnungsleerstand kämpfen, wird Wohnraum in wirtschaftsstarken Regionen immer knapper und teurer. Schon heute leben in Deutschland drei von vier Personen in Städten. Das weckt spekulative Begehrlichkeiten und erhöht den Druck auf die Mieterinnen und Mieter. Doch unsere Städte sind Städte für alle Bürgerinnen und Bürger – statt Spielwiesen für SpekulantInnen. Niemand soll aus dem eigenen Viertel ziehen müssen, weil die Miete plötzlich zu hoch ist. Die negativen Auswirkungen von Gentrifizierung können wir nicht länger hinnehmen und haben dafür auch die passenden Antworten.

Der größte Preistreiber sind aktuell die Wiedervermietungsmieten. Sie sollen künftig nicht höher als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen, wo Wohnraummangel herrscht. In laufenden Verträgen bremsen wir den Mietanstieg durch die Drosselung der regelmäßigen Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Auch im Zuge von Modernisierungen senken wir die Mieterhöhung auf maximal 9 % der Kosten pro Jahr und beschränken sie

auf die energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau. Den Kommunen geben wir bessere Instrumente an die Hand, indem wir das Baugesetzbuch reformieren, so dass auch die Einführung von Mietobergrenzen und erweiterter Schutz vor den Nachteilen der Eigentumsumwandlung möglich sind. Auch die Maklergebühren sind vielerorts zu einem echten Kostenfaktor geworden. Deshalb soll den Makler oder die Maklerin bezahlen, wer ihn oder sie beauftragt.

Vielerorts wird der Druck auf die MieterInnen durch die Finanzkrise und die damit einhergehenden Immobilienspekulationen mit Mietsteigerungen, Eigentumsumwandlung und neuem Luxuswohnungsbau noch erhöht. Es trifft vor allem Menschen mit niedrigen und ungesicherten Einkommen und verschärft damit die soziale und räumliche Spaltung der Gesellschaft. Die Zahl der Haushalte, die mehr als 40 % ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen und in Transferleistungen gezwungen werden, steigt bedrohlich an. Frauen, die häufiger als Männer Kinder allein erziehen und im Schnitt geringere Löhne und Renten haben, sind davon in besonderem Maß betroffen. Auch deshalb muss der soziale Wohnungsbau in Deutschland eine Renaissance erleben. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um fast ein Drittel gesunken – mit entsprechenden Folgen für die MieterInnen. Doch nun stellt sich die Frage der Sicherung sozialer und öffentlicher Wohnungsbestände neu. Der Bund soll die Länder und Kommunen besser beim sozialen Wohnungsbau und bei gezielten Ankäufen in innerstädtischen Lagen unterstützen. Die Kompensationsmittel des Bundes sollen bis 2019 weiterhin an die Bundesländer zweckgebunden gezahlt werden. Anders als in den 70er Jahren dürfen aber keine Ghettos am Stadtrand hochgezogen werden, denn Sozialwohnungen gehören in lebendige Stadtteile. Das Wohngeld sollte wieder als Instrument gestärkt werden, um zu verhindern, dass Haushalte in die Transferleistungen gedrängt werden. Auch die Verhinderung von Obdachlosigkeit ist uns ein wichtiges Ziel. Dafür brauchen die Kommunen zunächst eine bundesweite Wohnungsnotfallstatistik.

Beim Handeln mit Immobilien wollen wir die Finanzinvestoren steuerlich erreichen. Auch im Umgang mit verwahrlosten Immobilien, sogenannten Schrottimmobilien, und zur Sicherung der

Wohnqualität wollen wir die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen stärken. Dazu hat eine Enquete-Kommission des Landtags NRW wegweisende Empfehlungen gegeben. Nicht zuletzt wollen wir prüfen, ob gesetzliche Regelungen für eine neue gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wieder sinnvoll sind, und sagen, dass Wohnungen in öffentlicher Hand nur noch notfalls verkauft werden sollen – und dann bevorzugt an nachhaltig wirtschaftende Gesellschaften. Die Gründung stadtteilorientierter Genossenschaften unterstützen wir ebenfalls – zum Beispiel indem wir für BewohnerInnen, die sich zu Wohngenossenschaften zusammenschließen, ein Vorkaufsrecht einführen.

Die energetische Modernisierung der Wohnungen und aller anderen Gebäude ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. 40 % der Energie werden hier verbraucht – besonders für warme Wohnungen. Allein 2012 sind die Heizkosten um 12 % gestiegen. Energetische Modernisierung ist die beste Absicherung für bezahlbare Wärmekosten in der Zukunft. Gerade weil wir GRÜNE uns für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 starkmachen, setzen wir uns für eine sozial ausgewogene Mieten- und Wohnungspolitik ein. Dabei zielen wir auf Warmmietenneutralität ab. Wir setzen auf Information und Transparenz – mit dem Energiebedarfsausweis für Gebäude, der auch Angaben zum Energieverbrauch enthält, ökologischen Mietspiegeln und einem Netz von Beratungszentren. Das haben wir auch im Energiekapitel beschrieben (vgl. B. 5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle). Für neue Gebäude wollen wir den Niedrigstenergiestandard vorgeben, doch der Fokus liegt auf dem Bestand. Hier sind besonders private KapitalgeberInnen gefragt, so dass wir auch die richtigen Anreize setzen. Die Sanierungsquote soll durch zielgruppengerechte Förderung und Planungssicherheit auf 3 % ansteigen. Die energetische Modernisierung muss bezahlbar und die Kosten gerecht verteilt sein – zwischen EigentümerInnen, MieterInnen und Staat. Nur so können die notwendigen Investitionen sozialverträglich gestaltet werden. Dazu wollen wir das KfW-Gebäudesanierungsprogramm mit 2 Mrd. Euro jährlich ausstatten und verstetigen. Zusätzlich wollen wir den Energiesparfonds in Höhe von jährlich 3 Mrd. Euro einrichten, mit dem wir besonders Maßnahmen in Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten fördern wollen. Inwieweit eine steuerliche Förderung

für private Hausbesitzer sinnvoll ist, soll neu ausgelotet werden. Soziale Härten sollen mit einem Klimazuschuss zum Wohngeld und einem Klimabonus bei den Kosten der Unterkunft aufgefangen werden. Mit dieser Gesamtstrategie schaffen wir die Energiewende im Gebäudebestand, lösen eine Investitionsoffensive aus und schaffen Arbeitsplätze.

2. Die grüne Stadt entwickeln

Wir entwickeln unsere Städte weiter – zu Orten für ein vielfältiges und nachhaltiges Miteinander, mit kurzen Wegen und vielen Grünflächen, mit heterogenen Vierteln, kulturellen Treffpunkten und lebendigen Innenstädten. Es sollen Lebens- und Gestaltungsräume für alle Bürgerinnen und Bürger werden, in denen sich Kinder, aber auch Alte oder Menschen mit Behinderung frei bewegen können.

Grüne Städte sind bunt, kreativ, lebendig – und für alle da. Deshalb erhalten wir öffentliche Freiräume und schaffen mehr Platz für Menschen und Initiativen, die sich vor Ort für eine lebenswerte Stadt einsetzen. Integrierte Stadtentwicklung ist der Kern grüner Stadtpolitik und bildet die Voraussetzung für ein vielfältiges Miteinander. Bei städtebaulichen Planungen sollen AnwohnerInnen früher informiert und verbindlich beteiligt werden. Gerade junge Menschen brauchen hier spezifische Programme und Ansprachen, um an den Bauplanungsprozessen beteiligt zu werden. Dafür ändern wir das Bau- und Planungsrecht und knüpfen Programme an entsprechende Bedingungen. Auch wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau und Denkmalschutz, mittelfristig erhöhen. Denn diese Programme sind seit 40 Jahren ein wichtiges Instrument zur Erneuerung unserer Städte, um das uns viele Länder beneiden. Die Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ wollen wir neu beleben und weiterentwickeln. Die Mittel des Europäischen Strukturfonds sollen ab 2014 verstärkt für die ökologisch-soziale Stadtentwicklung eingesetzt werden.

Grüne Städte leben von der Vielfalt in den Vierteln. Dafür stärken wir im Sinne der Sozialen Stadt die dauerhafte Teilhabe in heute benachteiligten Stadtteilen. Dafür brauchen wir die verbindliche

Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Zusätzlich zu baulichen Maßnahmen sollen Aktivitäten wie Vernetzung, Bildung oder bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. Außerdem koppeln wir Neubauprojekte an die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen den gesetzlichen Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben neu regeln. Wenn Brachflächen, wie alte Kasernengelände, verkauft werden, sollen nachhaltige und stadtpolitische Faktoren berücksichtigt werden, damit nicht nur das Höchstgebot zählt. Auch das Erbbaurecht sollte zum Beispiel gegenüber dem Verkauf häufiger eingesetzt werden.

Grüne Städte sind Bürgerstädte. Sie brauchen Wirtschaftsvielfalt und Eigentumsvielfalt. Wir wollen den inhabergeführten Einzelhandel als wichtiges Element lebendiger Innenstädte stärken. Auch Klein- und Mittelbetriebe in Ballungsgebieten leiden unter explodierenden Gewerbemieten. Den Anstieg wollen wir auf ein für die Betriebe wirtschaftlich tragbares Maß begrenzen und dafür unterschiedliche Maßnahmen prüfen.

Grüne Städte sind auch der richtige Ort für den Klimaschutz. Dafür stärken wir die Innenstädte, minimieren den Flächenverbrauch im Umland und verbinden urbane Dichte mit Stadtgrün sowie Stadtnatur im Baurecht und bei den Förderprogrammen. Mit unserem Konzept der energetischen Quartierssanierung, das durch den Energiesparfonds finanziert wird, können die Kommunen eine behutsame Stadterneuerung und die Abstimmung von Investitionen auf die Wohnraumnachfrage und Stadtentwicklung umsetzen. Fehlinvestitionen werden vermieden und Kosten gesenkt. Eine dezentrale Energieversorgung und effiziente Leitungssysteme werden geplant und gebaut. Wir stärken aber auch die Anreize, verstärkt ökologisch nachhaltige Baustoffe zu verwenden und die Baukultur sowie urbane Lebensqualität zu pflegen und weiterzuentwickeln. Eine wichtige Aufgabe wird dabei die energetische und die funktionale Modernisierung der kommunalen Infrastrukturen, bei der die Anpassung und Ertüchtigung der vorhandenen Gebäude und Anlagen Vorrang vor Neubau haben muss. Dies soll gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden – transparent und auf Augenhöhe.

3. Mehr Grün im ländlichen Raum

Deutschland wird durch eine Vielzahl von unterschiedlichen ländlichen Regionen geprägt. Sie bestimmen durch ihre wirtschaftlichen Potentiale, ihre landschaftlichen Reize und ihre landwirtschaftlichen Strukturen den Charakter unseres Landes. Leider wurde der ländliche Raum in den letzten Jahren zunehmend vernachlässigt. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen wegen besserer Bildungs-, Berufs- und Lebensgestaltungsmöglichkeiten in die großen Städte und Ballungsräume ziehen und die, die bleiben, im Durchschnitt immer älter werden. Besonders für die strukturschwachen Regionen fehlen Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung, und ein verschärfter Strukturwandel in der Landwirtschaft verändert das Aussehen unserer Dörfer stark. Deshalb müssen wir die bisherigen Förderinstrumente besser auf diese Herausforderungen ausrichten und dafür sorgen, dass Grund und Boden nicht zu bloßen Spekulationsobjekten werden.

Klar ist, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Rahmenbedingungen verändern müssen, denn ländliche Räume sollen sich eigenständig entwickeln können. Wir wollen sie dabei unterstützen, eine bessere regionale Vernetzung sowie regionale Wirtschaftskreisläufe mit regionaler Weiterverarbeitung, Veredlung und Vermarktung aufzubauen. Wir setzen deshalb Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit und beseitigen die bestehenden Rechtsunsicherheiten und steuerlichen Hindernisse. Auch der Naturtourismus bietet in Verbindung mit dem Erhalt der Kulturlandschaft und der Förderung von Biolandwirtschaft neue Perspektiven und wir wollen dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger besser an der Energiewende teilhaben können. Dazu unterstützen wir BürgerInnennetzwerke und Bioenergiedörfer zur regionalen Energieversorgung.

Wir wollen das Leben wieder in die Zentren der Dörfer und Kleinstädte holen, denn kurze Wege für alle Generationen sind auch auf dem Land möglich: Statt eines Supermarkts für die Region brauchen wir viele kleine Läden in den Ortszentren. Wo nötig unterstützen wir dafür auch mobile Versorgungssysteme oder Dorfladenkonzepte, die mehr als nur Einzelhandel betreiben, sondern zusätzliche Dienstleistungen anbieten. Den ungebremsten Neubau

auf der grünen Wiese wollen wir stoppen. Außerdem führen wir einen Demografiecheck zur Abschätzung der lokalen Bevölkerungsentwicklung sowie eine obligatorische Folgekostenbetrachtung vor der Ausweisung neuer Baugebiete ein. Wir müssen aber die Kommunen auch besser dabei unterstützen, für junge Menschen gut erreichbare Betreuungs- und Bildungsangebote zu schaffen. Und damit es für alte Menschen genügend Wohnungen gibt, unterstützen wir altersgerechte Umbauten durch eine gezielte Förderung, ein besseres Informationsangebot und rechtliche Änderungen.

Bei der Gesundheitsversorgung stehen wir im ländlichen Raum vor besonders großen Herausforderungen. Sie muss besser auf Bedürfnisse alter Menschen ausgerichtet werden – bei weniger Angeboten und weiteren Wegen. Wir brauchen eine bessere Vernetzung und eine andere Aufgabenteilung. Die Pflegekräfte spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie sollen mehr Verantwortung übernehmen können. Nicht zuletzt brauchen wir flexible Versorgungsformen wie Fahrdienste oder mobile Praxisteams, die Einführung und Anwendung von telemedizinischen Diensten und den Ausbau von ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten als übergreifende mobile Versorgungsdienste und genügend Präventions- und Hilfsangebote für Menschen mit problematischen Konsummustern von legalen und illegalen Drogen.

Unsere Politik für den ländlichen Raum soll auch die Zivilgesellschaft stärken. Rassismus, Homophobie und andere Diskriminierungen gibt es leider zu häufig und in manchen Dörfern treiben Nazis uneingeschränkt ihr Unwesen. Wo andere lieber schweigen, sprechen wir die Tatsachen an und unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durch ein vielfältiges kulturelles Angebot, Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten wie z. B. selbstverwaltete Jugendräume und andere alternative Projekte als Keimzellen gesellschaftlicher Veränderungen.

Wir unterstützen die Kommunen dabei, eine gut funktionierende Infrastruktur bereitzustellen. Im Netz- und im verkehrspolitischen Kapitel beschreiben wir die passenden Lösungen für das Internet und den öffentlichen Nahverkehr, so dass auch Menschen, die kein Auto haben, vielfältige Möglichkeiten der Lebensgestaltung erhalten. Wenn die Unterauslastung von Wasser- und Abwassernetzen zum Problem wird, bevorzugen wir dezentrale und nachhaltige Lö-

sungen. Auch Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang müssen für abgelegene Wohneinheiten möglich werden.

Auf nationaler Ebene wollen wir mehr Mittel aus den Europäischen Strukturfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung stellen. Auch der integrierte Fondseinsatz muss zur Anwendung kommen, um flexible und bedarfsgerechte Fördermöglichkeiten in den Regionen zur Verfügung zu haben. Ziel muss eine integrierte ländliche Entwicklung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sein.

4. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Unsere Ansprüche an die Kommunen sind hoch, denn wir wollen gute Institutionen für alle. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen gestellt. Doch die finanzielle Lage ist zum Teil dramatisch. Die Einnahmen sind in der Krise eingebrochen und viele haben sich bis heute nicht erholt. Steigende Sozialausgaben führen zu zusätzlichen Kosten für die kommunalen Haushalte. Das alles führt zu immer mehr Schulden und beschneidet die Handlungsfähigkeit massiv.

In vielen Kommunen werden die Menschen deshalb in Form hoher Gebühren, maroder Infrastruktur und durch den Verlust an Lebensqualität übergebührlich belastet. Doch die Hilfe von Bund und Ländern bleibt vielerorts aus. Stattdessen verkünden sie weitere Aufgaben und übertragen den Kommunen die Verantwortung, ohne die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Wir stehen für einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden. Zusätzliche Aufgaben müssen immer durch zusätzliche Mittel gedeckt sein. Das Konnexitätsprinzip muss also endlich auch auf Bundesebene verankert werden. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben spürbar entlasten. Wir erhöhen dazu in einem ersten Schritt den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft auf 35 %, in einem zweiten auf 37,7 %. Damit entlasten wir die Kommunen um 1 Mrd. Euro. Außerdem wollen wir die bisherige Eingliederungshilfe durch ein Teilhabeleistungsgesetz ablösen und den Bund angemessen an der Finanzierung beteiligen. Eine entsprechende Reform der Eingliederungshilfe muss die Ziele der UN-

Behindertenrechtskonvention befördern und einen Strukturwandel einleiten hin zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe. Die Angebote und Leistungsformen gilt es hierauf auszurichten und auszustatten. Die Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Kosten, die aus einem Teilhabegesetz erwachsen, dürfen nicht komplett auf Länder und Kommunen abgewälzt werden.

Das Geld fehlt auch für wichtige Investitionen – sei es in neue Zukunftsprojekte wie Bildung und Energie, sei es für dringend notwendige Sanierungen. Leere Kassen und einseitige Wettbewerbsvorgaben für kommunale Unternehmen erhöhen den Druck auf die Kommunen, ihre Leistungen zu privatisieren. Wieder einmal versucht die EU-Kommission mit Unterstützung von Schwarz-Gelb zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Wasserver- und -entsorgung durch hohe Auflagen an Stadtwerke, Zweckverbände und interkommunale Kooperationen zu beschneiden. Doch häufig haben Privatisierungen mehr Probleme geschaffen als gelöst. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit. Privatisierungen sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und müssen an harte Bedingungen geknüpft werden.

Wir GRÜNE stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Wir wissen, wie wichtig es ist, die politische Steuerungsfähigkeit der Kommunen, Transparenz und die demokratische Kontrolle sicherzustellen, wenn es um die Zukunft der Daseinsvorsorge geht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Dazu wollen wir die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern und die interkommunale Zusammenarbeit fördern. Ein Weg kann auch die Bildung von Regionalkreisen sein, in denen die Kernstadt mit den Umlandkreisen eine gebietskörperschaftliche Einheit bildet.

Aufgaben der Daseinsvorsorge von der Wasserversorgung bis zur Abfallbeseitigung wurden in den letzten Jahren vielfach in Gesellschaften privaten Rechts in kommunaler Eignerschaft oder mit Beteiligung privaten Kapitals überführt. Dadurch werden die kommunalpolitischen Grundsätze der Transparenz und der Kontrolle durch den Gemeinderat ausgehöhlt. Eine Beteiligung der Öffent-

lichkeit wird in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge praktisch unmöglich gemacht. Deshalb fordern wir öffentliche Aufsichtsratssitzungen und Informationspflichten auch kommunaler öffentlicher Unternehmen.

Obwohl Kommunen ihre Beschaffung grundsätzlich nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten können, schöpft die Vergabepraxis diese rechtlichen Möglichkeiten oft nicht aus. Die Entscheidung fällt häufig immer noch für das billigste Angebot, obwohl es bei einer Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus hinweg wirtschaftlichere Alternativen gäbe. Wir wollen deshalb prüfen, wie Dumpingangebote automatisch und rechtssicher aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können.

Die Finanzlage der Kommunen muss insgesamt verbessert werden. Die wichtigste Maßnahme ist eine Gemeindefinanzreform, die eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherstellt. Wir fordern den Erhalt der Gewerbesteuer, die Weiterentwicklung einer kommunalen Wirtschaftssteuer und eine Reform der Grundsteuer. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns GRÜNE: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize. Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen.

5. Regionen bedarfsgerecht und nachhaltig fördern

Wir stehen für eine solidarische Politik, die geschwächte Strukturen stärkt und zurückgebliebene Regionen dabei unterstützt, sich neu aufzustellen. In Ostdeutschland ist viel bewegt worden. Die Menschen dort haben in einem schwierigen Transformationsprozess Großartiges geleistet. Aber die wirtschaftliche Finanzkraft ist nach wie vor niedriger als in den alten Ländern. Solidarische Unterstützung wird noch lange notwendig sein, doch der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Wir glauben, dass im Anschluss eine Förderung von Kommunen in strukturschwachen Regionen nach Bedarf der richtige Weg ist. Allen Kommunen stehen große Herausforderungen im Zuge der Schuldenbremse ins Haus. Durch die Krise wurden besonders strukturschwache Regionen, die schon aufgrund des demogra-

fischen Wandels unter erheblichem Druck stehen, hart getroffen. Viele dieser Kommunen in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern können diese Probleme nicht allein lösen. Insbesondere bei der Altschuldentilgung brauchen sie Hilfe.

Ostdeutschland ist neben einzelnen Regionen im Westen – auch und gerade in den ländlichen Räumen – flächendeckend von den verschiedensten Auswirkungen der demografischen Entwicklung betroffen und muss mit diesen umgehen. Diese Prozesse laufen im Osten beschleunigt und in erheblichen Größenordnungen ab. Neben dem politischen Willen, in den ländlichen Räumen ein gutes Leben zu ermöglichen, sind hier volkswirtschaftlich intelligente Lösungen gefragt. Dezentralität und Subsidiarität sind für uns dabei wichtige Grundprinzipien.

Wir werden die aktuelle Förderstruktur auch mit Blick auf Nachhaltigkeitskriterien auf den Prüfstand stellen. Die Kommunen, Regionen und Länder bestärken wir darin, fair gehandelte und ökologische Produkte zu kaufen. Mit Hilfe von Fördermitteln und Regionalfonds können die verschiedenen AkteurInnen aus einer Region zusammenarbeiten und die Möglichkeiten ihrer Region gemeinsam stärken. Die Wertschöpfung wollen wir in der Region halten; etwa durch ein Regionalsiegel. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft ist für die Menschen in der Region wichtig. Auch der Tourismus profitiert davon und sollte deshalb einen Beitrag dazu leisten.

6. Kooperativer Föderalismus

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen, ohne die Entscheidungsfreiheit der Länder und Kommunen zu beschneiden. Das Gegenteil ist der Fall. Erst durch eine partnerschaftliche Kooperation kann die Politik vor Ort ihrer Aufgabe gerecht werden und die Lebenswirklichkeit der Menschen positiv gestalten. Die Zinszahlungen für die aufgelaufenen Schulden belasten Länder und Kommunen in erheblichem Maße. Wir wollen sie mit einem Altschuldentilgungsfonds entlasten, damit alle die Chance haben, die Schuldenbremse einzuhalten.

Die Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind verzwickt. Die derzeitige Mittelverteilung gleicht einem unübersichtlichen Flickenteppich und diese Verstrickung der Einnahmequellen verhindert eine sinnvolle Überwindung der strukturellen Finanzierungslücke in den Kommunen. Wir wollen die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs für die Zeit nach 2019 mit einer Föderalismusreform III verbinden. Darin werden wir auch die anderen Finanzströme zwischen Bund und Ländern sowie die finanzielle Situation der Kommunen einbeziehen. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Länderfinanzausgleich nach Bedürftigkeit, fair, anreizkompatibel und solidarisch ausgestaltet wird. Anstrengungen für Mehreinnahmen, Effizienz und Einsparungen müssen sich für alle Bundesländer lohnen. Eines steht für uns schon fest: Das Grundgesetz muss wieder gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen. Wir setzen uns schon lange dafür ein, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abzuschaffen und die Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft zu erweitern. Den Ländern und Kommunen fehlen einfach die finanziellen Mittel, um die gesamtstaatlichen Herausforderungen für den notwendigen Bildungsaufbruch mit guten Ganztagsschulen zu bewältigen. Es ist an der Zeit, mehr Kooperation zu ermöglichen.

Wer GRÜN wählt …

- sorgt für bezahlbares und klimaschonendes Wohnen.
- entwickelt Städte, Gemeinden und ländliche Räume grün und lebenswert.
- gibt den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurück.
- fördert Regionen nachhaltig und bedarfsgerecht.
- steht für einen kooperativen Föderalismus.

Schlüsselprojekte

Bezahlbares Wohnen ermöglichen – soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und energetische Modernisierung zusammen denken

In unseren Städten werden rasant steigende Mieten zu einem immer größeren Problem. Dagegen wollen wir vorgehen und die Verdrängung von Menschen aus ihren Vierteln stoppen. Wir werden die regelmäßige Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete stärker begrenzen. Bei Wohnraummangel wollen wir Obergrenzen für Wiedervermietungsmieten ermöglichen. Die Länder unterstützen wir besser beim sozialen Wohnungsbau. Mieterhöhungen durch Modernisierungen senken wir auf maximal 9 % und beschränken sie auf den Abbau von Barrieren sowie die energetische Modernisierung. Mit gezielter Förderung und einem Klimazuschuss zum Wohngeld senken wir die Kosten für die energetischen Modernisierungen ab. So schaffen wir Wohnqualität und bezahlbare Wohnungen, die fit sind für die Energiewende.

Städte und Gemeinden zukunftsfähig machen – der Städtebauförderung neuen Schwung geben

Die Programme der Städtebauförderung wurden kräftig gestutzt, obwohl uns viele Länder darum beneiden. Denn damit können Kommunen investieren, um ihre Infrastruktur auszubauen. Deshalb wollen wir die Fördermittel für dieses Programm wieder schrittweise erhöhen. Dabei nehmen wir besonders das Programm Soziale Stadt zur Stärkung sozial benachteiligter Stadtteile und die Förderung des Stadtumbaus in Kommunen mit Wohnungsleerstand und Industriebrachen in den Blick. Wir wollen zusätzlich die energetische Quartierssanierung einbeziehen. So bekommen die Kommunen mehr Freiheit und Flexibilität beim Einsatz der Mittel. Damit können wir die Infrastruktur unserer Städte besser auf Teilhabe und die Energiewende ausrichten.

Die Kommunalfinanzen stärken – Unterstützung durch den Bund bei den Kosten der Unterkunft

Die Finanzlage vieler Kommunen ist so dramatisch, dass vor Ort keinerlei Gestaltungsspielraum besteht. Trotzdem müssen wir überall die Teilhabe aller ermöglichen. Dafür schaffen wir einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden, indem künftig zusätzliche Aufgaben des Bundes für die Kommunen immer durch zusätzliche Mittel vom Bund gedeckt werden müssen. Außerdem entlasten wir die Kommunen bei den derzeitigen Kosten für die Mieten von ALG-II-BezieherInnen. Dafür soll der Bund künftig 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen. So unterstützen wir die Kommunen dabei, eine gerechte und solidarische Sozialpolitik umzusetzen.

R. Unser gemeinsames Europa

Warum Europa unsere Zukunft ist

Die Europäische Union ist viel mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum. Die EU der 28 Mitgliedsländer ist Ort der Freiheit und Vielfalt, des Friedens und der Demokratie. Die EU hat jahrhundertealte Gegensätze überwunden und einen historisch einmaligen innereuropäischen Frieden geschaffen. Deswegen hat sie letztes Jahr zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten.

Ohne Zweifel kann und muss man mit Blick auf die EU viel kritisieren und man kann auch vieles verbessern. Doch Europapolitik findet nicht nur im fernen Brüssel statt, sondern beginnt bei der Kommunalpolitik und durchzieht alle politischen Bereiche vom Umwelt- bis zum Verbraucherschutz. Europapolitik ist Innenpolitik und die Bundestagswahl somit auch eine wichtige Entscheidung über die Zukunft Europas. Um das unfertige europäische Projekt gerechter, sozialer und nachhaltiger weiterzubauen, braucht es die richtigen politischen Mehrheiten. Die EU steckt derzeit in einer tiefen Identitätskrise, doch Europa ist unsere Zukunft. Gestalten wir sie gemeinsam.

Viele Bürgerinnen und Bürger, auch in Deutschland, haben nicht mehr die Erwartung, dass die EU ihnen automatisch Wohlstand und Sicherheit in einer globalisierten Welt bringt. Häufig schieben Politikerinnen und Politiker die Schuld auf die Brüsseler Kommission, so manche schwarz-gelbe PolitikerInnen erwecken allzu gerne den Eindruck, dass es nur ein deutsches Europa bräuchte oder unser Land gar besser allein weitermachen sollte, um alle Probleme zu lösen. Wieder andere wie Angela Merkel setzen auf eine Stärkung der nationalen Ebene und würden am liebsten alles in Hinterzimmern unter den 28 Staats- und RegierungschefInnen ausdealen.

Doch wissen wir ebenso wie die große Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger, dass es die Rückkehr zu nationalen Alleingängen nur unter Inkaufnahme extremer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gefahren gibt. Wir sagen „Ja“ zu Europa und setzen uns ein für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Mischen wir uns ein für ein demokratisches Europa! Wir GRÜNE setzen auf ein gemeinsames Europa, in dem Parlamente und europäische Zivilgesellschaft transparent und aktiv mitentscheiden, denn ohne demokratische Legitimation ist keine politische Entscheidung auf Dauer tragfähig. Wir wollen, dass die EU innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen zur glaubwürdigen Anwältin der Bürger- und Menschenrechte und des Friedens wird. Dies ist und bleibt für Europa auch im 21. Jahrhundert eine historische Verpflichtung.

Bekennen wir uns zu einem solidarischen Europa! Wir GRÜNE machen uns stark für eine handlungsfähige EU, die den global agierenden Akteuren an den Finanzmärkten selbstbewusst entgegentritt. Die damit auch und ganz besonders den jungen Menschen in Südeuropa, für die die Finanzkrise eine reale Katastrophe geworden ist, die Teilhabe an den Errungenschaften des europäischen Sozialstaates verschafft.

Kämpfen wir für ein gerechtes Europa! Die einseitige und unsolidarische Kürzungspolitik unter Führung der schwarz-gelben Bundesregierung hat dazu geführt, dass sich die Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern zusätzlich verschärfte. Die Arbeitslosigkeit wächst – insbesondere unter der Jugend – ins Unerträgliche und immer mehr Menschen werden in Armut und Existenzunsicherheit getrieben. Die Gesundheitsversorgung in Griechenland kollabiert. Eine grün geprägte Bundesregierung wird nicht hinnehmen, dass auf dem Rücken der Ärmsten gespart wird.

Und schaffen wir eine europäische Zukunft! Wir GRÜNE wollen die kommende Bundestagswahl nutzen, um den Politikwechsel auch in Europa voranzubringen. Die vollständige Abwahl von Schwarz-Gelb ist ein wichtiger Schritt, um einen neuen Abschnitt der europäischen Integration zu beginnen, der das stärker zusammenführt, was nur europäisch gemeinsam geleistet werden kann, ohne die Subsidiarität zu vergessen. Wir wollen aus der EU eine Vorreiterin in friedlicher Nachbarschaft machen, im Klimaschutz und im nachhaltigen Wirtschaften, und ihre Vorreiterrolle in Bezug auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ausbauen. Wir kämpfen mit allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam dafür, dass es wieder gerechter zugeht in Deutschland, Europa und der Welt.

1. Für ein europäisches Deutschland

Um Europa herum steht die Welt nicht still. Aber sie dreht sich auch nicht mehr so viel um Europa wie früher. Europas Rolle in der Welt ändert sich. Europa muss seine Verantwortung neu finden. Dabei gilt: Europa gewinnt zusammen – oder verliert. In Zeiten der Globalisierung, angesichts endlicher Ressourcen und einer Klimakatastrophe, deren Ausmaß immer deutlicher wird, kann kein europäischer Nationalstaat die Probleme im Alleingang lösen. Dies geht nur gemeinsam – mit der EU und mit starken demokratischen europäischen Institutionen.

Auch wirtschaftlich profitiert Deutschland von einer starken EU. 60 % der deutschen Exporte gehen in andere EU-Mitgliedsländer. Ohne die Stärke des Binnenmarktes wäre die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auch international kaum zu sichern. Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse darf Deutschland daher Europas südliche Mitgliedsländer nicht hängen lassen. Doch der Rolle als größtes und wirtschaftlich stärkstes EU-Mitgliedsland wird Deutschland politisch in keiner Weise gerecht. Seit Anbeginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise blockierte oder verzögerte Kanzlerin Merkel notwendige Reformschritte und setzte einseitig auf „Sparen, sparen und nochmal sparen", statt eine Balance in einer Politik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit zu finden. Damit hat sie die Krise verschärft und die finanziellen Risiken der europäischen SteuerzahlerInnen vervielfacht.

Wir GRÜNE werben stattdessen für ein europäisches Deutschland innerhalb einer Wirtschafts- und Solidarunion. Das haben wir im Kapitel „Anders wirtschaften" bereits ausführlich beschrieben. Darüber hinaus braucht die EU einen gestärkten Haushalt, der den wachsenden Aufgaben der Union Rechnung trägt. Wir brauchen eine klare Prioritätensetzung, die die Ausgaben in den Bereichen mit europäischem Mehrwert stärkt. Wir wollen nicht, dass agroindustrielle Großbetriebe oder ein sinnloses Projekt wie der Fusionsreaktor ITER mit Milliarden subventioniert werden, während immer mehr bäuerliche Kleinbetriebe aufgeben müssen oder für das Erasmus-Programm zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Im Sinne haushaltspolitischer Subsidiarität muss die EU ihre Schwerpunkte dort setzen, wo sie Gelder besser und effizienter ausgeben kann als

die einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Eigenmittelanteil muss erheblich ausgeweitet und die intransparenten Rabattregelungen abgeschafft werden. Die Mitgliedsstaaten müssen ihren Zusagen nachkommen und die EU mit den entsprechenden Mitteln versorgen, um die sich verschärfende Zahlungskrise zu beenden und drohende Zahlungsausfälle bei den EU-Förderprogrammen zu vermeiden.

Schengen und die damit verbundene Reisefreiheit sind zentrale Grundpfeiler der EU und müssen vor populistischer Stimmungsmache durch die schwarz-gelbe Koalition geschützt werden. Mitgliedsstaaten dürfen die Reisefreiheit nicht im Alleingang einschränken. Wir GRÜNE wollen, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum allerletztes Mittel bleibt und nur gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden und überprüft werden darf; verstärkte Einwanderung ist für uns definitiv kein Grund für die Schließung der Binnengrenzen. Genauso wichtig ist uns die Wahrung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU. Wir machen nicht mit beim schwarz-gelben Populismus gegen Menschen aus Zentraleuropa. Wir weisen besonders die Diskriminierung von Roma zurück. Alle EU-BürgerInnen, gleich welcher Herkunft oder Ethnie, sollen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, sich in einem anderen EU-Land Arbeit zu suchen. Herausforderungen wie massive Armut und Arbeitslosigkeit, Diskriminierung oder Korruption müssen wir gemeinsam europäisch und in Zusammenarbeit mit den entsprechenden nationalen und regionalen Akteuren angehen, statt zentrale Rechte von UnionsbürgerInnen zu beschneiden.

Entgegen der Position anderer Parteien ist für uns GRÜNE die Erweiterung der Europäischen Union nicht abgeschlossen. Wir stehen zu der Erweiterungsagenda von Thessaloniki und wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. Die Erweiterungspolitik ist für uns eine Erfolgsgeschichte – auch wenn in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. Deswegen unterstützen wir die Forderung, dass der Beitritt jedes einzelnen Landes von dem konkreten Fortschritt im Beitrittsprozess abhängig gemacht wird. So ist die Erweiterungspolitik ein Instrument für Frieden und Stabilität, aber auch für Rechtsstaat, Freiheitsrechte, Demokratie, Sozialstandards und Umweltschutz auf dem Kontinent Europa. PartnerInnen in diesem Prozess sind vor allem die Zivilgesellschaft und progressive AkteurInnen, die noch stärker unterstützt werden müssen. Die neuen Verfahren können

auf dem westlichen Balkan aber dazu führen, dass gerade die Staaten, die unter den Kriegen des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts am meisten zu leiden hatten, noch am weitesten von einem EU-Beitritt entfernt sind. Daher wollen wir neue Transitionsverfahren etablieren, um nicht neue unüberwindbare Grenzen mitten in der Region zu schaffen.

Die Europäische Union muss, 50 Jahre nach dem entsprechenden Assoziationsabkommen, endlich für neuen Schwung in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sorgen. Diese müssen fair, ergebnisorientiert und auf Augenhöhe geführt werden. Für uns stehen hierbei Demokratie und Menschenrechte vor Ort im Vordergrund. In der Türkei gibt es nach wie vor Defizite, z. B. im Fall von Pressefreiheit, Frauenrechten und Minderheitenschutz. Gerade ein ernsthafter Beitrittsprozess verspricht jedoch den meisten Reformerfolg. Bei den bestehenden Kriterien darf es keine Abstriche geben. Das Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt, sobald diese Kriterien erfüllt sind. Wir wollen die Zugehörigkeit zur EU nicht von religiösen Identitäten abhängig machen. Ungeachtet dessen muss die EU in der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Auch den Menschen in den Staaten östlich der EU und im Mittelmeerraum muss ein menschenwürdiges Leben in einem demokratischen Rechtsstaat ermöglicht werden. Die demokratischen Reformbemühungen in Nordafrika und der arabischen Welt sollte die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik unterstützen. Wir wollen, dass sich Deutschland für Erleichterungen bei der Visavergabe, dem Marktzugang und der Arbeitsmigration einsetzt sowie den Austausch in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur mit dieser Region fördert. Die Liberalisierung der europäischen und deutschen Visapolitik ist ein entscheidender Schlüssel für Reformanstöße und gesellschaftlichen Wandel außerhalb der Europäischen Union. Deswegen setzen wir uns auch in den Staaten östlich der EU für eine weitere Unterstützung der demokratischen Reformbemühungen ein und wollen, dass Deutschland sich im Rahmen der EU für die generelle Überprüfung der Visumspflicht der einzelnen Staaten starkmacht und insbesondere darauf hinwirkt, dass die Visumspflicht für Menschen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Russland, Kosovo und der Türkei zügig aufgehoben wird. Grundsätzlich stehen wir für eine starke gemeinsame europäische Außen- und Menschenrechtspolitik.

2. Für ein demokratisches Europa

Unsere Antwort auf das „Europa der nationalen Regierungen" ist eine gestärkte europäische Demokratie, deren Weg transparent und mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wird. Die europäische Demokratie wird oft so beschrieben, als bestehe sie nur aus einem Demokratiedefizit. Dieses Zerrbild lebt auch von der Polemik derjenigen, die für alles, was schiefgeht, regelmäßig „Europa" die Verantwortung zuschieben, während dies ja de facto nie ohne die Mitwirkung der Nationalstaaten geschieht. Doch es gibt tatsächlich Demokratiedefizite. Eines liegt – auf der nationalen Ebene; es besteht in der intransparenten Europapolitik der Regierungen, die versuchen sich der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Der Bundestag hat hier jedoch – insbesondere auf grünes Betreiben – schon viele Verbesserungen durchgesetzt. Ein zweites Demokratiedefizit entsteht aus dem gerade von der Bundesregierung betriebenen intergouvernementalen Herangehen an mehr europäische Zusammenarbeit, wodurch das Europaparlament um seine Kontrollverantwortung gebracht wird. Auch die Institutionalisierung der Eurogruppe zu Lasten der demokratischen Institutionen wirkt in diese Richtung. Der Gemeinschaftsmethode ist grundsätzlich Vorrang vor intergouvernementalem Handeln einzuräumen. Wie in der Vergangenheit kann es notwendig sein, im Einzelfall vorübergehend unterschiedliche Geschwindigkeiten der Integration zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, dass die Institutionen und Regeln des Gemeinschaftsrechts der Rahmen der Zusammenarbeit sind.

Unsere grüne Strategie für mehr Demokratie in der EU setzt auf eine starke Allianz der Parlamente aller Ebenen – und auf die aktive Einmischung der EuropäerInnen. Deswegen haben wir uns von Anfang an für die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative stark gemacht. Diese wollen wir weiter stärken und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides entwickeln. Bei der institutionellen Weiterentwicklung bauen wir auf einen öffentlichen Europäischen Konvent zur Zukunft der EU. Er darf aber nicht zum Expertenzirkel verkommen. Stattdessen sollen unter dem Vorsitz des Europäischen Parlaments Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der nationalen Parlamente und Regierungen sowie der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen zusammentreten, um

die Verfasstheit der Europäischen Union unter dem Gesichtspunkt einer effektiveren und breiter legitimierten Arbeitsweise insbesondere zu institutionellen Fragen sowie in den Bereichen Wirtschaft, Haushalt, Finanzen, Soziales und Demokratie zu erarbeiten. Der Konvent muss in seiner Zusammensetzung der TeilnehmerInnen die Gesellschaft widerspiegeln.

Um die Mitbestimmung der europäischen BürgerInnen auf allen politischen Ebenen zu gewährleisten, wollen wir die Unionsbürgerschaft ausbauen. Wir treten dafür ein, dass alle EU-BürgerInnen das Wahlrecht in dem Mitgliedsstaat erhalten, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, und dies nicht nur für Kommunalparlamente und das Europaparlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben.

Das Europäische Parlament soll endlich das Recht erhalten, eigene Gesetzesinitiativen vorzuschlagen und den/die EU-KommissionspräsidentIn zu wählen. So soll es zum zentralen Debatten- und Entscheidungsort der europäischen Politik werden und muss volles Mitentscheidungsrecht in allen Politikbereichen erhalten. Wenn die EU mehr Kompetenzen erhalten soll, muss das mit mehr Kontrollrechten für das Europäische Parlament einhergehen. Wo die EZB als Bankenaufsicht tätig ist, muss die demokratische Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Europaparlament erhöht werden. Das Parlament muss ein Mitspracherecht bei den Krisenmechanismen und der Economic Governance erhalten.

Die Parteien sollen bei Europawahlen künftig SpitzenkandidatInnen nominieren, unter denen nach der Wahl entsprechend ihrem Ergebnis der/die EU-KommissionspräsidentIn gekürt werden soll. Wir treten damit auch für eine stärkere Personalisierung der Europawahl ein. Zusätzlich zu den jeweils national bestimmten KandidatInnen soll deshalb ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen gewählt werden. Auch müssen starke Regeln eingeführt werden, die die Transparenz der europäischen Institutionen erhöhen und den großen Einfluss der Unternehmenslobby in Brüssel eindämmen.

Zu einem demokratischen Europa gehört jedoch mehr als Reformen der Arbeitsweise der Europäischen Union. Viel zu oft hat die EU wie ein Papiertiger agiert, wenn Menschenrechte in Mitgliedsländern verletzt wurden und etwa die Pressefreiheit systematisch

eingeschränkt oder Roma aufs Schlimmste diskriminiert wurden. Die Kommission sollte daher viel öfter die bestehenden Möglichkeiten nutzen, Gelder einzufrieren, wenn Mitgliedsländer gegen elementare Werte der Union verstoßen. Außerdem sollte diese Möglichkeit auf alle Teile des Unionshaushalts ausgedehnt werden.

Statt die EU-Außengrenzen immer weiter hochzurüsten und stillschweigend zu tolerieren, dass Jahr für Jahr tausende Flüchtlinge auf dem Weg in die EU im Mittelmeer ertrinken, wollen wir unser außen- und entwicklungspolitisches Handeln stärker darauf ausrichten, die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Etwa durch Vereinfachung von finanziellen Transfers („Rücküberweisungen") und die Möglichkeit, durch längeren Aufenthalt im Herkunftsland die wirtschaftliche Situation vor Ort positiv zu beeinflussen, ohne dabei aufenthaltsrechtliche Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen ein faires Asylsystem schaffen und legale Zuwanderung ermöglichen. FRONTEX leistet dies nicht. Deshalb fordern wir einen institutionellen Neuanfang. Wir wollen eine gemeinsame Grenzpolitik der EU, welche die rechtlichen Normen Europas wahrt, die Menschenrechte garantiert, das Recht auf Asyl durchsetzt, Flüchtlinge aus Seenot rettet und durch das Europäische Palament kontrolliert wird. Kostenintensive und aus daten- und menschenrechtlichen Gründen höchst bedenkliche Vorschläge wie Eurosur und „smart borders", die die Abschottung der EU zementieren, lehnen wir daher ebenfalls ab. Wir wollen zudem die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind (Dublin-II-Abkommen). Flüchtlinge sollen selbst entscheiden, wo sie Asyl beantragen. Zudem brauchen wir einheitliche, hohe Asylstandards in allen Mitgliedsländern. Wir werden in Brüssel eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht. Zudem braucht es eine rechtliche Verankerung des Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit, aufbauend auf bereits bestehenden lokalen und regionalen Initiativen sowie Entschlüssen der internationalen Gemeinschaft auf VN-Ebene.

Zu einem demokratischen Europa gehört eine starke und lebendige Zivilgesellschaft. Mit einem freiwilligen Europäischen Jahr für alle – für junge wie für ältere Menschen – können wir eine europäische Zivilgesellschaft noch weiter stärken und alle mitnehmen. Deshalb fordern wir einen umfassenden Ausbau eines europäischen Freiwilligendienstes für alle Generationen, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, und eine gute finanzielle Grundausstattung durch öffentliche Mittel.

3. Für eine europäische Energiewende

Mit der deutschen Ausstiegsentscheidung sind die Risiken der Atomtechnologie noch nicht gebannt. Die Bundesregierung muss sich für einen EU-weiten Atomausstieg einsetzen. Sie muss ihre Möglichkeiten nutzen, um den Neubau von Atomkraftwerken zu verhindern, und energiepolitische Alternativen aufzeigen. Solange in der EU noch Atomkraftwerke betrieben werden, müssen für alle verbindliche Sicherheitsstandards auf dem Stand von Wissenschaft und Technik gelten. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger bei grenznahen Neubauprojekten von Atomkraftwerken in Nachbarstaaten zu informieren und Einwände der Bevölkerung gegenüber den Nachbarstaaten zu vertreten.

Die deutsche Energiewende soll Europa ökologisch-innovative Impulse geben. Dazu muss sie aber auch gut in die gesamteuropäische Energielandschaft integriert werden. Dafür brauchen wir eine europäische Energieinfrastruktur, einen funktionierenden Emissionshandel, einen integrierten europäischen Energiemarkt mit funktionierendem Wettbewerb und eine konsequent auf niedrigen CO_2-Ausstoß setzende europäische Industriepolitik. Wir setzen uns für umfassende europäische Investitionen zur energetischen Nutzung von Sonne und Wind und zur Förderung von Energieeffizienz und -einsparung ein, vor allem in den von der Eurokrise stark betroffenen südeuropäischen Regionen. Mit einer europäisch vorangetriebenen Energiewende wollen wir gleichzeitig zukunftsfähige Beschäftigungsfelder schaffen. Auch die groß angelegte Subventionierung von fossilen und atomaren Energieträgern muss beendet werden. Die deutsche Energiewende braucht die europäische

Ebene, um zu funktionieren, und für die Energiewende in der EU brauchen wir endlich eine Bundesregierung, die den Umbau des Energiesektors auch auf EU-Ebene engagiert vertritt.

Die Mitgliedsstaaten der EU haben allein 2011 für den Import von Erdöl mehr als 400 Mrd. US-Dollar bezahlt. Gleichzeitig ist der Ehrgeiz beim Ausbau der Erneuerbaren und bei der Steigerung der Energieeffizienz verflogen. Auch beim Klimaschutz kann von einer europäischen Vorreiterrolle kaum mehr die Rede sein. Die Politik der EU, das von ihr mit beschlossene Ziel, die Schwelle von 2 Grad weltweiter Klimaerwärmung nicht zu überschreiten, ist längst zur Farce verkommen. Allen Risiken zum Trotz hält eine politische Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten und Liberalen am alten Energiemix auf der Basis der Hochrisikotechnologie Atomkraft und dreckiger Kohle fest.

Statt den alten Konzepten und Lobbyinteressen weiter hinterherzurennen, wollen wir ein Europa, das auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien aufbaut. Damit können wir Umwelt- und Naturschutz europaweit vorantreiben, Energiearmut abfedern, werden unabhängig von teurer werdenden fossilen Energieträgern, schaffen die nötigen Anreize für technische Innovationen und damit neue Arbeitsplätze im Rahmen unseres europäischen Green New Deals. Zudem ist eine bessere Koordinierung der europäischen Netzstruktur eine Möglichkeit, die Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Mit business as usual werden wir das jedoch nicht schaffen. Deswegen setzen wir uns für eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) ein. Zudem sollten auch die Nachbarstaaten der EU, und dabei insbesondere die Beitrittskandidaten, in den Umbau der Energiesysteme mit einbezogen werden. Auch wollen wir noch im Vorfeld des kommenden UN-Klimagipfels 2013 in Warschau das derzeitige Ziel, den EU-weiten CO_2-Ausstoß bis 2020 um 20 % zu reduzieren, auf mindestens 30 % erhöhen. Zudem treten wir für die Abschaffung von Euratom ein. Solange es keine Mehrheit für die Abschaffung des Euratom-Vertrages gibt, setzen wir uns für eine Reform von Euratom und eine Überführung in den EUV ein, um Euratom endlich der demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

4. Für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger

Einer der größten Skandale in Europa heute ist die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsländern. In Spanien und Griechenland sind mehr als 50 % der am besten ausgebildeten Generation, die diese Länder je kannten, seit längerem arbeitslos. Auf europäischer Ebene haben wir GRÜNE uns deswegen für eine Jugendgarantie eingesetzt, nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, Lehrstelle oder Weiterbildung angeboten zu bekommen. Deren Verwirklichung – das heißt vor allem deren Finanzierung – können wir aber nicht den jeweiligen Ländern selbst überlassen. Denn denjenigen, die eine solche Garantie am meisten brauchen, stehen die wenigsten Mittel zu Verfügung. Der neu eingerichtete EU-finanzierte Sonderfonds, der in Regionen mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt wird, ist ein erster Schritt, der jedoch nicht ausreicht. In Solidarität mit den Mitgliedsstaaten sollte der Fonds so lange aufrechterhalten und gegebenenfalls erhöht werden, bis die Arbeitslosigkeit unter der Jugend signifikant und dauerhaft zurückgeht.

Die europäische Einigung lebt grundsätzlich davon, dass die Menschen, die Regionen und die Staaten in Europa füreinander einstehen. Dem Grundprinzip der europäischen Solidarität und der gemeinsamen sozialen Absicherung kommt in der derzeitigen Krise ein besonderer Stellenwert zu. Angesichts einer sich europaweit öffnenden Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur am nationalen Rad zu drehen! Europa krankt heute an Unterbietungswettbewerben bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards.

Deswegen wollen wir eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht einführen, die eine stärkere Balance gegenüber den Grundfreiheiten des Marktes herstellt. Außerdem wollen wir das Armutsgefälle verringern, das Einkommensgefälle zwischen den Mitgliedsstaaten abschwächen und die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern minimieren. Zu einem sozialen Europa gehören für uns außerdem gemeinsame soziale Mindeststandards, wie ein Mindestlohn und eine Grundsicherung, die sich jeweils am nationalen BIP orientieren, sowie das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Menschen während ihres Berufslebens in unterschiedlichen EU-Mitglieds-

ländern tätig sind, wollen wir eine verbesserte Anrechnung von Renten- und Arbeitslosenansprüchen erreichen und dafür sorgen, dass eine gute Gesundheitsversorgung nicht nur ein Privileg weniger ist.

Wir stehen für eine andere – eine faire – europäische Steuerpolitik, die den Steuerwettlauf innerhalb Europas eindämmt und Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerdumping verhindert. Das haben wir im Kapitel „Besser haushalten – Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik" sehr genau beschrieben.

Auch mit Blick auf die Krise in den Euroländern wollen wir eine fundamentale Abkehr vom Kurs der Merkel-Regierung, der nur zu mehr Ungerechtigkeit führt. Was wir anders machen wollen, haben wir im Kapitel „Anders wirtschaften – Die Krise überwinden" sehr genau beschrieben. So könnten nicht nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen in Form eines sogenannten Booms oder eine die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts bedrohende Rezession zum wechselseitigen Vorteil gelindert werden. Im Gegensatz zur Bundesregierung sind wir in Europa gegenüber einer Weiterentwicklung innovativer Modelle offen und bringen neue Konzepte zur Abwehr der Krisengefahr mit auf den Weg.

5. Für Entscheidungen auf der richtigen Ebene

Mehr Mut zu Europa heißt für uns, entschlossen auf EU-Ebene voranzugehen, wo gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Mehr Europa heißt für uns aber nicht, dass die EU oder gar Brüssel in Zukunft alles regeln soll. Wir wollen, dass diejenige Ebene entscheidet, die bei der jeweiligen Herausforderung am besten, bürgernah und mit der höchsten Legitimität agieren kann. Ein starkes Europa steht für uns weder in Konkurrenz noch im Widerspruch zu handlungsfähigen Kommunen, Regionen, (Bundes-)Ländern und Nationalstaaten. Es kommt vielmehr darauf an, dass die unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten. Dies bedeutet für die Praxis, dass die europäischen Institutionen viel stärker und früher als bisher alle politischen Ebenen durch Anhörungs- und Einflussrechte in die eigene Gesetzgebung einbinden sollen. Gleiches gilt

für die nationale Ebene, die in vielen Fällen europäische Vorgaben in die nationalstaatliche Gesetzgebung implementiert und die Kriterien für die Vergabe von EU-Mitteln mitbestimmt. Das bedeutet auch, dass Kompetenzverlagerung keine Einbahnstraße ist. So wie es in vielen Bereichen sinnvoll ist, mehr Souveränität nach Europa zu verlagern, so lassen sich manche Bereiche besser national, regional oder lokal regeln. Deshalb sind wir grundsätzlich dafür, Kompetenzen auf untere Ebenen zurückzugeben, wenn es sachlich sinnvoll erscheint – auch das gehört zum Prinzip der Subsidiarität.

Wer GRÜN wählt ...

- kämpft mit uns für ein solidarisches Europa und eine europäische Jugendgarantie.
- steht dafür ein, dass für den Westbalkan und die Türkei eine glaubwürdige Beitrittsperspektive aufrechterhalten wird.
- vertieft das demokratische Europa, das die Bürgerinnen und Bürger teilhaben lässt und in dem das Europäische Parlament eine starke Rolle spielt.
- sagt Ja zu einem Europa der Erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes.
- setzt sich für einen besseren Schutz von Flüchtlingen und MigrantInnen ein und dafür, dass Menschenrechte an den EU-Außengrenzen gewahrt werden.
- bekommt eine Politik, die kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland will.

Schlüsselprojekte

Für ein demokratisches und bürgernahes Europa – Europäische Bürgerinitiative weiterentwickeln und einen Europäischen Konvent einberufen

Die Europäische Union hat demokratischen Nachholbedarf. Wir wollen den Dialog in und über Europa und unsere gemeinsame Zukunft stärken. Dazu gehören eine intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und eine breite gesellschaftliche Debatte in ganz Europa. Wichtige europäische Fragen dürfen nicht in Hinterzimmern der nationalen Staats- und Regierungschefs ausgeklüngelt werden. Daher setzen wir uns für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein. Dazu fordern wir einen europäisierten und personalisierten Wahlkampf zum Europäischen Parlament ebenso wie mehr Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. Außerdem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative ausbauen und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides weiterentwickeln. Als weiteren Schritt wollen wir in einem öffentlichen, parlamentarisch geprägten Europäischen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen unter Führung des Europäischen Parlaments Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU diskutieren.

Für ein solidarisches Europa – Steuervermeidung und Steuerhinterziehung mit einem europäischen Steuerpakt bekämpfen

Auf die sich europaweit öffnende Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur national, sondern es gilt, auch europäisch zu reagieren. Für ein sozialeres Europa braucht es nicht nur Solidarität zwischen den Regionen, sondern vor allem Maßnahmen dafür, dass sich Finanzstarke nicht mit Hilfe des freien Binnenmarktes aus der gemeinsamen Solidarität verabschieden können. Durch Steuerdumping und Steuerflucht geht den öffentlichen Kassen in Europa jedes

Jahr etwa eine Billion Euro verloren. Wir wollen Schluss machen mit dem Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards. Dafür brauchen wir gemeinsame europäische Regelungen, wie soziale Mindeststandards, eine soziale Fortschrittsklausel und einen europäischen Steuerpakt. Der Steuerpakt besteht aus einer EU-weit koordinierten Vermögensabgabe und einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage sowie einem Mindestsatz bei der Unternehmensbesteuerung und einem Mindestsatz für die Körperschaftsteuer. Zentrale Aufgabe ist zudem, Europas Steueroasen endlich zu schließen. Auch treiben wir die Besteuerung von Ressourcen, z. B. durch eine Anhebung der Energiebesteuerung, voran.

Für ein menschliches Europa – eine solidarische Asylpolitik in allen Mitgliedsstaaten etablieren

Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik ist repressiv, unsolidarisch und auf Abschottung ausgerichtet. Der Verschiebebahnhof und die einseitige Verantwortung für europäische Flüchtlinge zu Lasten von Griechenland und anderen EU-Mittelmeerländern, die mit dem Dublin-System zementiert wurden, führen zu unterschiedlichen Standards und müssen deshalb gestoppt werden. Wir wollen, dass Deutschland dafür in Europa mit gutem Beispiel vorangeht: mit der sofortigen Abschaffung der Abschiebehaft für Dublin-Flüchtlinge in Deutschland, mit einem Stopp der Abschiebung von Flüchtlingen in EU-Länder, in denen sie unter unwürdigen Bedingungen leben und wie Kriminelle in geschlossene Unterkünfte gesperrt werden, mit der solidarischen Aufnahme von Asylsuchenden aus den europäischen Flüchtlingshochburgen und mit einer stärkeren Beteiligung am Resettlement-Programm der EU. Wir werden in Brüssel außerdem eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht.

S. Unsere Eine Welt

Wie wir Frieden und Menschenrechte, Freiheit und globale Gerechtigkeit stärken können

Im Mittelpunkt unserer grünen internationalen Politik steht der Mensch und nicht der Staat. Ob Klimakrise oder Ressourcenkrise, ob Hunger oder Finanzkrise, ob zerfallende Staaten oder Aufrüstung. Keine dieser Fragen mitsamt den daraus folgenden Gefahren kann heute noch von einem Land allein bewältigt werden. Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu und können nur gemeinsam erreicht werden. Die Wahrung der Menschenrechte und die Verhinderung von schwersten Menschenrechtsverletzungen haben für uns eine besondere Priorität.

Immer noch sind die Güter der Erde und der Wohlstand äußerst ungleich verteilt. Immer noch lebt ein Teil der Menschheit auf Kosten des anderen. Immer noch sterben hunderte Menschen täglich in bewaffneten Konflikten weltweit. Der brutale Bürgerkrieg in Syrien ist schon fast aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, erst recht Gewaltakte und Auseinandersetzungen im Kongo, in Zentralafrika, im Irak oder in Libyen. Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Krieg, Hunger, eine brutale Umweltzerstörung und verheerende Folgen der Klimakatastrophe gerade für die ärmsten Regionen und vor allem zu Lasten der Frauen – all das gehört keineswegs der Vergangenheit an, sondern prägt die Gegenwart. Arm und Reich drifften weltweit dramatisch auseinander. Wir wollen eine gerechtere Verteilung des Reichtums in der Welt erreichen. Wir in den Industrieländern müssen dabei unserer Verantwortung gerecht werden und aufhören, auf Kosten der Armen zu leben. Den Wandel müssen wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern angehen. Global denken – lokal handeln: Ohne die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist globale Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen. Deshalb wollen wir das Bewusstsein für globale Zusammenarbeit durch entwicklungspolitische Bildung und kommunale Nord-Süd-Partnerschaften stärken.

Dabei gilt es, auf Weltbevölkerungswachstum, Verstädterung oder eine rasant wachsende globale Mittelschicht und die damit verbundenen konsumorientierten Lebensstile weltweit zu reagieren. Wir möchten, dass die internationale Gemeinschaft diese Herausforderungen mit geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten angeht. Es geht um nichts weniger als um einen grundlegenden Umbau in der Weltwirtschaft, um eine Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von marktgetriebener Dynamik und politischer Regulierung, von ressourcenschonender Produktion und gerechter Verteilung auch zwischen den Geschlechtern. Es geht um eine „große Transformation".

Der Sturz autoritärer Regime in Nordafrika, der Protest gegen Gewaltherrschaften insbesondere in der arabischen Welt sowie Hunger- und Naturkatastrophen in Ländern fragiler Staatlichkeit zwingen die deutsche und europäische Politik zu einer grundlegenden Hinterfragung ihrer bisherigen Grundsätze. Oftmals wurden wirtschaftliche Interessen und vermeintliche Stabilität vor der Förderung von Demokratie und Menschenrechten als wichtiges Ziel definiert, und dafür wurden auch Bündnisse mit autoritären Regimen eingegangen. Dass Schwarz-Gelb diese Politik mit Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und weitere autoritäre Staaten fortsetzt, ist so skandalös wie verantwortungslos. Und es ist das Gegenteil einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik, die auf dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte beruht.

Es geht darum, zivile Konfliktbearbeitung zu stärken, um die tatsächlichen Ursachen von Gewalt anzugehen. Friedliche und zivile Mittel haben für uns immer Vorrang vor militärischen. Unsere friedenspolitischen Grundüberzeugungen gründen sich auf die Stärkung des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren, auf die Bewältigung von Krisen durch gestärkte Vereinte Nationen und auf die gewaltfreie Lösung von Konflikten. Unser Kompass sind Frieden und der Schutz der Menschenrechte.

Wir wollen, dass Deutschland als verlässlicher Akteur seiner globalen Verantwortung gerecht wird. Neue Formen der internationalen Kooperation mit Staaten und der zunehmend international vernetzten Zivilgesellschaft wollen wir auf allen Ebenen stärken. Dafür müssen auch Länder und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung stärker unterstützt werden. Transnational agieren-

de Unternehmen müssen in die globale Transformation eingebunden und durch klare Regeln zur Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards verpflichtet werden. Solche Regeln können nicht mehr nur national gedacht, sondern müssen in einer globalisierten Wirtschaft auch global verankert werden. Wir wenden uns gegen eine Politik der Renationalisierung der Außen- und Entwicklungspolitik, wie sie Schwarz-Gelb derzeit betreibt. Die Bundesregierung setzt einseitig auf kurzfristige nationale Interessen statt auf eine langfristig gerechte Gestaltung der Globalisierung, an der alle gleichermaßen teilhaben können und von der alle profitieren.

Das bedeutet für uns, jetzt die Voraussetzungen für eine Zukunft zu schaffen, in der fairer Welthandel, besserer Klimaschutz und starke demokratische internationale Institutionen Wirklichkeit werden. Deshalb setzen wir uns ein für eine klimaneutrale und ressourcenschonende Wirtschaftsweise, ohne die es kein Wohlstandsversprechen für alle geben kann. Deshalb tragen wir dazu bei, den Welthandel fair zu organisieren. Und deshalb stärken und verbessern wir unsere Entwicklungszusammenarbeit.

Wir werden uns einmischen für globale Gerechtigkeit und den Schutz der universellen Menschenrechte, die explizit auch die Rechte der Frauen beinhalten, für die Stärkung der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und gegen Rüstungsexporte. Niemand sollte auf Kosten der Anderen leben, alle Menschen haben das Recht auf Frieden, Entwicklung, Freiheit und Würde. Das verstehen wir unter globaler Gerechtigkeit und Teilhabe aller.

1. Die große Transformation: Eine Welt macht sich auf den Weg

Wir wollen die Globalisierung gestalten – politisch, ökologisch und sozial. Die Finanz- und Klimakrise haben einmal mehr die dramatischen Auswüchse eines globalen Kapitalismus mit unregulierten Märkten offengelegt. Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation, durch die unser kohlenstoffbasiertes Wirtschaftssystem zu einer ressourcenschonenden Nachhaltigkeitsökonomie umgebaut wird. Dazu müssen wir das Primat der Politik über unregulierte

Märkte zurückgewinnen. Märkte brauchen Regeln, damit sie dem Gemeinwohl dienen. Nur so ist Wohlstand für die wachsende Weltbevölkerung möglich und führt wirtschaftliches Wachstum nicht zum Kollaps. Die Folgen des Klimawandels betreffen schon heute große Teile der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen sind zum Teil dramatisch: Durch die Veränderung der klimatischen Bedingungen und die Zunahme an Naturkatastrophen entsteht nicht nur erheblicher materieller Schaden – Menschen müssen fliehen, Entwicklungschancen werden zerstört und Menschenrechte verletzt. Als Industriestaat müssen wir entschieden vorangehen und unsere Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 bis 95 % gegenüber 1990 reduzieren. Um die Schwellen- und Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz des Klimas zu unterstützen, wollen wir Technologietransfer und das notwendige Know-how zur Verfügung stellen. Die Kosten der Anpassung an den Klimawandel müssen gerecht verteilt werden. Dem Grünen Klimafonds (GKF) soll hierbei und bei der Unterstützung zur CO_2-Minderung eine entscheidende Rolle zukommen. Angesichts der durch den Weltklimarat geschätzten 150 Millionen Klimaflüchtlinge im Jahre 2050 treten wir im Rahmen einer Klimaaußenpolitik für mehr Klimagerechtigkeit ein.

Rohstoffreichtum in einem Land darf nicht zum Rohstofffluch für seine Bevölkerung werden. Der Rohstoffabbau geht nur allzu oft mit massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung einher. Deshalb müssen wir in Zeiten knapper werdender Ressourcen und daraus resultierender Konflikte überall auf der Welt umdenken und unseren Rohstoffverbrauch drastisch reduzieren – in Deutschland und international. Wir setzen uns für verbindliche soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und dem Handel von Rohstoffen sowie für Transparenz im Rohstoffbereich ein.

Wir brauchen eine Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik nach ökologischen und sozialen Standards. Bilaterale Freihandelsabkommen, wie sie die EU derzeit mit verschiedenen Ländern verhandelt oder anstrebt, müssen zukünftig so ausgestaltet werden, dass sie Entwicklung und Menschenrechte stärken. Grundsätzlich streben wir eine multilaterale Handelsordnung an. Konkret bedeutet das zum Beispiel, die EU-Exportsubventionen abzuschaf-

fen und die EU-Agrarpolitik so zu gestalten, dass durch Dumpingpreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden. Gleichzeitig brauchen Produkte aus Entwicklungsländern einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt. Das heißt auch die EU-Fischereiabkommen auf ökologische und soziale Auswirkungen zu überprüfen und neu zu verhandeln. Wir brauchen internationale Abkommen, die zu fairen Preisen für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe führen, sowie eine Politik, die die lokale Produktion von Gütern in den Entwicklungsländern fördert. Diese handelspolitischen Ziele unterstützen wir auch durch eine nachhaltige und faire öffentliche Beschaffungspolitik. Für weltweite Steuergerechtigkeit und für die Finanzierung öffentlicher Güter arbeiten wir daran, Steueroasen zu schließen und global agierende Unternehmen zu zwingen, dort Steuern zu zahlen, wo sie produzieren und Gewinn machen.

Waldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern heißt nicht nur Klimaschutz, sondern auch die Sicherung der Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungsgruppen. Deshalb setzen wir uns für die Einigung auf ein globales Programm zum Stopp der Degradierung und Zerstörung von Wäldern in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie für die Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konvention 169 zur Stärkung der Rechte indigener Völker ein.

Auch die internationale Drogenpolitik muss kohärent nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien evaluiert und neu ausgerichtet werden. Denn bis jetzt fördert sie organisierte Kriminalität und trägt damit unter anderem zur Destabilisierung von Staaten und Weltregionen bei. Wir unterstützen die Initiative der „Global Commission on Drugs“, die das Ende der verheerenden Verbotspolitik fordert.

Wir wollen die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen stärken, indem wir nicht nur auf freiwillige Selbstverpflichtungen hoffen, sondern verbindliche Regelungen entwickeln, die diese Verantwortung festlegen. Dazu gehören Offenlegungspflichten nach starken sozialen und ökologischen Kriterien. Die Öffentlichkeit muss nachvollziehen können, wie viel Lohn ein Unternehmen seinen Näherinnen in Bangladesch zahlt oder wie es im Kongo verseuchtes Wasser entsorgt. Dazu gehören auch neue Haftungsregelungen. Und dazu gehören bessere Klagemöglichkeiten in

Deutschland und der EU für Opfer von schweren Menschenrechtsverletzungen, die von deutschen oder europäischen Unternehmen verursacht wurden.

Die notwendige sozial-ökologische Transformation muss Aufgabe der gesamten Bundesregierung sein. Es kann nicht sein, dass weiterhin Waffenexporte gegen Friedensbemühungen laufen, klimaschädliche Subventionen gezahlt oder durch Exportoffensiven Bemühungen zur Überwindung von Armut und Hunger in Entwicklungsländern zunichtegemacht werden.

Wir stehen ein für neue Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung. Dafür wollen wir regierungsweite Zielvereinbarungen, mehr Kompetenz für vernetztes Regieren, die Stärkung von Ressortkreisen, eine bessere Koordinierung der Außenpolitik durch das Auswärtige Amt und die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit und aller Entwicklungsgelder durch das Entwicklungsministerium.

Gleichzeitig braucht es eine fraktionsübergreifende Debatte, die sich mit den Widersprüchen des deutschen Regierungshandelns befasst. Diese Debatte wollen wir in der 18. Legislaturperiode durch eine Enquete-Kommission „Kohärenz in einer Welt im Wandel" anstoßen, die eine kritische Bilanz ziehen und Veränderungen vorschlagen soll – auch für die Arbeitsstrukturen von Bundesregierung und Bundestag im europäischen und internationalen Kontext.

2. Eine Welt der Gerechtigkeit

Wir verstehen Entwicklungspolitik als Teil einer globalen Strukturpolitik, die auf eine weltweite menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung zielt. Sie mobilisiert und unterstützt Individuen und politische AkteurInnen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur für die globale sozial-ökologische Transformation.

Wir wollen, dass alle Menschen in Frieden und Würde leben können. Deshalb wollen und müssen wir Armut und Ungleichheit in Zukunft konsequenter bekämpfen, sowohl in den ärmsten, oft fragilen Staaten als auch in den Ländern mittleren Einkommens, in denen zwei Drittel der ärmsten Menschen leben. Dazu werden wir

bis 2015 verstärkt für die Erreichung der Millenniumentwicklungsziele eintreten. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Entwicklungs- und Umweltagenda zusammenzubringen, um ab 2015 mit starken, globalen Nachhaltigkeitszielen weiter für die sozial-ökologische Transformation zu kämpfen.

Deutschland hat sich vor Jahren dazu verpflichtet, 0,7 % seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklung und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Um es zu erreichen, werden wir trotz aller finanziellen Herausforderungen einen klaren Ausgabenschwerpunkt auf die globale Gerechtigkeit setzen. Wir werden jährlich 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen. Wir wollen neue Finanzierungsinstrumente einsetzen, wie die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer und einer erhöhten Flugticketabgabe. Wir wollen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode das 0,7 %-Ziel erreichen.

Wir wollen eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik gestalten, die die Überwindung von Armut mit der Stärkung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt in Einklang bringt. Das Entwicklungsministerium muss sich auf die globalen Herausforderungen einstellen und soll zu einem Ministerium für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden.

Entwicklungspolitik muss sich angesichts der globalen Herausforderungen umorientieren. Um Friedensentwicklung zu befördern, wollen wir uns kohärenter in fragilen Staaten engagieren und unsere Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern ausbauen. Konflikte müssen entschärft werden, bevor sie eskalieren und zur Gewalt führen. Für die weltweite soziale Wende wollen wir gute Arbeit sowie den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Grunddienste zu einem Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit machen, um unter anderem das Menschenrecht auf Wasser, Bildung und Gesundheit sicherzustellen und damit auch den Kampf gegen HIV/Aids voranzutreiben. Für die globale Agrarwende rücken wir das Recht auf Nahrung ins Zentrum und setzen einen Schwerpunkt auf die kleinbäuerliche Land- und Viehwirtschaft, handwerkliche Fischerei und Landlose. Und um die globale Ener-

giewende zu forcieren, kämpfen wir gegen Energiearmut und für Erneuerbare Energie für alle, unter anderem durch einen Wissens- und Technologietransfer in großem Stil.

Entwicklung braucht Entschuldung! Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die Streichung insbesondere illegitimer Schulden unerlässlich. Wir setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten ein, um überschuldete Länder nachhaltig aus der Schuldenspirale zu befreien.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Entwicklungszusammenarbeit; wir wollen die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auch effizienter als bisher einsetzen. Die Menschen in Deutschland sollen wissen, wofür ihre Steuermittel zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Deswegen wollen wir mehr gemeinsame und transparentere Entwicklungsprogramme in der EU und den VN unter einer verantwortlichen Einbeziehung unserer Partnerländer und der Zivilgesellschaft. Dazu gehört auch, dass wir das Instrument der Budgethilfe, also der direkten Unterstützung der öffentlichen Haushalte von Entwicklungsländern, weiterentwickeln und ausbauen. Die Budgethilfe muss an klare Kriterien im Bereich Menschenrechte und gute Regierungsführung gebunden werden. Gleichzeitig muss unsere Politik kohärenter werden. Alle anderen Politikmaßnahmen mit Auswirkungen auf Entwicklungsländer müssen darauf geprüft werden, ob sie den entwicklungspolitischen Zielen in die Quere kommen.

Wir treten an gegen die von Schwarz-Gelb durchgesetzte Renationalisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Darum sind wir für die Aufhebung der ⅓ : ⅔-Quote für das Verhältnis von europäischer und multilateraler zur bilateralen Zusammenarbeit. Weil die globalen Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten allein gelöst werden können, wollen wir eine deutliche Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Entwicklung zu erzielen.

Ein wesentliches Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die politische Teilhabe der Menschen in den Partnerländern. Wir wollen Menschen in ihren Fähigkeiten unterstützen, ihre Rechte einzufordern und zu verwirklichen. Armut und Gewalt sind nicht geschlechtsneutral. Frauen werden in Konflikten immer wieder Opfer

gezielter und strategisch genutzter sexualisierter Gewalt und sind besonders betroffen von Entrechtung, Benachteiligung und Ausbeutung. Strukturelle Ursachen wie Machtunterschiede und Dominanzverhältnisse, mangelnde Rechte und nicht ausreichender Zugang zu Ressourcen sowie fehlende politische Partizipation von Frauen blockieren weltweit eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Deshalb müssen Strategien, die Armut und Gewalt überwinden wollen, darauf abzielen, die Rechte von Frauen und Mädchen zu stärken, ihre (Zugangs-)Chancen zu erhöhen und die Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern. Wir treten gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und bi- und transsexuellen Menschen ein und werden mehr Toleranz mit Hilfe der Zivilgesellschaft vor Ort fördern, vor allem in Ländern, in denen sexuelle Minderheiten gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sind.

Gerade die Stärkung und Beteiligung von Frauen im Sinne der UN-Resolution 1325 ist dabei von besonderer Bedeutung. In der Resolution werden Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau einzubeziehen. Die staatlichen Institutionen der Partnerländer wollen wir dazu auffordern und darin stärken, ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihrer Bevölkerung anzuerkennen und zu erfüllen. Weil Armut nicht geschlechtsneutral ist, setzen wir die Entwicklungsgelder verstärkt für bessere Bildung und gleiche Chancen von Frauen und Mädchen ein.

Hunger ist kein Schicksal, sondern eine Folge von Politikversagen. Es mangelt vor allem an Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit. Wir verfolgen eine kohärente, ressortübergreifende Strategie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und für mehr Ernährungssouveränität, zu der neben der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei auch Wertschöpfung vor Ort und soziale Sicherungssysteme zählen. Auch Maßnahmen gegen „Land Grabbing“ und skrupellose Spekulation mit Nahrungsmitteln gehören dazu. Angesichts zunehmender Hunger- und Naturkatastrophen sowie bewaffneter Konflikte wollen wir die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich erhöhen.

3. Eine Welt der Menschenrechte

Die Umbrüche in der arabischen Welt haben die Schwachstellen der deutschen und EU-Außenpolitik deutlich gemacht, die auf vermeintliche Stabilität zu Lasten einer menschenrechtlich orientierten Politik gesetzt hat. Eine neue Außen- und Entwicklungspolitik muss deshalb Menschenrechte ins Zentrum rücken. Deutsche Politik muss im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten und Entwicklung kohärenter werden. Es darf nicht mehr passieren, dass ein Ressort im Dienste von Menschenrechten und Entwicklung arbeitet und ein anderes die Erreichung dieser Ziele mit eigenen, nicht abgestimmten Maßnahmen konterkariert oder gar zerstört. Wir wollen Kohärenz sicherstellen, z. B. durch ressortübergreifende Länderstrategien für Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit. Und der/die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung soll gestärkt werden, sowohl hinsichtlich der Kompetenzen als auch personell.

Entwicklung und Menschenrechte sind die Grundlagen für Frieden und Freiheit. Für uns bedeutet das, für das Recht auf Entwicklung und für ein Ende von Hunger und Armut zu kämpfen. Für ein Ende von Folter und Diskriminierung. Für ein Ende der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen durch Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs und des Völkerstrafrechts. Für ein Ende von ausbeuterischer Kinderarbeit. Für mehr Rechte der Menschen, die in ihrem Land ausgegrenzt, verfolgt oder gar umgebracht werden, sei es wegen ihrer sexuellen Identität oder ihres Wunsches nach Selbstbestimmung, wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Ethnie oder weil sie politisch aktiv sind und z. B. die Menschenrechte verteidigen. Und wir verschließen die Augen nicht vor menschenrechtlichen Problemen in Deutschland und in der EU. Auch im Einsatz gegen Folter wollen wir mehr tun. Wir wollen die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter mit ausreichend personellen und finanziellen Mitteln ausstatten und das absolute Verbot von Folter als anerkannte Menschenrechtsnorm uneingeschränkt stärken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verhängung der Todesstrafe weltweit geächtet wird und alle Hinrichtungen verhindert werden. Deutschland sollte zudem international mehr Druck auf die Staaten ausüben, die den Einsatz von KindersoldatIn-

nen nicht ächten, und Projekte zur Wiedereingliederung ehemaliger KindersoldatInnen unterstützen.

4. Eine Welt des Friedens und der Schutzverantwortung

„Frieden schaffen ohne Waffen" – dieser Anspruch war ein Antrieb der grünen Parteiwerdung. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass wirklicher Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Wir setzen daher immer und unbedingt auf den Vorrang ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Frieden lässt sich nicht militärisch erzwingen. Aber Friedenspolitik heißt für uns nicht absoluter Verzicht auf militärisches Eingreifen. Es gibt Situationen, in denen gewaltsames militärisches Eingreifen notwendig ist, um schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu verhindern oder zu stoppen.

Die unter Rot-Grün geschaffenen zivilen Ansätze müssen weiterentwickelt und ihr Rückstand gegenüber den militärischen Kapazitäten aufgeholt werden: Eingebettet in eine Nationale Friedensstrategie ist der Aktionsplan Zivile Krisenprävention an die heutigen friedenspolitischen Herausforderungen anzupassen. Besonderen Nachholbedarf gibt es bei den Schwerpunkten Förderung von Friedenspotentialen und legitimer Staatlichkeit. Um zivile Krisenprävention und Friedensförderung ins Zentrum unserer Politik zu rücken, braucht der zuständige Ressortkreis deutlich mehr Gewicht und ressortgemeinsame Haushaltsmittel. Mit der Aufstellung ziviler Planziele soll gewährleistet werden, dass Deutschland schnell und ausdauernd zivile und polizeiliche Fachkräfte in Friedensmissionen entsenden kann. Die Kapazitäten des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), des Zivilen Friedensdienstes und zivilgesellschaftlicher Programme müssen erweitert und ihre Mittel verdoppelt werden. Aufzubauen sind eigene Fähigkeiten zur politischen Vermittlung. Die Polizeien von Bund und Ländern sind durch eine zusätzliche Personalreserve und durch Anreize zu befähigen, verlässliche Beiträge zur Friedenskonsolidierung zu leisten. Unverzichtbar sind sorgfältige Konflikt- und Wirkungsanalysen und umfassende Regionalexpertise, die nur mit mehr Mitteln für praxisorientierte Regional- und Friedensforschung zu haben sind. Die vielen Akteure

der zivilen Konfliktbearbeitung brauchen einen zentralen Ort der Erfahrungsauswertung, Analyse, Weiterentwicklung und Ausbildung. Um aus dem Schatten öffentlicher Wahrnehmung herauszukommen, bedarf zivile Friedensförderung endlich systematischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Wir verstehen das internationale Konzept der Schutzverantwortung, der responsibility to protect, als wichtige Säule der Krisenprävention und wollen sie wirksamer umsetzen. Dazu gehört für uns unbedingt die Prävention vor gewaltsamen Entwicklungen etwa durch Unterdrückung, Diktatur, Terrorismus und schlechte Regierungsführung, aber auch der besondere Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, in bewaffneten Konflikten. Konkret heißt das zum Beispiel, nationale und internationale Systeme zur Frühwarnung und frühen politischen Aktivierung zu stärken und in der Bundesregierung eine besondere Stelle zur Umsetzung der Schutzverantwortung einzurichten. Diplomatie, Konfliktvermittlung und zivile Sanktionen stehen für uns an erster Stelle. Notwendig ist eine Nationale Friedensstrategie als friedens- und sicherheitspolitischer Kompass. Sie soll frühzeitig gesellschaftlich debattiert und durch den Bundestag beraten und beschlossen werden. Sie ersetzt das Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2006, legt Regionen fest, für die sich Deutschland in besonderer Mitverantwortung sieht, und bestimmt, welche Aufgaben die Bundesrepublik mit welchen Mitteln im Konzert der Staatengemeinschaft wahrnehmen kann und will.

Der Einsatz militärischer Gewalt ist erwägenswert nur als äußerstes Mittel, wenn alle anderen allein keine Aussicht auf Erfolg haben. Militär kann bestenfalls Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur Gewalteindämmung und kollektiven Friedenssicherung leisten. Der Parlamentsvorbehalt hat sich bewährt, muss jedoch insbesondere hinsichtlich der Kontrolle von geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen gestärkt werden. Jeder militärische Einsatz muss fortlaufend auf seine Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und rechtliche Grundlage überprüft werden. Für einen solchen Einsatz ist ein Mandat des Sicherheitsrats nach der gegenwärtigen Verfasstheit der VN die Voraussetzung. Allerdings kann ein

Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv beschädigen wie das Eingreifen ohne ein Mandat. Im Falle einer Blockade des Sicherheitsrates sollte die Generalversammlung anstelle des Sicherheitsrates mit qualifizierter Mehrheit Sanktionen bis hin zu friedenserzwingenden Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta beschließen.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist unabhängig vom Ziel immer ein großes Übel und muss, wenn irgend möglich, vermieden werden. Uns GRÜNEN fiel es in der Vergangenheit nicht leicht anzuerkennen, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt und zur kollektiven Friedenssicherung der Einsatz von Militär geboten sein kann. Wir haben in unserer Partei darüber lange und intensiv diskutiert, aus den Erfahrungen mit Militäreinsätzen gelernt und um die Prinzipien und Kriterien gerungen, nach denen wir beurteilen, ob ein Auslandseinsatz der Bundeswehr verantwortbar ist.

Wir können ein gewaltsames militärisches Eingreifen im Einzelfall nur dann mittragen, wenn es aufgrundlage eines völkerrechtlich klaren Mandates der VN sowie eines Bundestagsmandats erfolgt. Das Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ohne Ausnahme an Grund- und Menschenrechte gebunden. Der internationalen Tendenz zur zunehmenden Privatisierung militärischer Aufgaben stellen wir uns entgegen. Der politische Gesamtansatz muss klar definiert und aussichtsreich sowie die Risiken verantwortbar sein. Dazu bedarf es nicht nur eindeutiger Einsatzregeln: Wir haben einen nachvollziehbaren Kriterienkatalog für die Bewertung künftiger und zu verlängernder Auslandseinsätze sowie konkrete und überprüfbare Zielvorgaben für alle jeweils eingesetzten Mittel vorgelegt, der für jede Entscheidung die Grundlage bietet. Wir fordern eine unabhängige Evaluation internationaler Einsätze. Militärische und zivile Einsatzkräfte haben einen Anspruch auf umfassende Fürsorge und Betreuung während und nach dem Einsatz. Dies gilt auch für ihre Angehörigen. Die gesellschaftliche Anerkennung von Soldatinnen und Soldaten darf nicht mit einer Verherrlichung militärischen Handelns einhergehen.

Ein frühes Eingreifen bei Konflikten, die early action, funktioniert nur mit entsprechendem Personal. Wir wollen deshalb die VN

und Regionalorganisationen, vor allem die EU und OSZE, in ihren Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention stärken.

Für uns haben direkt geführte VN-Missionen Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Missionen. An der Vision, den VN eigene ständige Truppen zu unterstellen anstatt nationaler Militärkontingente, halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland VN-Missionen – zivile wie militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützt. Daher muss Deutschland den VN mehr ziviles Fachpersonal zur Verfügung stellen. Die Bundeswehr muss europatauglicher und VN-fähiger werden, das heißt, sie muss so umgebaut werden, dass sie ihren stabilisierenden und schützenden Aufgaben in internationalen Konflikten besser gerecht werden kann. Dieses Leitbild sollte wegweisend für die Bundeswehrreform sein. Die Abschaffung der Wehrpflicht war überfällig. Die derzeitigen Reformpläne der Bundesregierung gehen nicht weit genug. Die Bundeswehr muss deutlich mehr zur Haushaltskonsolidierung beitragen, auch durch weiteren Personalabbau. Die ursprünglichen, aber nie eingehaltenen Sparbeschlüsse von Schwarz-Gelb haben gezeigt, dass der Wehretat schrumpfen muss. Viele Beschaffungsprojekte sind vorwiegend industriepolitisch begründet und müssen auf den Prüfstand. Die wirtschaftlichen Folgen militärischen Strukturwandels sind durch eine aktive Konversionspolitik auszugleichen. Wir wollen über 10 % des derzeitigen Wehretats einsparen.

5. Schluss mit der unkontrollierten und geheimen Rüstungsexportpolitik

Deutschland ist der weltweit drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern. Vor allem unter der Regierung Merkel fielen jegliche Schamgrenzen, wenn es darum ging, Milliardendeals auch mit autoritären Staaten wie Saudi-Arabien zu machen. Und die Bundeskanzlerin verklärt diese Exportpolitik zynisch als Form der Konfliktbearbeitung. Zugleich widerspricht es demokratischen Grundsätzen, wenn Rüstungsgeschäfte im Bundessicherheitsrat genehmigt werden, ohne dass Parlament und Öffentlichkeit informiert werden.

Deswegen wollen wir ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt. Dabei sollen diese Kriterien so konkretisiert werden, dass sie im Wege einer Verbandsklage vor einem Gericht eingeklagt werden können. Die Zuständigkeit wollen wir vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen. Rüstungsexporte in Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, darf es nicht mehr geben.

Eine grüne Regierungsbeteiligung gibt es daher nur mit einer anderen Rüstungsexportpolitik, die endlich mehr Transparenz und Kontrolle ermöglicht und restriktiv ist. Deswegen wollen wir den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Stattdessen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. Das Parlament und die Öffentlichkeit sollen umgehend über die getroffenen Entscheidungen informiert werden. Zudem wollen wir ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte, insbesondere Exporte in Drittländer, ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte wollen wir prinzipiell verbieten, genauso wie den Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten. Auch eine tatsächliche Endverbleibskontrolle wollen wir gesetzlich verankern, um zu verhindern, dass die Exportgüter in die falschen Hände geraten und zum Beispiel für Menschenrechtsverletzungen oder terroristische Zwecke genutzt werden.

Außerdem wollen wir insgesamt weniger Waffen auf dieser Welt und ein Ende der globalen Aufrüstung, die auch mit deutscher Waffentechnologie vorangetrieben wird: Der Handel mit Kleinwaffen muss massiv begrenzt und kontrolliert werden, die internationale Ächtung von Streumunition sowie Landminen muss weltweit und konsequent umgesetzt werden. Auch Uranmunition wollen wir umfassend ächten.

Wir wollen den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und kämpfen für Global Zero, für eine Welt ohne Atomwaffen – deshalb streiten wir auch weiterhin für eine Nuklearwaffenkonvention, um Atomwaffen völkerrechtlich zu ächten. Die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die Befähigung deutscher Flugzeuge und PilotInnen zum Einsatz oder Transport von Atomwaffen müs-

sen beendet werden. Die atomare Bewaffnung Frankreichs und Großbritanniens steht einer zukünftigen zivilen Friedenspolitik der EU entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, die von den Vereinten Nationen vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten zum internationalen Erfolg zu führen. Den Verkauf und die Überlassung von Waffenträgern, die zur nuklearen Bewaffnung in der Region beitragen können, lehnen wir ab und wollen wir verhindern, einschließlich der Lieferung weiterer atomwaffenfähiger U-Boote. Der Konflikt um das iranische Atomprogramm muss friedlich gelöst und eine eventuelle atomare Bewaffnung des Iran auf politischem Wege verhindert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und die EU in den Verhandlungen mit dem Iran eine aktivere und stärker vermittelnde Rolle einnehmen und für die Überprüfung der Sanktionen eintreten.

Um die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, werden wir uns aktiv dafür einsetzen, dass auch die Verbreitung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie gestoppt wird. Je mehr Staaten den nuklearen Brennstoffkreislauf beherrschen, umso mehr Staaten können auch Atombomben bauen. Deshalb streben wir eine Anpassung des Atomwaffensperrvertrags an und wollen Hermes-Bürgschaften für AKW-Projekte im Ausland verbieten.

Wir wenden uns gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr und setzen uns international für ein Verbot von vollständig autonomen Waffen ein. Wir streiten für mehr Transparenz und Kontrolle beim Einsatz von Dual-Use-Gütern, die auch zur Kriegsführung und zum repressiven Gebrauch genutzt werden können. Auch den Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie an autokratische Regime lehnen wir ab. Menschenrechte müssen auch im Internet verteidigt werden. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden. Luft-Boden-Übungsplätze wie die Nordhorn Range sind verzichtbar. Der Militärische Abschirmdienst ist aufzulösen.

6. Starke Vereinte Nationen, starkes Europa

In der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Herausforderung, eine neue globale Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen (VN) ist die erste Voraussetzung dafür. Kein Akteur der internationalen Politik besitzt mehr Legitimation als die VN. Für diese Legitimation ist jedoch wichtig, dass jeder Staat die gleiche und faire Möglichkeit bekommt, als Mitgliedsstaat aufgenommen zu werden. Gleichzeitig sind die Vereinten Nationen aber immer nur so stark, wie ihre 193 Mitgliedsstaaten sie stark machen. Wir meinen, dass die VN unsere größte Chance sind, die globale Transformation erfolgreich voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir dringenden Reformbedarf, damit sie für die großen Herausforderungen unserer Zeit besser gewappnet sind. Unsere oberste Verantwortung besteht darin, Deutschland wieder zu einem starken und engagierten Mitgliedsstaat mit einer klaren demokratie- und friedenspolitischen Agenda zu machen, der besonders die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung stärkt. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik allenfalls mittelmäßig – mittelmäßig aktiv, wenig kompromiss- und kaum reformbereit. Wenn wir starke VN wollen, müssen wir uns auch stark einbringen.

Der Sicherheitsrat muss reformiert werden mit dem Ziel einer gerechteren Zusammensetzung. Die Vetomöglichkeiten wollen wir mit einem Begründungszwang belegen. Langfristig halten wir an der Vision einer Abschaffung des Vetos im VN-Sicherheitsrat fest. Statt des vergeblichen Beharrens auf einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, den oder die nichtständigen europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs sowie Frankreichs als permanente europäische Vertretung auszubauen. Die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den VN und im Sicherheitsrat muss repräsentativer und transparenter werden.

Wir fordern, dass dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 der Begriff der menschlichen Sicherheit zu Grunde gelegt wird. Konfliktprävention, Konfliktaufarbeitung, auch durch Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschen- und Frauenrechten und soziale Rechte sollen Schwerpunkt

Deutschlands in seiner Arbeit mit dem Aktionsplan 1325 sein. Dafür braucht es eine solide Budgetierung und ein effektives Monitoring in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Wir fordern außerdem die Berufung einer Sonderbotschafterin oder eines Sonderbotschafters für Internationale Frauenpolitik.

Clubs wie die G8 oder G20 sind für einen fairen Interessenausgleich nicht geeignet. Langfristig müssen alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen. Wir wollen eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates erreichen und die Zivilgesellschaft stärker in internationale Prozesse einbinden. Für eine globale Partnerschaft zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen müssen wir Schwellen- und Entwicklungsländern auch in der Weltbank und im IWF in Zukunft mehr Mitsprache ermöglichen. Auch das Personal dieser Institutionen sollte in Zukunft besser die Welt repräsentieren. Weltbank, Regionalbanken und der IWF sollen alternative Entwicklungsmodelle jenseits der klassischen Wachstumsmodelle erarbeiten und umsetzen helfen. Der Schutz der Menschenrechte muss dabei ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass IWF, Weltbank und Regionalbanken Finanzierungshilfe für Länder vor allem im Globalen Süden nicht an die Umsetzung von neoliberalen Reformen knüpfen.

Ein starkes, gemeinsames Europa muss in der Lage sein, Probleme in der eigenen Umgebung selbst zu bearbeiten. Die EU ist eben nicht nur ein Friedensprojekt nach innen. Die EU hat mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und dem Europäischen Auswärtigen Dienst Strukturen geschaffen, um an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und einem gesamteuropäischen System kooperativer Sicherheit im Rahmen der OSZE mitzuarbeiten. Schwarz-Gelb will die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik am liebsten einmotten und dafür das Primat der NATO ausbauen. Wir GRÜNE wollen den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken mit dem Ziel, dass Europa außenpolitisch mit einer gemeinsamen Stimme sprechen kann. Wir glauben an die Zivilmacht Europa. Deshalb wollen wir diese Fähigkeiten der EU stärken – durch einen umfangreichen Pool von zivilen Friedensfachkräften sowie die Einsetzung des europäischen Friedensinstituts. Wir wollen außerdem die Gemeinsame Sicherheits- und

Verteidigungspolitik weiterentwickeln und die Streitkräfte in Europa integrieren und reduzieren. Dies muss mit einer Kontrolle dieser Streitkräfte durch das Europäische Parlament einhergehen.

Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in diese multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Ihre bisherige starke Ausrichtung auf die militärische Absicherung von Staaten genügt nicht unseren Ansprüchen an Friedenspolitik. Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss sie ihre Aufgaben neu ausrichten. Das kann nur gelingen, wenn Russland und alle osteuropäischen Länder eingebunden werden. Die OSZE wollen wir stärken, damit sie an die wichtige Rolle ihrer Vorgängerin KSZE bei der Überwindung des Kalten Krieges anknüpfen kann. Die NATO soll künftig Motor bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. Der Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Europa und die Ratifizierung des angepassten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa wären erste Schritte.

7. Krisen bewältigen – dauerhaften Frieden ermöglichen

Der NATO-Einsatz im Rahmen von ISAF in Afghanistan wird 2014 abgeschlossen. Sollte die afghanische Regierung eine weitere Truppenpräsenz zur Überwachung eines Waffenstillstandes oder als Ausbildungsmission wünschen, muss dafür eine neue Rechtsgrundlage durch die VN geschaffen werden. Sie ist als peace building mission zu mandatieren und soll als direkt geführte VN-Mission erfolgen – ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung. Rechtzeitig vor dem Abzug der Bundeswehr wollen wir vor Ort ein Aufnahmeprogramm für Ortskräfte der Bundeswehr und deutscher Entwicklungsorganisationen einschließlich ihrer Familien durchführen. Denjenigen, die dies wünschen, muss also die Möglichkeit einer Aufnahme in Deutschland gewährt werden. Auch für Menschen, die in ihrem Leben oder in ihrer Gesundheit spätestens dann bedroht sind, wenn das Militär abzieht und die Macht neu verteilt wird, muss es eine Möglichkeit des Asyls geben. Von der Bundeswehr zu verantwortende zivile Opfer und ihre Angehörigen sind großzügig und unbürokratisch zu entschädigen. Da die Konflikte in Afghanistan nicht militärisch zu lösen sind, wollen wir alles

unternehmen, um über Verhandlungen und Gespräche einen Aussöhnungsprozess zu beginnen. Und nur durch ein umfassendes und glaubwürdig finanziertes zivilgesellschaftliches und entwicklungspolitisches Programm, das die Stärkung der Frauenrechte im Blick hat, können wir den Wiederaufbau des Landes sicherstellen. Daher wollen wir die zivilen Mittel für Afghanistan mindestens im bisher erreichten Umfang aufrechterhalten.

Frieden zwischen Israel und Palästina wird nur möglich sein durch einen fairen Interessenausgleich, der die Sichtweisen, die Rechte und die Sicherheit aller Menschen in der Region im Blick hat. Aus der Verantwortung Deutschlands für den Holocaust folgt eine unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit Israels. Wir setzen uns für eine Zwei-Staaten-Regelung und ein Ende der Besatzung ein. Der Staat Palästina muss gestärkt, zeitnah von Europa anerkannt und als Vollmitglied in die VN aufgenommen werden. Wir wollen, gemeinsam mit der US-Regierung, mit positiven und negativen Anreizen beide Seiten zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen unter Einbeziehung aller verhandlungsbereiten Kräfte bewegen, um möglichst bald einen Frieden aufgrundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und eine Lösung der Flüchtlingsfrage zu erreichen. Eine Konfliktregelung wird nur aufgrundlage konsequenter Anwendung des Völkerrechts möglich sein. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir sowohl den Raketenbeschuss und Bombenanschläge auf Israel als auch die fortschreitende Landnahme in der Westbank inklusive Ost-Jerusalem sowie die Blockade des Gazastreifens. Zudem wollen wir die vertrauensbildende und Verständnis fördernde Arbeit der zahlreichen Friedensinitiativen in Israel und Palästina unterstützen.

Die internationale Gemeinschaft ist nicht in der Lage oder willens, ihrer Schutzverantwortung gegenüber der syrischen Bevölkerung gerecht zu werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konnte sich bisher weder auf eine Verurteilung der Gräueltaten noch auf gemeinsame Sanktionen einigen. Eine systematische Untersuchung der schwersten Menschenrechtsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof hat die internationale Gemeinschaft bislang nicht verfolgt. Russland und China blockieren alle weiter reichenden Forderungen im VN-Sicherheitsrat und stüt-

zen damit das Assad-Regime. Wir wollen syrische Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen und die Nachbarstaaten Syriens stärker als bisher materiell bei der Versorgung und Unterbringung der täglich größer werdenden Zahl an Flüchtlingen unterstützen. Außerdem muss humanitäre Hilfe an die syrischen Binnenflüchtlinge gerade in den sogenannten befreiten Gebieten durch Zusammenarbeit mit syrischen und internationalen NGOs ankommen und der Aufbau der zivilen Strukturen in diesen Gebieten gezielt unterstützt werden. Im Rahmen der Vereinten Nationen wollen wir uns weiterhin für die Aushandlung eines landesweiten politischen Prozesses einsetzen und ein politisches Übereinkommen gegebenenfalls durch eine VN-Blauhelmmission absichern. Die Lieferung von Waffen in das Bürgerkriegsland lehnen wir ab.

Wer GRÜN wählt …

- fördert Wohlstand für alle auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad und stärkt die Entwicklungszusammenarbeit.
- stimmt für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit weltweit.
- wählt mehr Frieden durch mehr zivile Krisenprävention und stimmt für Abrüstung, strikte Rüstungskontrolle und eine atomwaffenfreie Welt.
- setzt sich für die Stärkung der Menschenrechte hier und auf internationaler Ebene ein.
- wählt klare Grenzen und Kriterien für Auslandseinsätze.
- steht für stärkere, gerechtere und demokratischere Vereinte Nationen.

Schlüsselprojekte

Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen

Wir wollen Rüstungsexporte stärker als bisher kontrollieren. Dazu wollen wir ein Gesetz, das die Kriterien der Rüstungsexportrichtlinie, insbesondere die Menschenrechtslage im Empfängerland und die Gefahr der inneren Repression, fest verankert. Außerdem soll das Auswärtige Amt für Rüstungsexporte zuständig sein. Wir wollen den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Die Geheimhaltung der Beschlüsse über Rüstungsexporte wollen wir aufheben. Der Deutsche Bundestag wird vor einer beabsichtigten Rüstungsexportgenehmigung bei besonders sensiblen Exporten unterrichtet und erhält die Möglichkeit für ein aufschiebendes Veto zur Stellungnahme. Zudem brauchen wir vergleichbar strikte Regeln für den Export von Überwachungstechnologien. Der Export von Waffen und Software zur Überwachung von Kommunikation und Internet an Diktaturen muss gestoppt werden. So können wir die Exporte der Rüstungsindustrie besser kontrollieren.

Klima der Gerechtigkeit – internationale Zusagen endlich einhalten!

Ein Sechstel der Menschheit hungert, Umweltzerstörung und Klimawandel schreiten voran, Staaten zerfallen, Flüchtlingsströme nehmen zu. Diesen globalen Herausforderungen, die nur solidarisch bewältigt werden können, werden wir uns gemeinsam mit unseren internationalen Partnern stellen. Darum setzen wir uns ein für gerechtere Strukturen, soziale Teilhabe und mehr internationale Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur Regierung Merkel werden wir die Zusagen Deutschlands endlich einhalten. Wir wollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe bis 2017 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens anheben und schon 2014 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen

Klimaschutz bereitstellen. Vor allem für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung wollen wir deutlich mehr Mittel einsetzen.

Zivile Krisenprävention ausbauen – Mittel für Friedenskräfte verdoppeln

Wir wollen zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen Außenpolitik rücken. Es braucht eine umfassende Nationale Friedensstrategie, effektivere Strukturen, mehr Geld und Personal für zivile Friedensförderung in den Bereichen Konflikttransformation, Gender-Mainstreaming, Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Parlamentsaufbau, Dialog und Versöhnung. Um entsprechende zivile Fachkräftepools aus- und aufbauen zu können, wollen wir in Deutschland die Mittel für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und für den Zivilen Friedensdienst verdoppeln, mehr Geld in die Friedensforschung geben und das friedenspädagogische Angebot an Schulen unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ein EU-Friedensinstitut zur Stärkung der Mediation und eine Stärkung der Krisenprävention im Europäischen Auswärtigen Dienst ein. Den Ressortkreis Zivile Krisenprävention wollen wir auf Staatsminister-Ebene verankern und den zivilgesellschaftlichen Beirat aufwerten. Wir wollen regionale Beiräte für Schwerpunktregionen einsetzen, die frühzeitige Maßnahmen initiieren können und regelmäßig Bundestag und Bundesregierung Empfehlungen vorlegen. Wir wollen eine bessere Kooperation der Fachministerien erreichen, indem ein Teil der Mittel gepoolt wird.

Schlusswort

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir hoffen, wir konnten Sie mit unserem Programm überzeugen. Haben Sie weitere Fragen? Sprechen Sie vor Ort mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag. Informieren Sie sich zur Wahl auf unserer Website www.gruene.de. Gerne stehen wir Ihnen für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das bildet zusammen die Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft – für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für ein besseres Morgen.

Tragen Sie mit Ihrer Stimme dazu bei, diese Grundlagen für einen grünen Wandel zu schaffen. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das beschreibt einen neuen Weg aus den Krisen und den Aufbruch hin zu einer offenen, modernen Gesellschaft und einer Wirtschaft, die besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.

Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und eine moderne Gesellschaft – das sind für uns die zentralen Orientierungen. Sie geben grüner Politik die Richtung vor und unseren Vorschlägen Profil. Wählen Sie GRÜN! Am besten mit beiden Stimmen – aber vor allem mit der wichtigeren Zweitstimme.

ZWEITSTIMME GRÜN!

Legen Sie am 22. September 2013 die Grundlage für einen grünen Wandel. Wählen Sie GRÜN. Für mehr Gerechtigkeit. Für mehr Beteiligung. Für ein besseres Morgen.

Für den grünen Wandel!

Stichwortregister

A

Abfall *155, 159, 275*
Abrüstung *314, 316*
Afghanistan *314–316*
Agrarpolitik *153, 157, 160–168, 185, 272, 300, 304*
ALG-II-Regelsatz *119–122, 137 f.*
Alleinerziehende *144 f., 241 f.*
Ältere Menschen *101, 121, 131–133, 136, 148 f., 289*
Alterssicherung *94, 133–139, 163*
Antidiskriminierung *224, 228 f., 236 f., 248*
Antisemitismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
Antiziganismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
ArbeitnehmerInnenrechte/-mitbestimmung *88–94*
Arbeitsmarktpolitik *88–103*
Arbeitsschutz *92 f., 103, 125*
Armut(sbekämpfung) *89, 118–122, 133–139, 143–145, 150 f.*
Artenvielfalt *158, 162, 167*
Asyl(politik) *120, 233–236, 238 f., 288, 295*
Atomausstieg/-energie *27–36, 42, 289 f.*
Ausbildung *95–98, 104–117*
Außenpolitik *siehe Eine Welt*

B

BAföG *100, 110 f., 117*
Barrierefreiheit *190, 229–231, 254*
Behinderung, Menschen mit *97 f., 106 f., 127, 132, 141, 229–231*
Bildung *104–117, 190, 229–231, 254*
Biodiversität *siehe Artenvielfalt*
Bodenschutz *155*
Breitbandausbau *53, 190, 202*
Bundeswehr *221, 229, 307–309, 311, 314*
Bürgerbeteiligung *152, 174, 176, 204–217, 268, 294*

BürgerInnenrechte *194, 201, 218–239*
Bürgerversicherung *100, 122 f., 137, 138, 255, 265*

D

Datenschutz *189, 195, 203, 210, 219 f., 225 f.*
Demografischer Wandel *53, 101, 103, 148 f., 174, 276 f.*
Demokratie *152, 204–217, 222, 245, 259, 286 f.*
Digitale Gesellschaft *siehe Netzpolitik*
Direkte Demokratie *siehe Bürgerbeteiligung*
Drogenpolitik *130, 239, 300*
Drohnen *220, 311*

E

Ehe für gleichgeschlechtliche Paare *236, 238*
Ehegattensplitting *84 f., 145, 148, 240 f., 243, 251*
Eigenständige Existenzsicherung *94, 120, 240–243, 250 f.*
Einbürgerung *231 f., 237 f.*
Eine Welt *296–318*
Einkommensteuer *siehe Steuerpolitik*
Einwanderung *133, 232, 237*
Elektromobilität *170, 172, 178*
Endlager(suche) *36*
Energieeffizienz *27 f., 34, 38 f., 41, 289 f.*
Energieeinsparung *39, 290*
Energiepolitik/-wende *27–45, 289 f.*
Entwicklungspolitik *298, 301 f., 305*
Equal-Pay *siehe Lohngleichheit*
Erinnerungspolitik *261 f., 265*
Ernährung *153–168, 184 f., 304*
Erneuerbare Energien *27–45, 50, 52, 172 f., 290*
Euro *55–64*
Existenzgründung *65*

F

Familien(politik) *84f., 108, 140–145, 150f.*
Finanzpolitik *74–87*
Finanztransaktionssteuer *62–64, 302*
Flüchtlingspolitik *siehe Asyl(politik)*
Föderalismus *80, 266, 277f.*
Forschung *siehe Wissenschaft & Forschung*
Fracking *34f., 155*
Frauen *90, 94f., 101, 136f., 240–251, 304*
Frauenquote *101, 240, 242, 245, 249, 251*
Frieden(spolitik) *281–285, 296–318*

G

Ganztagsschulen *109, 116f., 144*
Garantierente *siehe Alterssicherung*
Gemeinwohl *204, 207, 267, 269, 279*
Gender Budget *53, 245*
Generationengerechtigkeit *135, 149*
Gentechnik *160–162, 184–187*
Gerechtigkeit *siehe Teilhabe(gerechtigkeit)*
Geschlechtergerechtigkeit *siehe Gleichberechtigung*
Gesundheitspolitik *123–133*
Gleichberechtigung/-stellung *208, 228f., 240–251, 303f.*
Globalisierung *siehe Eine Welt*
Grundsicherung *85, 95, 138f.,119–122, 134, 145, 150f., 291*
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit *212–216, 222, 229, 260*

H

Handelspolitik *52f., 298–301*
Haushaltspolitik *74–87*
Hochschulpolitik *104–107, 110–115, 117*
Homosexualität *236–237, 304*
Hunger(krise) *296–305, 317*

I

Informationsfreiheitsgesetz *siehe Transparenz*
Informationstechnologien *125, 191*
Infrastruktur *75, 79 f., 174, 266 f., 271–274, 279*
Inklusion *106, 231–234, 248, 259*
Integration *231–235, 238*
Interkulturalität/interkulturell *65, 107, 127, 222–224, 229, 238, 254*
Internationale Politik *siehe Eine Welt*
Internetfreiheit *siehe Netzpolitik*

J

Jugend *109 f., 146–147, 152, 194, 209 f., 291*

K

Kinderbetreuung *142–145*
Kindergrundsicherung *85, 120, 143, 145, 151, 243*
Kinder(politik) *104–109, 116, 120, 140–152*
Kirchen *siehe Religion*
Klimapolitik/-schutz *31, 33–35, 39–45, 70 f., 153–169, 178*
Kohlekraft *33, 41, 44, 168*
Kommunalfinanzen *274 f., 280*
Kommunalpolitik *266–280*
Korruption *126 f., 211 f., 216 f., 263, 284*
Krisenprävention *siehe Friedenspolitik*
Kulturpolitik *252–260*
Kunst *198, 252–258*

L

Ländlicher Raum *125, 163, 170, 190, 202, 272–274, 276 f.*
Landwirtschaft *siehe Agrarpolitik*
Lärmschutz *155, 172–177*
Lesben *siehe Homosexualität*
Lohngleichheit *90, 242, 250*
Luftreinhaltung/saubere Luft *153–155, 162, 168*

M

ManagerInnenvergütung *54, 62*
Männer *244 f.*
Marktwirtschaft *siehe Wirtschaftspolitik*
Massentierhaltung *163–165, 167 f.*
Medien(politik) *188–203, 258 f.*
Mehrstaatigkeit *siehe Einbürgerung*
Menschenhandel *248 f.*
Menschenrechte *236, 259 f., 285–289, 296–317*
Mietrecht/Mieten *siehe Wohnungsmarkt*
Mindestlohn *56, 74, 90, 94, 102, 120, 138, 291*
Minijobs *88, 90, 94 f., 136, 242, 243, 251*
Mitbestimmung *69, 88–93, 207 f., 215, 287*
Mobilität *siehe Verkehrspolitik*

N

Nahost *315 f.*
NATO *309, 313 f.*
Naturschutz *siehe Umweltschutz*
Netzneutralität *53, 192 f., 202*
Netzpolitik *188–203*
NSU *213, 221*

O

Ökologie *siehe Umweltschutz*
Ökologische Modernisierung *46, 49, 51*
Ökosteuer/ökologische Finanzreform *77–87*
ÖPNV *170–172, 177*
Optionszwang *232, 238*
Ostdeutschland *240, 276 f.*

P

Partizipation *siehe Bürgerbeteiligung*
Pflegepolitik/Pflegeversicherung *124 f., 131–133, 138 f.*
Prostitution *248*

R

Rassismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
Rechtsextremismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
Rechtsstaat *226–228, 237 f.*
Religion *68, 84, 93, 228 f.*
Rentenpolitik *siehe Alterssicherung*
Ressourceneffizienz *72 f., 158–160*
Rüstungsexporte *211 f., 298, 310, 317*

S

Schuldenabbau/Staatsverschuldung *55–57, 59 f., 73, 80–87*
Schwule *siehe Homosexualität*
Sexismus *213, 246*
Sicherheit(spolitik) *219–224, 237 f.*
Sozialpolitik *118–139*
Sportpolitik *262 f.*
Stadtentwicklung *146, 270 f.*

Steuerpolitik *77–87*
Studium *siehe Hochschulpolitik*
Subventionsabbau *38, 41, 52, 83–85*
Suchtpolitik *siehe Drogenpolitik*

T

Tempolimit *175*
Tierschutz *112, 157, 160, 164–168*
Tourismus *272, 276, 304*
Trans- & Intersexuelle *236, 246*
Transparenz *54, 204, 204–208, 210–212, 215–217, 223*

U

Umweltpolitik/-schutz *70–73, 77, 87, 153–168*
UNO/UN *siehe Vereinte Nationen*
Urheberrecht *198–202, 255*

V

Verbraucherschutz/-rechte *63, 179 f., 183, 186 f., 190*
Vereinte Nationen *306 f., 312, 314–316*
Verfassung(sschutz) *115, 188, 206, 222, 238*
Verkehr *51, 156 f., 169–178*
V-Leute *222, 238*
Vermögensabgabe *57, 67, 79, 82 f., 86, 295*
Volksbegehren/-entscheid *siehe Bürgerbeteiligung*
Vorratsdatenspeicherung *siehe Datenschutz*

W

Wachstum *70–73*
Wasser *153–155, 180, 273, 275*
Weiterbildung *100, 109–111, 117, 148*
Wirtschaftspolitik *46–73*
Wissenschaft & Forschung *49, 52 f., 66, 111–117, 126, 192, 244 f., 318*
Wohnungsmarkt/-politik *267–269, 271, 279*

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Dieses Bundestagswahlprogramm wurde auf der 35. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26. bis 28. April 2013 in Berlin beschlossen.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: 030-284 42-0
Fax: 030-284 42-210
E-Mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

Layout und Satz: KOMPAKTMEDIEN –
Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin
Titelgestaltung: Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH
Druck: CPI books GmbH, Leck

Dieses Bundestagswahlprogramm wurde auf der 35. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26. bis 28. April 2013 in Berlin beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: 030-28 442-0
Fax: 030-28 442-210
Internet: www.gruene.de

Spendenkonto:
Kontonummer: 803 581 5900
BLZ: 430 609 67
GLS-Bank

V.i.S.d.P.: Bündnis 90 / Die Grünen, Robert Heinrich, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Wahlkampf 2013 –
Informieren und mitmachen:
www.gruene.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN